FRIEDRICH LENZ



Dr. Schacht

FRIEDRICH LENZ

ZAUBER UM DR. SCHACHT

Erschienen 1954 im Selbstverlag des Verfassers
Friedrich Lenz, Heidelberg
Postscheckkonto Karlsruhe 201 72 — Preis der Broschüre DM 4,—

Druck: A. Roßteutscher, Coburg

Allen jenen gewidmet,
die nicht die zweifelhafte Ehre hatten,
von den Siegern freigesprochen zu werden.
Ihnen wird einst die Geschichte
ihr verdientes Urteil sprechen.

VORWORT

In seinem neuesten Buche „76 Jahre meines Lebens" hat Dr. Hjalmar Schacht, den die Welt einst auch den ‚Zauberer' nannte, ein Bild seiner Persönlichkeit gezaubert, nach dem er nicht nur das größte Finanzgenie aller Zeiten ist, sondern sogar als Staatsmann und Patriot noch einige Zentimeter größer als unser derzeitiger Kanzler Dr. Adenauer, den bekanntlich die Engländer zum größten Staatsmann nach Bismarck hochlobten. Sogar dieser ist nicht ganz sicher vor seiner Kritik geblieben. Was Schacht schreibt ist sehr unterhaltsam und wird wieder manchen Gutgläubigen über die wirkliche Wahrheit hinwegtäuschen.

Es würde gar keine Rolle spielen, was er der Nachwelt hinterläßt, wenn er nicht mit dem gleichen Zauberstab, mit dem er die nebensächlichsten Dinge spannend zu gestalten und sich reinzuwaschen weiß, auch politische Behauptungen und Schlußfolgerungen zaubern würde, welche verheerende Folgen für die Zukunft unseres Vaterlandes hervorrufen müßten, wenn sie unwidersprochen blieben.

Dies zu verhindern ist allein der Grund, warum ich mit diesen Zeilen Dr. Schacht und seine irreführenden Behauptungen etwas unter die Lupe nehme. Da er wohlweislich sieben Jahre nach „Nürnberg" die Dinge etwas anders darstellt als zu jener Zeit, da es galt, im Nürnberger Gerichtssaal Worte und Taten der Vergangenheit vor der Welt und insbesondere dem deutschen Volke zu verantworten, mußte ich das Protokoll des Nürnberger Prozesses teilweise zur Grundlage meiner Ausführungen machen, ohne damit das Nürnberger Verfahren billigen zu wollen.

Die Probleme, welche im Zusammenhang mit der Person Schachts auftauchten, hätten viel umfangreicher behandelt werden können, doch mußte ich aus vielerlei Gründen darauf verzichten. Es war auch nicht die Aufgabe dieser Zeilen, die zahlreichen finanziellen Maßnahmen zu schildern, mit denen das Finanzgenie Schacht den Gläubigern Deutschlands ca. 18 Milliarden weggezaubert haben soll, zumal sie gar nicht mehr da sind.

Herr Schacht wird sich überzeugen können, daß ich mich nicht damit begnügte, ihn — den Ehrenmann — an einem seiner Worte „aufzuhängen", denn ich habe viele gefunden und hätte noch mehr finden können.

Ich wünsche ihm, daß er noch viele Jahre leben möge, damit er viele Finanzen anderer Völker in Ordnung bringen kann, sich aber in Deutschland überzeugen muß, daß sich das größte Finanzgenie doch verrechnen kann, wenn es nach Moraltheorien handelt, welche in der deutschen Geschichte nicht hoch im Kurse stehen.

Er und seinesgleichen hätten besser die Erkenntnis beachten sollen, die in dem Gedicht zum Ausdruck kommt, das angeblich von ihm stammt:

Selten erkennen die Toren
Augenblicks
Die Größe des Glücks
Wie groß es war,
Wird ihnen erst klar,
Wenn sie's verloren.

Dem wirklichen Deutschland aber wünsche ich, daß ihm der Blick hinter das Zaubertuch Schachts helfen möge, seine Kenntnis um die Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges zum Nutzen der Zunkunft unseres Volkes zu erweitern.

Heidelberg, den 16. November 1954

FRIEDRICH LENZ

Jeder Mensch hat seinen Charakter.
Sein Charakter aber ist sein Schicksal.

Bismarck

A. VON TINGLEFF BIS NÜRNBERG

In Nürnberg gab der 1877 in Tingleff in Nordschleswig geborene Dr. Hjalmar Schacht dem Gericht folgende Darstellung über seine Herkunft:

„Die Familien meiner beiden Eltern sind seit Jahrhunderten in Schleswig-Holstein, welches bis 1864 zu Dänemark gehörte. Meine beiden Eltern sind noch als dänische Staatsangehörige geboren. Nach der Übernahme durch Deutschland wanderte mein Vater nach Amerika aus, wohin schon drei seiner älteren Brüder ausgewandert sind. Mein Vater wurde amerikanischer Staatsbürger. Meine älteren Brüder sind drüben geboren. Er mußte nach Deutschland zurückkehren aus gesundheitlichen Rücksichten für meine Mutter. Ich bin in Hamburg erzogen, habe an deutschen Universitäten und in Paris studiert, bin, nachdem ich meinen Doktorgrad erreicht hatte, zwei Jahre lang in wirtschaftlichen Organisationen tätig gewesen, trat dann in die Banklaufbahn ein, bin 13 Jahre in der Dresdener Bank gewesen, einer der größten sogenannten ‚D' Banken."

Diesem Bericht fügte er noch folgende Erläuterungen hinzu: „Ich darf hier vielleicht ein paar Worte einschalten über meine ganze geistige und charakterliche Erziehung. Mein Vater ist sein ganzes Leben hindurch ein überzeugter Demokrat gewesen, er ist Freimaurer gewesen, er war ein Kosmopolitan. Ich hatte und habe zahlreiche Verwandte in Dänemark von mütterlicher Seite und in Amerika von väterlicher Seite. Ich stehe mit ihnen bis heute in freundschaftlichem Verkehr. In dieser Einstellung bin auch ich aufgewachsen und habe mich von den Grundsätzen der Freimaureridee leiten lassen und mich von dieser Einstellung nie entfernt. Ich bin auch weiterhin in außerordentlich gutem Kontakt mit dem Ausland geblieben."

An die Darstellung über seine Herkunft und an den tieferen Sinn seiner Erläuterungen werden wir uns immer wieder erinnern müssen, wenn wir das spätere Handeln Schachts völlig verstehen wollen.

Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges wurde Schacht, da er für den Wehrdienst selbst untauglich war, zu bankmäßigen Aufgaben im besetzten Belgien herangezogen. Dort soll er seine Stellung dazu mißbraucht haben, um seiner Bank unberechtigte Vorteile zu verschaffen. Er bagatellisiert in seiner Lebensbeschreibung diesen Vorfall, der zu seiner vorzeitigen Abberufung führte und bezeichnet sich als das Opfer einer Intrige seines Vorgesetzten. So einfach konnte die Sache aber nicht gewesen sein, denn so schnell wurde man zu jener Zeit wegen „angeblicher" Unkorrektheiten nicht abberufen. Ich gebe in der Anmerkung [1]) einen Auszug aus dem Dienstschreiben vom 14. Dezember 1923 wieder, in dem das Reichsbankdirektorium dem Staatssekretär der Reichskanzlei über den Vorfall in Brüssel berichtet. Jeder Leser kann sich daraus sein eigenes Urteil bilden. Er möge sich aber immer wieder an den Ausdruck von der „Spitzfindigkeit" erinnern, welche besonders betont wird. Es trifft auch nicht zu, wenn Schacht behauptet, daß diese Angelegenheit keinen weiteren Einfluß auf seine Tätigkeit bei der Dresdener Bank gehabt habe, ja daß man ihn sogar zum ordentlichen Direktor habe berufen wollen. Er erzählt uns das Märchen, daß dies nur deswegen nicht geschehen sei, weil ihm der Sohn seines Gönners, des Geheimrats Gutmann, seine Angst gestanden habe, Schacht könne ihm die Konsortialgeschäfte wegnehmen und deswegen habe er — nach 15jähriger Tätigkeit — lieber gekündigt. In Wirklichkeit wird es wohl so gewesen sein, wie Norbert Mühlen in seinem höchst interessanten Buche: „Der Zauberer Schacht" schreibt, daß ihn auch sein Haus wegen der Brüsseler Vorgänge fallen gelassen habe. Dieses Buch scheint er übrigens sehr zu fürchten, weil er darin schon 1938 treffend gezeichnet wird, denn er nennt es in seinen Erinnerungen ein „Pamphlet", auf das er später noch zurückkommen müsse, was er aber dann „vergißt". Als der Weltkrieg zu Ende gewesen sei, will er seinen ersten Schritt in die Politik getan haben. Das stimmt wieder nicht ganz, denn schon früh hatte er Verbindung zur „National-sozialen Vereinigung" Friedrich Naumanns gefunden, und war noch vor Kriegsende freiwilliger Mitarbeiter im „Arbeitsausschuß für Mitteleuropa", einer ebenfalls von Naumann gegründeten Studiengesellschaft, geworden, welche die deutschen Friedensforderungen vorbereitete.

Der Zusammenbruch von 1918 führte genau wie der von 1945 zur Neugründung von Parteien bevorzugt linker Prägung. Es war daher verständlich, daß auch Schacht seine Stunde gekommen sah, offen in der politischen Arena aufzutreten. Pünktlich am 9. November 1918 kam ihm, als er im Reichstag als letzten Abgeordneten Herrn Stresemann in einem verschlossenen Zimmer vorfand, die Erleuchtung, daß man eine gemäßigte bürgerliche Linkspartei als Gegengewicht gegen die Radikalen gründen müsse: „Wir mußten schnell handeln, wenn wir Erfolg haben wollten." Wenige Tage später schon fanden sich die passenden Gleichgesinnten, die Herren Dr. Vogelstein, Dr. Wolff vom Berliner Tageblatt, Wiesener und Stein von der Frankfurter Zeitung, Dr. Nathan usw. zur Gründungskonferenz. Nach eini-

gem Geplänkel um den Wortlaut des Gründungsaufrufs, bei dem sich Schacht als Monarchist bezeichnete und mit der üblichen Spitzfindigkeit wiederum die schlüssige Rechnung bewies, daß auch ein Monarchist Demokrat sein könne, wurde die Deutsche Demokratische Partei aus der Taufe gehoben. Sie stellte später in Dr. Hugo Preuß und Walther Rathenau der neuen Regierung zwei Minister.

Mit einer interessanten Episode machte sich der neugebackene „monarchistische Demokrat" bei der Linken hoffähig. Er folgte einer Einladung zu einer Versammlung an seinem Wohnsitz Zehlendorf, die zur Gründung des Arbeiter- und Soldatenrats und als Gipfelpunkt der Anpassungsfähigkeit zu seiner Wahl als dessen 2. Vorsitzender führte. Der Rat begann und beendete seine Regierungstätigkeit mit einer Proklamation an die Bevölkerung, und da diese mit seiner Unterschrift im Lokalblättchen veröffentlicht wurde, hatte Schacht — der Arbeiter und Soldat — seinen Persilschein, wahrscheinlich das Ziel seiner kurzfristigen Mitarbeit.

In den Jahren 1920 bis 1923 erlebte Deutschland die Inflationszeit, jene schreckliche Periode, welche von den Verantwortlichen immer wieder als die natürliche Auswirkung eines verlorenen Krieges bezeichnet wurde, statt als das, was sie wirklich war, nämlich als der größte Betrug am deutschen Volke. Als die Mark in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 fast den Höhepunkt der Entwertung erreicht hatte, konnte Schacht seine Familie in die Schweiz schicken, während das übrige Deutschland dem Elend wehrlos ausgeliefert war.

Er findet an diesem Tatbestand nicht nur nichts Unrechtes, sondern tritt in seiner nachträglichen Phantasie sogar noch als Retter der Nation auf.

Von 1919 bis Ende 1923 habe weder die Reichsbank noch die Reichsregierung den Versuch gemacht, eine Stabilisierung der Währung herbeizuführen. Er vergißt zunächst, uns klar genug zu berichten, daß in seiner Bank als Mitvorstand Herr Jakob Goldschmidt führend tätig war, der als reiner Spekulant und Börsianer die Vorteile der Inflation auf das schamloseste zugunsten der Bank so ausnützte, daß „es zum Himmel stank". Er störte sich seinerzeit nicht viel an diesen Methoden, wenn er auch jetzt in seinen Erinnerungen seine Mitverantwortung wegzudebattieren versucht.

Norbert Mühlen schreibt darüber schon 1938:

„Die Inflation hat Schacht zum großen Mann gemacht, weil das Schiff, in dem er sitzt, von dem Inflationsgenie Jakob Goldschmidt gesteuert wurde. Es ist dieselbe Inflation, die auf der einen Seite neue Riesenvermögen geschaffen, auf der anderen Seite den deutschen Mittelstand und den kleinen Sparer enteignet hat."

Als Ende 1923 die Inflation ihrem Höhepunkt zustrebte, lagen bereits mehrere Stabilisierungsvorschläge vor. Der Deutschnationale Dr. Helfferich präsentierte die Roggenmark, welche immer den Wert einer bestimmten Menge Roggen behalten sollte. Da natürlich auch dieser schwanken konnte, suchte man nach einer besseren Lösung und fand die Rentenmark, welche

auf einem Vorschlag des sozialdemokratischen Finanzministers Hilferding beruhte und von dessen Nachfolger Dr. Luther eingeführt wurde. Praktisch war damit die Grundlage für die Stabilisierung der Mark geschaffen, bevor Dr. Schacht aufgetaucht war. Dieser hatte sogar schon am 10. Oktober 1923 in einem Artikel in der Pfälzischen Presse die Rentenmark kritisiert und das Mißlingen der Markstabilisierung vorausgesagt. Darnach erst suchte die Reichsregierung einen Währungskommissar zur weiteren Durchführung der Markstabilisierung. Das Tauziehen der Interessentengruppen um diesen einflußreichen Posten begann. Der Deutschnationale Dr. Helfferich unterlag gegen den demokratischen Republikaner Dr. Schacht, da sich dieser ja bester Beziehungen zu den damals einflußreichen Linkskreisen rühmen konnte. Norbert Mühlen führt noch folgenden einleuchtenden Grund für die Wahl Schachts an:

„Jakob Goldschmidt, immer noch Direktor der Danatbank, mehr als je Wirtschaftsführer und Großspekulant der Republik, hat einen großen Gedanken. Sitzt nicht immer noch im Direktorialbüro seines Hauses der Dr. Hjalmar Schacht, ein toter Kostenfaktor, um in der gewohnten Bilanzsprache zu reden? Er verzehrt Spesen, ohne sie wieder hereinzubringen. Schachts Erwägungen und Überlegungen hängen wie Bleigewichte an dem spekulierenden Höhenflug der Danatbank. Aber wenn Schacht an Helfferichs Stelle die Mark stabilisieren könnte — ja an diesem Platz wäre er vielleicht der rechte Mann. Goldschmidt wird Schacht zum Währungsretter machen. So wird er auf schmerzlose und billige Art den lästigen Mitdirektor los und bekommt zugleich einen wichtigen Vertrauensmann auf einer neuen Kommandohöhe der deutschen Wirtschaft."

Schon acht Tage nach der Ernennung Schachts stirbt Reichsbankpräsident von Havenstein und man muß einen neuen suchen. Wiederum geht es um Dr. Schacht und Dr. Helfferich, und wiederum siegt Schacht, trotz der Bedenken, mit denen ihm das Reichsbankdirektorium ausdrücklich die Fähigkeit und die moralische Qualifikation abspricht. Obwohl in der Sitzung des Zentralausschusses nur drei Mitglieder für ihn und mehr als 30 gegen ihn stimmen, wurde er mit Rücksicht auf seine politische Haltung auf Druck der Linken wiederum berufen. Diese störte sich an den Bedenken des Reichsbankdirektoriums bzw. Ausschusses so wenig wie an der Affäre Litwin, in welche Schacht nach den Angaben Mühlens verwickelt gewesen sein soll. Schacht allerdings führt seine Berufung auf die angeblichen Erfolge als Währungskommissar zurück. Nun muß man wissen, daß auf Vorschlag Hilferdings das Reichskabinett am 10. September 1923 schon die Schaffung der Neumark, am 16. Oktober die Einführung der Rentenmark beschlossen hatte, und daß schon zahlreiche Vorbereitungsmaßnahmen für die Durchführung der Stabilisierung getroffen waren — lange also bevor Herr Schacht überhaupt auftauchte. Trotzdem machte sich die Legende breit:

„Wer hat die Rentenmark gemacht?
Der Retter, er heißt Hjalmar Schacht!"

Schacht verhinderte trotz besserem Wissen nicht, daß diese Legende bei den Reichstagswahlen Anfang 1924 in der Wahlpropaganda kräftig verbreitet wurde, da die Linke natürlich ein Interesse daran hatte, ihren Retter besonders zu preisen. Auch heute noch hält Schacht an dieser Legende fest und will uns in seinem Buche sogar vormachen, daß die Stabilisierung von Währungen im Blute der Familie Schacht liege. In Wirklichkeit hatte Schacht nicht die Stabilisierung selbst gezaubert, sondern nur das Märchen, daß er ihr Vater sei[2]).

Als Schacht am 22. Dezember 1923 seine offizielle Berufung als Reichsbankpräsident erhielt, fuhr er zu seiner Familie in die Schweiz in Urlaub, und als er am 27. Dezember zurückkam, suchte er den Vizepräsidenten der Reichsbank, Herrn von Glasenapp, auf, um ihm eine wichtige Frage vorzulegen, welche wir ihn aus bestimmten Gründen selbst vortragen lassen wollen:

„Herr von Glasenapp, ich komme heute nur auf einen Sprung in die Reichsbank, um mich bei Ihnen zu vergewissern, ob und welche Pläne die Reichsbank für die endgültige Wiedereinführung der Goldwährung hat. Ich nehme an, daß Sie mir darüber einiges sagen können." Einem freundlichen, aber verlegenen Lächeln folgte die Mitteilung: „Herr Präsident, es liegen keine Pläne oder Absichten dieser Art bei der Reichsbank vor. Das habe ich mir gedacht, Herr von Glasenapp, und habe auch keine andere Antwort von Ihnen erwartet. Indessen veranlaßt mich diese Auskunft, den Antritt meines Amtes noch um einige Tage zu verschieben. Ich möchte vorher dem Gouverneur der Bank von England einen Besuch abstatten und mich mit ihm über die deutsche und die internationale Währungslage unterhalten. Ich ließ in London anfragen, ob dem Gouverneur der Bank von England, Herrn Montagu Norman, mein Besuch genehm wäre und wann ich denselben abstatten könne. Es läge mir sehr an einer baldigen Aussprache. Prompt kam die Antwort, daß ich sehr willkommen sei und möglichst sofort kommen möchte. Ich verabredete, daß ich am 30. Dezember abends nach London fahren würde."

Diese Fahrt und für Deutschland unglückselige Besprechung erfolgte also, bevor er sich Anfang Januar dem Reichsbankdirektorium und — auch nur gezwungen — Ende Januar den 40 Mitgliedern des Reichsbankausschusses überhaupt vorgestellt hatte. Den letzteren bekannte er hierbei höhnisch, daß ihm seine Gegnerschaft in London von erheblichem Nutzen gewesen sei, „weil das Ausland daran erkannt habe, daß die bisher betriebene Währungspolitik der Reichsbank einer grundsätzlichen Wandlung unterliegen wird."

Der Gouverneur der Bank von England empfing Schacht selbst am Bahnhof und konnte es kaum erwarten, ihn baldmöglichst sprechen zu können, sodaß er ihn schon zum ersten Neujahrstage in die Bank bestellte. Hierbei entwickelte sich nach Schacht (ohne Sinnentstellung gekürzt, d. V.) folgende Unterhaltung:

Schacht: „Mein Plan geht nicht auf eine bloße Kreditgewährung. Ich habe die Absicht, neben der Reichsbank eine zweite Währungsbank zu errichten, die ganz auf Gold abgestellt ist. Diese Bank soll lediglich Kredite gegen Wechsel geben und vorzugsweise denjenigen deutschen Instituten helfen, die das Exportgeschäft wieder aufnehmen können. Lassen Sie mich diese Bank einmal Golddiskontbank nennen."

Norman: „Wie gedenken Sie die Mittel für diese Bank zu beschaffen?"

Schacht: „Ich denke mir die Errichtung dieser Bank mit einem Kapital von 200 Millionen Mark. Das Kapital soll ganz in fremder Valuta aufgebracht werden. Die Hälfte davon in fremder Valuta innerhalb Deutschlands und die andere Hälfte möchte ich von der Bank von England erbitten."

Norman: „Denken Sie daran, die Bank von England zum Aktionär der Golddiskontbank zu machen?"

Schacht: „Dies nicht. Ich möchte von Ihnen für die Reichsbank einen Kredit von 100 Millionen Mark in Pfund-Sterling auf 3 Jahre haben. Mit diesem Geld soll die Reichsbank die 2. Hälfte des Kapitals übernehmen."

Norman: „Wer werden die Debitoren der Bank sein?"

Schacht: „Bei dem Schwergewicht, welches die rheinisch-westfälischen Institute in der deutschen Wirtschaft haben, werden die Kredite in der Hauptsache an diese Institute fließen."

Norman: „Für eine solche Aufgabe können 200 Millionen Mark unmöglich ausreichen."

Schacht: „Ich habe das bedacht und möchte deshalb Ihr Einverständnis und Ihre Förderung einer weiteren Absicht erbitten. Da es sich im Wesentlichen um die Finanzierung von Rohstoffbezügen und Warenexporten handeln wird, so glaube ich, daß die Wechsel, die die Bank hereinnehmen wird, ein geeignetes Anlagepapier für den Londoner Geldmarkt sein werden. Ich möchte deshalb wünschen, daß Sie diesen Wechseln den Zugang zum englischen Markt öffnen. Mister Norman, diese Bank wird eine Währungsbank sein. Sie wird aufgrund ihres Goldkapitals von 200 Millionen Mark Banknoten ausgeben. Ich beabsichtige die Noten auf Pfund-Sterling zu stellen."

Norman: „Sie wollen in Deutschland Noten in fremder Währung ausgeben?"

Schacht: „Der Gedanke mag Ihnen auf den ersten Augenblick außerordentlich erscheinen. Aber warum soll ich nicht ein Exportgeschäft, das sich in fremder Währung abspielt mit Noten fremder Währung finanzieren? Und nun bedenken Sie einmal, welche Perspektiven sich aus einer solchen Maßnahme für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Großbritanniens Weltreich und Deutschland ergeben können."

Norman: „Glauben Sie wirklich, daß Sie 100 Millionen Mark in fremder Valuta in Deutschland aufbringen können? Dann bin ich bereit, Ihnen von der Bank von England einen Kredit von 3 Jahren zu geben zwecks

Errichtung der Golddiskontbank. Ich habe ferner die Frage einer Diskontmöglichkeit Ihrer Wechsel am Londoner Markt mit meinen Freunden besprochen. Sie sind bereit, einige hundert Millionen Mark Wechsel, die das Giro der Golddiskontbank tragen, hereinzunehmen, so daß Sie insgesamt mit einer halben Milliarde Betriebskapital für Ihre Golddiskontbank rechnen können."

Es ist nun interessant, nebenbei noch von Schacht ein Geheimnis zu erfahren, das er uns 30 Jahre lang verschwieg, daß es nämlich bei diesen Besprechungen den Beiden gelungen war, Frankreichs Plan der Gründung einer Notenbank durch ein rheinisch-französisches Bankenkonsortium abzuschließen — zum Vorteile Englands. Noch interessanter wäre es aber, den Teil der Verhandlungen kennen zu lernen, welche Schacht seit dem 22. Dezember 1923 mit dem Ausland führte und von denen er weder uns noch dem größten Teil der Regierungsmitglieder berichtete, deren Kenntnis aber dieses Zauberkunststück eines „Kosmopolitan" erst recht verständlich machen würde. Ich möchte dieses Kapitel vorläufig mit dem Wunsche eines Lesers abschließen, den dieser kürzlich in einer Wochenzeitung zum Ausdruck brachte:

„Es gehört einmal festgestellt, daß es das zweifelhafte Verdienst des Wunderdoktors Schacht ist, die stabile Rentenmark völlig überflüssiger Weise gegen eine hochverzinsliche Goldanleihe den Machenschaften internationaler Goldspekulanten ausgeliefert zu haben[3])."

Wir wollen nun von einem weiteren Zauberkunststück berichten, das allerdings Schacht in seinen Erinnerungen mit dem Mantel des Vergessens verhüllt. Er schuf das Reichsbankgesetz und darnach erhielten die Besitzer der Reichsbankanteile für zwei alte Anteile zum Nennwert von 1000 M einen neuen von 1000 RM, also eine Ausnahmestabilisierung von 50 % im Gegensatz zu der üblichen von einem Billionstel, mit der sich der gewöhnliche Deutsche begnügen mußte. Weiter erhielten die Anteilseigner noch sonstige Ausnahmevorteile welche dazu führten, daß sich die Gewinnausschüttungen der Reichsbank zu Ungunsten des Reiches und zu Gunsten der Anteilseigner verschoben. Die Anteilseigner, in der Hauptsache Groß- und Privatbanken, bildeten den Generalrat und entschieden über die Bezüge des Reichsbankpräsidenten.

Im April 1924 fiel ihm als nächstes Zauberkunststück plötzlich ein, der Wirtschaft von einem Tag zum andern den gesamten Reichsbankkredit zu sperren, obwohl er sich klar war, daß diese „Absperrung" nicht nur sehr schmerzlich sein würde, sondern auch eine Ungerechtigkeit in sich berge, indem sie die Guten mit den Bösen traf. Den Zauberer störte es wenig, daß er deswegen zum „Henker der deutschen Wirtschaft" befördert wurde; er fand nicht nur seinerzeit, sondern auch jetzt in seinem Buche mit der bekannten „Spitzfindigkeit" genügend Ausreden, um sich wieder zum Retter der Mark zu stempeln. Mit Stolz beruft er sich sogar darauf, daß ganz

besonders im Ausland deswegen das Vertrauen in die Reichsbankleitung gestiegen sei. Durch die Entschließungen des Dawes-Komitees, an denen Schacht maßgeblich beteiligt war, wurde die deutsche Reichsbank einer Aufsicht von 7 Ausländern und von 7 Deutschen unterstellt. Da Schacht nun in seinem Buche schreibt, daß sich mit diesem Gremium und dem auf Grund der Dawesbeschlüsse eingesetzten Reparationsagenten Dr. Parker Gilbert eine enge Zusammenarbeit entwickelt habe, so kann man sich seinen Teil denken, wenn man Kenntnis von einer entsprechenden Tagebucheintragung Stresemanns hat[4]).

Nicht umsonst zitiert Schacht daher den Brief, den er 1925 vom Chef des englischen Bankhauses Schröder & Co. erhielt:

„Sie können mit Stolz zurückblicken auf Ihre Tätigkeit im alten Jahr, denn ich bin überzeugt davon, daß ohne Sie die Atmosphäre in London nicht geschaffen worden wäre, die für den Wiederaufbau unseres armen alten Vaterlandes nötig war."

Im Mai 1927 konnten die Aktienbesitzer ein neues Zauberkunststück registrieren, als Schacht die Banken zu einer eben so plötzlichen Kreditrestriktion veranlaßte, daß sie wegen ihrer verheerenden Auswirkungen zur Bezeichnung „schwarzer Freitag" führte. Auch dieser Streich trug weniger zu seiner Beliebtheit als zu seinem Ruf als Zauberer bei.

Da er sich ein Jahr zuvor das Rittergut Gühlen in der Mark gekauft hatte, auf dem er sich inmitten einer fressenden Schweineherde mit einem Prügel in der Hand fotografieren ließ, konnte er sich dort von diesen Zauberstreichen erholen, wovon der Schluß eines seiner Gedichte zeugt:

„Kein Angriff so scharf, daß ihm Gühlen nicht wehrt.
Keine Freude so groß, daß sie Gühlen nicht mehrt."

Schacht war zu sehr Bankfachmann, um nicht rechtzeitig einzusehen, daß der Erfolg seiner Tätigkeit von der Erfüllung zweier Voraussetzungen abhängig war:

1. der rücksichtslosen Drosselung der ausländischen Kredite, deren Erlös für zweitrangige Staatsaufgaben oder Zahlung von Reparationsschulden Verwendung fanden,

2. der Ermäßigung der untragbaren Reparationslasten, die nur aus Exportüberschüssen finanziert werden konnten, aber in dem notwendigen Umfange nicht erzielt wurden.

Daß Schacht den Kampf gegen die überflüssige Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand, gegen die übermäßigen ausländischen Kredite und die Reparationslasten so energisch führte, ist ihm einst als Wunderleistung angerechnet und von ihm praktisch auch so dargestellt worden. Ich betrachte dies nüchterner als das zwangsläufige Ergebnis einer einfachen rechnerischen Erkenntnis, will ihm aber in dieser Hinsicht den Ruhm seiner Leistungen nicht schmälern, weil sie dem Eigennutz und der Kurzsichtigkeit der Interessentengruppen im Inland und Gläubigergruppen im Ausland abgerungen

werden mußten. Dieser Kampf brachte ihn zu den Mächten in Widerspruch, die ihn einst berufen hatten, den linken Demokraten. Er benutzte daher den Volksentscheid, um seinen Austritt aus der Deutschen Demokratischen Partei zu begründen, da er deren Politik in dieser Frage nicht billigte.

Da sich durch die Kontrollen des Dawesplanes erwies, daß Deutschland die jährlichen Verpflichtungen nicht erfüllen konnte, kam es im Februar 1929 zu einer neuen Konferenz, welche den Youngplan begründete. Schacht führte die deutsche Delegation und legte hierbei ein Memorandum der deutschen Sachverständigen vor, welches den bezeichnenden Satz enthielt, „daß der Verlust der an Polen verlorenen Ostgebiete Deutschlands Ernährungsbasis so stark eingeschränkt habe, daß hierdurch die deutsche Zahlungsfähigkeit wesentlich beeinflußt würde". Er erregte seinerzeit Aufsehen in der Presse und wir wollen uns später an die darin enthaltene Begründung wegen der deutschen Haltung in der Korridorfrage erinnern. In dem Memorandum war auch die Höhe der Zahlungen festgelegt, die die Sachverständigen als äußerste Grenze der Tragfähigkeit bezeichnet hatten. Obwohl nun der Vermittlungsvorschlag des Reparationsagenten wesentlich höhere Ziffern vorsah und die Sachverständigen mindestens hinsichtlich ihrer gutachtlichen Tätigkeit unabhängig waren, aber genau wußten, daß die Ziffern des Kompromißvorschlages nicht mehr tragbar waren, unterschrieben sie am 7. Juli mit Schacht an der Spitze „in voller Verantwortung" das Youngplan-Gutachten.

Schacht zaubert uns natürlich wieder eine plausible Begründung für diesen ersten Youngplan-Umfall vor, wenn er behauptet, daß er seinerseits unter dem Druck der Linken gestanden habe, von der Heimat im Stich gelassen worden sei, nur Stresemann zuliebe und überhaupt nur deswegen unterzeichnet habe, damit sich in der Praxis die Unmöglichkeit der Zahlung der vereinbarten Raten erweise und es zu neuen Verhandlungen kommen würde. Der Sachverständige Vögler hatte ihm allerdings die einzig richtige Haltung vorgezeigt, indem er noch vor der Unterzeichnung zurücktrat. Die Unterzeichnung löste nämlich in der Industrie und der politischen Rechten einen Sturm der Entrüstung aus, mit dem Schacht in dieser Stärke nicht gerechnet hatte.

Da ihm sogar seine Frau nach der Rückkehr schon auf dem Bahnhof mit dem Vorwurf empfing: „Du hättest niemals unterzeichnen dürfen!" und der Herbst schon ein Ansteigen der wirtschaftlichen Krise in Deutschland und Amerika zeigte, bereitete Schacht den Zauber mit dem zweiten Youngplan-Umfall vor. Der monatelange Kampf der Streitpartner um den Youngplan brachte dessen Nachteile erst ans Tageslicht. Schacht benutzte nun einige — seinerzeit im Verhältnis zum Gesamtplan unwesentliche — Punkte, um in einem Memorandum vom 6. Dezember 1929 wieder von seiner Zustimmung abzurücken; in Nachahmung früherer und als Vorbild späterer Direktaktionen mit dem Ausland drohte er in einem Telegramm an den Reparationsagenten Gilbert mit seinem Rücktritt. Dieser unterrichtete den deutschen

Botschafter, von dem es dann erst die Reichsregierung mit Bestürzung erfuhr[5]). Er kündigte am 7. März 1930, war trotz Zureden nicht zu bewegen zu bleiben und ließ sich eine Abfindung von drei Jahresgehältern von je 360 000 Mark geben und prophezeite bei seiner Abschiedsrede vor der Reichsbank, daß er wiederkommen werde, was genau drei Jahre später eintraf.

Kurz vor seinem Abgang hatte er noch ein Zauberkunststück vollbracht, das später eine interessante Parallele zeigte. Der Finanzminister Hilferding brauchte einige hundert Millionen Mark und hatte sich wegen eines entsprechenden Kredites an ein amerikanisches Bankenkonsortium gewandt. Dieses frug bei Schacht an, ob er mit dem Kredit einverstanden sei. Ohne seine Antwort mit Hilferding vorher abzustimmen, lehnte er ab und dann erst teilte er ihm die Ablehnung mit und zwang damit die Reichsregierung, da sie ja das Geld dringend benötigte, in einem eigens geschaffenen Gesetz, welches als „Lex Schacht" in die Geschichte einging, sehr unangenehme Bedingungen bezüglich einer Finanzreform einzugehen[6]).

Während darüber Hilferding stürzte, passierte dies bei dem parallelen Versuch unter Hitler dem Zauberer selbst. Es war eben ein Unterschied, wer „ein solches Einmischen des Reichsbankpräsidenten in die Reichspolitik für unerträglich" hielt, wie der mitgestürzte Staatssekretär Popitz richtig meinte.

Da Zauberer meist auch bessere Hellseher als gewöhnliche Sterbliche sind, hatte Schacht, als er im März seinen Rücktritt erklärte, sicher schon vorausgesehen, daß die Nationalsozialisten am 14. September 1930 mehr Sitze im Reichstag haben würden als dies gewöhnliche Sterbliche ahnten. Am Abend des 14. September war er daher schon bei seinen Freunden in der Londoner City und wenige Tage später fuhr er zu einer Vortragsreise nach Amerika, womit sich gleichzeitig sein politischer Kurs völlig änderte.

Als er von seiner Vortragsreise zurückkehrte, bedankte sich der nationalsozialistische Abgeordnete von Reventlow im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages „herzlich für die Art und Weise, in der Schacht in Amerika die Nationalsozialisten vorgeführt und dargestellt" habe. Das Ergebnis seiner Vortragsreise legte er in dem bekannten Buche nieder: „Das Ende der Reparationen", das in der Hauptsache Einsichten eines Wirtschaftlers enthält, und mit dem er von der Rechten den sehr erhofften Beifall und von der Linken das erwartete Mißtrauen erntete.

Ende Dezember 1930 traf er sich erstmals mit Hitler, sodaß er schon im Frühjahr 1931 der amerikanischen Journalistin Dorothy Thompson auf ihre Frage, wer denn bei den Nazis Deutschland durch die Finanz- und Steuerklippen steuern könnte, antworten konnte: „Ich". Er verstärkte in der Folgezeit seine politische Betätigung zu Gunsten einer Regierungsübernahme Hitlers, zumal die weiteren Wahlergebnisse und der katastrophale Niedergang der Republik den Vorausschauenden keine Zweifel mehr lassen konnten, daß Hitler sowieso an die Macht käme[7]).

Im Oktober 1931 trat er in Bad Harzburg mit folgender Forderung an die Öffentlichkeit:

„Nur durch geschlossenen nationalen Rückhalt können Freiheit und Arbeit zurückgewonnen werden. Darum wünsche ich aus heißem Herzen, daß der nationale Sturmwind, der durch Deutschland weht, nicht ermatten möge, bis die Wege zur Selbstbehauptung und zum Wirtschaftserfolg wieder freigemacht sind."

Obwohl sich Schacht nach den Angaben seines Biographen Franz Reuter schon vor der Wahl am 31. Juli 1932 eifrig für Hitler einsetzte und ihn Nationalsozialisten immer wieder um seinen Rat angingen, darunter Herr Keppler, der Wirtschaftsberater Hitlers, welcher ihn übrigens auch wegen falscher Angaben berichtigen mußte, behauptet er in seinem Buche, daß er sich vor dem 31.Juli 1932 mit keinem Wort für Hitler und seine Umgebung geäußert habe. Nach der Wahl, die den Nationalsozialisten 230 Sitze im Parlament brachte, trat er eindeutig für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler ein und begründete dies in seinem Buch damit, daß die Mehrheitsverhältnisse überhaupt gar keine andere Möglichkeit gelassen hätten. In einem Interview sagte er: „Es gibt nur einen, der heute Reichskanzler werden kann, und das ist Adolf Hitler!" — und prophezeite dessen Machtübernahme bis auf drei Tage richtig, was zwar kein Zauberkunststück, aber typisch Schacht war.

Schon Ende Februar 1933 wird Schacht von Göring zu einer Zusammenkunft mit Industriellen eingeladen, bei der Hitler seine politischen Ansichten vortrug und Göring zur finanziellen Wahlunterstützung der Regierung aufforderte. Es wurde ein besonderer Fonds von 3 Millionen Mark gebildet, dessen bankmäßige Verwaltung Schacht auf Bitten Hitlers übernahm. Da nach Angaben Schachts von diesem Fonds ein Betrag von 600 000 Mark überhaupt unausgenutzt blieb, dürften durch diese Bekundung die Behauptungen über eine größere Unterstützung Hitlers durch ausländische Geldgeber als unwahrscheinlich gelten können[8]).

Da Hitler im März 1933 von dem seinerzeitigen Reichsbankpräsidenten Dr. Luther auf die Frage, welchen Betrag die Reichsbank für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stellen könne, lediglich die Zusage eines lächerlichen Betrages von 150 Millionen Mark erhielt, entschloß er sich, Schacht um die Übernahme des Postens als Reichsbankpräsident zu bitten. Schacht selbst will auf die gleiche Frage keine Zahlen genannt, doch keinen Zweifel gelassen haben, daß er alles tun werde, um Hitler bei dem Vorhaben der Arbeitsbeschaffung im erforderlichen Umfange zu unterstützen. Das ist im Wesentlichen auch gelungen und zwar war der größte Teil der Arbeitslosen bereits untergebracht, bevor die eigentlichen Rüstungsausgaben sich auszuwirken begannen. Ein sehr wertvolles Mittel bei der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung waren die sogenannten „Mefowechsel"[9]). Sie wurden von den Laien als Wunderwerk der Schacht'schen Zauberkünste auf finanziellem Gebiet angesehen, obwohl sie — real betrachtet — nichts anderes waren als gewöhnliche Finanzwechsel, deren Annahme die Reichsbank in Anbetracht ihrer allgemeinen Ansprüche abgelehnt hätte, wenn sie in glei-

cher Weise von einem „privaten dreiblättrigen Kleeblatt" ausgeheckt und eingereicht worden wären. Die Vorwürfe, die Schacht später aus dieser Finanzierung gemacht wurden, bestehen wohl formell durchaus zu Recht, doch gilt auch hier der alte Grundsatz: „Wenn zwei das Gleiche tun . . ." Durch die Bürgschaft des Reiches bestand weder für die Gesellschafter der Mefo als Bezogene noch die Lieferanten als Aussteller ein Risiko, außerdem heiligte in diesem Falle der Zweck die Mittel. Inwieweit nun Schacht in Beachtung der Lehren aus seiner Volontärzeit am kleinen Journal, dem Berliner Skandalblatt, seinen Ruf als Zauberer durch die Verbreitung von Anekdoten förderte, weiß man nicht, doch ist es anzunehmen, denn sie waren zahlreich.

Anfang Juli 1933 schied Hugenberg von seinem Posten als Reichswirtschaftsminister, worauf der Generaldirektor der Allianzversicherung Dr. Kurt Schmitt sein Nachfolger wurde. Das Ausscheiden Hugenbergs war nicht auf Differenzen mit Hitler selbst zurückzuführen, sondern auf Differenzen, die Reichsaußenminister Freiherr von Neurath mit ihm wegen Äußerungen auf der Weltwirtschaftskonferenz in London hatte[10]).

Da Reichswirtschaftsminister Schmitt seiner Aufgabe nicht gewachsen war und wegen eines Ohnmachtsanfalles sein Amt niederlegen mußte, wurde Schacht Ende Juli 1934 zu seinem Nachfolger berufen. Sofort bei Übernahme seines Amtes entließ er den ihm ungenehmen Staatssekretär Gottfried Feder, den Mann, der die These von der Brechung der Zinsknechtschaft propagiert hatte.

Es ist nun nicht Feders wegen interessant, sondern nur wegen der Art und Weise, wie sich diese Entlassung im Gegensatz zu Schachts nunmehriger Darstellung abspielte und aus der sich Schachts ganze Überheblichkeit zeigt; es fand nämlich folgendes Telefongespräch statt:

Schacht: „Sie sind doch musikalisch, Herr Feder?"

Feder: „Allerdings, Herr Präsident."

Schacht: „Na, dann sollten Sie aber nicht versäumen, sich die Bayreuther Festspiele persönlich anzuhören."

Feder: „Die Arbeit im Ministerium hält mich zurück, Herr Präsident."

Schacht: „Nun, davon kann ich Sie sogleich befreien. Sehen Sie, ich bin garnicht sehr musikalisch, aber ich war in Bayreuth und nun, hören Sie gut, bin ich Wirtschaftsminister, in Bayreuth vom Reichskanzler ernannt. Ihre weitere Tätigkeit als Staatssekretär in meinem Ministerium, mein lieber Feder, ist ja überflüssig. Das werden Sie wohl einsehen, Herr Professor!"

Also eine Entlassung „sehr taktvoller Art". Genau so unzutreffend dürfte das sein, was er uns in diesem Zusammenhang noch über seinen „Widerstand" gegen Himmlers angeblichen Einmischungsversuch in seine Ernennung als Wirtschaftsminister erzählt.

Der vier Wochen vorher abgelaufene Röhmputsch hielt Schacht auch nicht ab, aus Hitlers „bluttriefenden Händen" die Berufung zum Wirtschaftsminister entgegenzunehmen, während er es in Nürnberg zweckmäßig fand, der Welt eine tiefe sittliche Entrüstung vorzuzaubern. Er zögert auch nicht, anderen Vorwürfe zu machen, und es sei nur auf die Geschmacklosigkeit hingewiesen, mit der er den toten Justizminister Gürtner belasten möchte. Er erhält aber von dessen Sohn die verdiente Antwort[11]).

Schachts Ausführungen zum Röhmputsch beweisen, daß er dessen wahre Bedeutung überhaupt nicht begriffen hat.

Tatsache war, daß revolutionäre Kreise der SA und Partei mit der evolutionären Haltung, mit der Hitler seine revolutionären Ziele in einem längeren Zeitraum verwirklichen wollte, nicht zufrieden waren und dadurch fortgesetzt Unruhe verursachten.

Tatsache war, daß General Schleicher seine alten Pläne einer Beseitigung Hitlers nicht aufgegeben hatte[12]).

Tatsache war, daß Röhm und Schleicher mit Vertretern des Auslandes in Verbindung standen und daß Hitler darüber mehr wußte, als diese Herren ahnten.

Tatsache war, daß eine weniger brutale Unterdrückung dieser Bestrebungen tausendfach größeren Schaden angerichtet hätte, als er mit den etwa 200 Toten entstanden war.

Tatsache dürfte es wohl auch sein, daß gerade Schacht eines der ersten Opfer dieser Nachrevolution gewesen wäre, denn gerne gesehen war er bei deren Planern nicht. Im übrigen sollten sich Schacht und ähnliche Kritiker einmal an den Ausspruch eines so hoch angesehenen Demokraten wie Friedrich Naumann erinnern, der sagte:

„Es hilft garnichts, wenn man dem Revolutionsgedanken mit moralischen Gesichtspunkten kommen will, denn die Staatskörper, in denen wir heute leben, sind auch nicht nach den Vorschriften des kleinen Katechismus entstanden. Unsere ganze Gegenwart beruht auf vergangenen Gewalttaten. Es gibt keine einzig politische Macht, die nicht Menschenblut vergossen hat, um bestehen zu können[12a])."

Andererseits möchte man etwas von der Entrüstung Schachts, dem „Turm des Rechts", wie er sich anmaßend nennt, über die tausendfache Zahl der Selbstmorde hören, in welche Deutsche seit 1945 im Zeichen des Rechts und der Menschlichkeit durch die politische Verfolgung getrieben wurden, von dem millionenfachen Gewissensmord durch den Skandal der Entnazifizierung gar nicht zu reden. Was Schacht heute über den Röhmputsch erzählt, ist reine Heuchelei, denn als er im Amt war, störte er sich solange nicht daran, bis er wegen seiner Entlassung ins Lager der Gegner Hitlers überging.

Aufsehen erregte in der Welt Schachts „Neuer Plan", mit dessen Hilfe er die Regelung der Ein- und Ausfuhr unter besonderer Beachtung der Er-

fordernisse der Devisen- und Rohstoffbeschaffung für die Bedürfnisse der Rüstung erreichte.

Er erzielte hiermit beachtliche Erfolge und angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen Deutschland vielfach ausgesetzt war, müßten diese Erfolge als wirkliche Zauberleistungen angesehen weren, — wenn er seine Finger von der Politik gelassen hätte. Wie Schacht allerdings selbst wußte und offen zugab, konnte er die Erfolge auch nur im Staate Hitlers erzielen, dessen Macht zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen restlos zur Verfügung stand. Wie notwendig dies war, bewiesen die vielfachen Anfeindungen, denen er sich allseits gegenüber sah, weil die verschiedenen Interessentengruppen — und zwar sowohl die inländischen als auch die ausländischen — jeweils andere Auffassungen von der Zweckmäßigkeit der Maßnahmen hatten.

Eine der Hauptaufgaben Schachts bestand in der Schaffung der finanziellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Rüstung. Hier hat er zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe seine ganze Kraft eingesetzt, was ihm die Anschuldigung der Nürnberger Anklage einbrachte, daß er dadurch für Hitlers Angriffskriege mitverantwortlich sei. Über die Zauberkunststücke, die er später vollbrachte, um diesen Vorwurf zu widerlegen, werden wir uns an anderer Stelle unterhalten. Zunächst konnte er auf dem Reichsparteitag 1935 das Lob des Reichswehrministers von Blomberg einheimsen, der damals zu ihm sagte: „Ohne Sie, mein lieber Dr. Schacht, wäre dieser Tag niemals möglich gewesen." Dies war eine gute Schmeichelei für Schacht.

Es war klar, daß er bei seiner kritischen Veranlagung manches an den Männern des nationalsozialistischen Regimes auszusetzen hatte und daß es daher zu vielerlei Reibungen kam, zumal diese in ihrer revolutionären Unternehmungslust und mangels nötiger Fachkenntnisse manchmal übers Ziel schossen. Solange sie ihm nicht ins Gehege kamen, beließ es Schacht bei seinen spitzfindigen und hintergründigen Bemerkungen, wenn er sich auch — gedeckt durch Hitlers Vertrauen — mehr zu sagen erlaubte, als es die andern — leider zu wenig — taten. Schacht allerdings übersteigert heute die Bedeutung seiner bekannten Königsberger Rede, bei der er Lob, Tadel und Kritik nach allen Seiten verteilte. Seinerzeit ist ihm wegen dieser „mutigen" Rede wirklich nichts geschehen; es ist daher mehr als lächerlich, sie uns heute als Beweisstück seines „Widerstandes" hinstellen zu wollen.

Schacht hat es sehr schwer getroffen, daß Hitler ihm kurz vor dem Parteitag 1936 lediglich in einer knappen Andeutung die Verkündung des neuen Vierjahresplanes verriet. Er fühlte sich übergangen. Nach Norbert Mühlen versuchte er noch auf dem Parteitag, Hitler von seinem Plane abzubringen. Dieser ließ sich nicht beirren und betraute Hermann Göring mit der Durchführung. Er erteilte ihm so weitgehende Weisungsvollmachten, daß ihnen auch Schacht unterworfen war, was natürlich diesem garnicht paßte, zumal Göring die Organisation des Vierjahresplanes mit einem Elan anfaßte, der notgedrungen zu Ressortdifferenzen führte. Schon im August

1937 bat er Göring um die Übernahme des Wirtschaftsministeriums, als es wegen der neuen Vorhaben zur Steigerung der inländischen Eisenerzförderung und wegen der Devisenpolitik zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war[12b]). In einer Unterredung mit Hitler bat ihn dieser zunächst, sein Entlassungsgesuch zurückzuziehen und sich mit Göring zu vertragen. Daß Schacht uns bei der Schilderung dieser Unterredung eine weinerliche Liebeserklärung Hitlers vorerzählt, muß man geduldig als eines der Zauberkunststücke hinnehmen, mit dem seine Unentbehrlichkeit aufs neue bewiesen werden soll.

Der Streit wird nach außen beigelegt, geht aber im Hintergrunde weiter und findet am 8. Oktober 1937 seinen Niederschlag in einem Briefe Schachts an Hitler, in dem er sich — aber unter ausdrücklicher Berufung auf die Notwendigkeit der Schlagkraft der Wehrmacht — wieder über Göring beschwerte und gewisse Bedingungen für die Zukunft stellte. Er schloß den Brief trotzdem mit der Versicherung „unveränderter Ergebung". Ein erneut gescheiterter Ausgleichsversuch endete am 26. November 1937 mit seiner Entlassung als Wirtschaftsminister. Sein Nachfolger wurde im Januar 1938 Walter Funk.

Schacht versucht nun in seinem Buche die Situation jener Zeit so darzustellen, als ob er gerne abgetreten sei, während es in Wirklichkeit so war, daß er verbissen um seine Machtposition kämpfte. Zunächst hatte er versucht, durch eine Kapitalunterstützung den Ausbau der Bergwerke voranzutreiben, doch war ihm hierbei Göring durch die Gründung der Hermann-Göring-Werke zuvorgekommen, was ihn wiederum tief verletzte. Anfang 1937 übte er daher Kritik am Vierjahresplan in seiner Zeitschrift, und als er im gleichen Monat in Urlaub fährt, legt er Göring ein Kuckucksei ins Nest, indem er eine Anordnung zur Sicherstellung des planmäßigen Ausbaues der Eisenindustrie erläßt, womit er ein Gegengewicht gegen die zu starken Bestrebungen der Organisation des Vierjahresplanes schaffen will. Ende September hält er wiederum eine kritische Rede, die seine Situation bessern soll, aber nur verschlechtert. Er lanciert Gerüchte über seinen baldigen Rücktritt, und es ist aufschlußreich, darüber Norbert Mühlen zu hören:

„Genau wie vor sieben Jahren ist der deutsche Wirtschaftsretter ein Agitator gegen die deutsche Wirtschaft geworden. Wieder weiß er damit die Welt zu verwirren und wieder geht es ihm nur um seine eigene Person.

Und wieder wie vor sieben Jahren teilt er seine Demission nicht zuerst der Regierung seines Volkes mit, sondern amerikanischen Finanzleuten. Damals durch das Kabel an Owen Young, diesmal im Gespräch auf der amerikanischen Botschaft.

Aber damit endet die Parallele zwischen damals und heute. Damals war die Demission in der Tat ein Absprung zu neuem Ruhm und größerer Macht im kommenden nationalsozialistischen Reich gewesen. Diesmal aber wird Schacht kaum mehr neuen Anlauf finden, diesmal muß er sich an die

Macht klammern, sei es auch nur an ihre Reste, sei es auch nur auf dem Umweg über die Demission. Diesmal findet er auch keinen Reichsminister mehr, der ihn „vergeblich zum Bleiben auffordert", über Demission und Diktatur entscheidet jetzt kein anderer als der Führer . . .

Hitler hat bis jetzt, ein ganzes Jahr lang, seine Entscheidung über die ewigen Kompetenzkonflikte, Eifersüchteleien, Reibungen und Machtkämpfe zwischen dem alten und dem neuen Wirtschaftsdiktator hinausgeschoben, er zaudert vor einem Eingriff. „Dieser Grübler und Zauderer ist aber keine Schlafmütze", wie Konrad Heiden in seiner Hitler-Biographie bemerkt, jetzt hat Schacht den Augenblick herbeigezwungen, wo der oberste Führer nach endlosem Abwarten sein Machtwort sprechen muß.

Noch genau einen Monat lang denkt Hitler nach, konferiert mit Schacht, Göring, allen anderen Hilfsführern. Er sucht nach einem Kompromiß, der für jeden der beiden Rivalen annehmbar ist — denn beide sind gleich wertvoll, gleich unersetzlich für das Regime; aber nur in einer neuen Einordnung können sie der nationalsozialistischen Politik wieder in ihrem vollen Wert dienen und nutzen. Aus den dicht bewachten Mauern der Burg Obersalzberg dringt kaum ein Wort über die „Schachtkrise", wie das Ausland den Kampf nennt, in die deutsche Öffentlichkeit. Endlich am 26. November 1937 ist die Lösung reif.

Schacht verschwindet in der Versenkung, und bleibt doch zugleich — immer noch derselbe alte Zauberer! — leibhaftig mitten auf der Bühne des Dritten Reiches sichtbar."

Als Reichsbankpräsident hat Schacht immer noch eine große Position, welche jedoch seine Machtgelüste nicht voll ausfüllt, zumal ja die Reichsbank „von allein" läuft. Seine Enttäuschung über die ihm zugefügte Behandlung wandelt sich in Haß und treibt ihn auf falsche Bahnen.

Von der Last des Amtes als Wirtschaftsminister befreit, macht er zahlreiche Auslandsreisen, bei denen er natürlich als starker Mann aus einem starken Reich entsprechend gefeiert wird. Zu erwähnen sind hiervon seine Pariser Versuche um eine Verständigung in der Kolonialfrage, die aber an der in dieser Frage besonders hartnäckigen englischen Schwerhörigkeit scheiterte. Ferner die Londonreise im Winter 1938, die der Regelung der Judenfrage galt, nachdem die Ermordung des Legationssekretärs vom Rath und die nachfolgenden Ereignisse vom 9. November 1938 dieses Problem akut werden ließen. „Das Wandeln auf falschen Bahnen", mit dem wir uns später ausführlich befassen, ging bei Schacht natürlich nicht ganz ohne äußerliche Begleitmusik ab, welche meistens bis zu Hitlers Ohr drang[13]).

Als er nun noch in völliger Überschätzung seiner Macht glaubte, aus einer momentanen Geldverknappung der Regierung Kapital schlagen zu können und am 7. Januar eine Denkschrift der Reichsbank mit der Unterschrift aller Direktoren vorlegte, wurde er am 19. Januar 1939 von Hitler entlassen.

Nach diesem Hinauswurf begab sich Schacht auf eine größere Reise nach Indien, um für eine Weile „aus dem Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit" zu verschwinden. Als er Anfang August 1939 zurückkam, stand die Polenkrise auf dem Höhepunkt. Äußerlich trat er hierbei aber nicht in Erscheinung, denn er lebte als „Privatmann" auf seinem Gut in Gühlen, und erst als der amerikanische Staatssekretär Sumner Welles nach Berlin kam und auch ihn zu sprechen wünschte und als Hitler später nach dem Sieg in Frankreich in Berlin empfangen wurde, sah man ihn vorübergehend wieder in Berlin.

Im Dezember 1940 bekam er Vorhaltungen über „defaitistische" Äußerungen, die nach oben gedrungen waren. Es traf ihn auch besonders hart, daß am 8. Geburtstag des Dritten Reiches der „Völkische Beobachter" eine Chronik der nationalsozialistischen Taten aufzählte und ihn dabei nicht erwähnte. Anläßlich eines formellen Besuches wegen seiner bevorstehenden Wiederverheiratung im März 1941 traf er Hitler letztmals persönlich.

Ende 1942 gab ihm der irrtümlich an ihn gelangte Entwurf einer Verordnung über die Einziehung 15jähriger Schüler zum Flakdienst Veranlassung, Göring gegenüber in einem Brief seinen Standpunkt über die Kriegsaussichten zu äußern. Dieser Brief löste seine endgültige Entlassung auch als Minister ohne Portefeuille aus, denn man schrieb ihm am 21. Januar 1943:

„Der Führer hat sich mit Rücksicht auf Ihre Gesamthaltung im gegenwärtigen Schicksalskampf der Nation entschlossen, Sie zunächst aus Ihrem Amt als Reichsminister zu verabschieden."

Der letzte Versuch einer nochmaligen Annäherung an Hitler stieß auf kühle Ablehnung.

Das Attentat vom 20. Juli 1944 führte drei Tage darauf auch zu seiner Verhaftung und Verbringung ins Konzentrationslager, aus dem ihn erst das Kriegsende erlöste, ohne daß der gegen ihn vorgesehene Prozeß vor dem Volksgerichtshof noch stattgefunden hätte.

Als die Amerikaner ihn zusammen mit anderen Häftlingen, darunter auch den ehemaligen Generalstabschef Halder „befreiten", glaubte der nüchterne Schacht dank seiner guten Beziehungen und seiner „großen Verdienste" die goldene Zeit der Freiheit gekommen und war natürlich bitter enttäuscht, daß diese schöne Hoffnung falsch war und daß nun erst recht eine neue Leidenszeit begann. Er landete nach vielerlei Irrfahrten in Nürnber, gleichfalls angeklagt von den „Siegern", die diesmal glaubten nicht nach dem Rat des englischen Königs Georg V. handeln zu müssen, der nach dem ersten Weltkrieg einen internationalen Gerichtshof mit folgender Begründung ablehnte:

„Ein solcher wäre bestimmt nicht international, wenn nur die alliierten Staaten die Richter stellen und gleichzeitig als Ankläger auftreten[14])."

B. ZWEI SÄULEN DER UNSCHULD

Wenn auch für das wirkliche Deutschland die Nürnberger Urteile nichts anderes sind als willkürliche Feststellungen und Entscheidungen rachsüchtiger Sieger, welche vor dem endgültigen Urteil der Geschichte zu völliger Wertlosigkeit herabsinken werden, so sind der Verlauf der Verhandlungen und die Haltung der Angeklagten vor dem Tribunal der Weltöffentlichkeit — angesichts der Verantwortung für ihre Taten und angesichts ihres wahrscheinlichen Schicksals — eine wahre Fundgrube für den, der erforschen muß, wie sie sich — von hohen Machtpositionen herab plötzlich in die Anklagebank versetzt — der Verantwortung ihrem Volke gegenüber bewußt zeigten. Schacht ist vom Nürnberger Gericht freigesprochen worden. Es gab viele Deutsche — wohl die Mehrzahl — die über den Freispruch empört waren. Für einen Teil dieser unzufriedenen Deutschen wollten die Spruchkammern die Revision der Freisprüche vornehmen; sie machten sich im wesentlichen die Gedankengänge des russischen Richters zu eigen, der dem Urteil des Gerichts ausdrücklich widersprach. Wenn man sich auf den bekannten „Spruchkammerstandpunkt" stellen würde, so könnte man fast jedes Wort, das der öffentliche Ankläger bei der Spruchkammer Stuttgart in der Anklage vom 13. Januar 1947 zur Begründung seines Strafantrages anführte, billigen und danach hätte Schacht auch die Verurteilung verdient. Da aber das wirkliche Deutschland nicht auf dem Spruchkammerstandpunkt steht, müssen wir das Verhalten Schachts nach dem einzig richtigen Standpunkt beurteilen, der einerseits dem Erfordernis der unbedingten historischen Wahrheit und andererseits den unverrückbaren Begriffen von Moral, Ehre und Treue der wirklichen Deutschen entspricht. Ob dieser Versuch gelungen ist, möge jeder Leser für sich und wird endgültig die Geschichte beantworten. Jedenfalls aber wird er zur Überzeugung kommen, daß ihm mit diesen Zeilen mancher Blick hinter das Zaubertuch ermöglicht wurde, mit dem Schacht seine vielen Zaubereien zum Nachteil des deutschen Volkes bisher geschickt verhüllen konnte. Vielleicht wird er dann auch begreifen, warum Schacht immer wieder freigesprochen wurde. Der verantwortungsbewußte Leser wird es aber auch begrüßen, wenn bei dieser Gelegenheit zahlreiche Legenden und Lügen verschiedener Hofhistoriker beleuchtet und widerlegt werden.

Schacht behauptet in seinem Buche, daß er dem Verfahren furchtlos entgegengesehen habe, weil er wußte, daß „die amerikanische Regierung von

Kriegsbeginn an über seine antihitlerische Haltung auf das Genaueste unterrichtet war, und daß er auf dieser Kenntnis seine ganze Einstellung aufbaute".

Erinnern wir uns später an diesen Satz. Er stützte seine Verteidigung, also den Beweis seiner Unschuld auf zwei „Säulen", einmal auf die Kriegsschuldthese, wie sie in der Hauptsache auch die Anklage vertrat und zum andern auf die Legende von seinem Widerstand gegen den „Verbrecher" Hitler. Diese zwei Säulen müssen wir auf ihre „Standfestigkeit" untersuchen.

I. Die Kriegsschuldthese

Schacht hatte schon in der Voruntersuchung zum Ausdruck gebracht, daß Hitler den Krieg planmäßig vorbereitet habe und stellte diese Behauptung in der Hauptverhandlung in Nürnberg in einem Dialog mit dem amerikanischen Anklagevertreter Mr. Justice Robert H. Jackson auf, den er in seinem Buche als „skurril" bezeichnete. Dieser Dialog ist wert, dem deutschen Volke im Originalwortlaut bekannt gemacht zu werden, zumal Herr Schacht in seinem Buche schon wieder die Stellen bezüglich des Sudetengebietes und des Protektorats wegzauberte. Mr. Jackson frug ihn:

F.: Haben Sie die Art und Weise, in der die Sudetenfrage durchgeführt wurde, als unrecht und tadelnswert betrachtet?

A.: Ja.

F.: Ich nehme an, daß Sie auch die Anwendung der Gewalt der von Ihnen geschaffenen Wehrmacht für die Bildung des Protektorats billigten?

A.: Mißbilligten unter allen Umständen.

F.: Also Sie haben nicht geglaubt, daß das eine gerechte Handlungsweise war?

A.: Nein, nein, das war eine schreckliche Sache.

F.: Jedenfalls haben wir etwas gefunden, worüber wir uns einig sind, Herr Dr. Schacht. Sie wußten von dem Einfall in Polen?

A.: Jawohl.

F.: Als eine unberechtigte Angriffsaktion von Seiten Hitlers?

A.: Absolut.

F.: Dasselbe gilt für den Angriff in Luxemburg?

A.: Absolut.

F.: Und Holland?

A.: Absolut.

F.: Und Dänemark?

A.: Absolut.
F.: Und Norwegen?
A.: Absolut.
F.: Und Jugoslawien?
A.: Absolut.
F.: Und Rußland?
A.: Absolut mein Herr, nur Belgien haben Sie vergessen.
F.: Jawohl, ich komme jetzt zum Ende. Der ganze Kurs war ein Angriffskurs?
A.: Absolut, das muß verurteilt werden.
F.: Und der Erfolg dieses Angriffes — jeden Schritt verdankte man der Wehrmacht, mit deren Schaffung Sie soviel zu tun hatten?
A.: Unglücklicherweise ja.

*

Da Schacht selbst angeklagt war, Teilnehmer dieser „Angriffsverschwörung" gewesen zu sein, verteidigte er sich natürlich mit der bekannten Methode:

„Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts" und „Schuldig bin ich nicht, sondern Andere, vor allem die Toten".

Er sagte wörtlich auf eine entsprechende Frage seines Verteidigers Dr. Dix:

„Für mich persönlich darf ich sagen, daß ich niemals irgend einen Befehl oder irgend einen Wunsch zur Ausführung entgegengenommen habe, der etwas Unrechtes enthalten hätte. Hitler hat mir niemals irgendein Ansinnen gestellt, von dem er von vornherein wußte, daß ich es nicht erfüllen würde, weil es mit meinen moralischen Grundanschauungen nicht übereinstimmte, aber ich habe auch niemals irgendeine Bemerkung gemacht zu einem meiner Kollegen oder sonstigen führenden Männer, die nicht zum Kreis von Hitler gehörten und wen ich sonst im Verkehr getroffen habe; ich habe niemals irgend etwas erkennen lassen, das auf eine kriegsverbrecherische Absicht zurückzuführen war, im Gegenteil, wir waren alle immer hoch erfreut, wenn Hitler wieder einmal eine Rede losließ, in der er nicht nur der Welt, sondern vor allem dem deutschen Volke versicherte, daß er nichts anderes als den Frieden und friedliche Arbeit im Sinne habe. Daß Hitler auch hier die Welt und das deutsche Volk und viele seiner Mitarbeiter getäuscht hat, gehört zu den Dingen, die ich gestern bereits erwähnt habe."

Wegen seiner großen Verdienste um die Finanzierung der Rüstung verteidigte er sich damit, daß diese Rüstung nach seiner Auffassung ausdrücklich nur Verteidigungszwecken gedient habe. Als ihm der Bericht des Kriegsministers über die Aufgaben des Reichsverteidigungsrates von 1934 vorgehalten wurde, in dem folgendes stand:

„Damals (im Weltkrieg I) konnten wir unsere Rohstoff- und Erzeugungsbasis erweitern nach Westen (Longwy, Tourcoing, Roubaix, Antwerpen), nach Osten und Südosten. Heute müssen wir damit rechnen, im

eigenen Land zurückgeworfen zu werden und dabei wertvollste Industrie- und Rohstoffgebiete im Westen und Osten zu verlieren",

meinte er ganz richtig, daß dieser Bericht der beste Beweis dafür sei, daß vom Angriffskrieg überhaupt keine Rede gewesen sein könne.

Eine ähnliche Antwort erteilte er, als ihm der Anklagevertreter vorhielt, daß aus dem Sitzungsbericht über einen kleinen Ministerrat vom 27. Mai 1936 unter Görings Vorsitz, bei dem er auch anwesend war, die Absicht eines Angriffskrieges hervorginge.

Als ihm ein Bericht des Botschafters Bullitt vom 23. November 1937 vorgehalten wurde, in dem von der Absicht Hitlers, möglicherweise den Anschluß Österreichs herbeizuführen und eventuell den Sudetendeutschen Autonomie zu verschaffen, gesprochen wurde, meinte er wiederum richtig, daß dies beides keinerlei Angriffskriege seien. Er läßt auch das frühere Mitglied des Reichsbankdirektoriums F. Hülse zu seinen Gunsten folgendes erklären:

„In den Sitzungen des Reichsbankdirektoriums und bei privaten Unterhaltungen hat Dr. Schacht meines Wissens bis Anfang 1938 nur immer bei dem Thema Rüstung von Verteidigungsmaßnahmen gesprochen. Ich glaube mich erinnern zu können, daß er etwa Mitte des Jahre 1938 gesagt hat, daß die herausfordernden Schritte Hitlers gegen Österreich und das Sudetenland vom militärischen Standpunkt mehr als leichtsinnig gewesen wären. Deutschland hat doch nur die Defensivrüstung vorgenommen, die zu einer Verteidigung gegen den Angriff einer Großmacht, mit dem Hitler hätte rechnen müssen, völlig unzulänglich war. Er hatte noch niemals gehört, daß die Wehrmacht etwa für einen Angriffskrieg in irgend einer Weise geeignet oder gerüstet sei."

Weiter verwertet er zu seinen Gunsten folgende Aussagen des früheren Reichsbankdirektors Vocke:

„Im Jahre 1936 bekam die Reichsbankleitung ein Schreiben von der Heeresleitung oder dem Generalstab ‚streng geheim' mit dem Ersuchen, die Goldbestände der Reichsbank, die Effektenbestände und die Notenreserven aus den Randgebieten Deutschlands in eine mittlere Zone zu verlagern. Dieses Ersuchen war begründet wie folgt: Im Falle eines drohenden Zweifrontenangriffes auf Deutschland ist die Heeresleitung entschlossen, die Randgebiete zu räumen und sich auf eine mittlere Zone zu beschränken, die unter allen Umständen verteidigt werden kann. Über eines konnte man nicht mehr im Zweifel sein — über den rein defensiven Charakter unserer Rüstung."

Sobald es sich also darum handelt, sich reinzuwaschen, findet Schacht genügend Entlastungspunkte. Er denkt nicht daran, daß er damit auch den „Verbrecher" Hitler entlastet.

Um sich weiter entlasten zu können, glaubt er aber, Hitler weiter belasten zu müssen ohne Rücksicht darauf, daß er damit auch das von diesem geführte Volk und dessen Zukunft belastet[15]).

Er behauptet nun, daß er zuerst aus der Absetzung des Feldmarschalls von Blomberg und des Generalobersten von Fritsch und aus einer Wendung in Hitlers Rede vom 20. Februar 1938 entnommen habe, daß Hitler einen Angriffskrieg plane. Diese leichtfertige Behauptung ist einfach lächerlich. Einerseits steht fest, daß die Absetzung Blombergs darauf zurückzuführen ist, daß das Offizierskorps Anstoß an der Vergangenheit seiner Braut nahm und daß Blomberg, vor die Alternative gestellt, sich von ihr nicht trennen wollte. Wie gern man Hitler die Schuld für alle Dinge zuschieben möchte, beweist der absurde Satz in Schachts Buch „Abrechnung mit Hitler", daß „man den Kriegsminister von Blomberg hätte in eine überstürzte Heirat mit einer Frau hineintaumeln lassen, deren Ruf nicht unbestritten war". Auch all das, was man Hitler Böses bezüglich des Falles „Fritsch" unterstellte, kann durch die Erklärungen, welche ich in Anmerkung[16]) bringe, als widerlegt gelten, ohne daß es notwendig ist, auf die falschen Kombinationen in dem Buche „Schuld und Verhängnis" des Generals a. D. Hermann Foertsch einzugehen, auch wenn diese noch so oft im Rundfunk wiederholt werden. Noch lächerlicher ist es, wenn Schacht eine Verbindung zwischen diesen beiden Fällen und der Anschlußaktion Österreich herstellen will, denn das Anschlußproblem ist ja nur deswegen so schnell ausgelöst worden, weil Schuschnigg durch den überraschenden Beschluß, in Österreich eine Volksabstimmung anzuberaumen, Hitler das Gesetz des Handelns in zeitlicher Hinsicht aufgezwungen hatte. Die Umbesetzung in verschiedenen hohen Ämtern des Staates und der Wehrmacht vom 4. Februar hat also weder etwas mit der Anschlußaktion noch mit irgendwelchen Kriegsvorbereitungen zu tun. Daran ändert auch nichts eine Äußerung Hitlers in seiner Rede vom 20. Februar, daß die Veränderungen vom 4. Februar eine Stärkung der militärischen Machtmittel realisiert hätten. Im Gegenteil — es ist sogar eine Äußerung Hitlers vom Ende Januar überliefert, daß er zu einem Vertrauten sagte: „Er habe nächtelang den besten Weg studiert, um die Fragen Österreich-Sudetenland-Danzig-Korridor als Einheit zu lösen. Beim Korridor wolle er sich mit einem Durchgangsweg nach Ostpreußen begnügen, er wisse, daß er dies alles ohne Krieg schaffen würde."

Nachdem wir diesen Unsinn widerlegt haben, müssen wir uns mit der Frage der Kriegsschuld selbst befassen und zwar aus vielerlei Gründen sehr ausführlich. Einerseits sehe ich diese Frage als das wichtigste deutsche Problem überhaupt an, denn ohne Klarheit in der Kriegsschuldfrage muß jede deutsche Politik falsch laufen, und andererseits zwingen mich die völlig falschen Auffassungen über Schacht und seine scheinbare „Unfehlbarkeit" mit den „Freisprüchen" als Endergebnis, diese Frage besonders sorgfältig zu behandeln. Zuguterletzt gründet sich auf der Aufrechterhaltung der Kriegsschuldthese die Existenz zahlreicher Herren in hohen und höchsten Positionen, welche nicht nur kein Interesse daran haben, daß der seit 1945 so sehr vergewaltigten Wahrheit wieder geholfen wird, sondern sogar noch

ein Interesse daran, daß die Wahrheit und die Aufklärung darüber mit staatlicher Hilfe unterdrückt werden. Ein Musterbeispiel für diese Bestrebungen ist das Buch des Schweizer Historikers Walther Hofer, den man als Dozent für neuere Geschichte an der Freien Universität in Berlin auf deutsche Studenten losgelassen hat und der unter dem Titel „Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges“ in scheinbar wissenschaftlicher Aufmachung die deutsche Kriegsschuld zu beweisen sucht. Ich bin zwar seit 1945 in dieser Hinsicht sehr viel Kummer gewöhnt, aber in welcher Weise Herr Hofer mit der historischen Wahrheit umspringt, ist einfach unglaublich. Ich kam mir beim Durchlesen so vor, als ob mir ein päpstlicher Schüler Wyschinskis oder Molotows beweisen wollte, daß die bolschewistische Auffassung von Freiheit und Demokratie die einzig richtige in der Welt sei. Es ist zwecklos sich mit seinen Verdrehungen im Einzelnen auseinanderzusetzen, sondern besser, diesen die wirkliche Wahrheit entgegenzusetzen, zumal er wichtigste Tatbestände einfach unterschlägt, andererseits aber auch solches Material liefert, das man im Sinne der Wahrheit, also umgekehrt wie er es tat, verwenden kann. Ich würde das Buch überhaupt nicht erwähnt haben, wenn es nicht — man höre und staune — als Veröffentlichung des staatlich finanzierten Instituts für Zeitgeschichte München deklariert und von einer deutschen Verlagsanstalt herausgegeben wäre. Es ist unverständlich, warum sich ein Institut, das deutsche Geschichte erforschen soll, ausgerechnet hierzu eines Schweizers bedient, der seine rein subjektive Meinung unter Vergewaltigung der historischen Wahrheit zum Ausdruck bringt. So wird Geschichte „gemacht“ und auf so gemachter Geschichte bauen sich die Entscheidungen unserer Politiker für Deutschlands Zukunft auf.

Durch seine Unkenntnis der wirklichen Wahrheit „legalisiert“ das Volk diese Entscheidungen, weil es die gleichen Politiker immer wieder wählt, solange es nicht die Wahrheit kennen lernen und von der Möglichkeit Gebrauch machen kann, die Entscheidungen „wegen arglistiger Täuschung anzufechten“. Das beweist folgender Vorgang: Der Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte und Verfasser des Buches: „Die deutsche Opposition“, der ehemals emigrierte Professor Dr. Hans Rothfels, hielt in der Heidelberger Volkshochschule vor einigen hundert Zuhörern, meist Studenten, einen Vortrag über „Die Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges“. Der Vortrag enthielt alle schon längst widerlegten Behauptungen und Entstellungen, ließ alle Belastungen der Gegenseite vermissen und war eine einzige Belastung Deutschlands auf dem Umweg über den toten Hitler. Der Erfolg des Vortrages war der übliche Beifall der jungen Studenten, die dieses Giftgetränk in der Form einer süßen Limonade unwissentlich trinken, da ja ohne Diskussion eine wahrhafte Aufklärung unmöglich ist.

Gegen diesen Widersinn müssen wir also zum Gegenangriff vorgehen und der Wahrheit zum Sieg verhelfen, indem wir das Wesentliche herausstellen und das Nebensächliche weglassen, soweit es nur verwirrt. Der

Leser möge trotzdem vertrauen, daß nichts weggelassen wird, was für seine Urteilsfindung von Wichtigkeit wäre.

Ich gliedere meine Aufgabe in zwei Teile und zwar in den Teil, der sich mit der polnischen Haltung befaßt, weil die polnische Frage der äußere Kriegsanlaß war, und in den Teil, der sich mit der englischen Haltung befaßt, weil die englische Haltung gegenüber Deutschland der eigentliche Kriegsgrund war. Mit der italienischen, französischen, amerikanischen und russischen Haltung sich zu befassen, ist in diesem Rahmen leider kein Platz. Es genügt aber kurz festzustellen:

1. daß Italien als Verbündeter Deutschlands ein Versager war und zwar politisch, weil es durch seine unklare — auch durch deutsche Verschwörerkreise beeinflußte — Haltung Englands Entschluß zum Kriege mit Deutschland unterstützte und militärisch, weil die wirkliche Stärke mit der angeblichen in größtem Widerspruch stand.
2. daß Frankreich stark schwankte und sich nur durch England zur Kriegserklärung bewegen ließ, obwohl es in Anbetracht deutscher Großzügigkeit in der elsaß-lothringischen Frage allen Anlaß gehabt hätte, nicht „für Danzig zu sterben"[16a]).
3. daß das amerikanische Volk von Roosevelt nach den Worten seiner Botschafterin in Italien, Frau Clare Boothe Luce, „in den Krieg hineingelogen worden ist, weil er es nicht hineinführen konnte." und daß Stalin in Jalta Roosevelt als Meisterschmied des Apparates, der gegen Hitler mobilisiert wurde, feierte. Der interessanteste Beitrag aber zur amerikanischen Haltung und zur Kriegsschuldfrage überhaupt dürfte folgender Eintrag sein, den der amerikanische Verteidigungsminister J. Forrestal am 27. Dezember 1945 in seinem Tagebuch vermerkte:

   „Ich habe heute mit Joe Kennedy (Joseph P. Kennedy, Botschafter in London in den Jahren vor dem Krieg) Golf gespielt. — Ich befragte ihn über seine Unterredungen mit Roosevelt und Neville Chamberlain von 1938 an. Er sagt, Chamberlains Überzeugung 1938 sei gewesen, daß Großbritannien nichts in der Hand habe, um zu fechten, und daß es deshalb nicht wagen könne, gegen Hitler in den Krieg zu gehen. — Kennedys Ansicht: Daß Hitler mit Rußland gekämpft haben würde ohne jeden späteren Zusammenstoß mit England, wenn nicht Bullitt (William C. Bullitt, damals Botschafter in Frankreich) dazwischen gekommen wäre, der Roosevelt im Sommer 1939 die Ansicht aufdrängte, den Deutschen müsse in der Polenfrage bis zum äußersten Trotz geboten werden. Weder Franzosen noch Engländer würden Polen zum Kriegsgrund gemacht haben, wenn sie nicht unablässig von Washington angestachelt worden wären. Bullitt, so berichtet Kennedy, redete T. Roosevelt beharrlich ein, die Deutschen würden nicht kämpfen, während Kennedy die Auffassung vertrat, sie würden es tun und dabei Europa überrennen. Chamberlain, sagt Kennedy, habe festgestellt, Amerika und die Weltjuden hätten Eng-

land in den Krieg getrieben. In einem Telefongespräch Kennedys mit Roosevelt im Sommer 1939 wies daher dieser ihn wiederholt an, Chamberlain ein eisernes Rückgrat einzuziehen. Kennedys Antwort war immer, Eisen im Rückgrat nütze nicht viel, wenn man kein Eisen in der Hand habe, um zu fechten — und das eben fehle den Briten ..."

Wer sich noch mehr für die amerikanische Haltung interessiert, möge das beste Buch lesen, das es darüber in deutscher Sprache gibt, und zwar: „Amerikas zweiter Kreuzzug" von W. H. Chamberlin, aus dem ich in der Anmerkung[17]) eine Leseprobe bringe.

4. daß Stalin nach den Worten des amerikanischen Außenministers Byrnes den Pakt mit Deutschland in der vollen Absicht schloß, ihn zu gegebener Zeit zu brechen. Ob ihn Hitler auch dann gebrochen hätte, wenn Stalin seine Forderungen bis zum Entschluß Hitlers, Rußland anzugreifen, nicht so gesteigert hätte, ist nicht bekannt, spielt auch bei den Untersuchungen dieses Buches keine Rolle. Denjenigen aber, die Hitlers Entschluß verurteilen — nachträglich, weil der Krieg verloren ging — möchte ich sagen, daß wir den Russenkrieg gewonnen hätten, wenn es keine „Rote Kapelle" gegeben hätte; diese hätte es in Deutschland nicht gegeben, wenn sie keine Nachrichten aus den Kreisen des Widerstandes erhalten hätte. Für die unheilvolle Bedeutung dieser Nachrichten genügen zwei Hinweise: einmal die Tatsache, daß bereits im Januar 1941 der amerikanische Handelsattaché in Berlin durch den Verrat eines höheren Beamten seiner Regierung über die deutschen Angriffsvorbereitungen gegen Rußland berichten konnte, was diese sofort Stalin mitteilte und andermal die Tatsache, daß bereits zwei Stunden nach der Beratung Hitlers mit sechs Generälen über die Einnahme Stalingrads deren wichtigsten Einzelheiten im Moskauer Kreml bekannt waren[18]). Allein über die Verratsaktionen Richard Sorges und diejenigen, die im Zusammenhang mit dem 20. Juli standen, ließe sich ein ganzes Buch füllen.

1. Die polnische Frage

Dr. Schacht hatte in Nürnberg den ehemaligen Reichsbankdirektor Dr. Wilhelm Vocke, der als Präsident der Bank deutscher Länder auch heute wieder eine maßgebende Stellung bekleidet, folgendes zu seinen Gunsten aussagen lassen:

„Da hatten Schacht, Hülse, Dreyse, ich und Schniewind uns getroffen zur vertraulichen Aussprache; das erste, was Schacht sagte, war: ‚Meine Herren,

das ist ein Betrug, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Die Polen haben das Angebot nie bekommen. Die Zeitungen lügen, um das deutsche Volk einzuschläfern. Die Polen sind überfallen worden. Henderson hat nicht einmal das Angebot bekommen, sondern nur einen kurzen Auszug aus der Note mündlich erfahren. Wenn jemals bei einem Kriegsausbruch die Kriegsschuldfrage klar war, dann in diesem Fall. Das ist doch ein Verbrechen, wie man es sich nicht größer denken kann ... Was für ein Wahnsinn, daß wir mit einer militärischen Macht wie Polen einen Krieg anfangen. Es ist geführt von den besten französischen Generalstabsoffizieren. Unsere Rüstung taugt ja nichts, die von Scharlatanen gemacht ist, denn ohne Sinn und Plan ist das Geld verschwendet worden ... In drei Wochen brechen die deutschen Armeen in Polen zusammen und dann bedenken Sie noch die Koalition, die uns gegenübersteht[10])."

Da diese schamlose Behauptung immer wiederholt wird und zwar nicht nur von solchen, welche die Wahrheit über diesen Tatbestand genau so kennen müßten wie die Herren Schacht und Vocke, muß ich auf die Frage des bekannten Angebotes an Polen etwas ausführlicher eingehen. Schon Marschall Pilsudski hat in Versailles eine Internationalisierung der Weichsel und einen Transitverkehr durch den Korridor für ausreichend angesehen, konnte sich aber gegen die Chauvinisten seines Volkes nicht durchsetzen. Am 22. Mai 1935 erklärte Hitler dem polnischen Botschafter Lipski, daß es größere Probleme als den Korridor gebe, daß sich vielleicht aber nach 15 Jahren der Bau einer besonderen Eisenbahnlinie und einer Autostraße durch den Korridor für den Transitverkehr durchführen ließe. Im Februar 1937 deutete Göring in einem Gespräch mit Marschall Rydz-Smigly Deutschlands Wunsch auf Erleichterung des Verkehrs mit Ostpreußen an.

Wahrscheinlich war Hitler schon in München nahegelegt worden, zugleich mit der Sudetenfrage auch die Korridorfrage zu regeln, doch er nahm davon Abstand, weil er einen schwerwiegenden Grund hatte, diese Frage nicht in der Öffentlichkeit zu erörtern. Kurze Zeit darauf aber — am 24. Oktober 1938 — hatte Ribbentrop in Berchtesgaden eine Unterredung mit dem polnischen Botschafter Lipski, in der er diesem in Fortsetzung des zwischen Deutschland und Polen im Jahre 1934 geschlossenen Vertrages zur Lösung des Korridorproblems folgende Vorschläge unterbreitete:

1. Der Freistaat Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück.
2. Durch den Korridor wird eine exterritoriale Deutschland gehörige Reichsautobahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt.
3. Polen erhält im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Straße oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen.
4. Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.
5. Die beiden Nationen anerkennen ihre gesamten Grenzen oder die beiden selbständigen Territorien.
6. Der deutsch-polnische Vertrag wird um 10 bis 25 Jahre verlängert.
7. Die beiden Länder fügen ihrem Vertrag eine Konsultationsklausel bei.

Bei der Beurteilung dieser Vorschläge muß man berücksichtigen, daß Polen durch „München" das Teschener Gebiet für sich gewinnen konnte, also bereits eine viel größere Vorleistung für das bekommen hatte, was man von ihm erbat. Zwischen dem 24. Oktober 1938 und dem 26. Januar 1939 fanden fünf deutsch-polnische Unterredungen statt, in denen immer wieder von deutscher Seite versucht wurde, diese wirklich einfache Lösung in Güte herbeizuführen. Polen aber drückte sich vor einer klaren Antwort, obwohl Außenminister Beck über seine Besprechung mit Hitler vom 5. Januar 1939 seiner Regierung berichten konnte:

„Nach Hitlers Meinung ist die Interessengemeinschaft Deutschland-Polen in Bezug auf Rußland vollständig ... Aus diesen Gründen ist ein starkes Polen für Deutschland einfach eine reine Notwendigkeit; hierzu bemerkte der Reichskanzler, daß jede gegen Rußland eingesetzte polnische Division eine entsprechende deutsche Division erspare."

Am 21. März wies Ribbentrop den polnischen Botschafter erneut auf die deutschen Vorschläge hin, und bereits einige Tage später antwortete Polen mit Teilmobilmachungen. Am 26. März übergab Botschafter Lipski Ribbentrop ein Dokument, das eine Zurückweisung der deutschen Vorschläge enthielt. Anschließend erfolgte am 31. März im englischen Unterhaus durch Chamberlain die Bekanntgabe der englischen Garantieerklärung an Polen. Von diesem Zeitpunkt ab begann in Polen eine systematische Hetze gegen Deutschland, und selbst maßvollste Vorschläge wurden als Bedrohung bezeichnet. Da nun gar zu gern behauptet wird, daß die Garantieerklärung keinen Einfluß auf die polnische Haltung gehabt haben könnte, da die polnische Absage auf das deutsche Angebot bereits am 26. März erfolgt sei, müssen wir uns ausführlicher mit dieser Frage befassen, weil gerade der Versuch, in diesem Punkte die Tatsachen zu verschleiern, die deutsche Behauptung von der unheilvollen Auswirkung beweist. Schon am 11. März 1939 wurde eine gemeinsame Erklärung gegen Deutschland ins Auge gefaßt, und diese von Chamberlain selbst formulierte Erklärung wurde am 21. März dem französischen Staatspräsidenten Lebrun und Außenminister Bonnet sowie Polen als Entwurf vorgelegt und sollte seitens der vier Mächte England, Frankreich, Polen und Rußland unterzeichnet werden. Lebrun und Bonnet stimmten sofort zu, und Chamberlain erklärte sich wegen Polens zweideutiger Haltung bereit, dessen Hauptwünsche zu dieser Erklärung zu erkunden. Am 23. März empfing Chamberlain die englischen Oppositionellen Churchill, Eden usw., ließ sich von ihnen zur Festigkeit gegen Deutschland ermahnen und sicherte am gleichen Tage Bonnet die Einführung der englischen Wehrpflicht zu. Die englische Presse warf den Polen geschickt den Ball für die Ablehnung einer vierseitigen Garantieerklärung zu. Polens Außenminister Beck erkundigte sich nun am 24. März durch den polnischen Botschafter Raczynski, ob die britische Regierung nicht in Erwägung ziehen wolle, mit Polen sofort ein bilaterales (zweiseitiges) Abkommen im Geiste der vorgeschlagenen Erklärungen abzuschließen. Ein

solches Abkommen würde über das Schicksal weiterer allgemeiner Verhandlungen nicht entscheiden. Halifax, der ihn empfangen hatte, sagte ihm dies sofort mündlich zu; das ergibt sich nicht nur aus den Tatsachen, welche der englische Historiker L. B. Namier in der Anmerkung Nr. 47[20]) seines Buches „Diplomatisches Vorspiel 1938/39" schildert, sondern auch aus einem Bericht des polnischen Botschafters Raczynski vom 29. März aus London, der nach dem Polenfeldzug in deutsche Hände fiel. Außerdem ist es interessant, in diesem Zusammenhang den genauen Inhalt einer Unterredung kennen zu lernen, welche am 24. März in Paris zwischen dem polnischen Botschafter Lukasiewicz und dem amerikanischen Botschafter Bullitt stattfand[21]). Dessen Eindeutigkeit machte auf Bullitt Eindruck, denn er behauptete am nächsten Tag, daß er seinen Kollegen Kennedy in London veranlaßt habe, Chamberlain zu berichten und dabei auf die englische Verantwortung hinzuweisen. Das stellte sich später als unwahr heraus und es ist deswegen interessant, weil bekanntlich Bullitt alle amerikanischen Botschafter in Europa untergeordnet waren und weil er ein Gegner der ausgleichenden Politik Chamberlains gegenüber Deutschland war, die dieser bis zum 16. März einnahm[22]). Am 26. März überbringt nun Lipski dem Reichsaußenminister von Ribbentrop die ausweichend formulierte polnische Antwort auf die deutschen Vorschläge, welche keinesfalls als endgültige Ablehnung angesehen werden kann, denn nicht nur Lipski ließ die Möglichkeit weiterer Verhandlungen offen, sondern auch Ribbentrop sagte ausdrücklich in seinem Bericht:

„Ich erwiderte, daß ich dem Führer Bericht erstatten würde. Ich war vor allem darauf bedacht, alles zu vermeiden, was den Führer annehmen lassen konnte, daß Polen glatt ablehnte."

Da auch die zweite Aussprache Lipskis mit Ribbentrop am nächsten Tag damit endete, daß Lipski zusagte, „alles in seinen Kräften stehende tun zu wollen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden" und Hitler in einer Rede vom 1. April in Wilhelmshaven Polen überhaupt nicht erwähnte, ist klar, daß die Verhandlungen von beiden Seiten noch nicht als gescheitert betrachtet wurden. Am 29. und 30. März tagte das englische Kabinett stundenlang über das weitere Vorgehen, und als am 30. März der englische Botschafter Kennard in Warschau gerade mit Beck diskutierte, brachte ihm der Sekretär der britischen Botschaft eine Instruktion seiner Regierung mit der formellen Anfrage an Polen, ob es mit der für den nächsten Tag beabsichtigten Bekanntgabe der Garantieerklärung einverstanden sei. Beck holte sofort telefonisch die Zustimmung des polnischen Staatspräsidenten ein und erteilte dann Mr. Kennard die Zusage. Solche Eile hatte also die englische Regierung[23]).

Außerdem hat Herr Robert Boothby, der heutige Vertreter Englands im Straßburger Europarat schon am 19. März 1939 in seinem Artikel im „Daily Telegraph" die Katze aus dem Sack gelassen, als er schrieb:

„Alle moralischen, politischen und strategischen Überlegungen deuten auf die Linie Polen-Rumänien-Balkanentente. Sie sichert uns und unseren Verbündeten außer Holz und Getreide die Ölfelder von Rumänien und damit das Weltmonopol auf Petroleum. Sie behält ihren dauernden Wert als Waffe der Blockade, und schließlich können wir sie — und das ist nicht ihre geringste Bedeutung — zur See erreichen.“

Am 28. April 1939 gab Hitler in seiner Rede vor dem Reichstag dem deutschen Volk und damit der Welt die Vorschläge bekannt. Im Interesse der geschichtlichen Wahrheit ist es notwendig, die Begründung dieses Angebotes hier zu wiederholen:

„Ich teile Ihnen, meine Abgeordneten, nunmehr dieses Angebot mit, und Sie werden sich selbst ein Urteil bilden, ob es nicht im Dienste des europäischen Friedens das gewaltigste Entgegenkommen darstellt, das an sich denkbar war. Ich habe, wie schon betont, die Notwendigkeit eines Zuganges dieses Staates zum Meere stets eingesehen und damit auch in Rechnung gestellt. Ich bin ja kein demokratischer Staatsmann, sondern ein realistischer Nationalsozialist. Ich hielt es aber auch für notwendig, der Warschauer Regierung klar zu machen, daß so, wie sie einen Zugang zum Meere wünscht, Deutschland einen Zugang braucht zu seiner Provinz im Osten. Es sind dies nun einmal schwierige Probleme. Dafür ist nicht Deutschland verantwortlich, sondern jene Zauberkünstler von Versailles, die in ihrer Bosheit und in ihrer Gedankenlosigkeit in Europa hundert Pulverfässer herumstellten, von denen jedes einzelne außerdem noch mit kaum auslöschbaren Lunten versehen worden war.

Man kann nun diese Probleme nicht nach irgendeinem alten Schema lösen, sondern ich halte es für notwendig, daß man hier neue Wege geht. Denn der Weg Polens zum Meer durch den Korridor und umgekehrt ein deutscher Weg durch diesen Korridor haben überhaupt keine militärische Bedeutung. Ihre Bedeutung liegt ausschließlich auf psychologischem und auf wirtschaftlichem Gebiet. Einem solchen Verkehrsstrang eine militärische Bedeutung zuweisen zu wollen, hieße sich einer militärischen Naivität von seltenem Ausmaß hingeben.

Ich habe nunmehr der polnischen Regierung folgenden Vorschlag unterbreiten lassen:

1. Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück.
2. Deutschland erhält durch den Korridor eine Straße und eine Eisenbahnlinie zur eigenen Verfügung mit dem gleichen exterritorialen Charakter für Deutschland, als der Korridor ihn für Polen besitzt.

Dafür ist Deutschland bereit:

1. Sämtliche wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig anzuerkennen.
2. Polen in Danzig einen Freihafen beliebiger Größe und bei vollständigem freiem Zugang sicherzustellen,
3. damit die Grenzen zwischen Deutschland und Polen als gegebene hinzunehmen und zu akzeptieren,

4. einen 25jährigen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen, also einen Pakt, der weit über mein eigenes Leben hinaus reichen würde, und
5. die Unabhängigkeit des slowakischen Staates durch Deutschland, Polen und Ungarn gemeinsam sicherzustellen, was den praktischen Verzicht auf jede einseitige deutsche Vormachtstellung in diesem Gebiet bedeutet.

Die polnische Regierung hat dieses mein Angebot abgelehnt. Wie gesagt, dies ist an sich bedauerlich und die Nachwelt wird einmal entscheiden, ob es nun wirklich richtig war, diesen von mir gemachten einmaligen Vorschlag abzulehnen."

Die Ablehnung war um so tragischer als die Vorschläge einen viel bedeutsameren Hintergrund hatten als man allgemein annahm. Hitlers weitsichtige Konzeption bestand darin, daß er Polen einbeziehen wollte in seine Pläne einer gemeinsamen Front gegen den Bolschewismus, den Feind Europas. Er rechnete richtig, daß mit diesem ein Zusammenstoß doch unausbleiblich sei und daß er dann Polens Hilfe brauchen könnte. Ein gemeinsamer Sieg würde neben einer reichlichen Belohnung Polens auf Kosten Rußlands automatisch die Lösung des Korridorproblems nach sich ziehen. Deswegen wollte er sich großzügig unter Verzicht auf den Korridor mit der Heimkehr Danzigs und der exterritorialen Verbindung mit Ostpreußen zufrieden geben. Er wollte diese Frage in München deswegen nicht regeln, weil dann die Sowjetunion die Beteiligung an der Konferenz gefordert hätte und das konnte er weder uns offen sagen, geschweige denn den schwatzhaften Polen. Doch wurde es ihnen durch Ribbentrop klar genug nahegelegt, wie sich aus den Erinnerungen Becks ergibt. Die polnische Führung begriff nicht die große Chance, weil sie nicht logisch und weitsichtig dachte, sondern unter dem Druck der deutschfeindlichen Kreise handelte.

Aus Platzmangel kann ich leider nicht auf die nur aus dieser Deutschfeindlichkeit heraus verständlichen feindseligen Maßnahmen gegen die deutschen Volksgruppen in Polen eingehen, denn deren Schilderung würde allein ein ganzes Buch füllen. An diesen Maßnahmen änderten weder etwas die amtlichen Proteste noch Einwirkungsversuche auf diplomatischem Wege über England und Frankreich. Der polnische Chauvinismus ließ sich nicht mehr bremsen, zumal er von „nah und fern" kräftig geschürt wurde. Da sich aus dem Besuch Becks in London im April ergab, daß Polen weder für eine gütliche Einigung noch für eine gemeinsame Front gegen Rußland zu haben war, nahm Hitler nach dem 13. April die Schwenkung vor, welche in dem Vertrag mit Rußland ihren Abschluß fand. Er bekannte später zu Henderson, daß ihn England zu dieser Schwenkung gezwungen habe. Es war vorher mehrmals auf die Widersinnigkeit der Garantieerklärung hingewiesen und ihm auch nahegelegt worden, sich mit Rücksicht auf das unmögliche Verhalten der Polen wieder davon zu lösen. Es tat aber genau das Gegenteil, und am 20. Juni 1939 gab der englische Marschall Ironside dem polnischen Marschall Rydz-Smigly die Versicherung, daß sich Polen voll und ganz auf Großbritannien verlassen könne.

Obwohl Hitler nun in seinem Brief vom 23. August 1939 an Chamberlain den deutschen Standpunkt klar auseinandersetzte und keine Zweifel ließ über seine Entschlossenheit, die polnische Frage auf alle Fälle zu lösen, zumal der Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages seine Situation wesentlich gebessert habe, war das Echo aus England und Polen immer noch negativ. Hitler ging noch weiter und machte am 25. August England sein sensationelles Bündnisangebot, worauf dieses offiziell erst drei Tage später antwortete und behauptete, daß die englische Regierung von der polnischen eine definitive Zusicherung erhalten habe, daß diese bereit sei, mit Deutschland in Besprechungen einzutreten. Wie sich später ergab, traf dies überhaupt nicht zu. Hitler antwortete am 29. August, daß er die englischen Vorschläge akzeptiere und zwecks Aufnahme gleichberechtigter Verhandlungen mit Polen für Mittwoch, den 30. August 1939 eine mit Vollmachten versehene polnische Persönlichkeit in Berlin erwarte. Da wegen dieses offenbar zu kurzen Termins immer wieder Vorwürfe erhoben worden sind, muß bemerkt werden, daß die deutsche Regierung gerade dadurch zu dieser kurzen Frist veranlaßt worden ist, weil die britische Regierung behauptet hatte, eine definitive Zusicherung Polens zu direkten Besprechungen in Händen zu haben[24]).

Als Polen am 29. August von der englischen Antwort vom 28. August an Hitler erfuhr, machte es weitere 11 Divisionen mobil[25]). Nun baten die westlichen Botschafter, wegen des ungünstigen Eindrucks wenigstens die Bekanntgabe der Mobilmachung zu verschieben, weil sie fürchteten, Polen könne Deutschland einen Vorwand liefern, während doch Deutschland der Angreifer sein sollte. Die Bekanntgabe wurde daher auf den nächsten Tag verschoben. England setzte Polen von Hitlers Antwort vorläufig überhaupt nicht in Kenntnis, sondern forderte erst gegen Abend des 30. August den britischen Botschafter Henderson auf, bei der deutschen Regierung vorzusprechen, damit diese über den polnischen Botschafter eine Einladung an dessen Regierung zur Aufnahme von Verhandlungen abgebe[26]). Einige Stunden später erst erlaubte sie ihrem Botschafter in Warschau die Übergabe von Hitlers Antwort an die polnische Regierung, sodaß diese am 30. August natürlich keinen Bevollmächtigten schicken konnte.

Auch in der englischen Note an Deutschland, welche Henderson um Mitternacht zwischen 30. und 31. August überreichte, machte sie wegen der Aufnahme sofortiger Verhandlungen einen Rückzieher. Deutschland sollte mit Polen auf diplomatischem Wege verhandeln. Bei diesen Widersprüchen zur Behauptung in der Note vom 28. August, daß die britische Regierung bereits eine Zusicherung der polnischen Regierung in Händen habe, kann man sich vorstellen, welche Auffassung die deutsche Regierung von der englisch-polnischen Haltung hatte.

Einerseits hatte sie alle Unterlagen für die Verhandlungen mit den Polen vorbereitet und Hitler hatte nochmals ein ausführliches Angebot mit 16 Punkten ausgearbeitet. Man wartete aber vergeblich. Ribbentrop hatte

Henderson in der Nacht dieses Angebot vorgelesen, von dem man später behaupten wollte, dies sei so flüchtig geschehen, daß er nur einen Bruchteil des Inhalts verstanden habe. Es steht aber fest, daß dies nicht zutraf, denn er selbst hatte die Vorschläge als „nicht unvernünftig" bezeichnet. Sofort nach seiner Aussprache mit Ribbentrop begab sich Henderson am 31. August früh 2.00 Uhr zu Lipski, unterrichtete diesen über die neuen Vorschläge und riet ihm zu einer Aussprache zwischen Marschall Rydz-Smigly und Göring, was dieser seiner Regierung zu unterbreiten versprach. Am Vormittag früh 8 Uhr gab nun Henderson dem polnischen Legationssekretär Malhomme eine vollständige Version des deutschen Angebotes, das dann die polnische Botschaft sofort nach Warschau schickte, wo es schon um 10.55 Uhr eintraf.

Zur gleichen Zeit, als Henderson bei Ribbentrop war, befand sich bei Göring der in den Verhandlungen als Vermittler aufgetauchte Schwede Dahlerus und erhielt von diesem das genaue Angebot, worauf sie übereinkamen, den britischen Botschaftsrat Forbes anzurufen und ihm die Note vorzulesen.

Forbes gab den Inhalt der Note sofort nach London weiter. Außerdem erhielt der englische Botschafter am Donnerstag früh 10.00 Uhr durch Dahlerus die Vorschläge, und um 11.00 Uhr fuhr Dahlerus mit Forbes in die polnische Botschaft, wo sie Lipski in seinem Arbeitszimmer antrafen, das bereits teilweise ausgeräumt war.

Ich lasse nun Dahlerus selbst berichten:

„Lipski war im Gesicht weiß wie Leinen und blickte außerordentlich niedergeschlagen. Forbes erzählte, wer ich sei und die Ereignisse der Nacht. Er bat mich darauf, die deutsche Note an Polen zu verlesen, was ich tat. Aber Lipski erklärte bald, daß er den Inhalt nicht verstehen könne. Forbes notierte hierauf die Hauptpunkte und übergab sie Lipski, der das Papier mit zitternden Händen nahm und eine Weile betrachtete, dann aber erklärte, daß er nicht deuten könne, was dort stehe. Ich erbot mich hierauf, die Note sofort seiner Sekretärin zu diktieren ... Sie schrieb mein Diktat in die Maschine, mit der Niederschrift kam sie zurück und übergab sie Lipski, worauf Forbes und ich Abschied nahmen. Auf dem Rückweg erzählte mir Forbes etwas, das mich erschreckte; während ich der Sekretärin diktierte, hatte Lipski Forbes mitgeteilt, daß er in keiner Weise Anlaß habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren. Er kenne die Lage in Deutschland nach seiner 5½jährigen Tätigkeit als Botschafter gut und habe intime Verbindungen mit Göring und anderen aus den maßgebenden Kreisen. Er erklärte davon überzeugt zu sein, daß im Falle eines Krieges Unruhen in diesem Lande ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden ..."

Dahlerus unterrichtete von der englischen Botschaft aus sofort die englische Regierung über das Geschehen und war bereits 12.30 Uhr wieder bei Göring. Kurz nach 13 Uhr brachte ein Adjutant Göring einen Umschlag,

den dieser sofort öffnete und dann Dahlerus erregt berichtete, daß man nun den Beweis habe, daß die Polen jede Verhandlung sabotierten, denn man habe ein in Berlin 12.45 Uhr eingegangenes Chiffretelegramm der polnischen Regierung an Lipski aufgefangen, dessen Schlußabsatz wie folgt lautete:

„Lassen Sie sich unter keinen Umständen in irgendwelche Diskussionen ein. Wenn die Reichsregierung mündlich oder schriftlich Vorschläge macht, müssen Sie erklären, daß Sie keinerlei Vollmacht haben, solche Vorschläge anzunehmen oder zu diskutieren und daß Sie ausschließlich obige Mitteilung Ihrer Regierung übermitteln und erst weitere Instruktionen einzuholen haben[27])."

Das war Polens umgehende Antwort auf die um 10.55 Uhr erhaltenen deutschen Vorschläge. Göring schrieb Dahlerus das Telegramm ab, dessen Schlußabsatz im polnischen Weißbuch fehlt. Da Henderson argwöhnte, daß das polnische Telegramm von deutscher Seite gefälscht sein könne, erklärte Göring, daß man bald einen Beweis für dessen Echtheit dadurch haben werde, daß Lipski 18.30 Uhr mit Ribbentrop zusammenträfe, weil es sich dann sicher erweise, daß die Zusammenkunft der Beiden genau nach den Instruktionen des Telegrammes verlaufe. Da dies auch eintraf, ist klar erwiesen, daß die Verhandlungen lediglich an der ablehnenden polnischen Haltung scheiterten. Übrigens erklärte der Außenminister Beck am 31. August ausdrücklich dem britischen Botschafter, daß Botschafter Lipski in Berlin nicht zu Verhandlungen ermächtigt würde[28]).

Das deutsche Angebot mit den 16 Punkten wurde 21.15 Uhr durch den Rundfunk der Öffentlichkeit übergeben. Um 23 Uhr sprach der polnische Sender von einem unverschämten Vorschlag und wies jegliche Verhandlungen zurück. Höhnisch wurde auf das vergebliche Warten Deutschlands hingewiesen und darauf, daß Polens Antwort nur eine militärische sein könne. Erst nach Lipskis Absage gab Hitler für den 1. September früh 5.45 Uhr den Befehl zum militärischen Eingreifen[29]).

In Anbetracht der vorstehenden Tatsachen ist es also einfach lächerlich und direkt schamlos, wenn Schacht behaupten will, daß Polen das deutsche Angebot nicht erhalten habe. Eine solche Behauptung kann vielleicht ein Winkeljournalist von der anderen Seite aufstellen, aber nicht ein Reichsminister und Reichsbankpräsident, der seine Worte besser auf die Goldwaage legen sollte. Genau so lächerlich ist es, wenn der Dolmetscher Dr. Paul Schmidt in seinem Buche „Statist auf diplomatischer Bühne 1923 bis 1945" behauptet, daß Hitler seine Vorschläge an Polen nicht ernst gemeint habe. Selbst wenn es zuträfe, daß Hitler später gesagt haben soll:

„Ich brauche ein Alibi, vor allem dem deutschen Volk gegenüber, um ihm zu zeigen, daß ich alles getan habe, den Frieden zu erhalten; deshalb machte ich diesen großzügigen Vorschlag über die Regelung der Danzig- und Korridor-Frage.", so kann dieser Satz nicht gegen Deutschland ausgelegt werden, sondern für Deutschland, denn die Vorschläge waren ja ein

echtes Alibi. Daß Hitler mit einer Annahme der Vorschläge durch Polen gerechnet hatte, ergibt sich aus einer Darstellung des Staatssekretärs Meißner, daß ihm Hitler am Abend des 31. August gesprächsweise gesagt habe, daß er heilfroh sei, daß die Polen seine weitgehend entgegenkommende Note nicht angenommen hätten, denn er hätte sie gegen seine innere Überzeugung gemacht und wäre bei einer polnischen Zustimmung daran gebunden gewesen; so habe er wieder die Freiheit der Entschließung und das sei für die deutsche Zukunft besser.

Von dem Zeitpunkt an, zu dem die polnische Regierung die Vorschläge erhielt, konnte sie sich genau so gut zu deren Annahme entschließen, wie sie sich zu der viel komplizierteren Generalmobilmachung entschloß, nachdem sie gehört hatte, daß Deutschland auf einen Unterhändler warte. Aber sie wollte nicht annehmen, weil sie hoffte, mit englischer Rückendeckung mitten in die vom deutschen Widerstand zugesagte Revolution nach Berlin marschieren zu können[30]).

Günstige Angebote nimmt man bekanntlich an, und je besser sie sind, um so schneller, besonders wenn der Anbietende neun Monate Zeit läßt, um die Vorteile und Nachteile nach allen Seiten überprüfen zu können.

Die deutsche Geduld, mit der vom 29. bis 31. August abends auf einen polnischen Unterhändler gewartet wurde, ist um so anerkennenswerter, als

1. Polen schon seit Wochen mobilisierte, was Deutschland ja nicht unbekanntgeblieben war,
2. durch polnische Maßnahmen gegen die deutschen Volksgruppen bis zum 31. August nahezu 5000 Opfer zu verzeichnen waren,
3. Deutschland geduldig die maßlose Hetze in den polnischen Zeitungen ertrug.

An der polnischen Schuld ändert auch der in Nürnberg aufgebauschte und angeblich von den Deutschen gestellte Überfall auf den Gleiwitzer Sender nichts, denn diesem Überfall wurde 1939 überhaupt nicht die Bedeutung beigemessen, die er in Nürnberg bewußt erhielt. Hitler hat ihn z. B. in seiner Rede vom 1. September 1939 nicht erwähnt. Zudem ist noch nicht einmal erwiesen, daß die Angaben der Zeugen, auf die sich die Behauptung von dem angeblichen Überfall stützt, überhaupt stimmen.

Polen hat eine ungeheure Chance verscherzt und ist für seine unverständliche Haltung schwer bestraft worden, und zwar nicht nur dadurch, daß es von Deutschland innerhalb von drei Wochen überrannt wurde, sondern von seinen Verbündeten, welche seine Unabhängigkeit feierlich garantiert hatten und angeblich wegen dieser Unabhängigkeit einen zweiten Weltkrieg entfesselten, schmählich im Stich gelassen wurde. Das Buch „Vergeblicher Sieg“ des polnischen Botschafters in Amerika, Ciechanowsky, enthüllt diese Haltung der Alliierten in erschütternder Weise und zeigt allen Völkern der Erde, was sie von derartigen Garantien zu halten haben. Dabei hätte Polen lediglich 76 Jahre in seinem Geschichtsbuch zurückblättern brauchen, um sich daran zu erinnern, daß es 1863 von England im Stich gelassen wurde,

nachdem es von ihm vorher zu einem sinnlosen Aufstand aufgestachelt worden war.

Laut vernehmbar sind nun schon die polnischen Stimmen, die den früheren Zustand mit Hitlers Straße durch den Korridor zurückwünschen[31]).

Es ist absurd, aus der Tatsache, die gar nicht bestritten werden soll, daß Hitler Ende April 1939 sich vorgenommen hatte, die polnische Frage „notfalls gewaltsam" zu lösen, auf eine absolute Kriegsabsicht zu schließen, denn der Entschluß bestand doch nur unter der Voraussetzung, daß eine friedliche Lösung nicht möglich war. Zur friedlichen Beilegung des Konfliktes sind genügend Versuche gemacht worden, wobei man außerdem nicht vergessen darf, daß die deutschen Wünsche weder unberechtigt noch unbillig waren, noch die Interessen oder die Souveränität des polnischen Staates irgendwie verletzten.

2. Die englische Haltung

Wenn wir Englands Haltung gegenüber Deutschland verstehen wollen, müssen wir in der Zeit etwas zurückgehen. Schon Bismark rief enttäuscht aus: „Diese Leute wollen sich ja von uns nicht lieben lassen." Die Engländer rügten seine „Methoden" schon genau so wie diejenigen Hitlers und streuten Gerüchte wegen seiner angeblichen Eroberungsabsichten in der ganzen Welt aus. Als um das Jahr 1880 der Aufbau der deutschen Industrie begann, zeichneten sich die Anfänge der deutsch-englischen Feindschaft ab. Alle Bemühungen um ein gutes Verhältnis scheiterten an der ablehnenden englischen Haltung. Erst um die Jahrhundertwende zeigte der Kolonialminister Josef Chamberlain, der Vater des späteren Neville Chamberlain, eine gewisse Bereitschaft zum Abschluß eines Bündnisses mit Deutschland. Aber genau so wie das von England im Sommer 1939 versuchte Bündnis mit Rußland daran scheiterte, daß einerseits England keinen ausreichenden Preis für dieses Bündnis zahlen wollte, andererseits das umworbene Rußland merkte, daß es mißbraucht werden sollte, scheiterte auch dieser Versuch an dem ungenügenden Preis und dem deutschen Verdacht, daß es als „Festlanddegen" mißbraucht werden sollte. Am 1. Februar 1896 verkündete Sir P. Chalmers Mitchell in der Londoner Wochenschrift „Saturday Review" unter anderem folgenden englischen Standpunkt:

„Wäre morgen jeder Deutsche beseitigt,

es gäbe kein englisches Geschäft, noch irgendein englisches Unternehmen, das nicht wüchse. Verschwände morgen jeder Engländer, hätten die Deutschen in gleicher Weise ihren Gewinn davon. Hier also wird der erste

große Artenkampf der Zukunft sichtbar; hier sind zwei wachsende Nationen, die aufeinander drücken rund um die Erde. Eine von beiden muß das Feld räumen. Eine von beiden wird das Feld räumen."

Am 11. September 1897 schließt ein Aufsatz ähnlicher Art mit dem berühmt gewordenen Spruch:

Germaniam esse delendam (Deutschland muß zerstört werden).

Kurz vor dem Weltkrieg meinte der erste Seelord Sir John Fisher vielsagend:

„Wenn die britische Flotte nicht in der Lage ist, die gesamte deutsche Flotte zu vernichten und jeden einzelnen von diesen 842 Handelsdampfern, die jetzt täglich auf dem Ozean schwimmen, aufzufressen, dann werden es die Seelords sein, die das Volk aufhängen wird."

Sein Nachfolger Winston Churchill hatte es daher eilig, als er schon eine ganze Woche vor der englischen Kriegserklärung die englische Flotte auf eigene Faust mobilisieren ließ und bei Kriegsausbruch übers ganze Gesicht strahlte. Nachdem Deutschland endlich in den Krieg hineinmanövriert und dank der Übermacht seiner Gegner geschlagen war, konnte Lloyd George im Jahre 1919 zufrieden bekennen:

„Die Wahrheit ist, daß wir Briten uns durchgesetzt haben. Das Meiste, darauf wir auswaren, ist uns zugefallen. Die deutschen Kriegsschiffe sind ausgeliefert. Die deutschen Kolonien haben aufgehört zu sein. Der eine unserer Hauptwettbewerber im Handel ist zum Krüppel geschlagen."

Das genügte aber Winston Churchill noch nicht. Er meinte daher am 3. März 1919 im Unterhaus:

„Wir halten alle unsere Zwangsmittel in voller Wirksamkeit oder unmittelbarer Bereitschaft zum Gebrauch. Wir halten die Blockade mit Nachdruck aufrecht. Deutschland ist dem Verhungern nahe. Der Bericht, den ich von den vom Kriegsministerium nach allen Richtungen Deutschlands entsandten Offizieren erhalten habe, zeugt vor allem von den großen Entbehrungen, welche das deutsche Volk erduldet, und zweitens von der großen Gefahr des Zusammenbruches des ganzen Gebäudes des deutschen sozialen und nationalen Lebens unter dem Druck von Hunger und Unterernährung. Es ist daher jetzt der Augenblick, ins Reine zu kommen."

Alle Versuche deutscher Politiker in den Jahren 1919 bis 1932, durch möglichst hohe Leistungen und demütiges Verhalten auf gütlichem Wege etwas zu erreichen, scheiterten an der englischen Haltung, welche sich nie dazu aufraffen konnte, praktische Zugeständnisse zu machen, sondern sich lediglich in endlosen Verhandlungen erschöpfte.

Wie sehr enttäuscht sogar Stresemann über die Haltung der Alliierten bzw. über Locarno war, bezeugt folgende Stelle seines Briefes an Lord D'Abernon:

„Sie haben in Ihrem Werk davon gesprochen, daß ich persönlichen Mut im Leben genug bewiesen hätte. Ich werde auch den persönlichen Mut haben, vor der ganzen Welt zu bekunden, daß ich in den Gedanken, von

denen ich damals ausgegangen war, als ich in diesem Vertrag von Locarno mehr sah, als den einfachen Wortlaut, mich über die Absichten meiner Partner getäuscht habe und daß über der ganzen Ausführung der Locarnopolitik das Wort stehen müsse: Siehe, der große Moment fand nur ein kleines Geschlecht ..."

Auch zu der von Brüning geplanten Zollunion mit Österreich verhält sich England ablehnend; es sieht ruhig zu, wie uns der Verzicht auf diese Zollunion förmlich durch brutale Finanzmanöver abgepreßt wird. Als Brüning 1932 auf der Abrüstungskonferenz unter Berufung auf die Versailler Bestimmungen und unter Hinweis auf die deutsche Entwaffnung die allgemeine Abrüstung verlangte, wurde Deutschland theoretisch die Gleichberechtigung zugesprochen. Da ihm aber gleichzeitig bedeutet wurde, daß man sich auf einer Abrüstungs- und nicht auf einer Aufrüstungskonferenz befände und diese Konferenz zu keinerlei Ergebnissen kam, hatte die Gewährung der Gleichberechtigung keine praktische Bedeutung. Bis zur Machtergreifung Hitlers waren die Reparationen wohl formell erledigt, weil die Schulden in Handelsanleihen umgewandelt waren, doch darüber hinaus hatte es England nicht über sich gebracht, auch nur irgendeine der diskrimierenden Bestimmungen des Versailler Vertrages zu beseitigen.

Hitler versuchte nunmehr entsprechend seiner Auffassung in seinem Buche „Mein Kampf" das Verhältnis zu England zu bessern. Als daher am 16. März 1933 MacDonald der Abrüstungskonferenz in Genf einen neuen Plan vorlegte, nach dem Deutschland eine Verdoppelung der Reichswehr zugestanden werden sollte, gab Hitler seine Zustimmung mit den Worten:

„Die deutsche Regierung sieht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Frage ... dabei wird die deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wenn es auf alle Mächte Anwendung findet."

Bei der Beurteilung dieser von den Sozialdemokraten gebilligten Haltung muß man berücksichtigen, daß Frankreich und die Staaten seines Bündnisblockes nach dem englischen Plan zusammen immer noch die fünffache Übermacht gehabt hätten. Auf den Widerstand der Franzosen hin gaben aber die Engländer ihren eigenen Vorschlag preis.

Deutschland verließ die Abrüstungskonferenz und kurz darauf den Völkerbund. Am 12. November 1932 ließ sich Hitler in einer Volksabstimmung seine Politik billigen. Da ich zufällig noch einen Abstimmungsschein jener Wahl besitze, soll er hier gezeigt werden, damit sich das deutsche Volk überzeugen kann, wie im Unrechtsstaat die Regierung einerseits das Volk über ihre politischen Entscheidungen aufklärte und sich andererseits dafür interessierte, ob dieses — nicht die Parteien — ihre Entscheidungen billigte[32]).

Da natürlich alle „dagegen" waren und jeder zweite ein „Widerständler", war das Ergebnis mit 95,1 % Jastimmen und 4,9 % Neinstimmen

bestimmt gefälscht, obwohl die Wahlurnen seinerzeit genau so wenig durchsichtig waren wie heute.

Als im März 1935 der englische Außenminister Sir John Simon mit Eden auf Einladung Hitlers zu weiteren Abrüstungsgesprächen nach Berlin kommen soll, wird wenige Tage zuvor in einem Weißbuch der britischen Regierung eine Rüstungserhöhung verkündet und von Ministerpräsident Baldwin das vielsagende Wort ausgesprochen, daß Englands Grenze am Rhein liege. Auch hierauf gibt Hitler die gebührende Antwort, indem er durch Göring die Aufstellung der deutschen Luftwaffe bekanntgeben läßt. Wenige Tage später verlängert Frankreich die Dienstzeit seines Heeres auf zwei Jahre, was Hitler veranlaßt, ebenfalls die allgemeine Wehrpflicht zu verkünden. Hiergegen protestieren zwar Frankreich und England, doch England verbindet wenigstens seinen Protest mit der Anfrage, ob die Reichsregierung auch weiterhin den Wunsch habe, den vereinbarten Besuch mit den früheren Zielsetzungen stattfinden zu lassen. Sir John Simon und Eden kommen am 24. März nach Berlin, wobei Hitler erstmals die Begrenzung der eigenen Flottenstärke auf 35 % der englischen anbietet. Da aber Eden anschließend nach Moskau weiterreist und Simon seiner Regierung entgegen der deutschen Darstellung im Kommunique meldet, daß sich beträchtliche Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten, ist Hitler natürlich über die zwiespältige englische Haltung verärgert, zumal diese zu einem Beschluß des Völkerbundes in Stresa führt, der die Einführung der Wehrpflicht verurteilt. Darauf antwortet Hitler im Mai mit einem großen Friedensvorschlag, in welchem in 13 Punkten noch einmal ausführliche Vorschläge zur Abrüstung und Vermeidung von Differenzen enthalten sind. Sogar die „Times" muß bekennen, daß „kein Unvoreingenommener daran zweifeln kann, daß die von Hitler dargelegten Punkte das Fundament für die restlose Regelung der Beziehungen zu Deutschland bilden".

Es ist daher diesmal kein Wunder, daß England das großzügige Angebot Hitlers auf Beschränkung des deutschen Flottenbaues auf 35 % der englischen Tonnage akzeptiert und daß am 18. Juni 1935 ein entsprechendes Flottenabkommen unterzeichnet wird. Daß es hierüber so schnell zu einer Einigung kam, war einerseits auf die verlockenden Vorteile dieses Angebots für England zurückzuführen und andererseits darauf, daß sich Deutschland in keinerlei Kuhhandel über dieses Angebot einließ.

Als Hitler am 7. März 1936 in seiner Rede ankündigte, daß „in dieser geschichtlichen Stunde in den westlichen Provinzen des Reiches deutsche Truppen soeben ihre künftigen Friedensgarnisonen beziehen", erregte dies wiederum das englische Mißfallen. Es beruft die Locarnomächte nach London ein, die Deutschlands Vorgehen beurteilen sollen. Ribbentrop antwortet auf die Vorwürfe:

„Hitler hat der Welt eine ganze Reihe von Angeboten zur Befriedung gemacht.

Das Angebot der absoluten Abrüstung; es wurde abgelehnt.

Das Angebot eines allgemeinen gleichen Zweihunderttausend-Mann-Heeres; es wurde abgelehnt.

Das Angebot eines Dreihunderttausend - Mann - Heeres; es wurde abgelehnt.

Das Angebot eines Luftpaktes; es wurde abgelehnt.

Das Angebot zu einer großzügigen Befriedung Europas vom 21. Mai 1935; es wurde einfach übergangen, ausgenommen jene Proposition, die dann später der deutsch-englischen Flottenabmachung zugrunde gelegt wurde. Wieder und wieder hat der deutsche Reichskanzler seine Befriedungsangebote unterbreitet und er und ganz Deutschland hatten gehofft, daß der russisch-französische Vertrag nicht ratifiziert würde. Als diese Ratifizierung vor kurzem dennoch von der französischen Kammer vorgenommen wurde, hat endlich der deutsche Reichskanzler im Bewußtsein der ihm obliegenden schweren Verantwortung für das Schicksal und die Sicherheit des ihm anvertrauten Volkes die einzig mögliche Konsequenz aus diesem Vorgehen Frankreichs gezogen. Er hat die volle Souveränität des Reiches über das gesamte Reichsgebiet wieder hergestellt.

Maßgebend für diesen Entschluß der deutschen Regierung war die Berücksichtigung der Tatsache, daß

1. der Rheinpakt von Locarno durch das einseitige Vorgehen Frankreichs dem Buchstaben und dem geschichtlichen Sinne nach entwertet und damit aufgehoben wurde, und daß
2. im Hinblick auf die neue französisch-russische Militärallianz Deutschland ohne weiteren Verzug die primitivsten Rechte einer Nation zur Sicherung ihres eigenen Territoriums wiederherstellen mußte.

Die deutsche Reichsregierung muß daher den Vorwurf, den Vertrag von Locarno einseitig verletzt zu haben, als unrecht und unbillig zurückweisen. Es war ihr gar nicht mehr möglich, einen Vertrag zu verletzen, der de facto durch die Handlungsweise des anderen Partners als erloschen zu betrachten war ...

Der Inhalt und die Tragweite der deutschen Vorschläge bedürfen keines Kommentars. Sie sind so weit gespannt und umfassend, daß wohl jeder Staatsmann, dem das Wohl Europas am Herzen liegt, nur wünschen kann, sie bald verwirklicht zu sehen.

Möge angesichts dessen der Rat über die Empfindungen des Augenblicks hinweg die Tragweite der geschichtlichen Entscheidung erkennen, die in seine Hand gelegt ist und die mithelfen soll, dem friedlosen Europa den Weg in eine bessere Zukunft offen zu halten."

Statt einer positiven Antwort gibt England wiederum eine negative, indem es seinen Generalstab mit den Stäben Frankreichs und Belgiens in gemeinsame Besprechungen eintreten läßt.

Am 31. März 1936, zwei Tage nachdem Hitler in einer neuen Wahl des Reichstages 98,8 % aller Stimmen erhalten hat, macht er wiederum in einer Rede weitgehende Abrüstungsvorschläge, welche Ribbentrop persön-

lich in London übergibt. Obwohl ihm bei der Übergabe Eden ausdrücklich sagte: „Wir werden die deutschen Vorschläge sehr genau prüfen", antwortete England in einem umfangreichen Fragebogen, über den Hitler wegen seines anmaßenden Tones beleidigt ist und aus dem er klar den Wunsch vernimmt, daß man keine Antwort will. Damit sind praktisch alle Versuche, eine Abrüstung herbeizuführen, bzw. eine weitere Aufrüstung zu verhindern, gescheitert.

Das offizielle England hat sich entschieden. Schon im November erhält Frankreich eine öffentliche Beistandszusicherung. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß in der Folgezeit verschiedene prominente Engländer bei ihren Besuchen ein freundliches Verständnis zeigen. Es hilft auch nichts, daß Hitler immer wieder seinen Wunsch äußert, mit England in ein befriedigendes Verhältnis zu kommen[33]).

Als Lord Halifax im November 1937 zur Jagdausstellung nach Berlin kommt, bringt Hitler diesen Wunsch wiederum zum Ausdruck, aber wiederum ohne praktisches Ergebnis.

Obwohl England einsehen mußte, daß es angesichts der innerpolitischen Entwicklung in Österreich gegen den Anschluß nichts Entscheidendes einwenden könne, und am 16. März 1938 Halifax vor dem Oberhaus bekennen muß, daß der in St. Germain geschaffene Zustand wohl nicht für alle Zeiten aufrecht erhalten werden könne, mißbilligt die britische Regierung die von Deutschland angewandten „Gewaltmaßnahmen". Wie lächerlich diese Mißbilligung wirken mußte, kann man aus der Tatsache begreifen, daß sich bei der Abstimmung am 10. April 99,73 % für den Anschluß erklärten.

Und folgende Episode, die uns Sir Neville Henderson in seinem Buche „Fehlschlag einer Mission" selbst schildert, zeigt wohl eindeutig, zu welcher Haltung der Botschafter des englischen Weltreiches fähig war, um den Ausbruch des Zusammengehörigkeitsgefühls eines gewaltsam getrennten Volkes durch eine blamable Demonstration kritisieren zu können:

„Für mich gab es noch einen letzten Kommentar der Vorgänge, ehe der Akt endgültig vorüber war. Der 13. März war der deutsche Heldengedenktag oder Jahrestag für die Toten des Weltkrieges. Mit Rücksicht auf die Ereignisse verzichtete ich darauf, an der Zeremonie teilzunehmen, bei der alle Missionschefs anwesend zu sein pflegten. Statt dessen nahm ich mir vor, dem österreichischen Gesandten einen Besuch abzustatten. Es war eine Art Demonstration meinerseits. Und ich begab mich dorthin in meinem Auto, über dessen Kühlerhaube die großbritannische Flagge wehte. Ich traf den österreichischen Gesandten in voller Uniform und im Begriff, sich selbst zur Heldengedenkfeier zu begeben. Nachträglich hörte ich, er habe dort wie die andern dem Kanzler Salut entboten und ‚Heil Hitler' gerufen."

Als Konrad Henlein vor den tschechischen Gemeindewahlen in Karlsbad die Forderungen des Sudetendeutschtums bekanntgab, antwortete die Tschechei mit einer Mobilmachung statt den mäßigen Vorschlägen Henleins

entgegenzukommen. Sie löste damit die Sudetenkrise aus, in welche sich England wiederum durch die Entsendung Lord Runcimans einmischte. Dieser mußte selbst in seinem Bericht zugeben, „daß nach den jüngsten Ereignissen nunmehr der Punkt erreicht sei, wo das Verbleiben der hauptsächlich von Deutschen bewohnten Distrikte innerhalb des tschechoslowakischen Staates tatsächlich nicht länger andauern könnte ohne die Grenzen der Tschechoslowakei selbst und den europäischen Frieden zu gefährden[34])".

Chamberlain kam nach Godesberg und nach vielen Verhandlungen hin und her kam es zur Konferenz von München, welche die Abtretung der Sudetengebiete an Deutschland zur Folge hatte. Mit Rücksicht auf die französischen Bündnisverpflichtungen war es unausbleiblich, daß sich im Verlauf der Verhandlungen einmal Frankreich, andermal die Tschechoslowakei sträubten. Chamberlain aber „vermittelte" und brachte nach außen hin alles zu einem glücklichen Abschluß[35]).

Die Völker waren froh, daß der Krieg vermieden war und begrüßten ihre aus München zurückkehrenden Staatsmänner mit überschwenglichem Jubel. Hinter den Kulissen aber sah die Sache ganz anders aus. Göring hatte durch sein Forschungsamt die Bandaufnahme eines Ferngespräches zwischen Daladier und Chamberlain vorgelegt, aus dem hervorging, daß Frankreich und England nur aus Zeitgründen zustimmten, weil sie mit ihrer Rüstung noch nicht fertig waren[36]). Die Tinte war in München noch nicht trocken, als bereits François-Poncet den tschechischen Gesandten Mastny im Konferenzgebäude mit den Worten zu beruhigen wußte:

„Glauben Sie mir, alles das ist nicht endgültig. Es ist nur ein Augenblick in der Geschichte, die jetzt beginnt und nun bald alles in Frage stellen wird[37])."

Schon am Tage nach der Unterzeichnung berichtete der tschechische Gesandte aus London:

„Churchill rät und beschwört nach Beratung mit diesen Leuten, wenigstens 48 Stunden die vitalen Befestigungen nicht aus der Hand zu geben. Er ist überzeugt, daß hier eine große Reaktion gegen den an uns verübten Verrat anhebt und wächst."

Obwohl Chamberlain in seiner Rede vom 27. September 1938 vielsagend meinte: „Wenn wir uns schlagen sollten, müßte es sich um größere Probleme handeln als diese", wurde er nach seiner Rückkehr aus München von der Opposition wegen seiner friedliebenden Haltung rücksichtslos überfallen. Und diese begann mit einer derart planmäßigen Hetze gegen ihn und Deutschland in der ganzen Welt, daß Hitler bereits in seiner Rede vom 9. Oktober in Saarbrücken auf die Gefahren dieser Hetze hinwies[38]).

Nun sind ihm später, besonders nach dem Zusammenbruch Vorwürfe wegen seiner Rede im Reichstag vom 26. September 1938 gemacht worden. Er hatte gesagt, „daß es, so wie dieses Problem gelöst ist, für Deutschland kein territoriales Problem mehr gibt, und ich habe Mister Chamberlain weiter versichert, daß in dem Augenblick, in dem die Tschechoslowakei ihre

Probleme löst und zwar friedlich und nicht durch Unterdrückung, daß ich dann am tschechischen Staat nicht mehr interessiert bin und das wird ihm garantiert. Wir wollen keine Tschechen!"

Diese Vorwürfe, insbesondere der des Wortbruches sind völlig unberechtigt, wenn man einerseits den Wortlaut der Rede genau unter die Lupe nimmt und andererseits die Entwicklung der Verhältnisse berücksichtigt[39]).

Zunächst muß widerlegt werden, daß Hitler selbst mit dem Ergebnis von München unzufrieden gewesen sei, denn seine Wünsche waren ja befriedigt worden, und er konnte daher am 12. Januar 1939 mit Recht dem Nuntius Orsenigo gegenüber die Friedenstat von München besonders hervorheben. Es stimmt auch nicht, wenn behauptet wird, daß Hitler nach der Konferenz führenden deutschen Pressevertretern aufgetragen habe, „das deutsche Volk kriegsfreudig zu machen".

Es ist natürlich klar, daß er mit Rücksicht auf die fortgesetzte Hetze im Ausland verpflichtet war, alles zur Sicherheit des Reiches zu veranlassen und für alle Eventualfälle militärische Vorbereitungen zu treffen, wozu auch jener Befehl gehört, mit dem die „Bereitschaft zur Erledigung der Resttschechei" angeordnet wurde. Es wird aber gar zu gern unbeachtet gelassen, daß die Präambel dieser Weisung lautete: „Es muß möglich sein, die Resttschechei jederzeit zerschlagen zu können, wenn sie etwa eine deutschfeindliche Haltung zeigen würde."

Das entspricht durchaus der Bedingung, die Hitler in der Rede vom 26. September aufgestellt hatte, daß sich nämlich die Tschechoslowakei mit den anderen Minderheiten friedlich auseinandersetzen müsse. Das ist aber keinesfalls geschehen. Diese Minderheiten, insbesondere die Slowaken, wurden brutal unterdrückt und haben sich von selbst um Schutz an Deutschland gewandt. Es ist der tschechoslowakischen Regierung nicht gelungen, die deutschfeindlichen Kreise in Schach zu halten und die Fortsetzung der Deutschenhetze zu verhindern. Die Kritiker verkennen völlig die staatsrechtliche Besonderheit des Begriffes „Protektorat". Durch dieses Protektorat ist das Volkstum der tschechischen Nation völlig frei geblieben und kein Tscheche wurde gezwungen, Deutscher zu werden. Keine nationale Minderheit der ganzen Welt — und im Gesamtrahmen des Großdeutschen Reiches waren nun die Tschechen eine Minderheit von etwa 10 % — hatte je so viele Freiheiten und so wenig Pflichten wie die tschechische[40]).

Den 11 Punkten, die ich schon in meinem Buche „Der ekle Wurm der deutschen Zwietracht" für die Berechtigung der staatsrechtlichen Lösung des Protektorates angeführt habe, könnte man noch neue Punkte hinzufügen[41]).

Ich glaube aber, daß auch die Tschechen schon längst das sowjetische Joch verwünschen und die Zeiten des Protektorates herbeisehnen. Da auch die den Polen unterbreiteten Vorschläge keine unberechtigten Forderungen darstellten, weil ja Danzig sowieso deutsch war und die exterritoriale Verbindung mit Ostpreußen keine „territoriale" Forderung darstellte, hat

Hitler in seiner Rede nichts gesagt, was als Versprechen bezeichnet werden könnte, das er später gebrochen habe. Wenn noch behauptet wird, daß Hitler Hacha nach Berlin zitiert und die Zustimmung für das Protektorat unter Druck erzwungen habe, so ist auch dies unwahr, denn erstens ist Hacha selbst auf Anregung der englischen und französischen Botschafter nach Berlin gegangen und zweitens war die Tschechoslowakei an den inneren Schwierigkeiten mit ihren Minderheiten zerbrochen[42]). Hitlers Beweggründe gehen aus seinen Darlegungen vom 15. März Hacha gegenüber klar hervor[43]).

Wenn er sich nun entschloß, künftige Gefahren durch eine vernünftige Lösung ein für allemal auszuschalten, so dürfte ihn sicher auch jene Drohung dazu veranlaßt haben, welche Churchill am Tage zuvor deutlich genug ausgestoßen hat, indem er sagte:

„Erst wenn der Nazischatten nicht mehr über Europa liegt, und daß dies eines Tages der Fall sein wird, des bin ich sicher, werden die Tschechoslowakei und das alte Böhmen wieder einmal den Marsch in die Freiheit antreten."

Es war eben die Macht der Verhältnisse, welche Hacha zwangen, den Vorschlag Hitlers zu akzeptieren, und er bewies damit viel mehr Klugheit als jene Politiker, welche durch die sinnlose Ablehnung einer exterritorialen Straße einen ganzen Weltkrieg entfesselten. Als untrüglicher Beweis, daß Hitler sein Ziel nicht unter brutaler Drohung erreicht hatte, dürfte jene private Szene sein, welche sich nach der Vollziehung der Unterschrift abspielte und von der eine seiner Sekretärinnen berichtete:

„Plötzlich öffnet sich die Tür, Hitler stürzt heraus, das Gesicht wie verwandelt und ruft ‚Kinder, jetzt gebt mir mal jede da und da (auf seine Wangen zeigend) einen Kuß'. Wir führten ganz verblüfft den ungewohnten Befehl aus. Bald darauf rief Hitler: ‚Kinder eine gute Nachricht. Hacha hat unterschrieben. Das ist der größte Tag meines Lebens.' "

Es hat immer ein gewisses Staunen hervorgerufen, daß England am 15. März 1939 den deutschen Schritt zunächst verhältnismäßig ruhig hinnahm, und daß Chamberlain im Unterhaus zum Ausdruck brachte, daß die englische Garantie für die Tschechoslowakei nicht zur Anwendung kommen könne, weil dieser Staat von innen her zerbrochen sei und so die geplante Garantie ein Ende gefunden habe. Selbst ein siegreicher Krieg könnte sie nicht wieder in der früheren Form erstehen lassen. Am 17. März nahm er jedoch überraschend eine scharfe, direkt entgegengesetzte Haltung ein, welche nicht allein auf den Widerspruch der Opposition zurückzuführen war. Neben Einwirkungen deutscher Widerstandskreise über den englischen Journalisten Jan Colvin gab der Inhalt einer ultimativen Note Roosevelts vom 16. März den Ausschlag, in der England weitere materielle und moralische Hilfe versagt und nachteilige Maßnahmen für den Fall angedroht wurden, daß es an der Politik von München festhielte. Während ein ähnlicher Versuch Roosevelts noch vor München an der Unfertigkeit der eng-

lischen Rüstung scheiterte, konnte diesmal der zaudernde Chamberlain nicht mehr ausweichen, zumal die Opposition die folgende Zeit reichlich ausnützte, um das englische Volk wegen des Einmarsches in Prag gegen Deutschland aufzuhetzen. Es begann nun eine Zeit der Entfaltung höchster politischer Aktivität an den Brennpunkten Europas. England fing an, Bündnispartner zu suchen, und der erste war Polen, das dem englischen Liebeswerben zum Opfer fiel. Schon acht Tage später — am 24. März — wurde ihm die verhängnisvolle Garantie gegeben, von der Chamberlain im Unterhaus am 3. April vorausschauend sagte:

„So weit von unseren traditionellen Ideen abgewichen zu sein, wie ich es im Auftrag seiner Majestät Regierung am Freitag getan habe, bildet in der Tat einen so wichtigen Markstein in der britischen Politik, daß ich mit Sicherheit sagen zu können glaube, daß dieser Entschluß ein Kapitel für sich erhalten wird, wenn es einmal zum Schreiben der Geschichtsbücher kommt . . ."

Ich fürchte, der Tag wird als schwarzer Freitag in die englische Geschichte eingehen[44]) [44a]).

Nach der Garantie an Polen wurden am 13. April Rumänien und Griechenland und am 12. Mai die Türkei mit Garantien beglückt. Die baltischen Staaten baten mit Rücksicht auf ihren großen Bruder Abstand zu nehmen. Da Rumänien nach dem russischen Einmarsch in Polen die Wertlosigkeit solcher Garantien erkannte, schwante ihm Unheil und fragte deswegen vorsichtig in London an, worauf es eine Antwort ungefähr des Sinnes bekam „Nie sollst Du mich befragen —".

Als nun Rußland im Juni 1940 Bessarabien und die Bukowina schluckte, erwies sich tatsächlich die gegebene Garantie als völlig wertlos und daran mögen unsere heutigen Politiker denken, wenn so viel von englischen Garantien die Rede ist. Der Versuch, Rußland in die Einkreisungsfront einzubeziehen, endete mit der Abreise der britischen und französischen Unterhändler aus Moskau und mit dem überraschenden Abschluß des deutsch-russischen Vertrages vom 23. August, denn die englischen Ziele waren von Rußland durchschaut worden.

Trotzdem ließ sich England aber nicht abhalten, am 25. August die Garantieerklärung vom 24. März in einem formellen Vertrag mit Polen zu verankern, mit dem wir uns etwas ausführlicher befassen müssen. Es ist daher zunächst wichtig, die maßgeblichen Teile des Vertrages zu wiederholen:

Artikel I

Sollte eine der Vertragsparteien in Feindseligkeiten mit einer europäischen Macht verwickelt werden, und zwar infolge eines Angriffes der letzteren auf diese Vertragspartei, so wird die andere Vertragspartei der in Feindseligkeiten verwickelten Vertragspartei sofort jede Unterstützung und jeden Beistand gewähren, die in ihrer Macht steht.

Artikel II

(1) Die Bestimmungen von Artikel I sind auch dann anwendbar, wenn irgendeine Handlung einer europäischen Macht die Unabhängigkeit einer der Vertragsparteien offensichtlich unmittelbar oder mittelbar bedroht und es geraten sein sollte, daß die betreffende Partei es für lebenswichtig hält, ihr mit einer bewaffneten Macht Widerstand zu leisten.

(2) Sollte eine der Vertragsparteien in Feindseligkeiten mit einer europäischen Macht verwickelt werden, infolge einer Handlung dieser Macht, die die Unabhängigkeit oder Neutralität eines anderen europäischen Staates derartig bedroht, daß darin eine offensichtliche Bedrohung für die Sicherheit der erwähnten Vertragspartei liegt, so sind die Bestimmungen von Artikel I anwendbar, jedoch unbeschadet der Rechte des anderen beteiligten europäischen Staates.

*

Aus diesem Wortlaut muß jeder entnehmen, daß der Vertrag auch für den Fall gelte, daß eine der Vertragsparteien in Feindseligkeiten mit einer europäischen Macht, also auch mit Rußland, verwickelt werden würde. Diese Meinung ist jedoch irrig, denn als Deutschland die eine Hälfte von Polen besetzte und Rußland die andere Hälfte schluckte, richtete das Unterhausmitglied Harvey eine naive Anfrage an seine Regierung, ob die Beistandsverpflichtung des britisch - polnischen Vertrages nicht auch für den Fall des Angriffes durch nichtdeutsche Mächte einschließlich Rußland gelten sollte, worauf er vom Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten folgende schriftliche Antwort erhielt:

„Nein, während der Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des Abkommens führten, wurde zwischen der polnischen Regierung und der Regierung Seiner Majestät vereinbart, daß das Abkommen nur für den Fall eines Angriffes durch Deutschland gedacht sei; die polnische Regierung bestätigt, daß dies zutrifft."

Diese Antwort ließ die Vermutung aufkommen, daß die Unwirksamkeit des Vertrages für den Fall eines russischen Angriffes nur mündlich vereinbart worden sei. Dies trifft aber keineswegs zu, denn am 5. April 1945 wurde das Geheimprotokoll veröffentlicht, das zusammen mit dem Vertrag vom 25. August 1939 mit Polen abgeschlossen war. In diesem Protokoll war festgelegt, daß mit „einer europäischen Macht" Deutschland gemeint sei, daß sich Artikel II (1) auf Danzig bezöge und mit den in Ziffer (2) erwähnten Ländern Belgien, Holland und Litauen gemeint seien, zu denen später Lettland und Estland hinzukamen.

Damit ist also glatt bewiesen, daß es nicht darum ging, Polen zu schützen, sondern nur darum, einen Kriegsgrund für den Fall polnisch-deutscher Differenzen zu erhalten. Da man Polen nun keinerlei Selbstmordabsichten unterstellen darf, so gibt es nur zwei Möglichkeiten, welche

diesen ungeheueren Betrug verständlich machen: entweder hatte Polen volles Vertrauen zu den Zusagen der Engländer, Franzosen und Amerikaner oder es rechnete mit einer schnellen Wirksamkeit der ihm bekannten Staatsstreichpläne des deutschen Widerstandes.

Während Chamberlain sich im Herbst 1938 gegen eine englische Hilfe für die Tschechoslowakei mit der Begründung gewehrt hatte, daß „dies eines der fernen Länder sei, von denen wir nichts wissen", konnte er sich später nicht genug über die Notwendigkeit einer Hilfe für das noch ferner gelegene Polen ereifern, obwohl von diesem die Engländer bestimmt nicht mehr wußten. Er vergaß auch, was sein Stiefbruder, Sir Austen Chamberlain, 1936 in seinem Buche über den Korridor geschrieben hatte:

„Wir werden keinen Finger rühren um den polnischen Korridor zu retten. Es stimmt, daß wir kein unmittelbares Interesse am polnischen Korridor oder an Oberschlesien haben, und die Übernahme irgendeiner besonderen Verantwortung im Hinblick auf diese Gebiete wird gewiß von uns nicht gefordert."

England hatte sich auch nicht durch den ausführlichen Brief Hitlers an Chamberlain vom 23. August abhalten lassen, in dem dieser den deutschen Standpunkt klar und entschlossen darlegte. Hitler seinerseits wollte den Streit auf Polen beschränkt haben und machte auf Anregung Ribbentrops nochmals einen Versuch, England durch den weitgehenden Vorschlag zu gewinnen, daß er dem Britischen Imperium durch einen Bündnisvertrag Existenz und Hilfe zusicherte und sich bereit erklärte, Rüstungsbeschränkungen einzugehen, wenn das Korridorproblem zufriedenstellend gelöst sei[45]).

Zu jener Zeit lief nun neben den üblichen diplomatischen Verhandlungen noch eine „private" Vermittlungsaktion, die aber gerade wegen dieses Charakters für die Ermittlung der Kriegsschuld selbst eine erhebliche historische Bedeutung hat und welche der Schwede Birger Dahlerus in seinem Buche „Der letzte Versuch" schilderte. Obwohl nun Dahlerus schon vor Aufnahme dieses Vermittlungsversuches eine gewisse Aversion gegen den Nationalsozialismus hatte und sich diese durch das, was er nach dem Zusammenbruch von einer angeblichen Kriegsschuld Deutschlands erfuhr und für bare Münze nahm, noch steigerte, ist trotzdem der Inhalt seines Buches die denkbar beste Fundgrube für Beweise, daß Deutschland nicht schuld war, wenn dieser, von Churchill selbst als unnötig bezeichnete, Krieg nicht vermieden werden konnte.

In der Nacht vom 26. zum 27. August wurde Dahlerus von Hitler empfangen, der ihm den deutschen Standpunkt ausführlich auseinandersetzte und sagte:

„Sie, Herr Dahlerus, haben meine Auffassung gehört. Sie müssen sofort nach England reisen, um sie der englischen Regierung mitzuteilen. Ich glaube nicht, daß Henderson mich verstand, und ich wünsche aufrichtig, daß eine Verständigung zustande kommt."

Er flog nach England, kam Sonntag Nacht wieder zurück, wo er Göring sofort die englischen Wünsche mitteilte. Noch in der Nacht ging Göring zu Hitler und machte ihn mit den englischen Argumenten bekannt; bereits zwei Stunden später konnte Göring Dahlerus melden, daß Hitler Englands Standpunkt respektiere. Die englische Regierung erteilt nun am 28. August eine Antwort, welche anscheinend Entgegenkommen zeigt und worin sie behauptet, bereits eine polnische Zusage zur Bereitschaft zu Verhandlungen zu besitzen, was sich jedoch später als unzutreffend erweist. Die Note mit dieser polnischen Zusage wurde weder im englischen Blaubuch veröffentlicht noch wurde sie in Nürnberg auf Verlangen Ribbentrops vorgelegt. Im Vertrauen auf diese Zusage übergab nunmehr Hitler am 29. August Henderson eine Erklärung, in der er den britischen Vorschlag zu direkten und gleichberechtigten Verhandlungen annimmt und einen polnischen Botschafter für Mittwoch, den 30. August, erwartet. Diese Erklärung enthält die ausdrückliche Zusicherung, daß Deutschland nie die Absicht gehabt habe, lebenswichtige Interessen Polens anzugreifen oder die Unabhängigkeit eines polnischen Staates in Frage zu stellen. Das Argument der englischen Regierung, daß es unvernünftig sei, einen polnischen Vertreter innerhalb von 24 Stunden zu erwarten, beantwortete Hitler damit, daß man von Warschau nach Berlin in 1½ Stunden fliegen könne, abgesehen davon, daß Polen einen Botschafter in Berlin habe. In der gleichen Nacht hatte Göring mit Dahlerus nochmals eine Aussprache, und hierbei erzählt ihm dieser vertraulich, daß Hitler damit beschäftigt sei, ein großzügiges Angebot an Polen auszuarbeiten. Er sei zwar nicht berechtigt, ihm den Inhalt des Planes mitzuteilen, wolle ihn aber in großen Zügen über den Hauptinhalt unterrichten.

Dies geschah und die Unterredung endete damit, daß Göring Dahlerus drängte, sofort nach London zu fliegen, „um die englische Regierung über die Ereignisse des Abends zu unterrichten und Deutschlands Entschlossenheit zu betonen, zu einer Verständigung zu kommen".

Göring bat dabei Dahlerus, er solle der englischen Regierung streng vertraulich zu verstehen geben, daß Hitler beabsichtige, „im Laufe des 30. August Polen eine Note zu übermitteln, die so leichte Bedingungen enthalten würde, daß sie sicherlich von Polen akzeptiert und von der englischen Regierung befürwortet werden könnten".

Dahlerus ging noch in der Nacht (also am 30. August 2.00 Uhr früh) in die englische Botschaft, berichtete seine Kenntnisse und flog sofort nach London, wo er bereits 10.30 Uhr mit Chamberlain und Halifax zusammentraf. Da er dort wiederum Mißtrauen antraf, rief er von London aus Göring sofort an und erhielt von diesem die Mitteilung, daß die Note bereits fertig sei und in der Tat noch günstigere Bedingungen für Polen enthalte als bisher. Obwohl sogar Henderson meinte, daß die polnische Regierung in den saueren Apfel dieses Versuches beißen sollte, um unmittelbare Unterredungen mit Hitler herzustellen, wenn auch nur um die

Welt zu überzeugen, daß sie ihrerseits bereit sei, ein Opfer für die Erhaltung des Friedens zu bringen, wies die englische Regierung ihren Botschafter in Warschau ausdrücklich an, Hitlers Antwort der polnischen Regierung nicht mitzuteilen. Erst gegen Abend des 30. August beauftragte sie Henderson, Deutschland zu direkten Besprechungen mit Polen anzuregen, so daß Polen am 30. August überhaupt noch nichts von den deutschen Vorschlägen erfuhr. In der Nacht vom 30. auf 31. August empfing Ribbentrop Hendenson und las ihm dabei die Vorschläge Hitlers an Polen vor. Er behauptete zwar später, daß dies nur flüchtig geschehen sei, so daß er sie kaum verstanden habe, doch ergab sich in der Zwischenzeit aus den Beurkundungen von Dahlerus und Dolmetscher Schmidt, daß dies nicht zutrifft, denn sonst hätte er sie ja weder als „nicht unvernünftig" bezeichnen, noch seiner Regierung mitteilen können. Außerdem haben die englische und die polnische Regierung den Wortlaut der Vorschläge über Dahlerus erhalten, und da die erstere bereits am 31. August vormittags 9.30 Uhr im Besitz der Vorschläge war, wäre genügend Zeit gewesen auf Polen im Sinne einer Annahme oder zumindestens von Verhandlungen darüber einzuwirken, zumal sie schließen mußte, daß andernfalls mit dem Krieg zu rechnen sei[40]).

Da aber weder die englische noch die polnische Regierung wollten, erschien am Abend des 31. August Lipski ohne Ermächtigung, die deutschen Vorschläge anzunehmen oder gar zu erörtern. Die englische Regierung hatte wohl in den letzten Tagen viele schöne Worte im diplomatischen Schriftwechsel gebraucht, jedoch praktisch nichts getan, um einen Ausgleich zu ermöglichen. Ihre passive Haltung hat im Gegenteil bewirkt, daß die polnische Regierung schon am 29. August nachmittags die Generalmobilmachung anordnete, da die englische Regierung bewußt ihrem Botschafter Kennard die Bekanntgabe der positiven Antwort Hitlers vom 29. August verbot, worin dieser den englischen Vorschlag direkter Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland angenommen und einen polnischen Unterhändler für den 30. August erwartet hatte.

Ein weiterer Vorfall ist gleichfalls Beweis für ein Verschulden der englischen Regierung. Als sie am 31. August vormittags die deutschen Vorschläge mit den 16 Punkten erhalten hatte, beriet sie in längerer Debatte darüber, wobei auch die polnische Generalmobilmachung zur Sprache kam. Man hat aber nie etwas gehört, daß sie dieserhalb der polnischen Regierung Vorwürfe gemacht hätte, — im Gegenteil, als der „Daily Telegraph", die dem Foreign Office nahestehende Zeitung, in seiner Abendausgabe vom 31. August über die Beratungen im englischen Kabinett berichtete, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß Polen auf das von London weitergeleitete Memorandum hin die Generalmobilmachung angeordnet habe, wurde diese Abendausgabe beschlagnahmt und die Redaktion veranlaßt, eine neue spätere Ausgabe herauszubringen, in welcher der Satz über die polnische Mobilmachung nach Erhalt des deutschen Vorschlages

fehlte. Durch die Verbreitung der Wahrheit in der ersten Ausgabe wäre dem englischen Volk die polnische Schuld klar geworden und die Position der englischen Regierung im Hinblick auf ihre wirklichen Absichten erschwert. Da diese am 31. August merkte, daß durch die Enthüllung der angekündigten ablehnenden Haltung Polens aus dem Nachsatz des von Göring aufgefangenen Telegramms an Botschafter Lipski die Last der formellen Schuld eindeutig der polnischen Regierung zufiel, versuchte sie, sich nach der Bekanntgabe der deutschen Vorschläge im Rundfunk um 21 Uhr in letzter Minute für ihre angebliche eifrige Vermittlertätigkeit ein Alibi zu verschaffen, indem sie um 23 Uhr nochmals Henderson aufforderte Hitler mitzuteilen, „die britische Regierung habe gehört, daß die polnische Regierung Schritte unternehme, mit ihr durch den polnischen Botschafter in Berlin die Verbindung herzustellen". Henderson sollte ferner erkunden, „ob die deutsche Regierung der Notwendigkeit zustimme, für Danzig sofort einen provisorischen ‚modus vivendi' zu schaffen".

Diese verspätete englische Mitteilung, welche natürlich angesichts des Wortlautes der polnischen Note vom Mittag und der Erklärung Lipskis vom Spätnachmittag, daß er keinerlei Vollmachten zur Entgegennahme von Vorschlägen oder gar zu Verhandlungen habe, keine praktische Bedeutung mehr hatte, erwähne ich nur, weil sie die Kriegsschuld auf Deutschland verlagern sollte, denn Henderson verlegt diese Mitteilung — in unklare Angaben eingenebelt — um 12 Stunden früher auf vormittags 11 Uhr. Chamberlain benutzt sie in seiner Rede vom 1. September im Unterhaus, um eine angebliche „erneute polnische Verhandlungsbereitschaft" zu dokumentieren und damit den Eindruck einer englischen Schuld zu Lasten Deutschlands zu verwischen[17]).

Am 31. August vormittags telefonierte Ciano mit Mussolinis Zustimmung mit Halifax wegen der Vorbereitung einer Friedenskonferenz und äußerte dabei, daß der Duce nur dann bei Hitler vermitteln könne, wenn er einen fetten Bissen, nämlich Danzig, mitbringe. Halifax erklärte darauf sofort, daß dieser Vorschlag „unannehmbar" sei. Als nun um die Mittagszeit Ciano an England und Frankreich den Vorschlag einer Konferenz der vier Großmächte weitergab, beschloß die französische Regierung in ihrem Ministerrat, der Einladung zuzustimmen, wenn Polen ebenfalls eingeladen würde. Frankreich wollte seine Antwort noch am gleichen Tage erteilen, doch England erst am nächsten Tag und außerdem die Bedingung stellen, daß Hitler seine Truppen wieder aus Polen zurückziehen müsse, bevor überhaupt die Frage einer Konferenz erörtert würde, weil es — wie aus einer Äußerung Chamberlains gegenüber dem französischen Botschafter Corbin deutlich hervorging — damit rechnete, daß Hitler diese Bedingung gar nicht annehmen würde. Sie unterbrach außerdem am gleichen Abend die telefonische Verbindung mit Rom. Frankreich antwortete am nächsten Tag — aber auch erst um die Mittagszeit — positiv, während die englische Regierung den Vorschlag überhaupt erst am 2. September und dann nur

ablehnend beantwortete. Nach Eingang der französischen Zusage hat Italien sofort die französische Bedingung auf Teilnahme Polens akzeptiert und Frankreich zur Einladung Polens aufgefordert. Polen hatte aber bereits, da es natürlich von dem Schritt Mussolinis erfahren hatte, negativ geantwortet und darauf hingewiesen, daß wichtiger als Konferenzvorschläge eine praktische Hilfe für Polen sei. Die französische Havas-Agentur hatte noch am 1. September abends die französische Zusage veröffentlicht. Am 2. September vormittags verständigte Italien Deutschland von der französischen Zustimmung und bat auch um diejenige Deutschlands, worauf Hitler zwar Bedenken hinsichtlich einer polnischen Zusage äußerte, den Vorschlag selbst aber akzeptierte. England brachte den Konferenzvorschlag mit seiner Ablehnung endgültig zum Scheitern[18]).

Wie wenig ihm an diesem Friedensversuch gelegen war, ergibt sich aus der Äußerung, welche sich Bonnet von Lord Halifax sagen lassen mußte, weil er sich besonders um das Zustandekommen der Konferenz bemühte: „Das hat nicht mehr Sinn als einen Toten mit Weihwasser zu besprengen."

Wie sehr es aber Deutschland daran lag, einen Krieg mit England und Frankreich und auch einen solchen mit Polen zu vermeiden, weil es wirklich keinerlei weitere Ziele hatte, als eine Verbindung mit Ostpreußen zu erhalten, geht aus dem vorletzten Vermittlungsversuch hervor, den uns der Legationsrat a. D. Dr. Fritz Hesse in seinem Buche „Spiel um Deutschland" berichtet. Dieser begann bereits am 26. Juli, also wirklich noch rechtzeitig, um einen Erfolg zu ermöglichen. Als er Mitte August 1939 bei Ribbentrop war, sagte ihm dieser:

„Wir wollen keinen Krieg; wenn die polnische Frage geregelt ist, haben wir keine Ambitionen mehr. Das Versprechen, daß wir keinen Krieg anfangen werden, kann Chamberlain morgen haben, wenn er will."

Aus den Schilderungen Hesses geht mit Klarheit hervor, daß Hitler absolut zu einem Ausgleich kommen wollte und bestrebt war, einen Krieg auf alle Fälle zu vermeiden. Hesse verkündet uns die sensationelle Tatsache, daß er am 2. September abends 8.00 Uhr von Ribbentrop aus Berlin angerufen worden sei mit dem Auftrag sofort zu Sir Horace Wilson zu gehen und diesem zu erklären:

„Der Führer ist bereit, aus Polen wieder heraus zu gehen und auch für den bereits angerichteten Schaden einzutreten unter der Voraussetzung, daß wir Danzig und die Straße durch den Korridor erhalten, wenn England im deutsch-polnischen Konflikt die Vermittlung übernimmt. Sie sind vom Führer ermächtigt, diesen Vorschlag dem englischen Kabinett zu unterbreiten und sofort Verhandlungen hierüber aufzunehmen."

Er begab sich noch in der Nacht vom 1. zum 2. September nach der Downing-Street Nr. 11 zu Sir Horace Wilson, erläuterte diesem den Auftrag mit der Bitte, ihn sofort dem englischen Kabinett vorzulegen. Er bekam von diesem die Antwort, ob er denn nicht wisse, daß Churchill bereits in das Kabinett eingetreten sei, was dessen Ernennung bedeute. Außer-

dem habe Roosevelt Unterstützung zugesagt. Zumindest müsse sich Hitler öffentlich entschuldigen. Auf den Gegeneinwand Dr. Hesses hin, daß die Forderung einer Entschuldigung Hitlers angesichts der Wichtigkeit dieses Versuchs, in letzter Minute den Frieden zu retten, nicht verantwortet werden könnte, sagte Sir Horace Wilson zu, den Vorschlag dem Kabinett vorzulegen.

Kurz darauf reichte diesem ein Diener einen Zettel, den er las und verbrannte; er sagte dann zu Dr. Hesse:

„Ich will Ihnen die volle Wahrheit sagen. Ich kann Ihren Vorschlag dem Kabinett nicht mehr unterbreiten, da er keine Chance hat, angenommen zu werden. Es sind seit dem Einmarschbefehl einige Dinge geschehen, die es mir und jedem Engländer unmöglich machen, auf Hitlers Vorschlag einzugehen. Wir sind vor 48 Stunden an das französische Kabinett herangetreten und haben durch Vermittlung unseres Botschafters in Paris das Kabinett Daladier aufgefordert, gemäß ihrer Allianzverträge an unserer Seite gegen Deutschland zu marschieren. Der französische Generalstabschef hat sich außerstande erklärt, die Verantwortung für eine Kriegserklärung an Deutschland zu übernehmen, solange Frankreich der Gefahr eines Zweifrontenkrieges gegenüberstehe. Nur wenn Italien neutral bleibe, werde Frankreich sich in der Lage sehen, an der Seite Englands zu marschieren. Wir haben draufhin sofort unseren Botschafter zu Ciano und Mussolini geschickt. Ciano hat ihm erklärt, daß Italien angesichts der Tatsache, daß es nicht konsultiert worden sei, bevor Hitler den Krieg erklärt habe, im kommenden Konflikt neutral bleiben und sich an dem Krieg gegen Polen nicht beteiligen werde. Mit diesem Bericht haben wir unseren Botschafter noch einmal zu Daladier geschickt und ihm in ultimativer Form erklärt, daß wir nunmehr, nachdem die Gefahr eines Zweifrontenkrieges für Frankreich beseitigt sei, erwarteten, daß Frankreich innerhalb 24 Stunden an unserer Seite in den Krieg eintreten werde. Daladier hat geantwortet, daß Frankreich mit seiner Kriegserklärung in kürzester Frist folgen werde, und wenn das französische Kabinett noch Sperenzchen machen sollte, so können Sie sicher sein, daß wir Mittel in der Hand haben, um es diesmal zu zwingen, zu seinem Wort zu stehen. Sie werden verstehen, daß damit endgültige neue Tatsachen geschehen sind ... Heute ist England die erste Macht. Es wird freiwillig auf diese Stellung nicht verzichten und wir werden darum kämpfen, wenn wir dazu gezwungen werden und jemand anders uns diese Stellung streitig macht. England hat sich von jeher gegen die größte Macht auf dem Kontinent gestellt, denn England kann die Hegemonie einer anderen Macht auf dem Kontinent nicht zulassen, ohne zugrunde zu gehen und die Grundlage zu beseitigen, auf der sein Weltreich und sein Prestige beruht. Wir haben 22 Jahre gegen Napoleon gekämpft. Wir werden 100 Jahre gegen Hitler und gegen Deutschland kämpfen, wenn es erforderlich sein sollte."

Auf den Appell Hesses an Sir Wilson: „Bedenken Sie bei Ihrer Entscheidung denn auch die ungeheuren Opfer, die dieser Krieg kosten wird?",

wich dieser aus; er glaube nicht, daß der Krieg lange dauern werde[48a]), da Deutschlands Lage in Bezug auf Rohstoffe nach den vorliegenden Berichten schlecht wäre. Er lehnte jede weitere Unterhaltung ab, da er das Kabinett nicht länger warten lassen könne, das am gleichen Abend noch das Ultimatum an Hitler beschließen wolle. Praktisch geht auch daraus hervor, daß England nicht gewillt war, auf den Krieg zu verzichten, der allein dadurch hätte vermieden werden können, daß Polen veranlaßt würde, der Heimkehr Danzigs ins Reich und einer exterritorialen Straße durch den Korridor zuzustimmen[49]).

Der Krieg mit Deutschland war seit langer Zeit von England beschlossen, und nicht umsonst hat diesen Churchill schon im April 1939 vorausgesagt und nicht umsonst hat er schon Anfang August die französischen Verteidigungslinien inspiziert. Bereits am 22. August, als noch durchaus die Möglichkeit bestand, den Krieg abzuwenden, hat England militärische Vorbereitungsmaßnahmen für den Krieg ausgelöst und damit bewiesen, daß es entschlossen war, den polnischen Fall zum Anlaß der endgültigen Auseinandersetzung mit Deutschland zu machen, da es fürchtete, später keine so günstige Gelegenheit mehr zu erhalten. Warum es sich von diesem Entschluß trotz der eigenen Überzeugung, mit seinen Kriegsvorbereitungen noch nicht fertig zu sein, nicht abbringen ließ, werden wir später erörtern. Andererseits war es Hitler klar geworden, daß es England nicht um einen Ausgleich zu tun war und daß es doch früher oder später zu einem Krieg mit ihm kommen würde. Da er von der Gerechtigkeit seiner Forderungen Polen gegenüber überzeugt war und es mit der Ehre Deutschlands nicht mehr vereinbar hielt, sich die polnische Ablehnung und Unterdrückung der deutschen Volksgruppen gefallen zu lassen, schritt er noch im Herbst 1939 zur Lösung der Polenfrage, zumal er sich von einer weiteren Verschiebung für Deutschland nur Nachteile versprach. Mit Rücksicht darauf, daß das Unrecht des Korridors nicht nur von Deutschland, sondern auch von allen maßgebenden Politikern der Welt als solches bezeichnet worden war, betrachtete er die englische und polnische Haltung als böswillig und seinen Entschluß als gerechtfertigt. Normalerweise durfte er dies auch, zumal er Vertrauen haben konnte auf die Stärke der deutschen Wehrmacht und sich nicht vorstellen konnte, daß es England und Frankreich wegen einer solchen Lappalie zum Kriege kommen lassen würden. Außerdem rechnete er im Hinblick auf die ihm bekannten Schwächen der englischen Rüstung damit, daß England vorläufig doch noch vor einem Krieg zurückschrecken würde und mit seiner festen Haltung nur bluffen wolle.

Daß es England nicht um die Souveränität Polens ging, hat die Tatsache bewiesen, daß es zur Entrüstung seines eigenen Volkes nicht nur keinen Finger für die Rettung Polens rührte, als dieses von Deutschland besiegt wurde, sondern auch nichts gegen Rußland unternahm, als dies die andere Hälfte Polens schluckte, gegen Ende des Krieges die nationale polnische Exilregierung in London völlig im Stich ließ und zusah, daß Polen ein rein

bolschewistisches Regime von den Russen aufgezwungen wurde. England hat auch nichts getan, um Rumänien gegenüber seine Garantieversprechen zu erfüllen und vor der bolschewistischen Beherrschung zu schützen.

In dem Buche des englischen Professors und Rundfunkkommentators Lindley Fraser: „Kriegsschuld und Propaganda", in dem er uns mit viel Phrasen, aber wenig sachlichen Beweisen die Schuld am Kriege aufhalsen möchte, befindet sich folgende interessante Feststellung:

„Nur wenn Deutschlands Ansprüche an seine Nachbarn an sich gemäßigt und vernünftig gewesen wären, dann wäre ein Vorgehen anderer Nationen — ob durch Einkreisung oder durch irgendeine andere Methode mit dem Ziel, die Verwirklichung dieser Ansprüche zu verhindern, prima facti Unrecht gewesen. Ein Krieg, der dann zur Geltendmachung dieser Ansprüche geführt würde, könnte ein gerechter Krieg genannt werden."

Obwohl ich hier zahlreiche Feststellungen ausländischer Politiker anführen könnte, daß die Schaffung des Korridors ein Unrecht und eine Sinnlosigkeit war, möchte ich mich auf die maßgebendste und zwar auf die des Herrn Churchill beschränken, welche er Ende 1932 im Unterhaus traf:

„Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas zur Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage Danzigs und des Korridors wieder aufrollen, solange die Siegerstaaten überlegen sind. Wenn diese Frage nicht gelöst wird, kann keine Hoffnung auf einen dauernden Frieden bestehen."

Da nun schon am 1. Mai 1939 die englische Zeitung „Daily Mail" erklärte, „daß das deutsche Angebot vernünftig sei, daß die polnische Behauptung, eine Straße durch den Korridor wäre strategisch und politisch unhaltbar, Unsinn sei, da im Kriegsfalle der Korridor für Polen sowieso nicht zu halten wäre", und da selbst der englische Botschafter Henderson feststellte, daß „die deutschen Vorschläge nicht unvernünftig gewesen seien und ganz gut als Verhandlungsbasis hätten gelten können", so sind damit die Vorbedingungen des Herrn Fraser für einen „gerechten Krieg" voll erfüllt. Die Frage der Kriegsschuld im Falle Polen dürfte also nunmehr keinem Zweifel mehr unterliegen. In den Fällen Frankreich und England ist aber der Krieg uns erklärt worden. Daß auch diese Kriegserklärungen unberechtigt waren, ergibt sich

1. aus den vorgetragenen Tatsachen,
2. daraus, daß für die polnische Unabhängigkeit selbst kein Schuß abgegeben wurde,
3. aus den zahlreichen Beweisen, daß der Krieg gegen Deutschland schon längst beschlossen war, bevor überhaupt die Streitfragen „Protektorat" und „Korridor" aufgetaucht waren.

Zu letzterem Punkt führe ich einen kleinen Teil des vorliegenden Materials in den Anmerkungen [50]), [50a]) auf. Ich will aber gerecht sein und in der nächsten Anmerkung [51]) jene Äußerungen anführen, welche beweisen, daß

es auch in den anderen Ländern Einsichtige gab, welche den Wahnsinn der Kriegstreiberei erkannten.

Nachdem Lord Halifax Anfang September 1939 strahlend bekannte: „Jetzt haben wir Hitler zum Kriege gezwungen, sodaß er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem andern aufheben kann."

Nachdem Herr Churchill im Oktober 1953 mit Stolz in Margate erklärte, daß „er einen großen Teil seines Lebens damit verbracht habe, gegen die Deutschen Krieg zu führen oder Vorbereitungen hierfür zu treffen".

Nachdem Mister Chamberlain dem amerikanischen Botschafter Kennedy bekannte, daß „Amerika und das Judentum England in den Krieg gestoßen" hätten,

kann das deutsche Volk nur mit Verachtung und Zorn auf Schacht und seine Gesinnungsgenossen herabblicken, welche das Greuelmärchen von der deutschen Schuld im Interesse fremder Herren in die Welt posaunen, um ihre und deren eigene Schuld zu verdecken. Über diese eigene Schuld werden wir uns in einem späteren Kapitel unterhalten.

Als Beweis für Hitlers „Kriegsabsichten" sind drei „Dokumente" angesehen und natürlich in Nürnberg als Belastungsmaterial entsprechend ausgewertet worden. Das wäre bedeutungslos, wenn diese Belastung nicht von unverantwortlichen deutschen „Historikern" fortgesetzt widergekaut würde.

Es sind dies:

1. der Bericht von der Rede Hitlers vom 5. November 1937 vor den Chefs der drei Wehrmachtsteile, vor Göring und von Neurath — das sogenannte Hoßbach-Protokoll —[53]),
2. der Bericht über die Besprechung Hitlers vom 23. Mai 1939 mit verschiedenen höchsten Offizieren — das sogen. Schmundt-Protokoll —[54]),
3. die Wiedergabe der Rede Hitlers vom 22. August 1939 vor den militärischen Führern auf dem Obersalzberg[55]).

Grundsätzlich ist zu allen drei Reden zu sagen, daß es sich um rein interne Erörterungen darüber handelte, was Deutschland jeweils in Anbetracht einer in bestimmter Richtung verlaufenden Situation unternehmen müße, wobei das eventuell notwendige deutsche Vorgehen immer in der Annahme eines möglichen Vorgehens der eventuellen Gegner behandelt wurde. Über solche Methoden äußerte der Chef des Stabes der amerikanischen Streitkräfte, Admiral Radford, ganz richtig: „Auf der militärischen Ebene werden immer für alle Eventualfälle Pläne ausgearbeitet."

Bei keiner der drei Reden liegt eine klare Festlegung einer deutschen Kriegsabsicht vor. Zudem ist die Echtheit bzw. Worttreue aller drei Dokumente so umstritten, daß man sie überhaupt nicht zur Grundlage einer zweifelsfreien Beurteilung machen kann. Man könnte über die Fragwürdigkeit der Dokumente allein ein ganzes Buch schreiben, doch mußte ich mich

darauf beschränken, in den Anmerkungen einige Einwendungen wiederzugeben.

Von den Reden war weder der Inhalt nach außen gedrungen, noch sind sie zur Grundlage irgendwelcher tatsächlichen Entscheidungen gemacht worden, von denen Dritte berührt wurden, und das ist das Maßgebliche. Hitler wollte grundsätzlich keinen Krieg, zumal er als Gefreiter nicht nur den Krieg wirklich erlebt hatte, sondern weil er auch dessen Notwendigkeit nicht einsah. Das könnte mit einer Fülle von Material belegt werden, welches vor allem mit erschütternder Eindeutigkeit beweist, daß er auf alle Fälle eine Auseinandersetzung mit England vermeiden wollte. Er war so sehr überzeugt davon, daß die Erhaltung des englischen Weltreiches für den Schutz des Abendlandes erforderlich sei, daß er:

1. England entsprechend den Auffassungen in seinem Buche „Mein Kampf“ bis zum 24.August 1939 Dutzende Angebote eines Ausgleichs machte[56]),
2. England am 25. August 1939 ein Bündnisangebot zur Sicherung des Empire unterbreitete,
3. England am 6. Oktober 1939 Frieden anbot,
4. Englands Truppen durch seinen bekannten „Anhaltebefehl“ bei Dünkirchen vor der völligen Vernichtung bewahrte[57]),
7. England am 19. Juli 1940 wiederum Frieden anbot,
6. Seinen Stellvertreter Heß vor dessen Flug nach England auf die ausdrückliche Frage, ob seine grundlegende Haltung England gegenüber noch feststehe, mit ja beantwortete,
7. sich zum Krieg gegen Rußland entschloß, obwohl ihm ein höherer SS-Offizier in einer Denkschrift den Kampf gegen England empfohlen hatte, was er im Januar 1941 mit dem denkwürdigen Satz ablehnte: „Ich möchte nicht in die Geschichte als der Mann eingehen, der das britische Weltreich zerstörte.“

Dieser verantwortungsbewußten Haltung steht jene verantwortungslose gegenüber, welche sich aus den Äußerungen Vansittarts und Churchills ergibt, daß „sie den Krieg mit Deutschland auch um den Preis des Untergangs ihres eigenen Weltreichs führen wollen“[58]).

Der Welt nützt es auch nichts mehr, daß Herr Churchill j e t z t — nachdem Deutschland niedergeschlagen und der Bolschewismus großgezüchtet ist — in schnorriger Ausdrucksweise bekennt, daß man das falsche Schwein geschlachtet habe, oder in heuchlerischer Phrase meint: „Niemals war ein Krieg leichter zu verhindern als der, welcher jetzt zertrümmert hat, was aus dem vergangenen Konflikt von der Welt noch übrig geblieben ist. Die menschliche Tragödie erreicht ihren Höhepunkt in der Tatsache, daß wir nach all den Mühen und Opfern von 100 Millionen Menschen und nach dem Sieg der gerechten Sache Frieden und Sicherheit noch immer nicht gefunden haben und daß wir von Gefahren umklammert sind, die noch schlimmer sind als jene, die wir überwunden haben.“

Würde er lieber nach seiner Erkenntnis gehandelt haben, die er in der Rede vom 11. April 1919 zum Ausdruck brachte:

„Ein Weg zur Buße steht Deutschland offen: wenn es den Bolschewismus bekämpft und ein Bollwerk dagegen bildet, so ist das der erste Schritt zu einer Wiedervereinigung mit der zivilisierten Welt. Uns drohen sehr große Gefahren. Zwei mächtige Zweige der Menschheit, die Slawen und die Deutschen, sind in das tiefste Elend gestürzt. Es wäre höchst unerwünscht, wenn sie einander in diesem Elend fänden. Wenn Deutschland dem Bolschewismus verfiele, so würden die Wirkungen davon sich bis nach China bemerkbar machen. Die militärische Macht des bolschewistischen Rußland wird immer stärker und angriffslustiger, ebenso wie das französische Jakobinertum nach dem Sturze Robespierres vor dem Emporsteigen Napoleons. Sollte Deutschland aus innerer Schwäche oder infolge feindlichen Einmarsches der bolschewistischen Pest verfallen, so würde es zwar zweifellos in Stücke gerissen werden, aber was würde dann aus uns werden, was aus dem Frieden, den wir so sehr wünschen, aus dem Wiederaufblühen des Wohlstandes und aus dem Völkerbunde?"

In Anbetracht solcher Verantwortungslosigkeit war es scheinbar falsch, daß Hitler sein Verantwortungsbewußtsein auf die Spitze trieb und nur die Gefahr aus dem Osten vor Augen sah. Er wird aber weit vorausschauend an das gedacht haben, was er schon viele Jahre vor seiner Machtergreifung zu Georg Schott sagte:

„Was sich heute politisch anbahnt, wird größer sein als der erste Weltkrieg. Es wird ausgefochten werden auf deutschem Boden für die ganze Welt. Es gibt nur zwei Möglichkeiten — wir werden Opferlamm sein oder Sieger . . ."

Er dachte nur an den Frieden der Welt und an Hölderlins Wort: „Opfere nie dein Gewissen der Klugheit auf."

Er ließ sich davon auch nicht abbringen, als das Volk ihm noch so laut das bekannte Lönslied in die Ohren sang: „Denn wir fahren gegen Engeland." Er hat weiter gesehen und davon wird sich die Welt, insbesondere England noch überzeugen müssen, auch wenn es bis jetzt nicht so aussieht.

II. Die Legende vom Widerstand

In einem seiner Bücher äußerte sich Schacht:

„Solange ich im Amt war, sei es in der Reichsbank oder im Wirtschaftsministerium, hat sich Hitler niemals in meine Tätigkeit eingemischt. Auch hat er niemals versucht, mir eine Direktive zu geben, sondern hat mich meine Ideen, ohne sie zu kritisieren, s e l b s t ä n d i g u n d u n a b h ä n g i g ausführen lassen."

Das genügte ihm aber nicht, denn in Nürnberg entfuhr ihm mit folgenden Worten die „Wahrheit":

„Ich war völlig einig mit ihm, solange er meine Politik machte, nachher nicht mehr, und da bin ich gegangen."

Das heißt also, daß er unbehindert herrschen wollte. Wohin das unter Umständen führen konnte, haben jene Regierungen vor 1933 erlebt, die auf ihn angewiesen und seinen Überraschungen und Zaubereien ausgesetzt waren. Da Hitler nach seiner Regierungsübernahme zunächst keine Lust zu großen wirtschaftlichen Experimenten hatte, sondern zuerst darauf bedacht war, seine politische Macht zu verankern und zu sichern, die Arbeitslosen von der Straße zu bekommen und außenpolitisch freie Bahn zu schaffen, holte er sich den erfahrenen Finanzfachmann Schacht als Reichsbankpräsidenten und machte ihn nach dem Rücktritt Hugenbergs und der Erkrankung dessen Nachfolgers auch zum Reichswirtschaftsminister.

Wie sehr es Hitler darum zu tun war, umwälzende Experimente auf den Gebieten des Geldwesens und der Wirtschaft zunächst zu vermeiden, können wir daraus ersehen, daß er ohne weiteres Gottfried Feder, den Propagandisten der Brechung der Zinsknechtschaft, opferte. Schacht hatte also für sein Wirken freie Fahrt und trat diese mit hochgeschwollenen Segeln an und ließ sich hierbei sehr gerne von dem Schwung des revolutionären Nationalsozialismus mitreißen. Solange der „große" Hitler und die „kleinen" Hitler seine Kreise nicht störten, störte auch er sich — wenigstens nach außen hin — nicht an so unliebsamen Erscheinungen, wie am Reichstagsbrand[59]), oder den Maßnahmen gegen die Juden und innerpolitischen Gegner. Es ist daher interessant, hier dem Leser einen kleinen Blütenstrauß aus dem reichhaltigen Garten Schacht'scher Reden jener Zeit zu überreichen[60]). Er wird staunen und sich fragen, wie es Schacht gelungen ist, sich in Nürnberg angesichts dieser Lobhudeleien und Treueschwüre zu rechtfertigen.

Auf die Aufforderung seines Verteidigers, sich zu den wiederholt vorgetragenen Vorwürfen der Anklage, daß er überhaupt in seinen Reden einen Ton gewählt habe, von dem man vielleicht sagen könnte, daß er von nationalsozialistischen Phrasen triefe, zu äußern, sagte Schacht:

„Wenn ich das im ersten Jahr getan habe, so, um immer wieder die Parteikreise und die Bevölkerung auf das ursprüngliche Programm der nationalsozialistischen Partei hinzuweisen, zu dem das Verhalten der Parteigrößen in einem krassen Gegensatz stand. Ich habe mich immer bemüht nachzuweisen, daß die Grundgedanken, auch in diesem politischen Vortrag sich durchaus deckten mit dem Grundgedanken des nationalsozialistischen Programms und wie es in dessen Wortlaut ausgedrückt war. In den späteren Jahren habe ich auch wiederholt eine nationalsozialistische Phraseologie gebraucht, weil von meiner Königsberger Rede an der Gegensatz zwischen meiner Auffassung und der Auffassung Hitlers von der Partei völlig klar wurde, und ich allmählich in den Ruf eines politischen Feindes kam. Von

diesem Augenblick an war nicht nur die Möglichkeit meiner Mitarbeit, sondern auch die Möglichkeit meiner Existenz gefährdet, und ich habe in solchen Augenblicken diese Momente benutzt, um durch die betont nationalsozialistische Phraseologie darzutun, daß ich mich durchaus im Rahmen der hergebrachten Politik bewege und daß mein Vorgehen mit der Politik in Einklang zu bringen sei."

Auf den weiteren Vorwurf, daß er das Amt des Wirtschaftsministers angenommen habe, obwohl ihm die Vorgänge des 30. Juni 1934 und deren Legalisierung durch das Kabinett bekannt waren, antwortete er:

„Wenn es sich um meine Person und Bequemlichkeit gehandelt hätte, so wäre es natürlich sehr einfach gewesen, das Amt nicht anzunehmen und zu resignieren. Ich fragte mich selbstverständlich, was damit für die weitere Entwicklung der deutschen Politik gewonnen wäre. Wir fanden uns bereits in einem Stadium, in dem jede offene Opposition und Kritik gegenüber der Hitlerregierung durch Terrorpolitik unmöglich gemacht worden war. Es gab nur eine einzige Stelle, von der aus man versuchen konnte, Kritik zu üben und evtl. Opposition zu machen, um schlimmere Maßnahmen der Regierung zu verhüten. Und diese Opposition war einzig und allein in der Regierung selbst. Mit diesem Bewußtsein bin ich in die Regierung hineingegangen und ich habe gehofft, daß ich im Laufe der Jahre doch innerhalb des deutschen Volkes eine gewisse Unterstützung und Rückhalt finden würde . . . Ich bin also in das Kabinett Hitlers hineingegangen, nicht mit begeisterter Zustimmung, sondern aus der Notwendigkeit heraus, daß für das deutsche Volk weiter gearbeitet werden muß und daß die Bremse — eine Berichtigung falscher Maßnahmen — nur angesetzt werden könnte innerhalb der Regierung. Meine erste Kritik an Hitlers Verhalten setzte bereits ein beim sogenannten Röhmputsch am 30. Juni 1934. Ich habe damals — ich bemerke zunächst, daß diese Dinge ganz unvorbereitet auf mich zugekommen sind — Hitler gesagt: ‚Wie konnten Sie nur diese Leute einfach abschießen lassen? Sie hätten unter allen Umständen mindestens irgendein Schnellgericht einsetzen müssen'. Hitler hat dieses, wenn ich so den Ausdruck gebrauchen darf, eingesteckt, und hat nur etwas von revolutionären Notwendigkeiten gemurmelt, hat mir aber nicht widersprochen."[61]).

Wir müssen seine Spitzfindigkeit ohne weiteres bewundern, zumal die heuchlerische Haltung eine beachtliche Waffe des „Widerstandes" war[62]).

Die bewußte Phraseologie hinderte aber den schon seiner ganzen Herkunft und Einstellung nach zweigleisig fahrenden Schacht nicht, dort, wo er glaubte, gleichgesinnte Seelen vor sich zu haben oder vor unberufenen Zuhörern sicher zu sein, eine andere Tonart anzuschlagen, um die Verbindung zu jenen Gruppen nicht abreißen zu lassen, welche schon seit der Machtübernahme Hitlers auf ihre Rückkehr hofften.

So erfahren wir aus dem Buche Wilhelm Keils: „Erlebnisse eines Sozialdemokraten", daß ihm Dr. Albert Südekum schon Pfingsten 1935 von einer Absicht der Militärs berichten konnte, die Naziherrschaft abzuschütteln.

„In spätestens einem Jahre wird es soweit sein. Das sei auch die Meinung des Herrn Dr. Schacht, mit dem er noch Fühlung habe."

Für uns wirft dieses frühe Zeugnis des Herrn Südekum zwar ein interessantes Licht auf die „Treue" des Herrn Schacht; für ihn jedoch war es sicher ein Beitrag zum „heldenhaften Widerstand". Wegen des Zeitpunktes aber wollen wir uns später an den Fall erinnern.

Als Hitler ihm im Herbst 1936 mit der Schaffung der Organisation des Vierjahresplanes unter Göring praktisch eine Konkurrenz vor die Nase setzte, war es mit der Gemütlichkeit Schachts aus, zumal Göring Weisungsbefugnis auch ihm gegenüber erhielt. Daß diese auch für alle anderen Reichsminister und Reichsbehörden galt, tröstete Schacht keineswegs, und er reagierte daher sehr sauer auf die zahlreichen daraus herrührenden Differenzen. Diese führten zu Machtkämpfen, welche natürlich auch die üblichen Begleiterscheinungen persönlicher Auseinandersetzungen nach sich zogen. Jeder der Streitpartner suchte Hilfe bei Hitler. Dieser wollte schlichten und band die beiden wieder zusammen, obwohl ihm die zwischenzeitlich bekannt gewordenen Kritiken Schachts schon unangenehm aufgefallen waren. Doch hielt er den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, sich von Schacht zu trennen. Die von Schacht in seinem Buch erzählte Liebeserklärung Hitlers — mit Tränen in den Augen —, mit der er ihm zum Bleiben aufgefordert haben soll, muß also schon aus diesem Grunde als gezaubert bezeichnet werden, abgesehen davon, daß sie für einen solch unbedeutenden Anlaß garnicht zum Stile Hitlers paßte. Aus seinem Brief an Hitler vom 8. Okotber 1937 ergibt sich klar, daß es bei dem Streite darum ging, wer bei der Durchführung der Wirtschaftspolitik die Kommandogewalt haben sollte. Schacht führt daher in der Anlage zu seinem Brief einige Punkte auf, ohne die nach seiner Überzeugung eine verantwortliche Führung des Wirtschaftsministeriums überhaupt nicht erwartet werden könne, andernfalls bäte er um seine Entlassung. Da eine zweite Unterredung mit Hitler auch keinen Ausgleich brachte, erhielt er am 26. November 1937 diese Entlassung. In Nürnberg versuchte es Schacht natürlich so darzustellen, als ob er diese nicht wegen seiner Differenzen mit Göring, sondern wegen seines Widerstandes gegen die übertriebene Rüstung herbeigeführt hätte. Es ist daher interessant, seine Argumentation in der Auseinandersetzung mit dem Ankläger kennenzulernen:

F.: Nun als Sie schließlich einige Vorschläge machten, die Aufrüstung abzustoppen oder zu verlangsamen, wie ich Sie verstehe, haben Sie diese Vorschläge gemacht, ohne den Stand der Rüstung zu kennen?

A.: Ja.

F.: Sie konnten dies nur durch die finanziellen Verhältnisse feststellen oder nicht?

A.: Ich habe natürlich eine allgemeine Übersicht über diese Dinge gehabt, aber ich entsinne mich nicht, daß mir General v. Blomberg genaue Unterlagen gab. Dagegen bin ich im allgemeinen darüber unterrichtet gewesen,

welchen ungefähren Fortschritt die Rüstung gemacht hat und das hat mich ja dazu veranlaßt zu sagen: Langsamer!

F.: Nun wollen wir einmal sehen, welche Gründe Sie im Beweisstück 833 (Brief an Göring) angegeben haben. Sie sagten: „Daß wir ferner in Bezug auf den Vierjahresplan nur diejenigen Aufgaben sofort lösen sollten, die am dringendsten erscheinen. Ich bin überzeugt, daß durch eine derartige Politik unser Export so stark gesteigert werden könnte, daß unsere erschöpften Lagervorräte eine gewisse Aufbesserung erfahren würden und, daß die Wiederaufnahme einer verstärkten Rüstung in nicht allzu ferner Zukunft von der Rohstoffseite her wieder möglich sein würde. Inwieweit eine Hinausschiebung der Rüstung sich militärisch auswirken würde, vermag ich nicht zu beurteilen. Ich könnte mir jedoch denken, daß dies nicht nur für die nachzuholende Ausbildung von Offizieren vorteilhaft wäre, sondern auch Gelegenheit geben würde, die technische Seite der Rüstung zu vervollkommnen." Haben Sie das nicht an Göring geschrieben?

A.: Durchaus möglich; ich kenne ihn nicht mehr, aber er sieht ganz nach mir aus.

F.: Und haben Sie ganz richtig Göring Ihre wahren Ansichten mitgeteilt oder nicht?

A.: Nein. Ich glaube, daß es mir darauf ankam, die Rüstung etwas zu erschweren.

F.: Warum sagten Sie, daß Görings Ernennung übermäßige Rüstung bedeute?

A.: Ich habe gesagt: Rüstung im Rahmen der Wirtschaft und Göring, wenn ich nun mit einem Extrem sagen darf, wollte diese Grenzen übersteigen.

F.: Das ist genau das, was ich sagen wollte; der Unterschied, den Sie mit Göring über die Aufrüstung hatten, war nur eine Frage dessen, was die deutsche Wirtschaft leisten konnte, oder nicht?

F.: Daß Sie sich selbst uneinig waren, das ist doch wahr? Also der Anfang Ihrer Schwierigkeiten mit Göring war nur ein Kampf, wer von Ihnen die Bearbeitung für den Krieg erhalten sollte?

A.: Die Differenzen, die zum Rücktritt von mir führten, waren darüber, daß Göring das Kommando über die Wirtschaftspolitik führen wollte und ich die Verantwortung übernehmen sollte. Und ich war der Meinung, daß, wer die Verantwortung übernimmt, auch das Kommando haben muß. Und wenn einer das Kommando hat, dann muß er auch die Verantwortung übernehmen. Das ist der formelle Grund, warum ich um meine Entlassung nachgesucht habe. Ich hatte noch eine letzte Unterredung mit Göring (November 1937) und an deren Ende sagte Göring: „Aber ich muß das Recht haben, Ihnen Befehle zu geben." Da sagte ich: „Nicht mir, aber meinem Nachfolger."

F.: Also Sie sagen, daß das eine ansteigende, fortschreitende und persönliche Sache zwischen Ihnen und Göring war?

A.: Gewiß.

Der Streit hatte also seinerzeit nichts mit einem angeblichen Widerstand gegen den Umfang der Rüstung zu tun, zumal deren Finanzierung ja durch die Reichsbank fortgesetzt wurde, sondern es war nur ein Streit um die Kommandogewalt und die Methoden. Schacht müßte sich eigentlich des Satzes schämen, der im Nürnberger Urteil über ihn enthalten ist und auf den er sich „mit Stolz" beruft:

„Wenn die von Schacht befürwortete Politik in die Tat umgesetzt worden wäre, so wäre Deutschland auf einen allgemeinen europäischen Krieg nicht vorbereitet gewesen."

Die Entlassung erregte Schachts ganzen Zorn. Da er nun einmal aus einer arbeitsreichen Tätigkeit und angesehenen Stellung entfernt war, entschloß er sich zum „Widerstand" noch im Jahre 1937 und nicht erst Anfang 1938, wie er uns später vormachen will. Das ergibt sich klar aus seiner Antwort auf die Frage des Anklägers:

„Wann begann Ihr Versuch, gegen die Hitlerregierung zu putschen?"

„Ich habe schon im Jahre 1937 versucht, festzustellen, auf welche Gruppen man sich in Deutschland bei einem Versuch, das Hitlerregime zu beseitigen, stützen könnte." An anderer Stelle sagte er: „Aus dieser Haltung resultierte es, daß mich vor einigen Wochen hier der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, der Zeuge Ohlendorf, als Parteifeind bezeichnete, mindestens seit dem Jahre 1937/38." Wie sehr er 1937 schon als „Gegner" Hitlers galt, ergibt sich auch aus einem Tagebuch-Eintrag des amerikanischen Botschafters Dodd:

„Ich begab mich in die Wohnung Dr. Schachts in Dahlem. Ich wünschte ganz besonders Schacht zu sehen, da sein Leben in Gefahr sei."

Nun wollen wir aber sehen, auf welchen Zeitpunkt Schacht den Beginn seiner eigentlichen Gegnerschaft zu Hitler verlegte. Auf die — natürlich vorbereitete — Frage seines Verteidigers: „Mir kommt es darauf an, sicherzustellen, daß das Gericht von Ihnen hört, wie Sie von Ihrer ursprünglichen Stellungnahme zu Hitler dann zu einem Verschwörer gegen Hitler geworden sind?" antwortete er: „Diese entscheidende Wandlung ist gekommen durch die Fritsch-Affäre in dem Augenblick, wo ich erkennen mußte, und das ist auch nicht blitzartig, sondern im Laufe von Wochen und Monaten herauskristallisiert worden, daß Hitler auf einen Krieg ausging und jedenfalls nicht alles zu tun bereit war, um einen Krieg zu vermeiden. Ich habe mir gesagt, das ist eine ungeheure Gefahr, die hier auftaucht, und hier kann Gewalt nur mit Gewalt gebrochen werden. Jede Möglichkeit einer politischen Propaganda im Rahmen des deutschen Volkes war völlig ausgeschaltet. Es gab keine Versammlungsfreiheit, es gab keine Redefreiheit, es gab keine Schreibfreiheit, es gab nicht die Möglichkeit, über Dinge sich selbst im

kleinen Kreis zu unterhalten, man wurde von A bis Z bespitzelt und jedes Wort, das man in einer Gruppe von mehr als zwei Personen sagte, war lebensgefährlich. Es gab offenbar nur eine Möglichkeit gegen diesen Terror, der jede Demokratie und jede vernünftige Kritik ausschaltete, Gewalt anzuwenden. So bin ich darauf gekommen, daß gegenüber dem Hitler-Terror nur ein ‚coup d'etat', ein Putschversuch und letzten Endes ein Attentat möglich war."

Warum legte Schacht solchen Wert auf die zeitliche Verschiebung des inneren Bruches mit Hitler und des Beginnes seiner Verschwörertätigkeit und warum legen wir solchen Wert auf die klare Feststellung dieses Zeitpunktes?

Nun, weil er diesen dann vaterländische Motive unterschieben kann, obwohl doch ganz reiner Haß, weil man ihn hatte fallen lassen, das wahre Motiv war. Die lächerlichen Schlußfolgerungen, die Schacht aus der Absetzung von Blombergs und von Fritschs gezogen haben will, wurden bereits bei der Behandlung der Kriegsschuldfrage widerlegt, sodaß also schon deshalb der Zauber um den angeblichen Beginn des Bruches mit Hitler in sich zusammenfällt.

Der erste Krieg, den nun der „kriegslüsterne" Hitler vom Zaune brach, war der Blumenkrieg mit Österreich. In Nürnberg verurteilte Schacht die „grausamen" Methoden, mit denen Hitler diesen Krieg geführt habe. Diese schamlose „Verurteilung" der Methoden brachte ihm eine Abfuhr durch den Ankläger, wie er sie nicht nur verdiente, sondern wie sie kein Deutscher blamabler für ihn hätte gestalten können. Wir schalten daher zunächst wieder nach Nürnberg um:

F.: Waren Sie für die Methoden, die Hitler bezüglich des Einmarsches nach Österreich anwandte?

A.: Nein, keineswegs, mein Herr.

F.: Was gefiel Ihnen an seiner Methode nicht?

A.: Es war einfach überrannt, einfach die Österreicher beim Kopf fassen — oder wie Sie es nennen? Es war Gewalt, und ich habe niemals Gewaltanwendung begünstigt.

F.: Und sie riefen die Angestellten der Österreichischen Nationalbank am 21. März zusammen?

A.: Jawohl.

F.: Und hielten eine Ansprache an sie?

A.: Jawohl.

F.: Und haben Sie unter anderem folgende Sätze gesprochen —

A.: Gewiß.

F.: Sie haben ja noch gar nicht gehört, was ich sagen wollte.

A.: Das habe ich schon gehört bei der Anklage.

F.: Meiner Meinung nach kann es nicht schaden, manches davon zu wiederholen, um Sie daran zu erinnern, ich zitiere:

„Ich glaube, es ist ganz nützlich, daß man sich diese Dinge einmal in das Gedächtnis zurückruft, um all die heuchlerische Scheinheiligkeit herauszustellen, die heute aus der ausländischen Presse zu uns dringt. Gott sei Dank, diese Dinge haben den Weg des deutschen Volkes nicht hindern können, denn Adolf Hitler schuf eine Gemeinschaft des deutschen Wollens und Denkens. Er stützte sie durch eine wieder erstarkte Wehrmacht und damit brachte er schließlich die innere Vereinigung zwischen Deutschland und Österreich auch in eine äußere Form. Ich bin bekannt hierfür, daß ich manchmal Dinge ausspreche, die hie und da Anstoß erregen. Ich möchte auch heute von dieser Gewohnheit nicht abgehen (Heiterkeit). Ich weiß, daß es auch in diesem Land noch Leute gibt — ich glaube, sie sind nicht sehr zahlreich —, die an den Geschehnissen der letzten Tage etwas auszusetzen haben, und die Meckerer an den Methoden müssen sich gesagt sein lassen, daß man es nicht allen Menschen recht machen kann. Der eine sagt, das hätte er so gemacht, oder vielleicht so, aber das Merkwürdige ist, sie haben es nicht gemacht (Heiterkeit), sondern gemacht hat es eben unser Adolf Hitler (stark anhaltender Beifall). Und wenn es noch etwas zu verbessern gibt, dann sollen es diese Nörgler innerhalb des Deutschen Reiches und innerhalb der deutschen Gemeinschaft zu verbessern suchen, aber nicht von außen her stören (lebhafte Zustimmung)."

Haben Sie auf diese Weise gesprochen?

A.: Jawohl.

F.: Mit anderen Worten, Sie machten sich öffentlich über jene lächerlich, die über die angeordneten Methoden Klage führten. Stimmt das?

A.: Wenn Sie es so auffassen.

F.: Dann sagten Sie in Ihrer Ansprache an das Personal:

„Ich halte es für ausgeschlossen, daß auch nur ein einziger bei uns seine Zukunft finden wird, der nicht mit vollem Herzen zu Adolf Hitler steht (stark anhaltender Beifall). Wer das nicht tut, der soll sich von selbst aus unserem Kreis entfernen (stürmischer Beifall)."

Ist es so gewesen?

A.: Ja, sie waren alle damit einverstanden, merkwürdigerweise.

F.: Ich frage Sie nun, ob Sie als Leiter der Reichsbank von Ihren Angestellten, die Sie in Österreich übernahmen, folgendes verlangten:

„Nun bitte ich Sie, sich zu erheben. Wir wollen heute das Bekenntnis ablegen zur großen Familie der Reichsbank, wir wollen das Bekenntnis ablegen zur großen deutschen Gemeinschaft, wir wollen das Bekenntnis ablegen zu unserem neu erstandenen Großdeutschen Reich und wir wollen alle diese Verpflichtungen zusammenfassen in dem Bekenntnis zu dem Mann, der diese Wandlung herbeigeführt hat. Ich bitte Sie die Hand zu erheben und mir folgendes nachzusprechen: Ich gelobe: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein und meine Dienstobliegenheiten gewissenhaft

und uneigennützig erfüllen (die Versammelten leisten mit erhobener Hand das Gelöbnis). Sie haben das Gelöbnis ausgesprochen, ein schlechter Kerl, der es bricht. Unserm Führer ein dreifaches Sieg Heil."

F.: Ist das eine richtige Darstellung der Ereignisse?

A.: Ja. Der Eid ist der übliche Beamteneid und dieser gilt dem Oberhaupt des Staates.

F.: Sie behaupten also, daß dieser Eid auf ein unpersönliches Staatsoberhaupt geleistet wurde und nicht auf Adolf Hitler?

A.: Ja, man kann ja nicht einer Idee sichtbaren eidlichen Ausdruck geben und infolgedessen muß man ihn auf einen Eid zuschneiden. Aber ich habe ja selbst gesagt, daß ich auch keinen Eid auf Ebert oder Hindenburg oder den Kaiser geleistet habe, sondern auf das Staatsoberhaupt als Repräsentanten des Staates.

F.: Sie sagten doch Ihrer Zuhörerschaft den Angestellten, daß der Inhalt dieses Eides in der Gefolgschaft zu dem einen Mann zusammengefaßt sei. Stimmt das nicht?

A.: Nein. Stimmt nicht. Wenn Sie es nochmals lesen wollen, nicht zu dem Mann, sondern zum Führer, das ist das Staatsoberhaupt.

F.: Abgesehen, wem Sie den Eid leisten, Sie haben ihm zum gleichen Zeitpunkt gebrochen. Stimmt das?

A.: Nein. Ich habe niemals diesem Mann als Vertreter des deutschen Volkes einen Eid gebrochen, sondern ich habe meinen Eid gebrochen, als ich fand, daß dieser Mann ein Verbrecher war.

F.: Als Sie sich verschworen hatten, seinen Tod herbeizuführen?

A.: Ja.

F.: Wollen Sie dem Gericht erklären, wie Sie den Tod von Adolf Hitler herbeiführen wollten, ohne auch den Tod des Oberhauptes des Deutschen Reiches zu verursachen?

A.: Das ist kein Unterschied, da leider der Mann das Oberhaupt des deutschen Volkes war.

F.: Behaupten Sie, daß Sie diesen Eid niemals gebrochen haben?

A.: Ich weiß nicht, was Sie damit sagen wollen. Ich habe selbstverständlich den Eid, den ich Hitler geschworen habe, nicht gehalten, weil Hitler leider sogar selbst ein Verbrecher, ein Mörder und Oberhaupt des Staates war. Ich weiß nicht, was Sie mit Meineid sagen wollen, aber ich habe meinen Eid nicht gehalten und bin stolz darauf.

F.: Aber Sie veranlaßten Ihre Angestellten einen Eid zu leisten im gleichen Augenblick, als Sie selbst ihn brachen oder beabsichtigten, ihn zu brechen?

A.: Sie werfen wieder die Zeiten durcheinander, Mr. Justice. Es ist dies in einer Zeit im März des Jahres 1938, als ich noch zweifelhaft war, was für ein Mann Hitler war. Erst als ich im Laufe des Jahres 1938 merkte, daß Hitler eventuell in einen Krieg hinein gehen würde, habe ich den Eid gebrochen.

F.: Wann fanden Sie denn heraus, daß er dem Krieg entgegenschreite?

A.: Als ich im Laufe des Jahres 1938 nach und nach aus den Ereignissen entnahm, daß Hitler in einen Krieg hinein schreiten würde und zwar absichtlich, erst da habe ich meinen Eid gebrochen.

F.: Nun gestern haben Sie aber gesagt, daß Sie die Sabotage der Regierung in den Jahren 1936/37 begonnen haben?

A.: Jawohl, weil ich keine übermäßige Rüstung wollte.

F.: Trotzdem sahen wir, daß Sie Ihrem neuen Personal einen Eid abnahmen, treu und gehorsam zu sein. Nachdem jeder seine Hand zum Eid erhoben hatte und ihn abgelegt hatte, sagten Sie:

„Sie haben dies Gelöbnis ausgesprochen, ein schlechter Kerl, der dies bricht."

A.: Ja. Ich muß sagen, daß ich ihn selbst gebrochen habe.

Wohlweislich verschweigt Schacht diese mehr als peinlichen Stellen in seinem Buche und zaubert uns nun wiederum einen patriotischen Schacht vor, indem er ausführt:

„Wenn heute eine parteipolitische Geschichtsklitterung die Tatsachen des überwältigenden einheitlichen Jubels der Österreicher über den Anschluß an das Deutsche Reich zu verkleinern sucht, so möchte ich hiergegen mein auf Augenschein und persönlicher Fühlungnahme beruhendes Zeugnis einlegen. Ich habe nicht nur Tage lang in Wien verbracht, sondern bin durch das ganze damalige Österreich gefahren, habe mich in den Hauptstraßen der österreichischen Bundesländer mit allen Kreisen unterhalten und nirgendwo eine andere Stimmung gefunden als jene des endlichen Aufatmens und der Hoffnung, nunmehr aus aller wirtschaftlichen und nationalen Enge herausgekommen zu sein. Ich habe an diesem Jubel aus vollstem Herzen teilgenommen."

Schacht gelangte dann (?) trotzdem „in schwerwiegenden und sorgenvollen Erwägungen zu der Entschließung, daß eine Fortdauer des Hitler-Regimes unser deutsches Volk und Land in die größte außenpolitische Gefahr bringen mußte. Mit meinen Freunden begann ich zu überlegen, wie man das Regime Hitlers beseitigen könne."

Er zählt auch verschiedene offizielle Persönlichkeiten auf, welche er angesichts der drohenden Gefahr beschworen habe, von ihren militärischen und dienstlichen Positionen aus gegen die Maßnahmen Hitlers einzuschreiten. Er habe aber überall taube Ohren gefunden, denn von diesen hohen Amtsträgern sei keiner bereit gewesen, sich für Recht und Moral einzusetzen. Diese offenen Aussprachen sind natürlich unbelegt-vorsichtig ausgedrückt. Es ist auch kaum anzunehmen, daß diese Männer nach der begeisterten Heimkehr Österreichs Interesse für solche Gespräche und die gleichen Ansichten über angeblich drohende Gefahren hatten. Lassen wir daher einen seiner Entlastungszeugen (Gisevius) hören, was uns dieser in seinem Buche: „Bis zum bitteren Ende" über Schacht erzählt:

„Auf der Suche, wer sich unter den Politikern seinem Schritt (dem geplanten Staatsstreich) anschließen könnte, dachte Generaloberst Beck in erster Linie an Schacht, dessen scharfe oppositionelle Haltung seit der Fritsch-Krise außer allem Zweifel stand. Auch wog sein Name innerhalb und außerhalb Deutschlands schwerer als einer der üblichen bürgerlichen Minister. Beck besprach sich in jenen Wochen wiederholt mit Schacht. Dabei ergab sich das komplexe Bild, daß ich für Schachts, aber gegen Becks Demission war, während Oster (Stabschef der Abwehr) genau die entgegengesetzte Ansicht verfocht; meinerseits bedrängte ich Schacht seit Jahren, er solle zurücktreten. Längst war er von Göring, dem er als neuen Chef des Vierjahresplanes selbst mit in den Sattel geholfen hatte, überspielt. Was hatte es für einen Sinn, weiterhin eine Position zu halten, die innerlich ausgehöhlt war. Dem hielt er entgegen, es sei besser, wenn er aushalte, noch habe er einen wichtigen Pfeil im Köcher ...

Oster war aus einem ganz anderen Grund für Schachts Verbleiben im Amte. Wiederholt hatte er beobachtet, wie seine Vorgesetzten hellhörig wurden, sobald dessen Name fiel. Den Generälen mit bloßen Informationen oder verstandesmäßigen Darlegungen zu kommen, fruchtete selten. Für diese Gouvernementalen hatte der Titel eines Reichsministers seinen besonderen Klang ...

Stattdessen wünschte der Generalstabschef die Verbindung mit Schacht. Dieser war Minister, bei aller Suspektheit roch ein Zusammentreffen mit ihm nicht ohne weiteres nach Hochverrat. Oster hatte also richtig kalkuliert, Schacht war drinnen wichtiger als draußen ...

Im Gegensatz zu den meisten glaubte Halder an Hitlers Entschlossenheit, den Krieg vom Zaune zu brechen, nur fehlten ihm die Beweise ...

Der hohe Offizier sollte zu dem Zivilisten kommen. In dem Erscheinen in Schachts Wohnung lag so etwas wie eine zusätzliche Bindung. Halder machte keine großen Umschweife, sondern fiel mit der Tür ins Haus. Er legte Schacht die klare Frage vor, ob dieser zur Übernahme der Regierungsgeschäfte bereit sei, falls Hitler die Dinge bis zum Krieg treibe und dadurch ein gewaltsamer Umsturz unumgänglich würde. Nachträglich muß ich allerdings dies Wörtlein ‚falls' unterstreichen. Es sollte sich als dehnbarer herausstellen, als es anfänglich in unseren Ohren klang ...

Der große Unterschied bei der Überlegung nach dem ‚wann' des Staatsstreiches bestand darin, daß wir es ablehnten, einen Kriegsausbruch in Kauf zu nehmen. Wir hielten dafür, daß bei einem so eruptiven Ereignis, wie es jeder Krieg ist, ungezählte Imponderabilien mit am Werke sind. Man kann ihn nicht ebenso schnell abbrechen, wie man sich in ihn hat hineinziehen lassen. Aber vielleicht wäre insofern ein Kompromiß zu schließen. Während Halder den Zeitpunkt für den Staatsstreich einige Monate später für richtig hielt, versuchten wir, Schacht und ich, eine Verständigung mit dem Generalstabschef. Schacht sagte sich bei Halder zu einem Besuch an. Kurz entschlossen ging ich mit. Diese Zusammenkunft verlief stürmisch; von vornherein

lag eine gewisse Unehrlichkeit über dem Gespräch. Halder schilderte die einzelnen militärischen Voraussetzungen für einen Krieg. Fortan verließ uns nicht der Gedanke, auf diesen uniformierten Dialektiker war allein kein Verlaß. Mindestens mußten wir Vorkehrungen treffen, ihn zu gegebener Zeit an sein Wort erinnern zu können. Am besten ließen wir ihn durch seine Kameraden in die Zange nehmen. Durch unser Gespräch mit Halder ernüchtert, bedrängten Schacht und ich Oster, Verbindung mit dem Wehrkreiskommandeur in Berlin, mit von Witzleben aufzunehmen. Einen Punkt wollte auch Witzleben vorher geklärt haben. Kam es wirklich zum Krieg? Oder handelte es sich um den üblichen Theaterdonner? Wir verabredeten einen Nachmittag auf Schachts märkischem Landsitz. Auf WitzlebensWunsch sollte ihn sein Potsdamer General Graf Brockdorf-Ahlefeld begleiten. Erfreulich war, wie schnell sich beide Generäle mit dem Minister fanden. Wiederum konnte ich mich überzeugen, welche Autorität Schacht damals in dem höheren Offizierkorps genossen hat. Hätte freilich Schacht gewußt, was kam, er wäre besser ein wenig vorsichtiger gewesen, denn so großen Eindruck er im Augenblick machte, desto ärger war hinterher der Kreditverlust, als sich unser hellsichtiger Führer als der klügere Politiker erwies.

Jetzt galt es den Staatsstreich bis in die kleinsten technischen Einzelheiten zu durchdenken. Auf Wunsch Witzlebens wurde eine Arbeitsteilung vorgenommen. Brockdorff sollte die militärische Seite, ich die polizeilichen Maßnahmen vorbereiten. Politische Fragen ließen wir aus dem Spiel. Schacht blieb es anheimgestellt, eine Liste für ein politisches Direktorium aufzustellen."

Um die Vorgänge jener Zeit begreifen zu können, muß man sich erinnern, daß im Frühsommer 1938 die Sudetenkrise ihren Anfang nahm. Die störrische Haltung Benesch's hatte zu Spannungen geführt, ohne daß Hitler ernste Absichten gegen die Tschechoslowakei hatte. Die militärische Anweisung Hitlers vom 20. Mai lautete ausdrücklich:

„Es liegt nicht in meiner Absicht, die Tschechoslowakei ohne Herausforderung schon in nächster Zeit zu zerschlagen, e s s e i d e n n , daß eine unabwendbare Entwicklung der politischen Verhältnisse innerhalb der Tschechoslowakei dazu zwingt oder die politischen Ereignisse in Europa eine besonders günstige und vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit dazu schaffen."

Das bedeutet aber nicht, daß er keine militärischen Vorsichtsmaßnahmen ergreifen ließ, zumal die Tschechoslowakei Ende Mai 1938 sogar mobilisierte. Diese Mobilmachung und die beleidigenden Behauptungen der tschechischen Presse veranlaßten Hitler zwar, diese Vorbereitungen so zu gestalten, daß sie im Falle einer günstigen Situation ausreichend waren, um „notfalls" auch militärisch angreifen zu können.

Damit waren diese Vorbereitungen noch lange kein Beweis einer Kriegsabsicht, denn Halder selbst äußerte sich:

„Für Eingeweihte war unser strategischer Vormarsch mit Front gegen die Tschechei nichts als ein großer Bluff."

Trotzdem wurden sie Hitler von den Verschwörern als Kriegsabsicht unterstellt und sie planten daher einen Staatsstreich, der den Zweck haben sollte, ihn in dem Augenblick zu verhaften, notfalls zu beseitigen[63]), wenn er es unternähme, einen Krieg vom Zaune zu brechen. Darüber waren zwischen Schacht, General von Witzleben, Dr. Gördeler und dem amtierenden Chef des Generalstabes Halder, so wie dem entlassenen Generalstabschef Beck genaue Abreden getroffen worden, worüber wir noch Näheres hören werden. Daneben aber traten sie, wie ich in meinem Buche: „Der ekle Wurm der deutschen Zwietracht" auf Seite 17 und 18 schilderte, an die englische Regierung heran, um diese nicht nur von den Putschabsichten zu unterrichten, sondern auch um eine möglichst starke Haltung gegen Hitler zu bitten, damit dieser entweder gezwungen würde, eine politische Niederlage einzustecken, oder zum Kriege zu schreiten, wodurch sie in die Lage versetzt würden, ihren Putsch erfolgreich durchzuführen.

Es ist nun interessant, daß Schacht versucht, in seinem Buche: „Abrechnung mit Hitler" diese Verbindungsaufnahme mit der englischen Regierung mit folgenden Worten abzustreiten:

„In dieser Richtung haben einige Mitglieder des Auswärtigen Amtes besonders gearbeitet, die durch Informierung ausländischer politischer Stellen eine Hilfe gegen Hitler zu erreichen suchten. Sie befanden sich daher ständig in dem Konflikt, ob und wie weit es zu verantworten sei, den moralisch berechtigten Hochverrat mit Hilfe eines Tuns zum Erfolg zu führen, das unter den Vorwurf des Landesverrats fallen konnte. Ich habe diesen Kreisen keinen Vorschub geleistet ..."

Daß diese Behauptung Schachts, er habe von den Verhandlungen mit England keine Kenntnis gehabt, nicht stimmt, ergibt sich aus seiner eigenen Schilderung, daß er Gördeler (Ende 1937, d. V.) Einführungsbriefe an eine Reihe von Freunden — sowohl im neutralen wie im später feindlichen Ausland — mitgab und daß Gördeler diese Reisen auch ausgenutzt habe. Hierbei hatte Gördeler in London auf das Vorhandensein einer zum Putsche entschlossenen Opposition hingewiesen und es waren davon Nachrichten nach Berlin gedrungen, welche den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, da er von Gördeler auch als Mitverschworener bezeichnet worden war, zwangen, die Angelegenheit im Februar 1938 Hitler zu unterbreiten. Es ist als Höhepunkt der Tragik zu bezeichnen, daß Hitler in seiner völligen Ahnungslosigkeit dem Vorfall zu wenig Bedeutung beimaß und lediglich durch den Justizminister Gürtner eine Untersuchung anberaumen ließ, deren Erfolg an der Verbindung Schachts zu einflußreichen Kreisen in London scheiterte, was bestimmt nicht der Fall gewesen wäre, wenn Hitler seinerzeit die Untersuchung seinem eigenen Sicherheitsdienst statt den rein bürokratisch und unpolitisch arbeitenden Justizbehörden übergeben hätte. Die eigentliche Schuld aber, daß diese unheilvolle Verbindung

mit England nicht schon damals aufgedeckt wurde, trägt einzig und allein Schacht mit seiner Sabotage der Untersuchung. Obwohl er genau wußte, daß Gördeler mit dem Feind in Verbindung stand, hat er dies trotz seiner Stellung als Reichsminister und trotz seines Eides nicht gemeldet. Folgende ausführliche Schilderung seines Freundes und Mitverschwörers Gisevius läßt bezüglich der Verbindung mit England hinter dem Rücken des Staatsführers an Klarheit nichts zu wünschen übrig:

„Schacht wies anläßlich eines in Basel herbeigeführten Treffens den ihm seit Jahren befreundeten englischen Notenbankpräsidenten Montagu Norman in zwei langen, eindringlichen Unterredungen eingehend auf diese Verflechtung zweier so weit voneinander abgelegener Krisenherde hin, um die deutsche Politik zu stören.

Es mag sein, daß Schacht Chamberlain nichts Neues ausrichten ließ, und ich würde diese Episode nicht erwähnen, gäbe sie nicht ein gutes Beispiel, wie sehr wir uns den Kopf zerbrachen, ob und welche Einwirkungsmöglichkeiten für unsere Gruppe bestanden. Aber hierum ging es uns damals: Die Gegenseite mußte endlich etwas von sich aus tun, sie mußte ihrerseits das Gesetz des Handelns an sich reißen. Statt wie gelähmt auf die Reichskanzlei zu starren, mußte sie Hitler mit eigenen Ideen zuvor kommen. Aber Schacht verlor sich in diesem Gespräch mit Montagu Norman keineswegs in weltpolitische Perspektiven. Zugleich gab er eine Darstellung unserer innerdeutschen Verhältnisse, von den Konzentrationslagern angefangen bis hin zu der Problematik der Generäle, wie sie zu jenem Zeitpunkt schwerlich authentischer dem englischen Regierungschef übermittelt werden konnte.

Ich hatte Schacht hierum ausdrücklich gebeten. Man mußte die Gegenseite überzeugen, daß sie es nicht mit Revisionisten, nicht mit den Verfechtern einer friedlichen Evolution, vielmehr mit hemmungslosen Revolutionären zu tun hatte.

Bekanntlich hatte sich Schacht nur zögernd entschlossen, diese Argumentation als richtig anzuerkennen. Um so wichtiger schien es jetzt, daß der durch eigene böse Erfahrungen aufgeschreckte Minister den der gleichen kapitalistischen Sphäre entstammenden Chamberlain vor der Politik der Kompromisse und des Zurückweichens warnte. Voraussetzung war natürlich, daß man in der Downing Street solche Greuelberichte über den Nazidynamismus hören wollte."

Ein weiterer eindeutiger Beweis ergibt sich auch aus einer Aussage, welche Gisevius in Nürnberg zu Gunsten von Schacht machte. Darin schildert er, daß Witzleben wie die übrigen Generäle Zweifel geäußert hätten, daß es wegen eines Zwischenfalles im Osten zum Krieg kommen würde, weil doch Hitler und Ribbentrop immer wieder vertraulich versicherten, daß ein stillschweigendes Übereinkommen mit den Westmächten bestünde, daß Deutschland freie Hand im Osten habe. Witzleben habe ausdrücklich gesagt, daß, wenn ein solches Übereinkommen bestünde, er selbstverständlich nicht put-

sehen könne. Daraufhin habe er Witzleben erklärt, daß darüber zweifellos Schacht mit seiner guten Kenntnis der angelsächsischen Mentalität umfassend Auskunft geben könne. Es sei daraufhin in einer Zusammenkunft zwischen Schacht, Witzleben, Gisevius und dem General von Brockdorff stundenlang über diese Frage verhandelt worden. Die Besprechung habe damit geendet, daß Schacht Witzleben überzeugen konnte, daß die Westmächte auf keinen Fall mehr stillehalten würden.

Es ist doch offensichtlich, daß in solch wichtiger und stundenlang dauernder Besprechung, die sich ausdrücklich mit der englischen Haltung beschäftigte, auch die hinter dem Rücken der Staatsführung stattfindende Einflußnahme auf die englische Regierung erörtert wurde, welche durch die Verschwörer über die Mittelspersonen, den Oberstleutnant H. W. Böhm-Tettelbach und Fräulein Susanne Simonis, erfolgte. Ebenfalls als Beweis darf man jene Stelle in dem Buch von Gisevius ansehen, wo er schreibt:

„Spätestens vom 5. September an mußte die englische Regierung die letzten Zweifel verloren haben, welche entscheidende Bedeutung ihrem Festbleiben zukam. Als sich die Krise ihrem Höhepunkt näherte, flog ein letzter Emissär über den Kanal, diesmal sogar mit Wissen Halders, offen unseren Staatsstreichplan zu enthüllen."

Da Schacht nach eigener Angabe in seinem Buche seinerzeit die Führung der Verschwörer hatte, dürfte er auch wohl vom „Wissen Halders" Kenntnis gehabt haben, wenn er auch an anderer Stelle behauptet, keinem Kreis zugehört zu haben, sondern sein eigener Kreis gewesen zu sein. Es würde mich allerdings nicht wundern, wenn Schacht nunmehr behaupten würde, daß er lediglich die Führung seines eigenen Kreises hatte, wenn er damit auch seine regen Verbindungen zu Witzleben und Halder bestreiten würde. Interessant ist auch, daß er bei den Verschwörern den Decknamen „Herz" hatte.

Zu allem Überfluß schildert Schacht selbst in seinem Buche, daß er im Laufe des Sommers 1938 in der Schweiz seinem alten Freund Montagu Norman, dem Gouverneur der Bank von England und Taufpaten seines Kindes, gefragt habe, „ob es nicht möglich sei, die englische Politik etwas positiver im Sinne seiner Bemühungen zur Erhaltung des Friedens zu aktivieren. Bisher erweckte die englische Politik den Anschein, als ob sie bereit sei, Hitler in der Außenpolitik freie Hand zu geben."

Als er Norman nach vier Wochen wieder getroffen habe, hätte ihm dieser berichtet:

„Ich habe Ihre Anregung mit dem englischen Premierminister Neville Chamberlain durchgesprochen."

Auf die Frage, was dieser gesagt habe, erhielt er zur Antwort: „Wer ist Schacht? Ich habe es mit Hitler zu tun."

Schacht meint hierzu, daß er über diese Antwort nicht wenig erstaunt gewesen sei. Es ist nun noch interessant zu hören, was Gisevius über diesen Vorfall in seinem Buche schreibt:

„Chamberlain ließ bestellen, Schacht sei politisch einflußlos, daher müsse er sich an Hitler halten. Daß Schacht und alle Mitglieder der Opposition keinen Einfluß hatten, das wußten wir selber am besten. Wir wünschten ja erst wieder ins Spiel zu kommen. Aber blicke ich heute auf die Geschichte des Krieges zurück, so scheint es mir unfaßbar, daß man in London nicht wenigstens für den schlimmsten Fall die Verbindungen ausbaute. Wollte man schon kein Zusammenspiel mit Freunden im Frieden, so hätte man sich immerhin der politischen und strategischen Bedeutung entsinnen sollen, während des Krieges „am Feinde zu bleiben".

Nun, vorläufig wollen wir uns noch eines Urteils über diese tieftraurigen Betrachtungen zur „Kurzsichtigkeit" der Engländer enthalten, und Herrn Gisevius über den weiteren Fortgang des Geschehens hören:

„Wie wir dann eines Morgens, es war der 15. September 1938, durch eine Meldung überrascht wurden, die wir zunächst nicht glauben wollten, daß Chamberlain tatsächlich auf dem Flug nach Berchtesgaden war. Schacht lief erregt in seinem Arbeitszimmer hin und her. Alle paar Minuten schlug er sich mit der Hand vor den Kopf: Stellen Sie sich vor, der Ministerpräsident des englischen Weltreiches kommt zu diesem Gangster. Wie wir ein paar Tage später, Schacht, Oster und ich an Witzlebens Kamin saßen und unsere schönen Pläne und Ausarbeitungen ins Feuer warfen und nicht über Hitlers Triumph, sondern über Europas Katastrophe nachsannen. Drücken wir uns lieber ein bißchen realistischer aus: Chamberlain rettete Hitler — nein Hitlers Macht!"

Der „kriegslüsterne" Hitler hatte zunächst ein altes deutsches Gebiet ohne Schwertstreich ins Reich zurückgeholt. Die „Kämpfer für den Frieden" waren sogar enttäuscht darüber, d. h. ihr Haßgefühl und ihre Rachgelüste waren nicht befriedigt worden. Wie weit dieser Haß bei Schacht sogar ging, beweist die Tatsache, daß er ihm die Harmonie seiner Ehe opferte. Denn seine gehässigen Äußerungen als Haupt der Verschwörung gingen sogar seiner Frau auf die Nerven, und er mußte sich von ihr nach 37jähriger Ehe trennen, was wohl nicht notwendig gewesen wäre, wenn er diese Äußerungen auf die Goldwaage haßfreier Vernunft gelegt hätte.

Die Kristallnacht vom 9. November 1938 brachte die Gemüter neu in Wallung und Schacht versuchte im Dezember mit Zustimmung Hitlers in London eine internationale Regelung zur Lösung des jüdischen Problems anzubahnen. Da wir über diesen Versuch nur seine eigene Schilderung besitzen, können wir uns damit nicht so sehr befassen, wie dies zu wünschen wäre. Festzustellen bleibt aber, daß man von Schacht auch in der Judenfrage zwei verschiedene Standpunkte kennt, und zwar einen „nationalsozialistischen" und einen „Nürnberger". Kurz nach der Kristallnacht sagte er in einer für das Ausland bestimmten Rede:

„Was wir heute durchmachen, ist Kampfzeit, und Maßnahmen der Kampfzeit sind oft rauh und nicht immer konventionell ... Wenn das Ausland

bereit ist, unser Lebensrecht und unsere Lebensmöglichkeiten zu achten, so werden auch die Methoden friedensmäßiger werden."

Wir wollen noch eines Vorganges aus dem Jahre 1938 gedenken, der beweist, wie Schacht loyal seinem Vaterlande diente, und den Herr Vocke als Zeuge in Nürnberg so eindringlich schilderte:

„Schacht hat im Jahre 1938 eine Anleihe herausgebracht zu einem Zeitpunkt, wo er wußte, daß die vorhandenen Anleihen noch nicht verdaut waren, daß die Banken noch voll davon waren, und er hat den Betrag der neuen Anleihe so groß genommen, daß der Mißerfolg eintreten mußte. Wir haben gespannt darauf gewartet, ob unsere Rechnung richtig war und wir waren glücklich, als der Mißerfolg auf der Hand lag und Schacht ihn Hitler mitgeteilt hat. Ebenso lief es auf eine Sabotage hinaus, wenn Schacht den Instituten, die zur Erweiterung ihrer Anlagen Anleihen aufnehmen wollten, die Aufnahme dieser Anleihen verboten und sie daran gehindert hat, sich zu erweitern; aber die Beendigung des Reichsbankkredits war nicht nur ein Hinausnehmen der Reichsbank, sondern ein Schlag, der die Rüstung selbst getroffen hat."

Gerade diese „Heldentat des Widerstandes" scheint Herrn Vocke für die Übernahme seines jetzigen hohen Amtes im Geldwesen qualifiziert zu haben. Herr Schacht plante noch mehr, worüber wir uns wieder von Gisevius berichten lassen:

„Er dachte an seine Finanzierung der Aufrüstung. Er bildete sich allen Ernstes ein, Hitler „an der Gurgel" zu haben. Seit Monaten liefen die Verhandlungen. Bald mußte es zu einer Auseinandersetzung im Reichskabinett kommen. Diese Kraftprobe, bei der er auf die Unterstützung sämtlicher bürgerlichen Minister hoffte, wollte er abwarten. Bereits damals schien mir offenbar, daß Schacht sich trügerischen Hoffnungen hingab."

Er wollte Hitler offenbar auch eine „Lex-Schacht" aufzwingen, wie es ihm 1924 mit Hilferding gelungen war. Nach anfänglichem Zögern reichte er am 7. Januar 1939 eine Denkschrift mit der Unterschrift des gesamten Reichsbankdirektoriums ein, die bei dem mehr soldatisch denkenden Hitler zunächst den Ausruf ausgelöst haben soll: „Das ist ja Meuterei!" Dieser lud sich Schacht am 20. Januar vor und überreichte ihm die Abberufung als Reichsbankpräsident, angeblich mit den Worten:

„Sie passen in den ganzen nationalsozialistischen Rahmen nicht hinein."

Diesen erzwungenen und unerwarteten Abgang zauberte Schacht in Nürnberg wieder in eine vaterländische Abwehraktion gegen die übersteigerte, nur dem Angriffskrieg dienende Rüstung um, weil „er" dem Volke den Frieden erhalten wollte... Auf die wiederum vorbereitete Frage seines Verteidigers antwortete er nämlich:

„Die eine Frage ist, ob ich mich bemüht hätte, mein Amt als Reichsbankpräsident loszuwerden. Ich muß diese Frage nachdrücklich bejahen. Wir haben uns seit Mitte 1938 in der Reichsbank dauernd überlegt, daß, wenn eine Änderung des Kurses nicht eintrete, wir keinesfalls wünschen, weiter

im Amt mitzumachen. Die Verantwortung, die von uns erwartet wurde, wollten wir nicht übernehmen. Die Verantwortung für alles Vorausgegangene, was für eine defensive Aufrüstung zwecks Herbeiführung der Gleichberechtigung Deutschlands getan war, haben wir gerne auf uns genommen und tragen sie auch vor der Geschichte und vor diesem Gericht. Die Verantwortung für irgendeine weitergehende Rüstung, die eventuell in sich auch schon das Schwergewicht einer Kriegsgefahr trug, oder die absichtlich hätte einen Krieg herbeiführen sollen, diese Verantwortung wünschte keiner von uns zu übernehmen.

Wir haben infolgedessen, als klar wurde, daß Hitler auf eine weitere und stärkere Rüstung hinaus wollte, die Denkschrift gemacht, aus der klar hervorging, daß wir uns allen weiteren Ausbreitungen der Staatsausgaben widersetzten und eine Verantwortung dafür nicht übernehmen würden. Daraus ersah Hitler, daß er die Reichsbank für irgendwelche Finanzierungszwecke in der Zukunft mit diesem Direktorium und mit diesem Präsidenten keinesfalls würde brauchen können, und infolgedessen blieb ihm nur eine Möglichkeit, das Direktorium zu ändern, weil er ohne die Reichsbank nicht auskommen konnte, und er mußte ein zweites tun, er mußte das Reichsbankgesetz ändern, d. h. er mußte die Unabhängigkeit der Reichsbank von Regierungsbeschlüssen herbeiführen."

Hierzu wissen wir aber, was die Zeugen jener Zeit und zu der Zeit sagen, als sie noch nicht wußten, daß Schacht einmal die Tatsachen verdrehen würde. Hören wir sie:

Herrn Gisevius: „Sobald es hart auf hart ging, der Streit zog sich bis Anfang 1939 hin, setzten sie Schacht mitsamt der Mehrzahl des Reichsbankpräsidiums brüsk vor die Tür."

Den französischen Botschafter Coulondre: „Vor Antritt einer Orientreise hat Schacht die Liebenswürdigkeit, mich zur Verabschiedung aufzusuchen. Als ich meinem Bedauern über seinen Abgang Ausdruck gebe, ruft er triumphierend aus: ‚Ich bin nicht gegangen, man hat mich vor die Tür gesetzt.' "

Herrn von Hassell, den früheren Botschafter in Rom und eifrigen Mitverschwörer aus seinem Tagebuch: „Bei Schacht. Ich finde ihn in offenbar starker innerer Erregung. Das beweisen seine Worte: ‚Sie ahnen nicht, wie glückselig ich bin, wenn ich so aus der Sache herauskomme'. Mein Eindruck war, daß der Schlag ihn unerwartet getroffen und ihm zunächst etwas die Sprache verschlagen hat. Es ist ein Jammer, daß der Mann, der uns durch rechtzeitigen Abgang ungeheuer hätte nützen können, jetzt wie ein schlechter Angestellter hinausgeworfen ist. Als ich sage, die Initiative sei doch wohl seine gewesen, donnerte er: ‚Im Gegenteil, herausgeworfen hat er mich.' Nach seiner Darstellung hatte er schon im Dezember eine etwas frostige Unterhaltung mit Hitler, in der dieser ihm sagte, er wolle mit ihm einmal im Januar die ganze Finanzfrage besprechen. Schacht habe erwidert, daß er ihm demnächst ein Memorandum über die Finanzreform überreichen

wolle und dies in die Besprechung einbegriffen werden könnte. Dies Memorandum hat er am 7. Januar an Hitler gesandt, und am 20. Januar wurde er zu Hitler bestellt und mit den Worten empfangen: ‚Herr Reichsbankpräsident, ich habe Sie zu mir gebeten, um Ihnen Ihre Abberufung zu übergeben.' Dann hat Hitler, der in der ganzen 4—5 Minuten währenden Unterredung kein Wort zur Sache des Memorandums gesagt hat, ihm vorgehalten, daß er sich an den Sozialismus wirklich nicht angepaßt habe. Beweis: er habe bei einem Fest der Angestellten der Reichsbank gesagt, das Judenpogrom vom 9. November sei eine Schande. Schacht will erwidert haben: ‚Mein Führer, wenn ich gewußt hätte, daß Sie dieses Pogrom billigen, so hätte ich geschwiegen.' Sicherlich eine gute Antwort. Dann hat Schacht mir erzählt: Hitler habe erklärt, daß er seine Verdienste durchaus anerkenne und ihn gerade deshalb als Minister behalten wolle, sofern er, Schacht, nicht selbst wünsche abzugehen. Auf meine sofort gestellte Frage, was er darauf geantwortet habe, sagte Schacht: ‚Ich habe geschwiegen' und fuhr fort: ‚Sie sehen mich an, als hätte ich dies Angebot, zu gehen, annehmen sollen.' Ich: In der Tat wäre das sehr wohl zu überlegen gewesen und es würde mich interessieren, warum Sie es nicht taten. Schacht ging mit in die Seite gestützten Armen einige Augenblicke umher und sagte dann: ‚Ich wollte keine Brücke abbrechen. — Er sollte dies tun.' — Was mich gar nicht überzeugte."

Schachts Nachfolger Walter Funk schilderte bei seiner Vernehmung in Nürnberg die Gründe der Abberufung folgendermaßen:

„Ich war Mitte Januar 1939 von einer Reise zurückgekehrt, wurde zum Führer bestellt und fand ihn in einer außerordentlichen Erregung. Er erklärte mir, daß der Reichsfinanzminister ihm mitgeteilt habe, daß Schacht die notwendigen Kredite für die Finanzierung verweigert habe und daß infolgedessen das Reich in finanzielle Schwierigkeiten gekommen sei. Er erklärte in heftiger Erregung, daß Schacht seine Politik sabotiere, daß er sich das nicht länger gefallen lassen werde, wenn die Reichsbank versuche seine Politik zu stören. Keine Regierung in der Welt und kein Regierungschef würde seine Politik vom Wollen oder Nichtwollen der Notenbank abhängig machen. Der Führer erklärte weiterhin, daß er von nun ab die Bestimmung über die Kredite, die die Reichsbank dem Reich zu gewähren habe, selbst treffen werde nach den Vorschlägen und Anordnungen des Reichsfinanzministers. Er habe damals den Auftrag gegeben, zusammen mit dem Reichsfinanzminister eine Verordnung auszuarbeiten, wonach die Rolle, die die Reichsbank auf Grund der Versailler Vertragsbestimmungen hat, geändert würde. Er bat mich die Leitung der Reichsbank zu übernehmen, worauf ich ihm erwiderte, daß ich seinem Wunsch nachkommen würde, daß ich aber zunächst von ihm eine Bestätigung dafür haben müsse, daß die Voraussetzung für die Stabilisierung der Währung weiterhin bestehen bliebe. Die hier von einem Zeugen vertretene Ansicht, daß durch eine weitere Kreditgewährung damals eine Inflation herauf beschworen worden

wäre, ist falsch und völlig unhaltbar. 12 Milliarden Kredite können durchaus eine Inflation auslösen und 20 Milliarden Kredite brauchen keinesfalls zur Inflation führen, wenn der Staat die notwendige Autorität hat, um Preise und Löhne stabil zu halten und um die Preisbildung durchzuführen, und wenn das Volk die notwendige Disziplin hält und wenn schließlich die Geldmittel, die auf Grund einer erwarteten Kreditgewährung eine übermäßige Kaufkraft darstellen, durch Steuern oder durch Anleihen gefunden werden, so besteht für die Währung absolut keine Gefahr. Und es ist Tatsache, daß die deutsche Reichsbank bis zum Zusammenbruch stabil gehalten wurde. Für die notwendigen Lebensmittelbedürfnisse war die Kaufkraft des Geldes in Deutschland gesichert, allerdings war der Gebrauchswert des Geldes dadurch beschränkt, daß Gebrauchsgüter nur in geringem Umfang hergestellt werden konnten, weil fast die gesamte Produktion in die Rüstung ging. Es haben auch in anderen Ländern starke Kredithingaben während des Krieges durchaus keine Inflation hervorgerufen. Die Verschuldung war sowohl in den USA, wie in England relativ und zum Teil noch absolut höher als in Deutschland und hat es auch in diesen Ländern eine richtige Geld- und Finanzpolitik verstanden, die alte These zu widerlegen, daß der Krieg unbedingt eine Zerstörung des Geldwertes herbeiführen müsse. Es war also durchaus nicht so, daß ich diesen Posten übernahm in der Erkenntnis, daß Deutschland jetzt in eine Inflation gerät, sondern ich war mir im Gegenteil bewußt, daß durch die innere Haltung einer entsprechenden Staatspolitik die Währung geschützt werden könne und sie ist geschützt worden. Aber der grundlegende Unterschied in der Stellung Schachts und in meiner Stellnug bestand darin, daß zu Schachts Zeiten die Reichsbank die Kreditgewährung der Notenbank an das Reich bestimmen konnte, während mir diese Bestimmung genommen wurde, die Verantwortung also für die innere Finanzierung auf den Finanzminister bzw. auf den Führer selbst verlegt wurde."

Wir haben uns also selbst überzeugt, daß Schacht „gegangen" worden war und seinen Abgang nicht aus vaterländischen Motiven „erzwungen" hatte. Es ist daher verständlich, daß sein Staatsstreichversuch vom September 1938, seine Verweigerung neuer Kredite an Hitler und seine Entlassung am 20. Januar 1939 dazu beitrugen, daß er „den Wunsch hatte, für eine Weile aus dem Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit zu verschwinden". Er machte daher eine lange Indienreise, von der er erst Ende August 1939, mitten in den Höhepunkt der Polenkrise, zurückkam. Vor Beginn dieser Reise war er noch zusammen mit Gisevius in der Schweiz, worüber wir wieder dessen Bericht zur Kenntnis nehmen müssen, da er eindeutig die Verbindung Schachts mit dem Feinde unter Beweis stellt.

„Wir hatten beschlossen, uns nach dem Märzwirbel in der Schweiz zu treffen, was in Berlin nicht mehr ratsam schien, wollten wir draußen versuchen, nämlich unsere Beziehungen nach England und Frankreich enger zu gestalten. Schacht hatte sowieso in Basel bei der Bank für internatio-

nalen Zahlungsausgleich zu tun. Eins war klar, wir konnten nicht mehr mit derselben Bestimmtheit wie im vorigen Herbst versichern, ein Festbleiben der Westmächte würde einen Putsch der Generäle auslösen. Diese Chance war seit München und Prag verspielt. Im Vordergrund stand nicht mehr die Erzwingung des Putsches, sondern die Verhinderung des Krieges. Nachträglich könnte man einwenden, dieser unserer Mitteilungen (an die Westmächte) hätte es wahrlich nicht bedurft, weil Prag die große weltpolitische Wende brachte. Aber so eindeutig, wie sich die Dinge hinterher darstellen, lagen sie bei unserer Schweizer Zusammenkunft nicht und haben sie vielleicht nie gelegen. Trotz aller braunen Enttäuschungen, sollte es die nächsten Monate noch genug Engländer und Franzosen geben, die ein weiteres Einlenken für ratsam hielten. Das ‚mourir pour Danzig' spukte bereits in vielen Köpfen.

Schacht schlug in Ouchy vor, es nicht bei einer Warnung vor Hitlers Kriegstreiberei zu belassen, nicht minder wollte er die Westmächte vor der damals landläufigen These gewarnt haben, die braune Wirtschaft müsse kurz über lang zusammenbrechen.

Der Leser sieht, beide Männer wollten im Endergebnis auf dasselbe hinaus, aber während Schacht die erhoffte Wirkung durch ein schwarz in schwarz zeichnen zu erreichen suchte, während er den Westmächten nicht allein die künftigen Gefahren, sondern das bereits jetzt lauernde Risiko aufzuzeigen wünschte, strebte Gördeler dasselbe Ziel durch eine Verharmlosung der ihnen drohenden Schwierigkeiten an.

Mindestens Daladier hat einen Bericht über diese Zusammenkunft in der Hand gehabt, — weshalb ich überhaupt weiß, wie er gelautet hat. Der französische Ministerpräsident hatte die Güte, ihn in seinen Geheimakten so gut aufzubewahren, daß er von der deutschen Abwehr nach der Okkupierung von Paris gefunden wurde. Hätte nicht Oster dies belastende Dokument schleunigst wegorganisieren lassen, wäre uns dieser Schweizer Ausflug noch Jahre später teuer zu stehen gekommen."

Kurz vor Kriegsausbruch schaltete er sich nochmal in einem Staatsstreichversuch, den sogenannten Zossener Plan, ein, um angeblich zu Generaloberst von Brauchitsch vorzudringen, damit er eine Gegenaktion gegen Hitler unternehme. Dieser habe ihm aber mit sofortiger Verhaftung gedroht, wenn er seinen angekündigten Besuch unternehmen wolle.

Wie ich bereits in meinem Buche „Der ekle Wurm der deutschen Zwietracht" schilderte, wurde seitens der Verschwörer auch im August 1939 Verbindung mit der englischen Regierung aufgenommen, um eine Unterstützung der englischen und deren Versteifung ihrer Haltung gegenüber Hitler zu erreichen. Wenn auch eine Beteiligung daran Schacht nicht nachzuweisen ist, so genügen doch seine Verhandlungen in der Schweiz im März dieses Jahres, um ihn einer Verbindung mit dem Gegner hinter dem Rücken der eigenen Regierung als überführt zu betrachten.

Diesmal hatten die Verschwörer Erfolg, denn England entschloß sich tatsächlich, eine friedliche Beilegung des Korridorkonfliktes zu verweigern und mit Deutschland in den Krieg einzutreten.

Auch der Sieg über Polen beeindruckt die Verschwörer nicht, und sie betreiben daher ihre Intrigen weiter.

Am 27. Dezember 1939 findet sich folgender Vermerk in von Hassells Tagebuch:

„Popitz berichtet noch, daß Schacht sich bereit erklärt habe, mitzumachen und seinen Kopf hinzuhalten. Ich mußte gelinde zweifeln."

Nunmehr geht es darum, einen eventuellen Angriff Hitlers auf Frankreich zu verhindern, obwohl Hitler ja den Westmächten in seiner Rede vom 6. Oktober 1939 nicht nur ein Friedensangebot unterbreitet, sondern auch monatelang dadurch Zeit gelassen hatte, auf die Fortführung des Krieges zu verzichten, daß er der Wehrmacht jede Kampfhandlung im Westen untersagte.

Die nachfolgenden Berichte von Gisevius zeigen dem Leser mit erschütternder Eindeutigkeit, welche Aktivität die Herren Verschwörer in jener Zeit entwickelten, statt sich um ihre Arbeit zu kümmern:

4. November 1939.

„Hochbetrieb. Es jagen sich die Unterredungen. Plötzlich sind wir wieder mittendrin in der Atmosphäre kurz vor München 1938. Abwechselnd pendle ich zwischen dem OKW, Polizeipräsidium, Innenministerium, Beck, Gördeler, Schacht, Helldorf, Nebe und vielen anderen hin und her. Der skeptische Schacht kann den Ernst der Zossener Pläne nicht mehr abstreiten, als ich ihm über Oster den Besuch des Generalquartiermeisters IV, General Wagner, ankündige. Dieser soll ihn im Auftrage Halders aufsuchen. Trotzdem bleibt Schacht dabei, es werde wieder nichts geschehen. ‚Passen Sie auf, der schlaue Hitler riecht den Braten und wird morgen keine Entscheidung verkünden.'

5. November.

Bis zuletzt glauben wir es nicht, aber tatsächlich der General Wagner erscheint bei Schacht. Zum Vorwand nimmt er Währungsprobleme in Belgien. Dann erklärt er ohne Umschweife, er komme im Auftrage seines Chefs. Er erinnere sich noch sehr genau an die Gespräche vom vorigen Jahr und bitte den Minister sich bereitzuhalten.

12. November.

Am Nachmittag besucht mich Schacht, der langsam anfängt ungeduldig zu werden. Schließlich darf man nicht vergessen, daß ihm Halder vor kaum einer Woche einen seiner engsten Mitarbeiter mit der Aufforderung ins Haus geschickt hat, er möge sich bereithalten. Schacht, der unentwegt nach neuen Kräften Ausschau hält, bringt einen höheren Offizier der Luftwaffe mit. Aber was nützt dessen prächtige Gesinnung, wenn er über keine Bomber verfügt?"

Im Frühjahr 1940 schickte Roosevelt den Unterstaatssekretär Sumner Welles zu den Regierungen der kriegführenden Länder und Italiens, um angeblich mit ihnen Friedensmöglichkeiten zu besprechen. Schacht glaubte es nun in seinem Buche so darstellen zu müssen, als ob hierbei durch deutsches Verschulden eine Möglichkeit versäumt worden sei, das Verhältnis zu Amerika zu bessern. Die „Revue", in der Schacht sein Buch zuerst veröffentlichte, stellt es in einem Begleittext, den wahrscheinlich Schacht auch inspirierte, so dar, als ob Sumner Welles einen großzügigen Friedensplan unterbreitet habe, der aber an der „Naziarroganz" gescheitert sei. Das trifft aber in keiner Weise zu, denn im Gegenteil gab Sumner Welles selbst zu, daß dieser Besuch mehr den Zweck hatte, wichtige Nachrichten zu erhalten und auf Mussolini in dem Sinne einzuwirken, daß er sich zugunsten der Alliierten einer Beteiligung an der Kriegführung enthalte[63a]). Er suchte diesen daher zuerst auf und machte ihn auf alle Vorteile aufmerksam, die sich für Italien aus dieser Enthaltung ergeben würden. In Paris konnte er zwar feststellen, daß einerseits wegen der unklaren Haltung Italiens und andererseits wegen der ungenügenden Kriegsvorbereitungen eine bedrückte Atmosphäre herrschte, daß man jedoch der Ansicht war, daß es keine andere Lösung als die vollständige Niederlage Deutschlands gebe, wenn auch der neue totale Krieg eine große Verwüstung über Frankreich bringen würde. In London hieß es, daß die Ziele des deutschen Volkes sich nicht geändert hätten und sich auch nicht ändern würden. Diese seien auf Weltherrschaft und militärische Eroberung gerichtet und bildeten eine Gefahr auch für die Sicherheit der Vereinigten Staaten, ebenso wie für das britische Empire. Es gäbe also keine andere Lösung mehr als die vollständige Niederlage Deutschlands und die Zerstörung des Nationalsozialismus.

Bezüglich des Besuches in Berlin wagt Schacht nunmehr das Greuelmärchen aufzutischen, daß Sumner Welles nicht so empfangen worden wäre, wie es sich für einen Vertreter der Vereinigten Staaten gebühre. Dieser habe sich z. B. bitter beklagt, daß er bei seinem längeren Besuch in Karinhall bei Göring nicht verpflegt worden sei und hungrig ins Hotel Adlon zurückkehren mußte. Glücklicherweise haben wir einen einwandfreien Zeugen in Herrn von Hassell, der uns in seinem Tagebuch die Vorgänge so schildert, wie sie sich damals tatsächlich zutrugen und nicht wie sie nachträglich konstruiert worden sind[64]).

Sumner Welles schreibt selbst in seinem Buche, daß er von Hitler und Göring freundlich empfangen worden sei, und daß ihm Hitler persönlich gesagt habe:

„Ich wünschte diesen Krieg nicht, er ist mir wider meinen Willen aufgezwungen worden. Er ist für mich eine Zeitverschwendung. Mein Leben sollte dem Aufbau und nicht der Zerstörung dienen."

Göring ließ keinen Zweifel, daß durch den europäischen Krieg die amerikanischen Interessen überhaupt nicht berührt würden. Sumner Welles

würde aber bei seinem Besuch in Paris und London bestimmt erkennen, daß beide Länder fest entschlossen seien, Deutschland zu zerstören und wenn es irgendeinen Weg gäbe, durch Vermittlung der amerikanischen Regierung weitere Feindseligkeiten abzuwenden, so würden die Vereinigten Staaten damit die größte Tat vollbringen, die Menschen überhaupt erreichbar erscheine.

Während Sumner Welles aus Paris und London nur über ablehnende Haltung berichten konnte, erhält er in Berlin immerhin Zusagen, welche eine friedliche Beilegung des Konflikts ermöglichen. Als jedoch Mussolini bittet, telefonisch bei Roosevelt wegen der Anknüpfung irgendwelcher Friedensgespräche anzurufen, erhält er praktisch von diesem einen ablehnenden Bescheid. Warum? — Das ergibt sich klar aus dem Eintrag Graf Cianos in seinem Tagebuch unter dem 20. März 1940[65]).

Als interessanter Beitrag zur Haltung Schachts ist noch zu berücksichtigen, was uns von Hassell über dessen Besuch vom 8. März 1940 bei ihm überlieferte.

Im Gegensatz zur nunmehrigen Darstellung behauptete er seinerzeit nach einem Eigenlob auf seine Zurückhaltung:

„Nun habe man ihn doch gerufen. Auf die Dauer könnten eben Müller (Hitler, d. V.) und Genossen aus der Mulachgasse doch nicht allein fertig werden. ‚Man holt eben doch Leute wie Sie und mich, wenn es hart auf hart geht.' Ich (von Hassell, d. V.) sehe die Sache nicht ganz so."

Es ist aber in diesem Zusammenhang viel aufschlußreicher auf einen früheren Besuch eines anderen Abgesandten von Roosevelt einzugehen und dessen Ergebnis zu beleuchten und zwar des Mr. William Rhodes Davis, der Ende September 1939 nach Deutschland kam. Diesem sagte Göring:

„Ihre Erklärungen überraschen mich, denn in Deutschland nimmt man an, daß Mister Roosevelt dem Reich feindlich gesonnen ist und seine Sympathien Frankreich und England zuwendet. Die Vorschläge, die Sie machen, entsprechen im Ganzen der Meinung Hitlers. Unter den jetzigen Umständen wäre eine Weltkonferenz das einzig praktische Mittel zur Lösung des Friedensproblemes ... Deutschland ist bereit, alle konstruktiven Vorschläge anzunehmen, um den Nationen die Unabhängigkeit und den Frieden zu sichern."

Nachdem Göring von Hitler Anweisungen erhalten hatte, gab er am 3. Oktober Davis eine neue Erklärung folgenden Inhaltes ab: „Sie können Mr. Roosevelt versichern, daß für den Fall seiner Vermittlung Deutschland die Bildung eines unabhängigen Staates Polen und einer unabhängigen tschechoslowakischen Regierung annehmen würde. Ich selbst, sowie meine Regierung würde mich beglückwünschen, wenn die Bemühungen Roosevelts auf ein positives Ergebnis hinauslaufen würden. Ich wäre glücklich, meine Regierung auf dieser Konferenz vertreten zu dürfen, die nach meiner Meinung in Washington zusammentreten könnte." Göring unterrichtete Davis, daß Hitler am 6. Oktober eine

Rede halten würde, deren Inhalt eine Basis für zukünftige Verhandlungen bilden könnte. Tatsächlich rief Hitler in seiner Rede zur Einberufung einer Konferenz auf, ‚bevor Millionen Menschen in den Tod geschickt würden". Als Davis nach Washington zurückkehrte, wollte er Roosevelt berichten, was ihm aber unmöglich gemacht wurde; auf seinen schriftlichen Bericht erhielt er niemals Antwort. Die Haltung Roosevelts war offensichtlich darauf zurückzuführen, daß inzwischen das Drängen der englischen Opposition seine Wirkung ausgeübt hatte[65a]). Auch Bundesrichter Felix Frankfurter berichtet in einer Gedächtnisrede auf Roosevelt, daß dieser spätestens nach dem Bericht von Sumner Welles über seine Europareise zur Überzeugung gekommen sei, „daß die vollständige Niederlage des Nationalsozialismus für die Erhaltung unserer Institutionen lebenswichtig sei".

Nach diesen Tatsachen ist es einfach lächerlich von Schacht, zu behaupten, daß Deutschland etwas versäumt habe. Er vergißt, daß Roosevelt schon am 29. Mai 1939 Benesch gegenüber auf die Frage nach der Haltung der amerikanischen Staaten den Kriegsausbruch für jeden Tag nach dem 15. Juli 1939 prophezeit und ihm bekannt hat, daß die USA am Kriege teilnehmen würden, weil Europa allein Adolf Hitler nicht besiegen könne.

Nach dem Sieg über Frankreich wird Hitler in Berlin von den Ministern und Parteigrößen empfangen. Schacht wird ebenfalls aufgefordert an der Begrüßung teilzunehmen. Da ihm dieser Vorfall in Nürnberg auch vorgehalten wurde, ist es interessant Schachts entsprechende Verteidigung kennenzulernen. Er sagte:

„Da ich zu dieser Zeit in Berlin war, konnte ich mich unmöglich dieser Aufforderung entziehen. Es war im Jahre 1940 und der Konflikt zwischen Hitler und mir bestand ja schon lange. Es wäre geradezu ein Affront gewesen, wenn ich zu Haus geblieben wäre . . . Hitler hat mich angesprochen, eine der merkwürdigsten Szenen meines Lebens. Wir standen alle aufgereiht und Hitler ging ziemlich rasch an verschiedenen Leuten vorbei, und als er mich sah, kam er mit triumphierendem Lächeln auf mich zu, streckte mir die Hand entgegen in einer freundlichen Weise, wie ich sie lange nicht erfahren hatte und sagte zu mir: Nun Herr Schacht, was sagen Sie nun? Und erwartete natürlich, daß ich ihm einen Glückwunsch oder die Bewunderung oder etwas mitteilen würde und auf diese Weise zugeben würde, daß ich selbst mit meinen ‚Protesten' über den Krieg — unrecht gehabt hätte. Es war für mich außerordentlich schwer einer solchen Antwort zu entgehen und suchte nach einem Ausdruck, um das nicht auszudrücken — und erwiderte nur: Ich kann Ihnen nur sagen, Gott schütze Sie. Das ist die einzige bemerkenswerte Unterhaltung, die ich an diesem Tage gehabt habe. Ich glaube, ich konnte mich nicht besser von ihm distanzieren, als durch eine solche völlig belanglose und neutrale Bemerkung."

Wir müssen uns nur wundern, daß der so christliche Schacht den Hitler gegenüber geäußerten Wunsch: „Gott schütze Sie" als „völlig belanglose und neutrale Bemerkung" bezeichnet.

Interessant ist eine Tagebucheintragung von Hassells vom 3. September 1941, wonach dieser glaubt, daß sich Schacht immer noch zur Verfügung stellen würde, wenn Hitler ihn zu nehmen wüßte, es sei denn, daß Schacht das Schiff für hoffnungslos leck ansähe.

Im November 1942 veranlaßt ihn der fehlgelaufene Entwurf über die Einziehung 15jähriger Schüler zum Flakdienst, einen Brief an Göring zu schreiben, in dem er kritische Ausführungen zu den Kriegsaussichten macht. Schacht erhält auf diesen Brief hin auch die definitive Entlassung aus seinem Amt als Minister ohne Portefeuille.

Da von Göring die Verweisung aus dem preußischen Staatsrat damit begründet wird, daß Schachts Defaitismus die Widerstandskraft des deutschen Volkes untergrabe, bezeichnet Schacht in Nürnberg diese Begründung als amüsant deswegen, weil ein verschlossener Brief von ihm an Göring ja unmöglich die Widerstandskraft des deutschen Volkes ruinieren könnte. Aus der Antwort erweist sich ein großer Irrtum aller Widerständler, denn die gleiche Haltung, die sie in ihren Äußerungen in verschlossenen Briefen einzunehmen beliebten, nahmen sie auch gegenüber ihrer Umgebung ein. Schacht bekannte z. B. offen in Nürnberg, daß er den ganzen Krieg über jeden General bearbeitet habe, dessen er habhaft werden konnte[66]).

Welche verheerende Wirkung diese Methode hatte, brachte Jodel in seinem Tagebuch mit folgender Stelle treffend zum Ausdruck:

„Und da die Wasser von oben nach unten fließen, erwächst aus dieser Miesmacherei des Generalstabes nicht nur unter Umständen ungeheuerer politischer Schaden — denn den Gegensatz der Auffassung der Generäle und des Führers pfeifen die Spatzen von den Dächern — sondern die Gefahr auch für die Stimmung der Truppe!"

Die Auswirkungen zeigten sich ja am 20. Juli 1944 und besonders danach an der mangelnden Widerstandskraft in breitesten Kreisen der Wehrmacht und der Bevölkerung.

In Nürnberg berichtete Schacht noch von einer weiteren Verbindung zu den Verschwörern, welche er über den General der Artillerie, Lindemann, aufgenommen habe. Allgemein ist aus der Widerstandsliteratur wenig über diese von Schacht sehr breit ausgeführte Aktion zu erfahren. Wenn ich überhaupt darauf eingehe, so deswegen, weil sich gerade an diesem Falle zeigt, daß sich Schachts Tätigkeit darauf beschränkte, Andere zum Attentat aufzuhetzen. Schacht ließ in seinem Stuttgarter Entnazifizierungsprozeß durch den Obersten Gronau folgendes vortragen:

„Am 21. April 1944, als General Lindemann wieder von der Front in Dienstgeschäften in Berlin war, kamen Lindemann und Schacht unter sechs Augen mit mir zusammen. Schacht nahm die Gelegenheit wahr, um General Lindemann so scharf zuzusetzen und ihn und seine Kameraden zu höchster Eile anzuspornen, daß ich ernstlich die Gefahr eines persönlichen Zusammenstoßes befürchtete und vermittelnd dazwischen trat, um eine Pause bat, da Schacht in seiner begreiflichen Erregung die Generalität wegen ihrer

schlappen Haltung so heftig angriff und kritisierte, daß ich befürchten mußte, Lindemann würde sich zu stark selbst getroffen fühlen."

Als nach dem 20. Juli General Lindemann anläßlich einer Schießerei mit den Beamten des Sicherheitsdienstes verwundet und anschließend verhaftet wurde, bangte Schacht, daß Lindemann gegen ihn aussagen könnte. Man kann beim Lesen der Schachtschen Erzählung über diesen Vorgang buchstäblich dessen Aufatmen verspüren, als er den Tod Lindemanns erfuhr. Auch im Falle Witzleben ließ Schacht bezeugen, daß dessen Entschluß, sich nach seiner Pensionierung nochmals der Widerstandsbewegung anzuschließen, im wesentlichen auf seine Einflußnahme zurückzuführen war.

Am 17. Juli 1944 will er durch Gronau Kenntnis erhalten haben, daß das Attentat in wenigen Tagen stattfinden würde, und er sei dann nach München gefahren. Bei diesem „ruhigen Gewissen" scheint es also nicht weither gewesen zu sein mit der praktischen Mitarbeit an der Tätigkeit der wirklich aktiven Verschwörer[66a]) [66b]).

Bevor wir selbst die nötigen Schlußfolgerungen aus Schachts Verhalten ziehen, wollen wir zuvor noch hören, was der Ankläger in Nürnberg von diesem Verhalten eines Regierungsmitgliedes gegenüber seinem Staatschef hielt, indem wir dessen Zwiegespräch mit Schacht im Originalwortlaut bringen:

F.: Nicht ganz 10 Jahre haben Sie ein Amt angenommen und behalten unter diesem Regime, nicht wahr?

A.: Vom 17. März 1933 bis 21. Januar 1943.

F.: Und soweit ich Sie verstehe, haben Sie sich während dieser Zeit, mindestens einem Teil dieser Zeit von Hitler getäuscht gefühlt, und während der ganzen Zeit täuschten Sie Hitler?

A.: Ich glaube, daß wenigstens in den ersten Jahren ich Hitler nicht betrogen habe. Ich habe ihn erst betrogen von 1938 an, bis dahin habe ich ihm meine Meinung stets gesagt, habe ihn nicht betrogen, im Gegenteil.

F.: Was wird dann aus Ihrer Erklärung, daß Sie in seine Regierung eintraten, um die Bremse auf dies Programm zu setzen? Haben Sie ihm das erzählt?

A.: O nein, aber ich habe ihn ja nicht betrogen, ich konnte so etwas nicht tun, denn dann würde er mich ja nicht zugelassen haben, aber ich habe ihn nicht getäuscht.

F.: Wußte er von Ihrem Zweck, als Sie in die Regierung eintraten, dem Zweck, sein Programm durch Sabotage zu vereiteln?

A.: Ich sagte nicht, daß ich wünschte, daß sein Programm scheiterte, ich sagte nur, daß ich es in geordnete Bahnen lenken wollte.

F.: Sie haben doch gesagt, daß Sie die Bremse aufsetzen wollten, haben Sie diesen Ausdruck gebraucht?

A.: Jawohl.

F.: Um zu verlangsamen?

A.: Jawohl.

F.: Und er wünschte es zu beschleunigen, nicht wahr?

A.: Jawohl, vielleicht.

F.: Und Sie wünschten niemals, daß er wissen sollte, daß Sie in seine Regierung nur zu dem Zweck eingetreten waren, sein Aufrüstungsprogramm zu verlangsamen, nicht wahr?

A.: Ich brauchte ihm nicht zu sagen, was ich dachte. Ich betrog ihn nicht. Ich konnte ihm doch nicht sagen, was ich dachte. Ich habe ihm nichts Falsches gesagt. Er hat es mir ja auch nicht gesagt. Aber ich habe ihn getäuscht erst von 1938 ab.

F.: Ich frage Sie nicht nach einem politischen Gegner, ich frage Sie nach dem Mann, in dessen Regierung Sie eintraten und dessen Mitglied Sie wurden?

A.: Jawohl.

F.: Man sagt seinem Gegner nichts. Aber es ist üblich in Deutschland, daß Mitglieder einer Regierung beitreten mit der Absicht, das Programm des obersten Chefs niederzuschlagen?

F.: Ist Ihnen je eingefallen, daß ein Rücktritt der gerade Weg sein konnte, um Ihren Protest zum Ausdruck zu bringen gegen diese Dinge, welche Sie mißbilligten?

A.: Nein, ich nahm an, daß eine Resignation nicht das Mittel war, um diese Dinge durchzusetzen, die getan werden sollten, und ich habe es auch sehr bedauert, daß Beck zurücktrat.

F.: Sie fühlten, daß es richtiger gewesen wäre, wenn Beck auf seinem Posten geblieben und dem Staatsoberhaupt gegenüber loyal gewesen wäre?

A.: Absolut.

F.: Und auf alle Fälle haben Sie es in jeder Weise fortgesetzt, während der ganzen Periode bis zum Fall Frankreichs sich als einen Teil der Regierung darzustellen und sind ein Teil des Regimes geblieben?

A.: Ich habe mich selbst nie als ein Teil des Regimes gefühlt, denn ich war ja dagegen. Aber ich habe selbstverständlich vom Herbst 1938 an auf meinen eigenen Rücktritt hingearbeitet, sobald ich sah, daß Hitler die Rüstung nicht abstoppte, sondern weitertrieb.

F.: Wann haben Sie begonnen für Ihren eigenen Rücktritt zu arbeiten?

A.: Also nach München, nachdem wir sahen, daß ein Aufhören der Rüstung durch Hitler von uns nicht mehr erwartet werden konnte. Da haben wir angefangen, uns innerhalb der Kreise des Reichsbankdirektoriums darüber klar zu werden, daß wir einen Kurs der weiteren Aufrüstung nicht mehr mitmachen könnten.

F.: Und alle diese Ereignisse, die Sie selbst nicht billigten, waren niemals von genügendem Gewicht zu Ihrem Rücktritt und um Ihren Namen aus diesem Regime fortzunehmen. Sie haben fortgesetzt zu gestatten, daß

Ihr Name verwendet wurde zu Hause und im Ausland trotz Ihrer Mißbilligung von dem Einfall in Polen?

A.: Ich bin nie um eine Erlaubnis dazu gefragt worden und habe diese Erlaubnis nie gegeben.

F.: Alle diese Dinge — Angriffskriege gegen Polen, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Jugoslawien, Griechenland, Sowjetunion usw. — geschahen im ausländischen Gebiet, während Sie als Minister ohne Beschäftigungsbereich in der Hitlerregierung waren; stimmt das nicht?

A.: Ja, ich wünsche jetzt etwas hinzuzufügen, von Dutzenden von Zeugen, die hier aufgetreten sind, und von mir selbst haben Sie immer wieder gehört, daß es mir unmöglich war, einseitig aus diesem Staat auszutreten, wenn ich von einem Staatsoberhaupt eingesetzt werde als Minister, muß ich auch mit seiner Unterschrift wieder abgesetzt werden. Es ist ferner erzählt worden, daß ich zu verschiedenen Zeiten versucht habe, dies Amt wieder abzutreten. Ich kann Ihnen neben Beweisen von diesen Zeugen, auch zweifellos Beispiele bringen, daß Hitler nicht genehmigte, wenn jemand von seinem Amt abtrat. Ich bin nicht aus Vergnügen geblieben, sondern ich bin geblieben, weil hier keine andere Möglichkeit war, außer mit einem Krach aus dem Ministerium auszuscheiden, und diesen Krach habe ich alle Augenblicke versucht herbeizuführen, bis es mir schließlich im Januar 1943 gelungen ist, um dann mit einiger Lebensgefahr aus dem Amt zu verschwinden.

F.: Sie haben keinen offiziellen Bruch mit Hitler gehabt, so daß Sie nicht vollkommen aus dem Amt waren, bis die Offensive in Rußland niederzubrechen begann und die deutsche Armee im Rückzug war und auch nicht bis die Alliierten in Nordafrika gelandet waren?

A.: Der Brief, durch den ich den letzten erfolgreichen Krach herbeigeführt habe, datiert vom 30. November 1942. Der Krach und seine Erfüllung datiert vom 23. Januar 1943, weil Hitler und Göring 7 Wochen gebraucht haben, um sich über die Konsequenz meines Briefes klar zu werden.

F.: Ihr Brief zeigt doch klar, daß das Schiff im Sinken begriffen war, Sie dachten, daß der Krieg verloren war.

F.: In der Zwischenzeit, während Sie als Minister ohne Geschäftsbereich blieben, haben Sie die Offiziere und Generäle ermutigt, einen Landesverrat gegen das Staatsoberhaupt zu begehen? Weil Sie dachten in Gefahr zu kommen durch Zurücktritt?

A.: Ich habe nicht vor einer drohenden Lebensgefahr resigniert, denn ich bin ja von 37 an in ständiger Lebensgefahr gestanden. Ihre Frage, daß ich eine Menge von Generälen veranlaßt habe zum Hochverrat, bejahe ich.

F.: Sie versuchten auch Mörder zu bekommen, um Hitler zu ermorden?

A.: Ich muß gestehen, daß ich später gesagt habe, „wenn es nicht anders geht, müssen wir diesen Mann umbringen, wenn es möglich ist.

F.: Sagten Sie: „Ich muß ihn töten" oder haben Sie gesagt: „Jemand anders muß ihn töten?"

A.: Wenn ich die Gelegenheit gehabt hätte, hätte i c h ihn umgebracht ...

F.: So, Dr. Schacht, müssen wir Ihre Aussage in dem Licht der Tatsache sehen, daß Sie persönlich während einer langen Zeit einen Kurs verfolgt haben von Sabotage Ihrer eigenen Regierung, und das war Hochverrat gegen das Staatsoberhaupt. Sie machten das lieber, als ganz aus Ihrem Amte auszuscheiden?

Ankläger Justice Jackson wird daher bei den meisten Angeklagten ein Gefühl der inneren Befriedigung ausgelöst haben, als sie folgenden Teil seines Plädoyers zum Falle Schacht hörten:

„Schacht kämpfte immer um seine Stellung in dem Regime, das er jetzt zu verachten vorgibt. Er hatte manchmal Streit mit seinen Nazibundesgenossen darüber, was dienlich sei, um ihre Ziele zu erreichen. Gegen das Ziel selbst jedoch hatte er nie etwas einzuwenden. Als das Ende des Regimes heraufdämmerte und er sich mit ihm entzweite, geschah dies aus taktischen und keineswegs aus grundsätzlichen Erwägungen. Von dieser Zeit an unterließ er es nicht, andere zu drängen, Stellung und Kopf zu riskieren, um seine Absichten zu fördern, setzte aber bei keiner Gelegenheit seinen Kopf aufs Spiel. Er prahlt jetzt damit, daß er Hitler persönlich erschossen hätte, aber ihm wäre keine Gelegenheit dazu geboten worden ... Die deutsche Wochenschau zeigt, daß sogar nach dem Zusammenbruch Frankreichs, als er den lebenden Hitler von Angesicht zu Angesicht sah, er sich darum bemühte, d i e Hand zu ergreifen, welche er jetzt zu verabscheuen vorgibt, und an den Lippen jenes Mannes hing, von dem er heute behauptet, er habe ihn für unglaubwürdig gehalten. Schacht sagt, daß er die Hitlerregierung ständig sabotiert hätte. Der unerbittlichste Geheimdienst der Welt konnte jedoch nicht entdecken, daß er diesem Regime irgendwelchen Schaden zufügte bis zu dem Zeitpunkt, an dem er wußte, daß der Krieg verloren war und das Schicksal der Nazis besiegelt war. Schacht, der darin groß war, sich eine Hintertür offenzulassen, achtete immer darauf, behaupten zu können, daß er in beiden Lagern stand. Seine Verteidigung erweist sich bei genauer Untersuchung ebenso trügerisch, wie sie auf den ersten Blick überzeugend ist. Schacht stellt den gefährlichsten und verwerflichsten Typ des Opportunisten dar, jenen Typ eines Mannes in einflußreicher Stellung, der bereit ist, einer Bewegung, von der er weiß, daß sie ungerecht handelt, beizutreten, nur weil er glaubt, daß sie siegt."

Wir aber schmunzelten, als wir Horst Lommers Gedicht über Schacht lasen, wenn wir auch nur die beiden letzten Zeilen uneingeschränkt unterschreiben können:

„Was haben Sie sich gedacht,
Herr Schacht?
Ich sehe Sie noch ganz genau
in der Wochenschau

bei der Grundsteinlegung zu irgend einem Reichsbankbau,
am Bratenrock die Nadel der NSDAP,
und da schwärmten Sie von der Führeridee
und dem ewigen Reich, das Sie herbeiintrigierten,
dessen blutige Rüstung Sie finanzierten.
Sie wirkten so harmlos, so bieder und treu
in Ihrem hohen weißen Kragen
und wußten mit Zartheit und Ehrfurcht und Scheu
die Pauke des Führers zu schlagen.
Wenn so ein feiner, älterer Herr für Hitler kämpfte,
wie das das Gewäsch der Meckerer dämpfte!
Ihr Wesen und Bild
war ein Aushängeschild
für die „friedlichen" Zwecke des Reichskabinetts.
Sie sahen gewöhnlich
aus wie das bürgerliche Sittengesetz
persönlich.
Dabei haben Sie Devisen aufgespeichert
und sich selbst am „Aufbruch der Nation" bereichert.
So ein Ministergehalt ist nicht zu verachten,
wenn man es zehn Jahre lang bezieht.
Daß es zum Schluß anders kam, als Sie dachten,
ist ein anderes Lied.
Sie rochen den Braten früher als die dummen Generale,
denn Sie hatten ja das Einmaleins gelernt.
Drum haben Sie sich aus dem brennenden Nibelungensaale
rechtzeitig entfernt.
Aber daß Sie Hitler den Steigbügel hielten
und lustig mit ihm „Führerstaat" spielten,
daß Sie mitschaufelten an Deutschlands Grab,
davon beißt die Maus keinen Faden ab."

Wie wir uns überzeugen konnten, bestand der Widerstand Schachts praktisch nur darin, aus rein persönlichen Motiven Andere gegen das Staatsoberhaupt aufzuhetzen, weil ihn dieses seines unmöglichen Verhaltens wegen mattgesetzt hatte. Wenn wir einen passenden Vergleich gebrauchen wollen, um die Bedeutungslosigkeit dieses Schacht'schen Widerstandes im Verhältnis zur Größe des Geschehens jener Zeit in seiner ganzen Lächerlichkeit darzustellen, so können wir dies nicht besser, als wenn wir ihn in Vergleich setzen zu jenem Widerstand, den er in seinem Buche schildert, als er den Wachtposten in Nürnberg für ein Autogramm jeweils eine Zigarette als Gegenwert abverlangte, um — dem Unwesen der Autogrammbettelei zu steuern.

Mit vorstehenden Ausführungen sollte aber lediglich der Umfang der Schacht'schen Widerstandstätigkeit insoweit bagatellisiert werden, als er

ihn in Nürnberg zu seiner Entlastung vorbrachte. Denn wenn Schacht davon überzeugt war, daß Hitler ein Verbrecher war und dessen ganzes Handeln das deutsche Volk ins größte Unglück stürzen würde, so hätte er gerade am ehesten die Pflicht und am allerleichtesten mehrmals Gelegenheit gehabt, Hitler umzubringen. Aber dabei wäre er ja ein Risiko eingegangen und das wollte er nicht, weil es nach seiner Behauptung viel wichtiger war, daß er weiter lebte. Aber alle diejenigen, die davon überzeugt waren, daß Hitler ein Verbrecher war, werden sicher auch der Auffassung sein, daß jede Minute, die Hitler früher umgebracht wurde, wertvoller war als jede Minute, die Schacht länger lebte. Alles was Schacht gegen diese klare Auffassung vorbringt, muß als seichtes Geschwätz bezeichnet werden.

Man kann daher nur bedauern, daß anscheinend nicht nur die Nürnberger Richter, sondern auch diejenigen der Spruchkammern auf seine Spitzfindigkeit hereingefallen sind.

Wenn es irgendjemand verdient hätte, verurteilt zu werden, so war dies Schacht. Und zwar hätte er verurteilt werden müssen vom Standpunkt der Nürnberger Richter, vom Standpunkt der Spruchkammergerichte und vom Standpunkt des wirklichen Deutschland aus.

C. EIN „HAUPTSCHULDIGER“

Ein großer Teil des Volkes hatte sich immer Gedanken darüber gemacht, daß Hitler trotz seiner zahlreichen außenpolitischen Erfolge sich so sehr über die Haltung täuschen konnte, welche England einnehmen würde. Wir wollen daher dem Ratschlag von Gisevius folgen, den dieser in seinem Buche im Zusammenhang mit dieser Frage erteilt:

„Dagegen sollten sich die Psychologen recht ausführlich mit der geheimen Geschichte dieser drei Tage beschäftigen. Wer hätte damals für möglich gehalten, daß Hitler bis zum letzten Augenblick nicht an eine englische Kriegserklärung glauben wollte? Wer hätte jene tiefen Depressionen für denkbar gehalten, die die Nachricht hiervon in der Reichskanzlei auslöste? Hitlers Bild wird einstmals von den Historikern gerade im Lichte jener Stunden gesehen werden müssen, in denen der „Hellsichtige, der Mann der traumwandlerischen Sicherheit“ fassungslos war und seine Unruhe der ganzen Umgebung verwirrend und lähmend mitteilte.“

Wenn auch die „Fassungslosigkeit“ von Herrn Gisevius hier übertrieben dargestellt wird, so steht doch fest, daß Hitler keinesfalls mit einem englischen Eingriff gerechnet hatte. Es sind uns zahlreiche Äußerungen aus den letzten Tagen vor Kriegsausbruch überliefert, aus denen zu entnehmen ist, daß er bis zuletzt nicht daran glaubte, insbesondere jene Rede vom 22. August, die er vor höchsten Offizieren auf dem Obersalzberg hielt. General von Vormann, der Verbindungsoffizier des Heeres bei Hitler in den letzten Augusttagen, schreibt:

„Trotz aller offiziellen Noten wollte Hitler nicht an einen Krieg mit England und Frankreich glauben, er rechnete fest damit, freie Hand gegen Polen zu bekommen. In seinen Gesprächen zerrte er alle nur möglichen Dinge als Beweis für die Richtigkeit seiner Auffassung heran und wiederholte sie immer wieder in neuen Variationen.“

Auch Reichsaußenminister von Ribbentrop hatte, obwohl man ihm immer wieder das Gegenteil unterstellt, Hitler gegenüber wenig Zweifel gelassen, daß England die erstbeste Gelegenheit benützen würde, um sich mit Deutschland auseinander zu setzen.

Wenn sich trotzdem der „Hellsichtige“, dessen traumwandlerische Sicherheit Herr Gisevius so sehr rühmt, so außerordentlich irrte, so war dies für den Durchschnittspolitiker wohl ein Rätsel, aber nur ein scheinbares, min-

destens aber nur ein vorübergehendes, das wie jedes Rätsel unbedingt gelöst werden konnte. Ich habe in meinem Buche „Der ekle Wurm der deutschen Zwietracht" auf Grund der mir bis dorthin bekannten Literatur und der gesamten Umstände die Schlußfolgerung gezogen, daß bei der Entscheidung Englands für den Krieg Ende August 1939 die feste Zusage der deutschen Verschwörer, gegen Adolf Hitler im Falle eines Angriffes auf Polen einen Putsch zu starten — ihn entweder zu verhaften oder zu beseitigen —, den entscheidenden Ausschlag gegeben haben muß. Nunmehr kann ich den endgültigen Beweis vorlegen, indem ich jenes Geständnis zitiere, daß der sehr ehrenwerte Mister Chamberlain — der also für die Kriegserklärung an Deutschland wenigstens formal verantwortliche Premierminister — am 10. September 1939 in seinem Tagebuch niedergelegt hat, in dem er schrieb:

„Was ich erhoffe, ist nicht der militärische Sieg — ich zweifle sehr, ob er möglich ist —, aber einen Zusammenbruch der deutschen inneren Front."[67])

Nun erklärt sich auch das psychologische Rätsel, daß sich der seinem ganzen Wesen nach gegen den Krieg eingestellte Chamberlain trotzdem für die Kriegserklärung entschloß, weil ihm eben die Opposition vorhalten konnte, daß dieser Krieg im Hinblick auf die Versprechungen der Verschwörer gar kein Risiko sei, ja daß er mit Hitlers Tod sogar schon zu Ende sei. Angesichts des sehr ehrenwerten englischen Grundsatzes „Wright or wrong — all my country" kann man ihm beim besten Willen nicht verübeln, daß er seine „kurzsichtige" Auffassung vom Herbst 1938 über den „Wert" der deutschen Verschwörung revidierte und sie nunmehr in dem folgenschweren Entschluß der Kriegserklärung realisierte. Er wußte doch aus der deutschen Geschichte, daß sich schon einige Deutsche finden würden, die ihren Führer eines Tages bestimmt umbringen würden.

Deswegen konnte Churchill am 21. April 1942 so verächtlich sagen:

„Sprechen wir nicht abfällig über den Premierminister Chamberlain, er ist der einzige Premierminister, der, als er vor die Wahl zwischen Schmach und Krieg gestellt wurde, beides wählte."

Es steht also fest, daß England nicht mit einem militärischen Sieg gerechnet hat, und da man bekanntlich normalerweise einen Krieg nicht erklärt, wenn man nicht von Siegeszuversicht erfüllt ist, ist damit eindeutig bewiesen, daß der hellsichtige Hitler doch richtig handelte, als er mit einem Stillhalten Englands rechnete. Wenn England die Zusicherungen der Verschwörer so hoch bewertete, so deswegen, weil tatsächlich namhafte Persönlichkeiten zu ihrem Kreis gehörten. Es waren immerhin zwei Generalstabschefs des deutschen Heeres, wenn auch ein abgebauter dabei war, es waren der höchste Chef der Abwehr — Herr Canaris, ein früherer Oberbürgermeister — Herr Dr. Gördeler, ein früherer Botschafter — von Hassell, ein Finanzminister — Professor Popitz, ein aktiver Staatssekretär — von Weizsäcker, und zwei Legationsräte — die Brüder Kordt, dabei und man stelle sich vor — als Führer des Ganzen, als Kreis im Kreis, als Herz — ein aktiver Reichsminister — unser Herr Dr. Schacht!

Die Londoner Vierteljahreszeitschrift „Contakt" schreibt daher ganz richtig:

„Was der Verschwörung damals einen so ungewöhnlichen politischen ausländischen Kredit eintrug, war der Eindruck von massiver Solidität, der von ihr ausging. Es war eine Verschwörung von Honoratioren. Die Verschworenen waren Männer, die alle hohe Staatsämter verwaltet hatten oder noch verwalteten. Unvoreingenommene und erfahrene ausländische Beobachter konnten sich des Gefühls nicht erwehren: ‚Natürlich! Dies ist endlich wieder eine authentische deutsche Regierungsschicht'." Auf das Versprechen dieser Honoratioren hin entschied sich England für den Krieg, und so hellsichtig war nun wieder Hitler doch nicht, daß er damit rechnen konnte, daß eine folgenschwere Entscheidung um den Weltfrieden zu ungunsten Deutschlands von eigenen Deutschen beeinflußt werden könnte. Diese Verschwörer hatten nämlich eine Tarnkappe auf, das war die Tarnkappe der maßlosen Scheinheiligkeit und Liebedienerei, unter deren Deckmantel sie immer wieder ihrem Staatsführer Ergebenheit und Treue bekannten, und der Hemmungslosigkeit, mit der sie Treue und Eide brachen, und zwar, wie ich nicht nur im Falle Schacht, sondern in allen maßgebenden Fällen zweifelsfrei nachweisen kann, aus dem rein persönlichen Motiv des Hasses, aus irgendeiner persönlichen Zurücksetzung heraus.

Ribbentrop schreibt in seinem Buche „Zwischen London und Moskau"[68]):

„Es besteht heute kein Zweifel mehr, daß England in den letzten beiden Augusttagen die Möglichkeit gehabt hätte, durch einen Wink in Warschau die Krise und damit die Kriegsgefahr zu beseitigen. Daß die britische Regierung das bewußt nicht tat, zeigt, daß England zum Krieg entschlossen war. Wir wußten damals allerdings noch nicht, daß man in London auf die bereits erwähnte Verschwörergruppe von maßgebendsten deutschen Militärs und Politikern rechnete, und damit zu einem leichten Sieg über Deutschland zu kommen hoffte. Diese Verschwörerkreise haben daher einen entscheidenden Anteil am Ausbruch des Krieges. Sie haben alle unsere Bemühungen, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, in den letzten Augusttagen vereitelt und bei der englischen Kriegsentscheidung wahrscheinlich den Ausschlag gegeben."

Ferner hat sich Reichsminister Walter Funk in Nürnberg geäußert:

„Nach den Aussagen, die der Zeuge Gisevius hier gemacht hat, ist aber nun wohl allen und aller Welt klar geworden, daß England damals nichts getan hat, um auf Polen beschwichtigend und vermittelnd einzuwirken, denn wenn die englische Regierung erfuhr, daß in Deutschland eine Verschwörung bestand, an der der Chef des Generalstabs, der Chef des Oberkommandos des Heeres, der Chef der deutschen Rüstung und andere hohe Militärs und Generäle beteiligt waren, und daß im Fall eines Krieges ein Umsturz vorbereitet war, so wäre ja die englische Regierung töricht gewesen, wenn sie etwas in Bezug auf die Besänftigung und Vermittlung Polens getan hätte. Die englische Regierung mußte nunmehr der Überzeu-

gung sein. daß, wenn Hitler zum Krieg schritt, der Putsch kam, der Aufruhr kam, der Umsturz kam, und es also erstens keinen Krieg gab und zweitens das verhaßte System der Hitlerregierung beseitigt werden konnte, mehr konnte man nicht verlangen."

Ohne diese Zusage der Verschwörer hätte England in Anbetracht der ihm selbst am besten bekannten Schwächen seiner Rüstung Deutschland niemals den Krieg erklärt, und das konnte auch Hitler trotz seiner traumwandlerischen Sicherheit nicht wissen. Es dürfte nach diesem klaren Beweis für keinen Deutschen mehr einen Zweifel geben, wer nun wirklich die Schuld am Kriegsausbruch hatte. Chamberlain, der uns diesen Beweis hinterließ, hat uns aber noch das sehr interessante Bekenntnis hinterlassen, das uns der amerikanische Kriegsminister Forrestal in seinem Tagebuch überlieferte und wonach Chamberlain noch vor seinem Tode dem amerikanischen Botschafter Kennedy in London bekannte, „daß Amerika und das Judentum England in den Krieg gestoßen hätten". Ich muß es dem deutschen Volke überlassen, wie es in Anbetracht dieser Tatsachen über die Tätigkeit der Verschwörer urteilt. Wir begreifen daher auch, warum Schacht seine ganze Spitzfindigkeit aufzuwenden versucht, um seine Beteiligung in Abrede zu stellen.

Damit, daß die Verschwörer durch solche Versprechen überhaupt erst den Krieg heraufbeschworen, ist aber ihre Schuld noch nicht erschöpft. Vom Bruch des Eides und der Treue ist es nämlich nicht sehr weit zum Bruch des Versprechens, und so wie sie ihrem Staatsoberhaupt den Eid und die Treue brachen, so haben sie auch ihren Freunden in England das Versprechen gebrochen und haben weder den zugesagten Putsch noch das zugesagte Attentat durchgeführt. Daher kam es auch, daß die Alliierten aus Enttäuschung über diesen Bruch der Versprechung keinerlei Rücksichten mehr auf die Einflüsterungen aus deutschen Widerstandskreisen nahmen. Es sind daher alle Vorwürfe unberechtigt, die den Führern der Alliierten aus deren eigenen Reihen gemacht werden, weil sie der deutschen Widerstandsbewegung nicht nur keine Hilfe zuteil werden ließen, sondern auch bei der Behandlung Deutschlands keine Rücksicht mehr auf den angeblich so umfangreichen Widerstand eines großen Teiles des deutschen Volkes nahmen. Wie weit die englische Führung in ihrer Ablehnung dieser Verschwörer ging, ist aus einer Antwort zu ersehen, welche am 20. September 1943 der in höherer Position sich befindliche Engländer J. Lonsdale Bryans erhielt, der mit von Hassell in der Schweiz in Verbindung und die englische Regierung um Zusammenarbeit mit der von diesem vertretenen Widerstandsbewegung bat. Der Unterstaatssekretär des Foreign Office ließ ihm durch seinen Privatsekretär mitteilen, daß „es nicht in der Politik der Regierung Seiner Majestät liege, irgendwelchen Kontakt mit deutschen Staatsbürgern zu billigen und auch die Erneuerung irgendwelcher Kontakte mit Charles (von Hassell) nicht als im nationalen Interesse liegend erachte."

Bryans fügt noch enttäuschend hinzu, daß man in der höheren Beamtenschaft des Foreign Office Hassell und seine Verbündeten als Verräter betrachte.

Ich könnte noch zahlreiche Beweise — außer den bereits in meinem Buch „Der ekle Wurm der deutschen Zwietracht" vorgelegten — aufführen, daß man in den feindlichen Ländern nicht das geringste Verständnis für die Haltung der Verschwörer hatte und diese sogar verachtete. Daß es überhaupt noch zum Attentat selbst kam, ist lediglich der ungeheueren Fülle des aufgespeicherten Hasses zu verdanken, und auch hierbei ist es wiederum interessant, daß die eigentlichen Drahtzieher sich fein säuberlich im Hintergrunde hielten und die gefährliche Arbeit tatbereiten jungen Offizieren überließen, die sie durch ihre spitzfindigen Lügen zu einer Tat verführten, welche zu jener Zeit völlig sinnlos war. Schacht hat ja zugegeben, daß er immer wieder zum Attentat drängte, und gerade deshalb muß es als eine bodenlose Unverschämtheit angesehen werden, wenn er sich später in seinem Buche „Abrechnung mit Hitler" eine derart abfällige, wenn auch sachlich richtige Kritik über die Organisation des 20. Juli 1944 abzugeben erdreistet[69]).

Es liegt eine tiefe Tragik darin, daß diese jungen tatbereiten Offiziere erst vor dem Volksgerichtshof erkannten, daß man sie getäuscht hatte und daß es nicht so war, wie sie glaubten, daß sie eine Tat für das Vaterland gewagt hatten. Das zeigt auch deutlich die Äußerung des Oberstleutnants R. Bernardis, der bei der Verhandlung des Volksgerichts mit dem Blick auf die Generäle meinte:

„Es trifft mich hart, daß Graf Stauffenberg durch eine Kugel fallen durfte, und daß wir mit diesen hier zusammen am Galgen sterben sollen."

Eine ähnliche Äußerung des Hauptmanns Klausing habe ich in meinem früheren Buch zitiert. Wenn diese Männer seinerzeit sterben mußten, so ist es mehr als bedauerlich, daß sich bis heute noch kein Staatsanwalt gefunden hat, der wenigstens Herrn Schacht für seine Anstiftung zum Mord zur Rechenschaft zieht, zumal ja in Rastenburg und Berlin genug Unschuldige sterben mußten. Den Hochverrat glaubt Schacht in seinem Buch ohne weiteres zugeben zu müssen, ich glaube aber, daß das deutsche Volk mit mir der Meinung ist, daß er den Landesverrat zu Unrecht vergißt, denn wenn Herr Halder durch seinen Verteidiger in seiner Spruchkammerverhandlung erklären ließ, daß das, was er gemacht habe, klarer Hoch- und Landesverrat sei, so ist nicht einzusehen, daß das Gleiche, das Herr Schacht gemacht hat, nicht auch als Landesverrat anzusehen sein soll. Mögen auch die Alliierten nach dem Zusammenbruch die Strafbestimmungen über Landesverrat außer Kraft gesetzt haben — sie wußten bestimmt, warum sie das taten —, so wird doch Schacht seiner endgültigen moralischen Verurteilung durch das wirkliche Deutschland nicht entgehen.

Wahrscheinlich wäre dieses Buch über Schacht nie geschrieben worden, wenn er nach seinen Freisprüchen geschwiegen oder zumindest in seinen

Büchern keine Greuelmärchen und Kriegsschuldlügen aufgetischt hätte. Vielleicht haben aber gewisse Kreise erwartet, daß er das tun würde, sodaß man darin einen plausiblen Grund für die Freisprüche sehen könnte. Vielleicht sind diese aber auch darauf zurückzuführen, daß Schacht wenigstens als Finanzfachmann nie enttäuschte — der gleiche Schacht nämlich, der

1921 im Berliner Tageblatt forderte, auf Zucker, Bier, Wein, Zement und Kali, sowie Kohle und deren Nebenprodukte Ausfuhrmonopole zu errichten, die als Unterlage für ausländische Kredite dienen sollten,

1924 die Mark auf Basis einer Goldwährung stabilisierte und die ausländischen Kredite für die Golddiskontbank und Dawesanleihe organisierte und der

1948 in seinem neuesten Buche „Mehr Geld — Mehr Kapital — Mehr Arbeit" einen Vorschlag machte, dessen Inhalt sich in zwei Sätzen zusamenfassen läßt:

1. ohne Gold keine Weltwährung,
2. der Goldfond in USA ist der gegebene Darleiher von Goldkrediten für die Währungsstabilisierung in Europa im Allgemeinen und in Deutschland im Besonderen.

„Es ist selbstverständlich, daß als Schuldner nur solche Unternehmungen in Betracht kommen, die ‚jede erdenkliche Gewähr' für Verzinsung und Tilgung bieten. Die Sicherheit darf nicht nur im Ruf des betreffenden Unternehmens oder der an ihm beteiligten Person bestehen, sondern sie muß erhöht werden durch Deckung in Hypotheken-Belastung von Fabriken und anderen Grundstücken, in Rohwaren, Fabrikaten usw."

Wenn wir den wirklichen tieferen Sinn des Schacht'schen Vorschlages erkennen wollen, dann müssen wir das Kapitel „Die Gewaltherrschaft des Goldes" in dem Buch des englischen Generals J. F. C. Fuller „Der erste der Völkerbundskriege" lesen, aus dem ich nur den einen Satz zitiere:

„Kurz gesagt, der Goldstandard macht die Welt weder glücklich noch sicher für die Demokratie, sondern er macht sie nur für den internationalen Geldverkehr geeignet. Es ist in der Tat der Schlußstein in dem Bau des Wuchergebäudes."

Ferner müssen wir unter die Lupe nehmen, was Schacht für die Großmacht fordert, für die er seit Vaters Zeiten so schwärmte:

„Nach dem entsetzlichen Mißbrauch von persönlicher Autorität, den wir zu unserem Schrecken erlebt haben, sind wir leicht geneigt, in das extreme Gegenteil der Kollektivberatung zu verfallen. Aber wir wollen nicht vergessen, daß auch im internationalen Völkerkonzert eine Symphonie nur zustandekommt, wenn ein Tüchtiger den Dirigentenstab führt. Seit den Zeiten des römischen Imperiums haben wir zum ersten Mal in der Geschichte wieder die Situation, daß eine Großmacht in der Lage ist, den Dirigentenstab über dem Völkerorchester zu schwingen. Es ist ein Glücksfall ersten Ranges, daß diese Großmacht hierzu nicht nur über die wirtschaftlichen Mittel, sondern auch über das moralische Verantwortungsgefühl

verfügt. Diese Großmacht wird auch in der internationalen Währungsfrage die Führung übernehmen müssen."

Nun wird der Leser selbst beurteilen können, ob sich Schacht wenigstens seinen Freisprechern gegenüber dankbar erwiesen hat. Das deutsche Volk aber wird ihm beweisen, daß er sich trotz seiner spitzfindigen Zauberkunststücke schwer verrechnete und auch als „Null" in die Geschichte eingehen wird. Wir wollen ihm daher den Rat geben, den er sich selbst einmal gab: „Ich werde auf mein Gut gehen und werde mich auf die Schweinezucht beschränken. Schweine sind dankbarer als menschliche Geschöpfe."



Eine fehlgeschlagene Rechnung ...

D. ERKENNTNISSE

Es wäre schade um das Papier, das für dieses Büchlein über Herrn Schacht Verwendung fand, wenn wir nicht die richtigen Kenntnisse und Nutzanwendungen aus seinem Inhalt ziehen würden. Schacht war das Musterexemplar der Verschwörer, die sich bescheiden als „die Elite" der großen Masse der Widerständler bezeichneten, der wir uns zu unserer Überraschung nach der Niederlage gegenüber sahen. Er war der Führer dieser Elite, der Führer seines eigenen Kreises, ja als „Herz" markierte er sogar das trojanische Pferd und ging „mutig" in die Festung der großen Gegner selbst[69a]).

Dieses Musterexemplar, die Elite und die große Masse der Widerständler einschließlich ihrer Mitläufer haben natürlich, da wir seit 1945 in einer Periode leben, in der sowieso alle Begriffe auf den Kopf gestellt sind, zur Rechtfertigung ihrer Taten und Haltung eigene Moraltheorien erfunden. Entweder kämpften sie „ausschließlich nur gegen Hitler" oder kämpften gegen dessen „Unrechtsstaat".

Diese beiden Theorien müssen wir daher etwas unter die Lupe nehmen. Wirklich „ausschließlich gegen Hitler" kämpfte nur einer und das war Graf Stauffenberg, der einzige, der den Mut dazu besaß, und der ist tot. Ihm kann man ruhig den „General" gönnen, zu dem er sich selbst nach dem Attentat beförderte. Mit seiner Tat sich zu brüsten steht den anderen nicht zu. Wenn er deren Werk heute sehen würde, so würde er verzweifeln, wie seine Kameraden Klausing und Bernardis.

Die andern kämpften, wenn sie gegen Hitler kämpften, nicht nur gegen diesen, sondern auch das von ihm geführte deutsche Volk, denn noch niemals in seiner Geschichte stand es so geschlossen hinter seiner Führung wie zu jener Zeit. Dieser Führung war in dutzenden Wahlen und Volksabstimmungen die überwältigende Zustimmung des Volkes ausgesprochen worden und es ist einfach lächerlich, dies bestreiten zu wollen. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß das Volk von ihr nach anderen demokratischen Methoden regiert wurde als diejenigen, die heute als demokratisch b e z e i c h n e t werden.

Wenn Herr Rundfunkintendant Eberhard 1940 in England ein Buch herausgab: „Wie besiegen wir Hitler", so hätte er dies genau so gut nennen können: „Wie besiegen wir Deutschland." Wer das nicht glauben will, der möge aus den in der Anmerkung [70]) aufgeführten Äußerungen entnehmen,

daß unsere Feinde nicht nur gegen Hitler, sondern auch gegen Deutschland Krieg führten, ganz abgesehen davon, daß der Krieg nicht gegen Hitlers Privatarmee, sondern gegen die Armee geführt wurde, die aus den Soldaten des deutschen Volkes bestand. Die Dresdener, die bei dem Angriff auf dieses ‚militärische Ziel' umkamen, waren sicher nicht nur ausgewählte Parteigenossen Hitlers.

Selbst wenn die Verschwörer 1939 ihr Versprechen gehalten und Hitler beseitigt hätten, so wären die Forderungen der Feinde an das seiner Führung beraubte Deutschland trotzdem so gestellt worden, wie es deren wirklichen Interessen entsprach. Die bedingungslose Kapitulation hätten wir dann eben einige Jahre früher erlebt. Wenn aber unsere ehemaligen Gegner immer wieder erklärten, daß sie einen Krieg gegen unser Regime führen müßten, so hatten sie von ihrem Standpunkt aus noch nicht einmal so unrecht, denn dies Regime hatte ja den englischen Widerstand gegen die notwendige Revision des Versailler Vertrages überwunden, hatte Großdeutschland geschaffen, worauf die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes stolz war, hatte eine neue soziale Ordnung eingeführt, die nicht nur Deutschlands Arbeitslosigkeit beseitigte und den deutschen Arbeiter freimachte, sondern auch die rückständigen kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialsysteme der andern Völker bedroht — wenn auch nur durch das gute Beispiel[70a]). Ihnen im Kampf gegen das deutsche Regime beizustehen war aber nicht Sache von Deutschen, selbst wenn sie mit dem Regime noch so unzufrieden waren. Ein überzeugter Hochverräter wird — mit Ausnahme bei Anwendung unehrenhafter Mittel — immer noch eine gewisse Achtung genießen; werden aber für das Ziel des Hochverrats die Mittel des Landesverrats angewandt, so sind alle solche Taten als Landesverrat zu verurteilen. und zwar nicht nur formalrechtlich, sondern auch moralrechtlich. Jegliche Verbindung mit dem Feind also, deren Ziel sich gegen den eigenen Staat bzw. dessen Führung richtet — kein Staat ist ohne Führung —, ist Landesverrat im Frieden wie im Krieg und daran ist überhaupt nicht zu rütteln.

Die zweite Theorie ist der „Kampf gegen den Unrechtsstaat". Der Begriff des Unrechtsstaates ist ja nur eine Fiktion dieser Wenigen, die eine solche zu ihrer Rechtfertigung brauchen. Der Begriff Unrechtsstaat wäre erst dann keine Fiktion mehr, wenn man morgen das Volk in freier geheimer Wahl abstimmen lassen könnte über die Frage: „Deutscher Bürger! Welcher Staat ist nach Deiner Überzeugung als Unrechtsstaat zu bezeichnen, der von 1933 bis 1944 oder der von 1945 bis 1954?" Dann würde man den wirklichen Unrechtsstaat kennen lernen. Die Beurteilung dieser Frage kann man auch keinem Gericht überlassen, dessen Richter sorgfältig so ausgewählt sind, daß sie sich von vornherein zu dieser Fiktion bekennen.

Ich würde mir nun unnötige Arbeit machen, wenn ich in mühevoller Kleinarbeit alle Beweise dafür zusammentragen wollte, daß jene Vorgänge,

die von den Theoretikern des Unrechtsstaates als Unrechtshandlungen bezeichnet wurden, doch keine waren.

Einmal würde dies bei den Nutznießern der Fiktion doch nichts nützen, da sie sowieso nicht zu überzeugen sind, weil sie meistens „zu jenen selbstgerechten Mohrenwäschern gehören, deren Groll gegen das Regime sich nicht in Haß verwandelt hätte, wenn sie von diesem nicht verschmäht worden wären und die Hitler auch dann verraten hätten, wenn dieser der Vertreter des Sittengebotes selber gewesen wäre".

Zum andern würde ich beim Volke selbst offene Türen einrennen, da ja dieses in seiner Mehrheit das Zeitalter des Unrechtsstaates miterlebte und aus eigener Anschauung urteilen kann. Der Jugend aber werden die Eltern ihre Erfahrungen und Auffassungen darüber schon berichten. Etwas anderes ist es mit den komplizierteren Problemen, bei denen die übermächtige Lügenpropaganda und künstlich hervorgerufenen Verwechslungen von Ursache und Wirkung eine solche Verwirrung der Geister hervorgerufen haben, daß sich nur noch jene auskennen, die sich ein klares Denken und den festen Glauben bewahrten, daß Deutsche nie so schlecht gehandelt haben können, wie die Feinde und ihre Helfershelfer von ihnen behaupten.

Die wichtigsten dieser Probleme sind die Kriegsschuldfrage, die Fragen der Kriegsgreuel und der Judenbehandlung. Die erste haben wir schon einigermaßen klargestellt, obwohl ich bis jetzt nur einen Teil des Materials verwerten konnte. Die unermüdliche Tätigkeit anständiger Historiker in allen Ländern der Welt bringt fortgesetzt neue Beiträge, welche das strahlende Deutschland, das „die Welt zu schwärzen liebte", in den Augen der Völker in einem anderen Lichte erscheinen lassen werden. Daran können alle künstlichen Versuche, dem Revisionismus der Geschichte und dem Sieg der Wahrheit in den Arm zu fallen, nichts ändern, auch das von der Rockefellerstiftung mit Geld unterstützte Heer von Historikern und unsere Hofhistoriker nicht.

Das Judenproblem gilt allgemein als „heißes Eisen", das niemand gern anfassen will. Wir kommen aber nicht darum, obwohl ich es mir einfach machen könnte und sagen: „Ich war im Kriege als Soldat in Frankreich und Rußland und habe weder gesehen noch gehört, daß einem Juden etwas geschah. Einzig von Warschau weiß ich aus eigenem Erlebnis, daß die Juden dort tapfer aus dem Hinterhalt auf Seiten der polnischen Untergrundbewegung kämpften und daher auch wie Partisanen bekämpft werden mußten."

Ich kann mich aber in diesem knappen Rahmen nicht auf Einzelheiten einlassen, sondern muß mich mit folgenden grundsätzlichen Fesstellungen begnügen:

1. Aus dem interessanten Büchlein von Gerhard Ludwig „Massenmord im Weltgeschehen", das in objektiver Weise nicht nur zahlreiche Aktionen der Juden gegen ihre Nachbarvölker bis in die Neuzeit, sondern auch die zahlreichen Pogrome gegen die Juden registriert, ist ersichtlich,

daß das Judentum schon in den zweitausend Jahren vor dem Dritten Reich Strafaktionen der Völker ausgesetzt war, die mit ihm unzufrieden waren oder sich seiner Bedrückung zu erwehren suchten.

2. Die objektive Geschichtswissenschaft — unterstützt durch weitsichtige Juden — hat festgestellt, daß sich das Judentum durch die Einwanderungen aus dem Osten nach 1918 übermäßig vordrängte und bis 1933 eine beherrschende Stellung in Deutschland einnahm, welche ihm zahlenmäßig nicht zustand und welche natürliche Abneigungen bei den breiten Massen hervorrief[71]).
3. Dem nationalen Deutschland, das sich um die Befreiung von den Fesseln des Versailler Vertrages bemühte, setzte gerade das Weltjudentum größten Widerstand entgegen, und besonders von 1933—1939 erlebte das Ausland eine derart gewaltige — besonders von den emigrierten Juden geschürte — Hetze gegen das neue Deutschland, daß mehrere Bände nicht ausreichen würden, um diese zu schildern[72]).
4. Die Morde am Legationssekretär vom Rath und an Gustloff förderten neben den Auswirkungen der Hetze die antisemitische Stimmung im deutschen Volk und gestatteten Hitzköpfen, diese Morde in ihrer Bedeutung zu überschätzen und für sinnlose Aktionen auszunutzen, wobei es noch eine Aufgabe der historischen Forschung bleibt, nachzuprüfen, inwieweit die Morde planmäßig herbeigeführt wurden, um damit eine bestimmte Reaktion in Deutschland erst zu erzielen.
5. Schacht selbst hat uns in seinem Buche geschildert, daß er im Dezember 1938 in London mit Zustimmung Hitlers einen praktischen und vernünftigen Plan zur Regelung der deutschen Judenfrage vortrug und daß dessen Zustandekommen nicht an Deutschlands Verschulden scheiterte. Das gleiche ergibt sich aus den Mitteilungen des afrikanischen Verteidigungsministers Pirow.
6. Im Kriege stellte sich das gesamte Judentum eindeutig auf die Seite unserer Feinde, erklärte uns den Krieg und nahm auf seine Art kräftig an ihm teil, sei es an der Hetzpropaganda, Sabotage, Spionage oder im Partisanenkrieg. Daraus resultiert ein großer Teil seiner Bekämpfung und seiner Verluste.
7. Der bekannte Völkerrechtler Professor Dr. Friedrich Grimm schildert in seinem aufschlußreichen Buche: „Politische Justizkrankheit unserer Zeit" das Zusammentreffen mit einem Vertreter der Zentralstelle der Alliierten Greuelpropaganda, der ihm zum Schluß der Unterredung folgendes sagte: „Seit Monaten betreibe ich das, was Sie richtig geschildert haben: Greuelpropaganda — und damit haben wir den totalen Sieg gewonnen." Ich erwiderte: „Ich weiß, und nun müssen Sie aufhören!" Er entgegnete: „Nein, nun fangen wir erst richtig an! Wir werden diese Greuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern, bis niemand mehr ein gutes Wort von den Deutschen annehmen wird, bis alles zerstört sein wird, was Sie in anderen Ländern an Sympathien

gehabt haben, und bis die Deutschen selbst so durcheinander geraten sein werden, daß sie nicht mehr wissen, was sie tun!" Ich schloß das Gespräch: „Dann werden Sie eine große Verantwortung auf sich laden!" — Ein Kommentar hierzu dürfte überflüssig sein.

8. Seit 1945 hat das deutsche Volk manches gehört, wie in den Prozessen gegen Deutsche Belastungszeugen gekauft wurden, wie sich andere aus dem Motiv der Rache selbst als Belastungszeugen aufdrängten und wie den Inhaftierten Zeugenaussagen abgepreßt wurden, um sich selbst oder andere zu belasten. Es hat auch von dem Dokumentarfilm gehört, den man den Hauptkriegsverbrechern als Beweis ihrer Verbrechen zeigte, in dem die KZ-Insassen, die greuelerregenden Leichenhaufen der Opfer des Terrorangriffes auf Dresden kopiert waren. Als der Film durch die westdeutschen Kinos lief, entdeckte sich ein deutscher Arzt als KZ-Insasse, der nie zuvor ein KZ gesehen hatte. Da die weitere Überprüfung ergab, daß für diesen Film erbeutete Wochenschauaufnahmen verwendet worden waren, zog man ihn wieder ein. Es liegt auch aus Gerichtsakten Material vor, aus dem sich ergibt, daß nach 1945 durch deutsche Zwangsarbeiter KZ-Verbrennungsöfen errichtet wurden[73]).

9. Die berüchtigte Zahl von den 6 Millionen ermordeter Juden, die in Nürnberg „ermittelt" wurde, entstammt einem Affidavit von Dr. Höttl, wonach ihm ein gewisser Adolf Eichmann, der SS-Offizier war, gesagt haben „soll", daß nach seiner Schätzung insgesamt 6 Millionen Juden vernichtet worden sein „sollen". Dieser Dr. Höttl war, als er sich 1946 in Nürnberg als Zeuge aufhielt mit einem gewissen Kurt L. Ponger befreundet, der sich als Dolmetscher bei der Anklage betätigte. Beide sind Anfang des Jahres 1953 wegen Zugehörigkeit zu einer sowjetischen Spionageorganisation festgenommen worden. Der sonstige „Steckbrief" des Dr. Höttl spricht Bände bezüglich seiner „Glaubwürdigkeit". Da auch Eichmann nicht aufgefunden werden kann, braucht über den Wert des Hauptbeweises nichts mehr ausgeführt zu werden. Mit den anderen Beweisen sieht es nicht viel besser aus.

10. Eine Möglichkeit, die Zahl der „Umgebrachten" und „Umgekommenen" ins rechte Licht zu setzen, dürfte die in Anmerkung [74]) enthaltene Aufstellung bieten, die auf Grund des derzeit beschaffbaren Materials gefertigt wurde.

11. Da die Behauptung, Deutsche hätten vorsätzlich wehrlose Juden umgebracht, zu denen gehört, von denen Lichtenberg sagt, daß sie verdienten, am meisten untersucht zu werden, da sie jedermann für ausgemacht hielte, wird man abwarten müssen, welches Licht die Zukunft noch in das Dunkel dieses Problems bringen wird. Das von mir „entzündete" dürfte aber schon ausreichen, um die Feststellung zu treffen, daß wir nicht die Verbrechernation sind, welche sich zur Buße und Wiedergutmachung drängen müßte, besonders nicht, wenn man bedenkt, was uns in diesem Krieg und noch mehr danach im Namen der

Menschlichkeit angetan wurde und was selbst das in den Schatten stellt, was wir verbrochen haben „sollen".

Nur kurz wollen wir uns mit dem „Werkzeug" befassen, mit dem Hitler seine „Eroberungskriege" führte und welches die Kriegsgreuel begangen haben soll. Dieses Werkzeug war die deutsche Wehrmacht, das „Produkt des Preußischen Militarismus". Es war kein Wunder, daß nach 1945 über den Stand der Soldaten alle Jauchekübel voll des gemeinsten Gegeifers ausgeschüttet wurden, dessen die inneren und äußeren „Sieger" überhaupt fähig waren. Jetzt, da sie in Bedrängnis kommen, weil sie mit den Helfershelfern von gestern um die Beute in Streit gerieten, möchten sie schleunigst umschalten und den Soldaten durch allzu billige Schmeicheleien zu einer positiven Haltung zu den EVG-Verträgen verlocken. Leider fallen aus den verschiedensten Gründen zu viele auf dieses Manöver herein, weil sie — besonders die Uniformträger — völlig vergessen, daß der Soldat ja nicht für sich und seine Ehre zu kämpfen hat, sondern für sein Volk und die Ehre seines Vaterlandes und diese kann nicht durch ein paar billige Worte derjenigen wieder hergestellt werden, die das deutsche Soldatentum beschimpften und denen es nur darum zu tun ist, sich mit den 12 Divisionen eine scheinbare Sicherheit zu erkaufen, abgesehen davon, daß diese 12 Divisionen nur den kleinen Finger darstellen, dem bald unsere beiden Hände folgen würden.

Wenn man die Hilfe und damit notfalls das Leben eines deutschen Soldaten will, so muß man ihm bieten: Freiheit, Gleichberechtigung und Ehre für sein Vaterland. Daran fehlt es aber noch weit, solange bei den verschiedenen Völkern nicht Männer am Ruder sind, die so etwas überhaupt zu vergeben haben.

Zunächst werden aber alle anständigen Soldaten mit mir darin einiggehen, daß ich ruhig darauf verzichten kann, in langen Ausführungen nachzuweisen, daß sämtliche ‚Greueltaten', die man der deutschen Wehrmacht aufgelastet hat, entweder unwahr sind oder in Anbetracht der militärischen Notwendigkeiten, welche durch den Partisanenkrieg und die Kriegführung der Gegenseite gegeben waren, völlig in Ordnung gingen.

Es wäre viel wichtiger, man würde im Amte Blank einmal den Ursachen und Motiven dieser angeblichen Greueltaten fleißig nachforschen, denn man würde zu überraschend anderen Schlüssen kommen, als sie bisher dem deutschen Volke und der Welt präsentiert wurden. Dazu hat man aber weder ein Interesse noch Zeit, da man an theoretischen Kinderspielereien herumbastelt, welche die in Jahrhunderten erprobte preußisch-deutsche Disziplin ersetzen sollen. Aber das preußisch-deutsche Soldatentum, das die Welt so zu schwärzen liebte, wird sie einst noch bewundern, wenn ihr die Nachteile seines Unterganges erst einmal bewußt geworden sind. Man wird dann aber von Herrn Blank und seinen Helfern im Amt ebensowenig mehr reden wie von Herrn Kirst.

Die unbedeutende Minderheit, die die Fiktion vom Unrechtsstaat zu ihrer Rechtfertigung schuf, ist ja heute nur deswegen so „mächtig und groß", weil sie von den Siegern bewußt eingesetzt wurde, um diese Fiktion künstlich aufrechtzuerhalten. Von der Fiktion leben sie heute alle, unsere ehemaligen Feinde und die von ihnen Eingesetzten. Das Grundgesetz entspricht ganz ihren Wünschen, und das Wahlgesetz wurde eigens so gestaltet, daß eine freie Entfaltung der Parteienbildung unmöglich ist, geschweige denn, daß irgendeine Partei überhaupt eine wirklich nationale Politik propagieren könnte. Deswegen lebt auch das Volk unter der Fiktion des Unrechtsstaates und deren verheerenden Folgen, weil ihm die Greuel- und Kriegsschuldlügen seit Jahren eingehämmert werden und deren Widerlegung durch Aufklärung oder Verbreitung der wirklichen Wahrheit systematisch unterbunden wird.

Da stellt sich der Herr Bundeskanzler an die Spitze und verkündet am 21. April in Hamburg — nach der Rückkehr aus Amerika — allein in einem kurzen — aber kaum verständlichen Satze — drei geschichtliche Unwahrheiten: „Ich glaube, es ist sehr selten, wenn überhaupt, daß ein Siegerland dem Besiegten, der — daran kommen wir nicht vorbei — den Krieg in Szene gesetzt hat, nach verhältnismäßig kurzer Zeit die Hand entgegengestreckt hat."

Dazu kann man nur kurz und bündig sagen:

1. Es ist gar nicht selten in der Geschichte, daß der deutsche Sieger dem Besiegten die Hand entgegenstreckte — letztmals Hitler Frankreich, von Bismarck ganz zu schweigen.
2. Deutschland hat den Krieg nicht in Szene gesetzt, wie wir nunmehr besser wissen,
3. Man hat uns die Hand entgegengestreckt, aber nicht um uns etwas zu geben, sondern um unsere 12 Divisionen und manch anderes daraus zu nehmen.

Seinem Chef Dr. Adenauer folgt treu auf diesem Pfade der Herr Bundesfinanzminister Schäffer:

„Ich darf aber bemerken, daß allen diesen Bemühungen nach Steuersenkungen Grenzen gezogen sind. Die eine Grenze liegt darin, daß ein Volk, dessen Regierung, wenn sie auch eine Regierung von Verbrechern gewesen ist, einen Krieg begonnen und diesen Krieg mit einem Zusammenbruch hat enden lassen, ein Volk, das infolgedessen heute in vielem nur auf die Hilfe und Unterstützung anderer großherziger Völker angewiesen ist, in seiner Steuerbelastung nicht unter der der Siegerstaaten liegen könnte."

Das ist Musik in den Ohren unserer Feinde, und darum hat die Saturday Evening Post recht als sie schrieb:

„Um die Politik der Westmächte durchzusetzen hätte ein Konrad Adenauer erfunden werden müssen, wenn er nicht schon dagewesen wäre."

Auf den „Erkenntnissen" dieser Herren, welche nicht die primitivsten Kenntnisse über die wirklichen Zusammenhänge der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges besitzen, beruhen alle Entscheidungen, mit denen die politische und wirtschaftliche Zukunft des deutschen Volkes gestaltet wird, ohne daß diese das Volk wirklich will, geschweige denn, daß es gefragt wird, wie es das Beispiel der Saarfrage so eindringlich zeigt. An dieser Tatsache ändert auch das Ergebnis der Wahl vom 6. September nichts, weil damals die verängstigten Küken unter die Flügel der amerikanischen Glucke schlupften, wo sie sich vor der Gefahr aus dem Osten in Sicherheit glaubten und weil noch andere Täuschungen und Umstände ein richtiges Wahlergebnis verhinderten. Die Enttäuschung wird auf allen Gebieten um so schlimmer sein.

Noch leben alle Deutschen in den Tag hinein, glauben Wunder, was sie geleistet haben, wenn es ihnen — mit mehr oder weniger Ellenbogenmethode — gelungen ist, einen vorübergehenden Gewinn einzuheimsen und die Augen zumachen zu können vor der wirklichen Not des Vaterlandes. Sie würden aber staunen, wenn man ihnen in einem Film mit dem Titel „Die Danaiden" vorführen könnte, wie sie das „Wasser" ihrer Arbeitsverdienste fortgesetzt in ein Faß schütten, durch deren durchlöcherten Boden es davonrinnt in Behälter, die nicht Deutschland gehören. Sie werden daher am Ende alle vor der gleichen Fehlrechnung stehen wie unser Herr Dr. Schacht.

Geduldig überhören sie die Phrasen der politischen Lügner, die die angebliche Schuld Anderer in die Welt posaunen, um ihre eigene verdecken zu können. Sie lassen diese Falschmünzer der Geschichte gewähren und glauben, daß sich alles von allein regele, und daß sie daher ruhig weiter ihrem Erwerbe nachgehen könnten, ohne sich um die Widerlegung der Lügen und Bekämpfung derer Erfinder und Verbreiter kümmern zu müssen. Viele schaffen sich selbst ein Alibi, indem sie sich auf Grund böser Erfahrungen seit 1945 einreden, es gäbe kein Vaterland mehr, für das es sich lohne zu wirken oder gar zu sterben. Sie glauben besonders schlau zu sein, wenn sie das Vaterland so abschreiben wie eine Geldsumme, die sie verloren haben und mit deren Verlust sie sich trösten, weil sie hoffen, diese wieder neu verdienen zu können. Gewiß ist das Vaterland durch den Verlust des Krieges schwer angeschlagen. Gewiß regieren jene, die sich brüsten Widerstand geleistet zu haben, mit Stolz als vaterlandslose Gesellen bekennen und mit der Idee Europa Schindluder treiben. Aber eine solche Periode der Schande im Leben eines Volkes ist immer nur eine vorübergehende, die um seiner Zukunft willen überwunden werden muß und auch kann, wenn die Besten eines Volkes wollen. Wollen wir uns denn von dem deutschfreundlichen Engländer Morel beschämen lassen, der einmal bekümmert feststellen mußte:

„Es macht den Eindruck, als ob es wahrhaftig Deutsche gäbe, die es nicht berührt, ob ihr Land vor der Geschichte dasteht, als eine Verbrechernation,

gebrandmarkt mit der unauslöschlichen Schande, in wohldurchdachter und ränkevoller Verschwörung die Katastrophe herbeigeführt zu haben, die zehn Millionen der Blüte der europäischen Jugend vernichtet und die Zivilisation in ihren Grundfesten erschüttert hat. Eigentlich sollte ein Unrecht, das dem deutschen Volke angetan wird, für die Deutschen schwerer wiegen als ihre inneren Zerwürfnisse."

Oder soll der deutsche Dichter Bogislav v. Selchow rechtbehalten, der sein Gedicht „Die Schmach der Zeit" mit der fürchterlichen Anklage beendete:

„Nur einer sieht der Schande gelassen zu,
Deutscher aus deutschem Lande, Du!"

Oder wollen wir nicht lieber die Mahnung jenes amerikanischen Konsuls befolgen, der uns sagte, was wir tun müssen:

„Wenn ich einen Tropfen deutschen Blutes in meinen Adern hätte, so würde ich keine Nacht mehr Ruhe finden, bis von meinem Vaterland der Vorwurf genommen wäre, der es des furchtbarsten Verbrechens der Weltgeschichte schuldig erklärt, obwohl es durchaus nicht für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich war[75])."

Kein Tag ist zu spät, als daß man nicht sofort beginnen könnte, seine Pflicht zu erfüllen. Wenn man mich nun fragt: „Ja was sollen wir denn tun, da wir doch ein wehrloses Volk sind und machen müssen, was unsere Besatzer und Regierungen befehlen?", so kann ich die Antwort nur in einem Beispiel erteilen:

Früher mußte der Weinbauer warten, bis die Hefe selbst von oben nach unten gesunken war, was oft sehr lange dauerte. Später lernte er dann den Most durch vorübergehende Abkühlung abschrecken, damit die Hefe schneller sinkt. Heute hat er modernere „Waffen" und entschleimt den Most künstlich. Da wir keine Waffen besitzen, beschränken wir uns zunächst auf die einfachere Abkühlungsmethode. Sie hat den großen Vorteil, daß sie weder verboten ist noch verboten werden kann. Es gehört zu ihr nicht zuviel Verstand, doch ein bißchen Mut zu charaktervoller Haltung. Sie könnte Wunder wirken, wenn wir sie konsequent gegenüber der Hefe anwenden würden, zumal diese Hefe oft sehr nahe um uns herumschwimmt. Es gibt aber auch sonst noch tausende Möglichkeiten im praktischen Leben. Denken wir nur an ein einziges Beispiel — an die freie Auswahl.

Lassen wir die Ladenhüter stehen, bis wieder bessere Sachen zur freien Auswahl angeboten werden. Auch sonstige Möglichkeiten ausfindig zu machen, dürfte den Anständigen unseres Volkes nicht zu schwerfallen — wenn sie nur wollen. Wenn die Hefe erst einmal gesunken ist, bekommen wir bald einen bauernhellen Wein, und schließlich werden unsere mit Bedacht erwählten Männer auch die Möglichkeit erhalten, den Wein glanzhell zu filtrieren, damit wir wieder mit Stolz singen können: „Deutscher Wein und deutscher Sang, sollen in der Welt behalten ihren alten guten Klang."

Das gute Beispiel Deutschlands wird in Europa Wunder wirken und an diesem Wunder wird es gesunden. Den mit Bedacht erwählten Männern möchte ich aber für ihr Wirken einen einzigen Rat mit auf den Weg geben: „Lasset einmal um Deutschlands willen die Scheuklappen kleinlicher und überholter Voreingenommenheiten beiseite und grabt die besten Werte aus, die in den Trümmern von Potsdam und Weimar — und der neuen Reichskanzlei in Berlin begraben sind und baut damit ein ganz neues Deutschland — nicht nur die Fehlstücke der Autobahn."

Wenn unser Volk beide Mahnungen nicht bald begreift, dann sehe ich nicht nur schwarz für seine Zukunft, sondern kann ihm nur das Gleiche wünschen, was ihm einst Hoffmann von Fallersleben in folgendem Gedicht ins Stammbuch schrieb:

Nicht Mord, nicht Bann und Kerker
Und Standrecht obendrein;
Es muß doch kommen stärker,
Wenn's soll von Wirkung sein.

Ihr müßt zu Bettlern werden,
Verhungern allesamt!
Zu Mühen und Beschwerden,
Verflucht sein und verdammt.

Euch muß das bißchen Leben
So gründlich sein verhaßt,
Daß ihr es weg wollt geben,
Wie eine Qual und Last!

Denn dann vielleicht erwacht doch
In euch ein anderer Geist:
Der Geist, der über Nacht noch
Euch hin zur Freiheit reißt.

Man sollte aber nicht meinen, daß für unser „Volk der Dichter und Denker" ein so harter Druck des Schicksals notwendig sein sollte, damit es sich wieder auf seine wirklichen Werte besinnt. Ich möchte ihm daher, da ich vom Sieg der Wahrheit und der Richtigkeit dessen überzeugt bin, was einst Gustav Adolf zu den Magdeburgern sagte:

„Das was Gott groß machen will, ein solches bringt seine Allmacht vorher in nicht geringe Difficultäten, um seine Glorie desto höher zu heben",

voraussagen, daß es, wenn es sich seine Umkehr auf den richtigen Weg einige vorübergehende Anstrengungen und Opfer während der Saat- und Erntezeit kosten läßt, einst die Richtigkeit des Schillerwortes erleben wird:

„Jedes Volk hat seinen Tag in der Geschichte, der Tag der Deutschen aber ist die Ernte der ganzen Zeit."

ANMERKUNGEN:

[1]) „... Die Akten ergeben zunächst, daß Herr Dr. Schacht im Interesse der Dresdener Bank Anträge auf Überweisung belgischer Noten bei der Generalintendantur gestellt hat. Damit verstieß er gegen die Pflichten, die ihm seine amtliche Stellung auferlegte. Wir möchten indessen diesen Verstoß nicht streng beurteilen, denn Herr Dr. Schacht gehört eben seiner ganzen Ausbildung und bisherigen Tätigkeit nach nicht der Beamtenwelt, sondern der Geschäftswelt an. Viel bedenklicher und für uns entscheidend ist, daß er in der Referentenbesprechung vom 3. Juli 1915 über den Sachverhalt befragt, die dieserhalb an ihn gerichteten Fragen unaufrichtig beantwortete und am 5. Juli 1915 als die Unaufrichtigkeit seiner Angaben erwiesen war, sich durch eine spitzfindige Auslegung seiner Äußerungen zu rechtfertigen suchte. Seine Unaufrichtigkeit ergibt aber auch, daß das, was er im Interesse der Dresdener Bank getan hatte, ihm selbst offenbar nicht unbedenklich erschien, denn andernfalls hätte er sein Verhalten in der Referentensitzung offen zugegeben. Dementsprechend hat der Staatssekretär des Innern die Verfehlung des Herrn Dr. Schacht, der inzwischen sein Amt in der Bankabteilung niedergelegt hatte, durch den Bescheid vom 3. August 1915 getadelt, und mit Fug und Recht schließt der damalige geheime Oberfinanzrat, jetzige Staatssekretär, Dr. Schröder seine aktenmäßige Aufzeichnung vom 6. Juli 1915 mit den Worten: ‚Die von Herrn Dr. Schacht vorgenommene Verschleierung stellt einen Mangel an Offenheit dar, daß ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit ihm nicht mehr möglich ist'."

[2]) In einem Buch, das 1937 zum Geburtstag Schachts herausgegeben wurde, ist eine Karikatur abgebildet, welche die Germania mit ihrem neuen Kinde, der Mark, in der Wiege zeigt. Schacht, der Vater, steht daneben. Die Unterschrift lautet:

„Stolz ist unser Schacht,
Weil er dieses Werk vollbracht."

Der ehemalige Finanzminister Dr. Luther sagte über das Verdienst der Währungsstabilisierung:

„Vor dem Gesetz ist der Vater immer zweifelhaft; nur die Mutter kann mit Bestimmtheit angegeben werden. Ich bin zweifellos die Mutter, denn wenn ich nicht in der Lage gewesen wäre, das Budget auszugleichen, wäre keine Stabilisierung der Währung von Bestand gewesen."

[3]) Eine Währung auf Goldbasis ist wegen der wechselnden Goldfunde und den Machenschaften der Spekulation so schwankend wie die Rentenmark. Daran ändern auch Schachts Lobreden für die Goldwährung nichts. Den Rest beweisen die künstlichen Abwertungen.

[4]) Im Tagebuch Stresemanns findet sich eine Aufzeichnung über eine Kabinettsitzung, die am 22. Juni 1927 über den Halbjahresbericht des Reparationsagenten Parker Gilbert beriet. Stresemann schreibt:

„Schacht identifizierte sich bei seiner Kritik der Reichsfinanzpolitik derart mit Parker Gilbert, daß er zum Schluß sagte, er bäte, aus seiner Stellungnahme nicht zu entnehmen, daß er etwa den Bericht von Parker Gilbert beeinflußt habe. Nach der Kabinettssitzung wandte ein Mitglied sich an mich und sagte zu mir: „Haben Sie nun erkannt, wo der Gegenspieler sitzt, der die Interessen der deutschen Gläubiger gegen die deutschen Volksinteressen vertritt?' Ich sagte ihm, daß die

Rede von Schacht an die Grenze des Möglichen gegangen sei. . . . Von anderer Seite wurde erklärt, man solle Schacht einmal an die Kandarre nehmen und ihm klarmachen, daß er die Reichsinteressen zu fördern und nicht zu konterkarrieren habe."

[5]) Der Reichsaußenminister Dr. Curtius sagte über Dr. Schachts Haltung: „Wir müssen ihn zwingen, sofort niederzulegen! Ich habe keine Lust, unsere ganze Außenpolitik aufs Spiel zu setzen, dazu unseren ganzen hart erkämpften Kredit bei den anderen Mächten, einfach nur um Dr. Schachts persönlicher, ehrgeiziger Pläne willen. Und jetzt flirtet er mit den Rechtsparteien und buhlt um ihre Gunst; schließlich ist er ein hoher Beamter der Regierung, und er darf nicht ungestraft uns in der Patsche sitzen lassen, auch wenn seine Stellung rein formell unabhängig ist."

[6]) Wilhelm Keil in „Erlebnisse eines Sozialdemokraten": „Die Form des Schachtschen Vorstoßes war aber auf eine öffentliche Demütigung Hilferdings und der ganzen Reichsregierung berechnet, womit sich der Leiter der Reichsbank bei seinen früheren persönlichen Gegnern auf der Rechten empfahl. Der Reichsregierung und dem Reichstag blieb nichts anderes übrig, als sich den von Schacht gestellten Bedingungen zu unterwerfen."

[7]) Vicktor Schiff, ein führender Sozialdemokrat, schrieb 1934: „Wenn es überhaupt einen Punkt gibt, über den es keine Meinungsverschiedenheiten unter uns gibt und wohl auch nicht geben kann, dann ist es wohl der, daß Hitler seinen Aufstieg und seinen schließlichen Sieg im wesentlichen der Weltwirtschaftskrise verdankt, der Verzweiflung der arbeitslosen Proletarier, der zukunftslosen akamedischen Jugend, der zum Bankrott treibenden mittelständlerischen Kaufleute und Handwerker und der durch landwirtschaftlichen Preissturz arg bedrohten Bauern. In dieser Hinsicht haben wir in der Tat allesamt versagt. Wir haben sicherlich mit Recht die kapitalistische Wirtschaftsordnung für die Krise verantwortlich gemacht, aber darüber hinaus waren wir nicht in der Lage, den Massen mehr zu bieten als sozialistische Redensarten."

[8]) Die zahlreichen Behauptungen über größere Zuwendungen sind mir bekannt, reichen aber noch nicht aus, um abschließende und sichere Urteile abgeben zu können; insbesondere nicht über die Frage, ob die Geldhingabe mit politischen Bedingungen verknüpft war. Dies ist sowieso unwahrscheinlich. Der Historiker Herman Lutz weist in Heft 4/II der ‚Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte' eindeutig nach, daß es sich bei den von dem Schweizer René Sonderegger — alias Severin Reinhard — in seinem Buche ‚Spanischer Sommer' aufgestellten Behauptungen von Riesenunterstützungen durch amerikanische jüdische Bankhäuser um Phantasien handelt, welche sich auf glatte Fälschungen stützen.

[9]) Schacht in „76 Jahre meines Lebens": „Der Name ‚Mefo' kommt von ‚Metall-Forschungs A.G.'. Dies war eine Aktiengesellschaft, die mit einem Kapital von einer Million Mark von den vier großen Gesellschaften Siemens, Gutehoffnungshütte, Krupp und Rheinstahl auf Veranlassung der Reichsregierung gegründet wurde. Für alle Schulden dieser kleinen Gesellschaft übernahm das Reich die selbstschuldnerische Bürgschaft. Alle Lieferanten für Aufträge des Staates stellten nunmehr gegen ihre Forderungen Wechsel auf die Mefo aus. Die Reichsbank erklärte sich bereit, diese Wechsel jederzeit an ihren Schaltern gegen bares Geld einzulösen. Das ist der ganz einfache und klare Gedanke des Mefo-Wechsel-Systems."

[10]) In Anbetracht dieser Tatsache sind auch die Behauptungen unzutreffend, daß Hitler sein Ehrenwort gebrochen habe, das er Hugenberg kurz vor der Vereidigung gegeben haben soll, daß er sich unabhängig vom Wahlausgang von den Männern

seines Kabinetts „nie" trennen würde. Die Behauptung von der Abgabe des Ehrenwortes ist sowieso unwahrscheinlich.

11) An die „Revue" in München: Die in Ihrer Nummer 43 veröffentlichte Fortsetzung der Schacht-Biographie enthält auf Seite 12 folgenden Satz: „Noch mehr empört war ich darüber, daß ein Mann wie der Justizminister Gürtner, den ich als rechtlich denkenden Mann kennengelernt hatte, dem Reichskabinett einen Gesetzentwurf vorlegte, wonach die Erschießungen vom 30. 6. 1934 ‚rechtens' gewesen seien." Die Verhältnisse, unter denen dieses Gesetz entstanden ist, möchte ich, der Sohn des ehemaligen Reichsministers der Justiz Dr. Gürtner, wie folgt schildern: Ohne Wissen der Justizbehörden sind die Erschießungen Röhms und verschiedener seiner Gefolgsleute durchgeführt worden. Als die Justiz davon Kenntnis erhielt und mein Vater bestürzt über diese Gewalttaten von Hitler Aufklärung verlangte, wies dieser nach, daß Röhm die Regierungsgewalt an sich reißen wollte. Unter anderem legte Hitler auch eine bei Röhm gefundene Liste von Regierungsmitgliedern vor, die nach einem gelungenen Putsch liquidiert werden sollten. Diese Liste enthielt auch den Namen Dr. Gürtner. Wie stand es nun wirklich mit Röhms Hochverratsabsichten? Darüber können nachstehende Tatsachen einen Hinweis enthalten. In den Jahren bis 1934 hat die SA verschiedentlich politisch unliebsame Personen verschwinden lassen, über deren Verbleib die Behörden entweder überhaupt nichts mehr erfuhren oder doch lange Zeit im Ungewissen blieben. Das Reichsjustizministerium brachte von diesen Lagern zum Teil unter Zuhilfenahme des Heeres gegen bewaffneten Widerstand Esterwegen, Bredow bei Stettin, Kemna bei Wuppertal und Hohenstein bei Dresden zur Auflösung und führte die Verantwortlichen der Bestrafung zu. Dieses Verhalten, durch das sich die SA eine eigene, ihr nicht zustehende Polizeigewalt anmaßte, war Hochverrat auch im Sinn der heute geltenden Bestimmungen. Das genannte Gesetz, durch das der latente revolutionäre Zustand abgeschlossen werden sollte, bezog sich lediglich auf die Erschießungen von 17 übel beleumdeten, verbrecherischen SA-Führern. Mein Vater, der selbst vor die vollendete Tatsache der Erschießung gestellt worden war, verlangte, daß Hitler vor aller Öffentlichkeit die Verantwortung dafür übernahm, daß diese durch Staatsnotwehr, das heißt durch einen unmittelbar bevorstehenden tätlichen Angriff auf Träger der Regierungsgewalt notwendig geworden seien. Eine entsprechende Erklärung hat Hitler im Reichstag am 15. 7. 1934 abgegeben: „In dieser Stunde (während des Röhmputsches) fühlte ich mich verantwortlich für das Schicksal der Nation. Ich war des Deutschen Reiches oberster Gerichtsherr." Diese Personen wurden, wie sich später herausstellte, zum großen Teil in Konzentrationslagern festgehalten, die die SA ohne Wissen der Regierung errichtet hatte. Alle anderen anläßlich des Röhm-Falles begangenen und zur Zeit des Gesetzeserlasses nicht bekannten Verbrechen sollten einer Zusicherung zufolge, die Dr. Gürtner Hitler abgerungen hatte, strafrechtlich gesühnt werden. Deshalb hatte das Gesetz auch nur folgenden eng begrenzten Wortlaut: „Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. 6., 1. und 2. 7. 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staatsnotwehr rechtens." Nachdem die Polizei Verbot hatte, Ermittlungen über diese Verbrechen anzustellen, haben sich Beamte des Reichsjustizministeriums soweit als möglich um Aufklärung bemüht. Als Dr. Gürtner über die Ausschreitungen informiert war, forderte er von Hitler gerichtliche Bestrafungen, zum Beispiel in den Fällen Klausner, von Schleicher und Edgar Jung. Hitler wich jedoch aus. Später wurden dann die anhängigen Verfahren durch Eigenerlasse Hitlers niedergeschlagen. Einige Prozesse konnten jedoch durchgeführt werden.

München 13 Dr. Fritz Gürtner

12) Görlitz in seiner Biographie über Hitler:
„Immerhin war Schleicher ein ernst zu nehmender Gegner, der den Gedanken an eine neue politische Rolle keineswegs aufgegeben hatte, und Hitler war genau über seine Tätigkeit informiert."

Schleicher äußerte sich acht Tage vor dem 30. Juni auf einem Gartenfest angesichts einer auf dem Nachbarhause wehenden Hakenkreuzfahne, daß diese Fahne in acht Tagen nicht mehr wehen würde."

*

Göring in Nürnberg:

„Ein großes Blutvergießen ist tatsächlich durch die schnelle Niederwerfung der Revolution verhindert worden. Wäre Röhms Revolution gelungen, so hätten die Aristokraten und die Juden daran glauben müssen und schließlich wäre wohl eine blutige Revolution die Folge gewesen. Die Niederschlagung war im Interesse des Vaterlandes notwendig. 35 Männer sind zu Recht, 35 bedingt zu Recht erschossen worden."

*

Hitler zu seiner Umgebung:

„Dank meines schnellen und unbarmherzigen Zugreifens habe ich ein viel größeres Unheil verhütet, als es das Verschwinden einer Handvoll Männer war, die ein deutsches Gericht sowieso als Landesverräter hätte verurteilen müssen."

12a) Hitler erzählte 1935, daß Hindenburg bei der Berichterstattung über den 30. Juni zu ihm gesagt habe: „Wer Geschichte machen will, darf auch vor Blutvergießen nicht zurückschrecken." Übrigens starteten ja auch die Attentäter und Hintermänner des 20. Juni 1944 das Attentat ohne vorhergehende Gerichtsverhandlung, obwohl sie alle ‚tiefgläubige Christen' waren.

12b) Es ist interessant, daß Schacht mit seiner Kritik an der Erzverhüttung in Salzgitter nicht recht behalten hat, sondern durch die späteren Ergebnisse restlos widerlegt wurde. Trotzdem hat er diese Kritik in auffälligster Weise in seinem Buche „Abrechnung mit Hitler" wiederholt, und verrät die betreffende Stelle seinen ohnmächtigen Haß, weil er Unrecht hatte. Es hat sich ergeben, daß die Herstellung von Roheisen aus Salzgitter-Erz zum Teil sogar billiger war als die Verhüttung von Schwedenerz im Ruhrgebiet. Die späteren Reichswerke Hermann Göhring, heutige Aktiengesellschaft für Berg- und Hüttenbetriebe, sind nunmehr ein beachtlicher Aktivposten in der deutschen Versorgung mit Eisenerz.

13) Ein typischer Fall, welcher diese Geschwätzigkeit Schachts und ihre Folgen bewies, war die Angelegenheit mit dem Spitzwegbild, die er in seinem Buche so breit ausmalte und auch in Nürnberg erzählte. Hitler habe ihm einen falschen Spitzweg geschenkt, was er natürlich sofort gemerkt und worauf er das Bild zurückgegeben habe. Da Hitler von Schachts abfälligen Bemerkungen erfuhr, gab er ihm keinen Ersatz, zumal das Bild nicht nur von einem Verwandten Spitzwegs, sondern auch von dem bekannten Kunstsachverständigen Uhde-Bernays als echt bezeichnet worden war. Das Bild soll sich heute in Schweizer Sammlerbesitz befinden.

Schacht hatte offenbar die Wahrheit des bekannten Volkssprichwortes vergessen, daß „man einem geschenkten Gaul nicht ins Maul gucken soll".

14) Lord M. Hankey äußerte über die Nürnberger Prozesse:

„Ich führe die Nürnberger Prozesse auf das Bestreben zurück, die völkerrechtswidrigen Friedensbrüche der Roosevelt-Truman-Regierung gegenüber Deutschland nachträglich zu rechtfertigen. Nach den Gesetzen des damals von allen Staaten anerkannten Völkerrechts waren Roosevelt und Konsorten des Friedensbruches schuldig und zwar unter Verletzung amerikanischer Gesetze und Verfassungsbestimmungen. Der klägliche Hintergrund der Nürnberger Verfahren war nichts anderes als die Absicht, diesen Taten nachträglich den Schein der Gesetzmäßigkeit zu geben, indem man das Völkerrecht umstieß und die deutschen Politiker zu Kriegsverbrechern erklärte."

[15]) Wir wollen aber auch nicht die „Ausnahme" weglassen, die die Regel bestätigt. Nachstehende Bekundung entlastet ihn und Hitler, obwohl er „vergißt", daß er 1931 in seinem Buche „Das Ende der Reparationen" schrieb: „Der sogenannte Friedensvertrag von Versailles ist weder ein Vertrag, noch hat er den Frieden gebracht. Ein Vertrag setzt voraus, daß zwei Parteien unter Vorbringen von Gründen etwas miteinander vereinbaren. Der Vertrag von Versailles ist lediglich von einer Partei allein festgesetzt worden. Er wurde den Deutschen vorgelegt und sie mußten ihn unter Androhung von Gewalt unterschreiben."

In Nürnberg sagte also Schacht:

„Es ist für uns also, die wir damals in der sogenannten Nationalregierung saßen und für alle Deutschen, die am politischen Leben teilnahmen, eine große Beruhigung gewesen, daß Hitler in den ersten Jahren immer wieder auf Abrüstung gedrängt hat und die Abrüstung angeboten hat. Nun kann man nachträglich natürlich sagen, auch das sei von Hitler nur ein Vorwand und eine Lüge gewesen, aber dieser Vorwand und diese Lüge wären ja sehr schnell geplatzt, wenn das Ausland auch nur im leisesten Miene gemacht hätte, auf dieses Angebot einzugehen. Ich erinnere mich sehr wohl, weil ich bei den gesellschaftlichen Veranstaltungen dabei war, als der Außenminister Eden von Großbritannien Anfang 1934 in Deutschland wär, wie man in den Unterhaltungen mit ihm ganz konkrete Vorschläge für die Verpflichtung Deutschlands in allen Abrüstungsfragen machte für den Fall, daß die Abrüstung der anderen eingeleitet würde und durchgeführt werden sollte. Es wurde Eden zugesagt, daß alle sogenannten halbmilitärischen Verbände, wie SA, SS, HJ usw. ihres militärischen Charakters entkleidet werden sollten, wenn es nur gelinge, die allgemeine Abrüstung damit zu fördern. Ich könnte jetzt hier eine Reihe von Zitaten über diese Abrüstungsangebote vorlegen. Hitler hat noch weitere Angebote gemacht, das Ausland ist auf keines dieser Angebote eingegangen und infolgedessen blieb leider nur die andere Alternative, die Aufrüstung. Ich habe diese Aufrüstung, die Hitler vornahm, mit finanziert und verantworte alles, was ich in dieser Beziehung getan habe. Wenn zwei Partner einen Kontakt miteinander haben, und die eine Partei hält diesen Kontrakt nicht, und die andere Partei hat keine Möglichkeit die eine Partei zur Einhaltung des Vertrages zu bringen, so bleibt der anderen Partei garnichts anderes übrig, als auch ihrerseits den Vertrag nicht einzuhalten. Das hat Deutschland getan, das habe ich finanziert. Ich muß nun allerdings sagen, daß ich hierauf die Reaktion erwartet hatte, die in einem solchen Fall immer von dem anderen Vertragspartner erwartet werden muß: daß der Gegner sagt: ja, wenn du auch nicht den Vertrag einhältst, dann können wir ihn auch nicht einhalten, dann müssen wir uns jetzt mal wieder über diesen Vertrag unterhalten, und ich muß sagen, es war für mich geradezu eine Enttäuschung, daß auf die Aufrüstung Deutschlands von alliierter Seite her überhaupt nichts erfolgte. Man nahm diesen sogenannten Vertragsbruch Deutschlands gegen den Versailler Vertrag ruhig hin, begnügte sich mit einer Protestnote, hat aber sonst nicht das Leiseste getan, um die Abrüstungsfrage, auf die es hier ankam, wieder in Gang zu bringen, sondern man ließ Deutschland nicht nur ruhig aufrüsten, sondern gab ihm sogar mit dem Flottenabkommen mit Großbritannien das Recht, im Gegensatz zum Versailler Vertrag, aufzurüsten. Man schickte militärische Missionen nach Deutschland, um sich diese Aufrüstung anzusehen, und alles geschah, aber nur nichts, um die Aufrüstung Deutschlands zu verhindern."

[16]) Generaladmiral a. D. Böhm schreibt dazu:

Im Interesse der geschichtlichen Forschung will ich die wesentlichen Vorgänge schildern, die ich persönlich miterlebt habe.

1. Es war am 3. Januar 1935. Hitler hatte die Spitzen der Wehrmacht und Partei in die Oper befohlen. Hitler wollte die Spannungen zwischen Wehrmacht und SS beseitigen. Dabei äußerte Hitler wörtlich: „Dann kommt aber vielleicht einer von der Partei und sagt: ‚Der General Soundso spricht und arbeitet gegen Sie!' Dann

sage ich: ‚Das glaube ich nicht.' Und wenn dann der andere spricht: ‚Ich bringe Ihnen die schriftlichen Beweise!', dann zerreiße ich den Wisch, denn mein Glaube in die Wehrmacht ist unerschütterlich'."

2. Es war am 4. Februar 1938. Hitler hatte die älteren Generale und Admirale in die Reichskanzlei befohlen. Er ging aus von der Heirat des Feldmarschalls von Blomberg. Dabei wörtlich: „Nachdem eine solche Heirat des Ersten Feldmarschalls des Dritten Reiches erfolgt ist, mußte ich alles für möglich halten." Zu diesem Zeitpunkt sei erneut eine Anschuldigung gegen Generaloberst Fritsch an ihn herangetragen worden wegen Vergehens gegen § 175. Er habe diese Anschuldigung seit Jahren gekannt, aber von sich gewiesen. Nach dem Erlebnis mit dem Kriegsminister und dem Auftauchen der erneuten Beschuldigung müsse er nun eine Untersuchung gegen Fritsch einleiten.

3. Es war am 13. Juni 1938. Derselbe Kreis. Hitler sehr kurz: Das Gerichtsverfahren gegen Fritsch habe dessen völlige Unschuld erwiesen. Es sei nicht der geringste Makel an ihm. Er — Hitler — bedauere den tragischen Vorgang aufs tiefste. Er wolle Fritsch jede mögliche Genugtung geben. Er könne ihm aber nicht zumuten, in seine frühere Stellung zurückzukehren, da er, Fritsch, nicht mehr vertrauensvoll mit ihm arbeiten könne.

Ich bemerke, daß ich vorstehende Angaben im April 1951 dem Deutschen Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit zur Verfügung gestellt habe, ohne daß sie Erwähnung fanden. Wenn Hitler Fritsch als störend empfand, so hatte er die beste Gelegenheit, ihn aus gesundheitlichen Gründen zu verabschieden, da Fritsch wegen eines Halsleidens zwei Monate nach Ägypten ging und im Januar 1938, kurz vor der Krise, zurückkam. Hitler hatte also eine Intrige durch Diffamierung von Fritsch nicht nötig.

Ich habe keineswegs die Absicht, die Behandlung und Erledigung des „Falles Fritsch" zu verteidigen. Auf Grund meines Miterlebens komme ich zu demselben Schluß wie General Heusinger, der seine Ansicht in dem Buch „Befehl im Widerstreit" einem General wie folgt in den Mund legt: „Ich glaube nicht, daß Hitler die Intrige durchschaute."

Mein Urteil unterscheidet sich also wesentlich von dem von Foertsch, der zu dem Schluß kommt, daß Hitler „seine höchsten General belog und betrog". Eine Beweisführung historischer Art vermag ich nicht zu finden.

Der Ministerpräsident Ehard hat bezüglich des ersten vom Deutschen Institut herausgegebenen Buches „Tischgespräche mit Hitler" ausgesprochen, diese Veröffentlichung sei „ein Beweis dafür, daß dieses Institut keineswegs als ein wissenschaftliches Institut zur Erforschung der Zeitgeschichte bezeichnet werden kann'. Das zweite Buch des Institutes, betreffend die „Fritsch-Krise", bestätigt dieses Urteil.

Böhm, Generaladmiral a. D., Eutin.

*

Aus Werner Broß: „Gespräche mit Hermann Göring":

„Hitler hatte Göring gegenüber stets zum Ausdruck gebracht, wie groß die Gefahr wäre, wenn ein solch wichtiger Mann wie Fritsch durch ausländische Agenten auf Grund seiner unseligen Leidenschaft erpreßt würde. Hitler hat dies wohl auf die Art zu erklären müssen geglaubt, wie er es dann in der Reichskanzlei später getan hat, wo der Zuchthäusler Schmitt plötzlich aus einer Seitentür dem damaligen Oberbefehlshaber des Heeres gegenübergestellt wurde und behauptete, von Fritsch sei der von ihm in Potsdam 1936 beobachtete Mann. Fritsch hat sich ganz reserviert verhalten und lediglich mehrfach erklärt, ganz ruhig, er kenne den Mann gar nicht. Gerade dies aber hat Hitler und Göring erst recht mißtrauisch gemacht. Hitlers Verdacht auf Fritsch war schon vor der Überraschungsszene in der Reichskanzlei besonders rege geworden, weil Fritsch auf die Frage, die Hitler an ihn wegen der Gerüchte über seinen Lebenswandel richtete, geantwortet hatte: „Meinen Sie die beiden Hitlerjungen?' Dadurch wurde überhaupt erst die Aufmerksamkeit auf diese Angelegenheit gelenkt."

General der Flieger a. D. B o d e n s c h a t z schreibt:

Bei den beiden Vernehmungen des angeblichen Zeugen Schmidt, der über seine Beziehungen zu Generaloberst Fritsch aussagte, war ich anwesend. Schmidt wurde von Göring persönlich vernommen. Göring war sichtlich bestrebt, aus Schmidt den wahren Sachverhalt herauszubringen. Er brüllte Schmidt an und drohte ihm mit den schwersten Strafen, wenn sich herausstellen sollte, daß er gelogen habe. Schmidt aber blieb auf seiner den Generalobersten von Fritsch belastenden Aussage bestehen. Ich hatte den Eindruck, daß Göring bemüht war, die Wahrheit zu erforschen und die Verhandlung sachlich zu führen. Über Generaloberst von Fritsch fand er Worte aufrichtigen Mitgefühls und größten Wohlwollens.

Die Vermutung, daß es sich im Falle Blomberg um eine Intrige Görings handelt, halte ich nicht für richtig. Ich kenne Göring genau. Hätte er vor der Trauung Blombergs von den Einzelheiten über Fräulein Gruhn gewußt, so hätte er sicher den Feldmarschall rechtzeitig aufmerksam gemacht und es wäre nie zu dieser Ehe gekommen. Göring, der jede Heirat eines Offiziers der Luftwaffe mit einer ehrbaren Braut aus dem einfachen Volke begrüßte, mag wohl den Entschluß Blombergs, eine einfache Stenotypistin zu heiraten, als einen Sieg seiner nationalsozialistischen Weltanschauung betrachtet haben. Nur so ist es zu erklären, daß Göring alle Hindernisse, die sich Blomberg in den Weg stellten, beseitigen half und sich mit Hitler als Trauzeuge zur Verfügung stellte. Ich kann bezeugen, daß Göring nach der ersten Einsichtnahme in die Akten „Gruhn" tief erschüttert gewesen ist.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der äußere Anstoß zur Krise durch die Heirat Blombergs erfolgt ist. Für Hitler stand fest, daß Blomberg gehen mußte. Damit war zwangsläufig die schwierige Frage zu lösen: „Wer soll Nachfolger Blombergs werden?"

Göring wurde von Hitler abgelehnt. Fritsch kam für Hitler als Nachfolger Blombergs ebenfalls nicht in Frage, da Hitler eine so große Macht in Händen von Fritsch als eine Gefahr für das nationalsozialistische Regime betrachtete. Ich kann bezeugen, daß Hitler von 1936 ab laufend in verstärktem Maße den Eindruck hatte, daß im Heere Kräfte am Werk seien, die seinen Sturz herbeiführen wollten. Aus diesem Mißtrauen entstand die Waffen-SS als eine Art Leibgarde für Hitler. Als Oberbefehlshaber der Wehrmacht konnte Hitler eine so starke Persönlichkeit wie Fritsch nicht an der Spitze des Heeres belassen. Der alte Akt „Fritsch" wurde hervorgeholt; ob Hitler dies veranlaßte und inwieweit Göring und Himmler mitspielten, das wird nie genau festzustellen sein. Karl Bodenschatz, General der Flieger a. D., Erlangen.

*

Die Akte Gruhn wurde durch den Kriminalkommissar Scholz (der seit den Kämpfen um Berlin verschollen ist) entdeckt, nachdem der märchenhafte Aufstieg des Fräulein Gruhn zur Frau eines Feldmarschalls im Kreise ihrer Bekannten Aufsehen erregt hatte. Scholz hat sich die Kartothekkarten des Buchstaben G geben lassen und ist auf die Karte Eva Gruhn gestoßen. Göring hat von dieser Akte Gruhn erstmalig nach der Heirat Blombergs Kenntnis erhalten.

Hans Rechenberg, Ob.-Reg.-Rat z. Wv., Bad Tölz.

16a) Wie sehr in Frankreich jegliche Vernunfterwägung bezüglich des Kriegsausganges außer Acht gelassen wurde, beweist die Äußerung Gamelins, daß die französischen Generäle im Kriegsrat vom 23. August 1939 gar keine andere Möglichkeit gehabt hätten, als die Bereitschaft der Armee zu versichern, weil diese den „politischen Notwendigkeiten" entsprochen habe.

Nach dem Zusammenbruch Frankreichs schrieb die französische Zeitung „Matin" zur Behauptung des Ministerpräsidenten Flandin, daß Daladier die Hauptverantwortung an der Kriegsschuld treffe, „daß Daladiers schwerstes Verbrechen die Unterschlagung des Hitler-Briefes vom 27. August 1939 sei, der Europa sicherlich den Frieden erhalten hätte, wenn ihn das französische Volk gekannt hätte."

Serrano Suner, der spanische Außenminister:

„Ende September 1940 sprach Hitler mit mir mit Strenge und Abfälligkeit über Frankreich; er sagte wörtlich: ‚Daß er sich auf die französische Freundschaft nicht verlassen kann. Fünfzigmal habe er ihnen die Hand gereicht, selbst zum Verzicht auf so deutsches Land wie Elsaß und Lothringen sei er bereit gewesen, aber alles sei umsonst gewesen, deshalb sei es besser, Vorsorge gegen die französische Feindschaft zu treffen, denn er wisse genau, daß sofort beim Abzug der deutschen Besatzung Frankreich an die Revanche denken werde'."

17) „Wahrscheinlich sind es drei Hauptmotive gewesen, die Roosevelt dazu trieben, das Räderwerk des zweiten amerikanischen Kreuzzuges in Gang zu setzen. Da war zuerst sein Ehrgeiz. Konnte es eine größere Versuchung geben, als Führer einer Kriegsweltkoalition, als höchster Weltschiedsrichter zu sein? Zum andern sah er sich vor die Notwendigkeit gestellt, Amerika auf irgendeine Weise aus seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuführen. Das dritte Motiv, das durch die beiden ersten beträchtlich bestärkt wurde, war seine Überzeugung von der Notwendigkeit einer Aktion gegen die Achsenmächte.

Das Gedächtnis des Unterdrückten arbeitet anders als das des Unterdrückers. Die unsichtbare Schuld, die aus dem Konto der Sieger seit dem Sommer 1945 aufgelaufen ist, wird uns in jener Schicksalsstunde präsentiert werden, in der die Mitarbeit unserer früheren Feinde von entscheidender Bedeutung sein wird — es sei denn, wir sind mutig und einsichtig genug, die positiven Schritte zu tun, die das Gebot der Stunde sind. Die Deutschen und die Japaner müssen ohne weitere Verzögerung befreit werden, in Übereinstimmung mit den Prinzipien, die sie zu lehren wir uns vorgenommen haben.

Der Gedanke eines vereinten Westeuropas, das seine Streitigkeiten der Geschichte überliefert und zum Widerstand gegen die sowjetische Aggression befähigt ist, bleibt solange wesenlos, wie er nicht Deutschland als aktiven und völlig gleichberechtigten Teilnehmer an den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entscheidungen umschließt. Nur auf diese Weise kann die Loyalität der Deutschen so stark werden, daß sie jede Probe besteht, die Moskau sich ausdenken mag. Es ist Zeit, hohe Zeit für eine positive und schöpferische Staatskunst. Wir können niemals auf eine überlegene Stärke rechnen, solange wir negative politische Maßnahmen unterstützen, mit denen sich das ungeheure Potential unserer früheren Feinde als Bastion gegen den imperialistischen Sowjetkommunismus nicht erschließen läßt — eines Japan und Deutschland. Aber eines Deutschland und Japan, deren Kräfte nicht durch Unterdrückung und Enttäuschung verbraucht und erschöpft, wenn nicht gar aktiv gegen uns gewandt sind. Der sicherste Weg, den kalten Krieg zu gewinnen, führt über einen dauerhaften Frieden mit Deutschland und Japan, der auf gegenseitiger Achtung und beiderseitigem Interesse aufgebaut ist."

18) Siehe auch meine Aufstellung auf Seite 60 des „Eklen Wurm der deutschen Zwietracht" über das, was die „Rote Kapelle" nach Moskau berichtete. Ein Verschwörer saß in höchster Position im OKW und lieferte fast täglich die wichtigsten Nachrichten.

19) Welches Vertrauen manche Herren in die deutsche Wehrmacht hatten, beweisen folgende Stellen, die Herr Schacht wohlweislich in seinem Buche wegließ, um sich nicht zu sehr zu blamieren:

„Was für ein Wahnsinn, daß wir mit einer militärischen Macht wie Polen einen Krieg anfangen. Es ist geführt von den besten französischen Generalstabsoffizieren. In drei Wochen brechen die deutschen Armeen in Polen zusammen, und dann bedenken Sie noch die Koalition, die uns gegenübersteht."

20) „Am 4. Mai, nachdem Hitler die Natur seiner Forderungen enthüllt hatte, fragte Sir Arnold Wilson den Premierminister, ob die Bedingungen der Vorschläge,

wie sie der polnischen Regierung von der deutschen Regierung in Bezug auf Danzig und den polnischen Korridor gemacht wären, und die von der polnischen Regierung hierauf beabsichtigten Antwort der britischen Regierung bekannt waren, bevor sie Polen die Garantie anbot? Chamberlain erwiderte, daß ‚die Regierung seiner Majestät natürlich über die allgemeinen Gegenstände Bescheid wüßte, über die die beiden Regierungen in Gedankenaustausch getreten wären ... und das gälte auch in Bezug auf die Haltung, die jede Regierung anzunehmen geneigt wäre'.

In einfache und klare Worte gefaßt, besagte diese ausweichende Antwort, daß die britische Regierung wußte, daß Danzig und der Korridor die strittigen Objekte zwischen Deutschland und Polen waren."

Am 24. März meldete der deutsche Botschafter aus Warschau telegraphisch, daß „in den letzten Tagen wiederholte Besuche des englischen Botschafters im hiesigen (polnischen) Außenministerium stattgefunden haben".

In der Unterhaussitzung vom 28. März 1939 fragte der Abgeordnete Greenwood, ob die Deklaration, die gewissen Mächten vorgelegt worden sei, sich nur auf Konsultation beziehe, oder ob gegenseitiger Beistand, unter Umständen auch militärischer Art, vorgesehen sei. Chamberlain antwortete, es sei außerordentlich schwierig und delikat, jetzt schon alle Karten auf den Tisch zu legen, doch könne aus dem, was er früher (also vor dem 26. März! d. V.) in diesem Zusammenhang gesagt habe, ohne weiteres geschlossen werden, daß das, was die Regierung im Sinne habe, sehr viel weiter gehe als Konsultation.

Dem Abgeordneten Dalton, der fragte, ob man Polen gegenüber klar gemacht habe, daß die britische Regierung willens sei, ... Polen für den Fall deutscher Aggression zu Hilfe zu kommen, antwortete Chamberlain, daß er in dieser Hinsicht noch gewisse Zurückhaltung wahren zu müssen glaube, doch sei er bereit zu sagen, daß die britische Regierung den anderen Regierungen, mit denen sie in Konsultation stände, eindeutig klar gemacht habe, was sie unter Umständen zu tun bereit sei. Dieses „Klarmachen" hatte Halifax am 24. März besorgt.

21) „Es ist naiv und unehrlich, einen Staat in Polens Lage aufzufordern, seine Beziehungen zu einem so mächtigen Nachbarn wie Deutschland zu kompromittieren und die Welt dem Unglück eines Krieges auszusetzen, weil es der Innenpolitik der Regierung Chamberlain so am besten paßt. Aber die Vermutung, daß die polnische Regierung dieses Manöver und seine Folgen nicht durchschaute, ist noch naiver. Dieser Versuch schafft ein falsches Bild und legt die Vermutung nahe, daß es sich nicht nur um die Sicherung von Staaten handelt, die durch die neue Technik der deutschen Politik bedroht sind, sondern auch um einen ideologischen Kampf gegen Hitler, wobei das Ziel nicht Friede, sondern Revolution in Deutschland ist. Wer die alten und festen Grundsätze der polnischen Republik kennt, kann nicht auf den Gedanken kommen, daß die polnische Regierung auf die frivol gefährlichen politischen Schachzüge des Herrn Chamberlain hereinfällt.

Da die Erfahrung der letzten zwanzig Jahre gezeigt hat, daß weder Frankreich noch England sich ihren internationalen Verpflichtungen entsprechend verhalten haben, und nicht einmal im Stande gewesen sind, ihre eigenen Interessen zu verteidigen, wird niemand ihre Vorschläge ernst nehmen, es sei denn, sie wären bereit, ihre eigenen Beziehungen zu Deutschland zu gefährden.

Die britischee Initiative — unbesonnen, frivol in der Form und unvollständig im Inhalt — stellt die polnische Regierung vor die Alternative, ihre Beziehungen zu Deutschland zu kompromittieren oder in ihren Verhandlungen mit London einen Mißerfolg zu verzeichnen zu haben. Im ersten Fall fühlt sich Hitler vielleicht gezwungen, einen Druck auf uns auszuüben, worauf wir dann gezwungenerweise mit einem Krieg reagieren müssen. Daraus aber wird sich ein europäischer Konflikt ergeben, und in seinem ersten Stadium wird uns die Unschlüssigkeit der Franzosen und Engländer dem Anprall von Deutschlands ganzer Kraft aussetzen. Unsere ganze

Kriegsindustrie wird gefährdet oder sogar verloren sein. Dadurch aber werden für uns gleich zu Anfang die allerschlimmsten Bedingungen geschaffen, was aber auch für Frankreich und England gilt."

22) Bullitt äußerte im Februar 1939 gegenüber dem polnischen Botschafter in Paris, Lukasiewicz:

„Sollte ein Krieg ausbrechen, so werden wir sicher nicht zu Anfang an ihm teilnehmen, aber wir werden ihn beenden ...

Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England von einer Kompromißpolitik auf Kosten Frankreichs zurückzuhalten."

Ende März 1939 wiederholte Bullitt in einer weiteren Besprechung mit Lukasiewicz, als Polen von England Garantien verlangte, seine Mitteilung, daß die Vereinigten Staaten im Besitz von Mitteln seien, mit denen sie einen möglichen Zwang auf England ausüben könnten, an die Mobilisierung dieser Mittel werde er ernstlich denken.

Der amerikanische Journalist Carl H. v. Wiegand gab in der Zeitung „Chicago Harald American" eine Äußerung des amerikanischen Botschafters in London, Josef Patrick Kennedy, wieder: „Der amerikanische Botschafter William C. Bullitt rief mich während der letzten Aprilwoche 1939 zur amerikanischen Botschaft in Paris, um mir zu sagen, daß Krieg in Europa gegen Hitlerdeutschland bereits beschlossen ist. Die polnische Regierung ist dahingehend von London und Paris beraten worden, Hitlers 25jährige Garantie der polnischen Grenzen nicht anzunehmen. Frankreich und England haben eine Unterstützung Polens in Aussicht gestellt, wenn Hitler einmarschiert."

23) Es ist also eine billige, höchst unwissenschaftliche Methode, zu behaupten, daß Deutschland am 21. März 1939 das Angebot an Polen unterbreitet und Polen es am 26. März abgelehnt, während England erst am 31. März die Garantieerklärung abgegeben habe. Mit dieser Methode begann Chamberlain in seiner Rede vom 10. Juli 1939, und unsere Hofhistoriker plappern diese unzutreffende Behauptungen getreulich nach. Die Propagierung dieser Unwahrheit verrät offensichtlich das schlechte Gewissen.

Es sei bei dieser Gelegenheit auch darauf hingewiesen, daß der führende „Widerständler" Staatssekretär Weizsäcker damals die Diplomaten der Gegenseite immer wieder darauf aufmerksam machte, daß diese Garantieerklärung die Polen geradezu ermuntere, eine friedliche Lösung zu sabotieren.

*

Ein bekannter amerikanischer Journalist sagte zu dem britischen Generalmajor J. F. C. Fuller: „Ihr Herr Ministerpräsident hat den größten Fehler Ihrer Geschichte seit der Stamp Act begangen. Es gibt keinen Grund, warum man nicht die Garantie für eine Pulverfabrik übernehmen sollte, solange die Vorschriften beachtet werden; aber die Garantie für eine Pulverfabrik zu übernehmen, welche voll mit Wahnsinnigen ist, scheint mir ein wenig gefährlich."

*

Der amerikanische Botschafter in Moskau J. E. Davies schrieb in sein Tagebuch: „England hat sich der Entscheidungsfreiheit für sein Handeln je nach Entwicklung der Situation begeben. Sein Verhalten wird sich einzig nach der Entscheidung Polens richten müssen. Mit Danzig und dem polnischen Korridor im Kochtopf ist dies eine gefährliche Situation:

24) Wie wenig die Polen ein Recht hatten, sich über den „kurzen" Termin aufzuregen, beweist die Tatsache, daß sie am 30. September 1938, abends 10.40 Uhr, den Tschechen ein Ultimatum zugehen ließen, daß sie bis um 12.00 Uhr des nächsten Tages bedingungslos das Olsagebiet abzutreten hätten.

[25]) Die polnische Mobilmachung hat sich über folgende Etappen erstreckt: Am 21. März waren vier Divisionen und eine Kavalleriebrigade, am 14. August zwei weitere Divisionen und eine Brigade mobilisiert worden. Am 21. August wurde die geheime Mobilmachung der Hauptstreitkräfte befohlen, am 25. August wurden zwei westliche Armeekorps mobil gemacht. Am 29. August wurde die allgemeine Mobilmachung für weitere elf Divisionen befohlen.

Schon am 25. August machte Hitler Henderson auf 22 Grenzzwischenfälle in der vorhergehenden Nacht aufmerksam.

[26]) Die Polen ließen bereits am 30. August durchblicken, daß sie auf Hitlers Forderungen kaum eingehen würden. Der britische Botschafter gab seiner Regierung zu bedenken, daß Polen nicht einmal die viel mäßigeren März-Forderungen angenommen habe, als es allein stand, um wieviel unwahrscheinlicher sei nun die Annahme der jetzigen Forderungen, wo Polen von den Westmächten und der öffentlichen Meinung der Welt unterstützt werde. — Also?

[27]) Das polnische Telegramm ohne Nachsatz lautete: „Ersuchen Sie um eine Unterredung und erklären folgendes: Diese Nacht erhielt die polnische Regierung von der englischen Regierung eine Mitteilung über einen Meinungsaustausch zwischen der Reichsregierung und der englischen Regierung hinsichtlich der Möglichkeit einer direkten Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und der polnischen Regierung. Die polnische Regierung wird den Vorschlag der englischen Regierung erwägen und in einigen Stunden der englischen (nicht der deutschen) eine formelle Antwort geben."

Die ausdrückliche Betonung, daß sie eine „formelle" Antwort geben wolle, beweist, daß sie der englischen Regierung auch noch eine andere Antwort gab.

[28]) Am 31. August versprach Beck dem britischen Botschafter Kennard, daß er Lipski dahingehend instruieren würde, daß er in einem Interview mit Ribbentrop mitteilen solle, daß Polen die britischen Vorschläge angenommen hätte. Lipski sei jedoch nicht ermächtigt, ein Dokument mit den deutschen Vorschlägen entgegenzunehmen. In dem Telegramm jedoch, das Beck wenige Stunden später tatsächlich an Lipski schickte, stand nichts von angenommenen Vorschlägen, sondern nur davon, daß man diese in Erwägung zöge und in den nächsten Stunden der britischen Regierung eine Erwiderung zukommen lassen würde. Ribbentrop schloß seine Unterhaltung mit Lipski mit den Worten, daß er damit gerechnet hätte, daß er als Bevollmächtigter gekommen wäre.

Der französische Botschafter Graf Ferdinand de Brinon berichtete dem amerikanischen Journalisten Louis P. Harl:

„Als einige Tage vor Ausbruch des Krieges der englische Botschafter in Berlin eine Unterredung mit Hitler hatte, in der dieser einen Plan für die friedliche Beilegung aller englisch-deutschen Streitfragen unterbreitete, beriet das britische Kabinett 48 Stunden lang über diesen Vorschlag und schien geneigt, eine positive Antwort darauf zu erteilen. Aber in Polen erfolgte daraufhin sofort eine lebhafte Reaktion gegen ein sogenanntes Im-Stich-lassen. Diese Reaktion war auf einen starken Einfluß zurückzuführen, der von einem hohen amerikanischen Politiker ausgeübt wurde. Außerdem wurde dem Chef der französischen Regierung, der noch immer zögerte, von denselben Kreisen aus täglich erzählt, er riskiere nichts, da das nationalsozialistische Regime keinen wirklichen Widerstand leisten könne und der Sieg sicher sei."

[29]) Der Befehl zur Auslösung des Falles „Weiß" ist nicht um 12.40 Uhr erteilt worden, wie die Herren Hofhistoriker allgemein behaupten, indem sie sich kurzerhand auf einen entsprechenden Vermerk stützen, der auf dem in Nürnberg vorgelegten, aber nicht mit dem Original übereinstimmenden Exemplar der Weisung Hitlers vom 31. August 1939 enthalten ist. Nach den übereinstimmenden Angaben

aller derjenigen, die zu jener Zeit Gelegenheit hatten, vom Angriffsbefehl Kenntnis zu erhalten, ist dieser Befehl erst am Abend des 31. August erteilt worden.

Die Bedeutung des ersten Befehls Hitlers vom 25. August zur Auslösung militärischer Maßnahmen wird völlig überbewertet. Es handelte sich noch nicht um den Befehl zur Auslösung kriegerischer Handlungen, sondern nur um vorbereitende Maßnahmen, und dieser Befehl bestand noch nicht einmal vier Stunden lang. Wenn es anders gewesen wäre, hätte dieser Vorgang nicht unbemerkt bleiben können. Außerdem war an diesem Tage die deutsche Mobilmachung noch garnicht so weit, daß ein Angriffsbefehl erteilt werden konnte. Selbst ein so gut orientierter Mann wie Jodel äußerte sich: „Niemand wußte, was ist Ernst, was ist Bluff."

30) Am 24. August 1939 kommt aus Genf Graf Lubienski, der Neffe des Kabinettchefs im Warschauer Außenministerium, nach Berlin, um dem polnischen Botschafter wegen der sich aus der polnischen Presse ergebenden kriegerischen Haltung Vorwürfe zu machen. Er kann leider nur den Botschaftsrat Fürst Lubomirski antreffen, welcher ihm auf seine Bedenken wegen der schlechten Aussichten für den Kampf Polens antwortet:

„Denken Sie an alle unsere Aufstände, woran sind sie jedesmal gescheitert? Weil wir allein waren, weil weder Frankreich noch England uns zu Hilfe kamen. Aber wer hat unseren Staat endlich ins Leben gerufen? Frankreich und England. — jetzt stehen wieder Frankreich und England neben uns — noch nie hat Polen in seinem Kampf solche Bundesgenossen gehabt."

Graf Lubienski macht ihn noch darauf aufmerksam, daß sich Oberst Slawek (einer der treuesten Mitarbeiter Pilsudskis), am 3. April 1939 erschossen hat, weil sich der Außenminister Beck am gleichen Tag für England entschieden hat, anstatt mit Deutschland zu verhandeln, und weil er das Unheil aus der Verbindung mit England voraussah, aber den Untergang Polens nicht mehr erleben wollte. Als Botschafter Lipski selbst noch zur Unterhaltung kommt, berichtet Graf Lubienski, daß ihm sein Onkel aus Warschau nach Genf geschrieben habe, er sei verzweifelt und sehe keinen Ausweg mehr, denn sie seien auf einem untergehenden Schiff. Lipski hatte darauf keine andere Antwort als, klar — dagegen sei nichts zu machen, denn in Polen hätten die Militärs das Wort — und England.

*

Nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages sagte der polnische Botschafter Lukasiewicz zum französischen Außenminister, daß die polnische Armee die Offensive ergreifen und in Deutschland eindringen werde.

31) Interessant ist, daß Mitte Mai 1944 die polnische Exilregierung in London durch Laval beim Reich anfragen ließ, ob diese gewillt sei, eine Garantie Polens gegenüber den Ansprüchen der Sowjets zu übernehmen.

Aus W. H. Chamberlains „Amerikas zweiter Kreuzzug":

„Wer kümmert sich schon um die Massenselbstmorde unbekannter polnischer Soldaten in Italien, die über den Verrat an ihrem Vaterland verzweifelt waren?"

*

„Der Treuebruch gegenüber Polen war der rüdeste und flagranteste der Drei, schon allein deshalb, weil Polen der Vorwand für den ganzen Kreuzzug war."

*

Nach seiner Ankunft in Polen berichtet Botschafter Bliß Lane:

„Trotz der Leiden, die Polen und besonders Warschau unter der Nazibesetzung zu erdulden hatten, haben viele Polen im Gespräch mit uns zugegeben, daß sie die Nazibesetzung ihrer jetzigen Last vorzögen."

32) Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk!

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem

Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben, als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft ab.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen, mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu Gleichem entschließen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsche, mit den anderen Nationen einschließlich aller unserer früheren Gegner im Sinne der Überwindung der Kriegspsychose und zur endlichen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen leidenschaftslos auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.

Die deutsche Reichsregieung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Ehrauffassung, daß die Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung für jede Teinahme unseres Volkes und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Beschlusse, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszuscheiden, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorenthalten wird.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verfolgung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen, als künftighin Verträge zu unterzeichnen, die für jeden Ehrenmann und für jedes ehrliebende Volk unannehmbar sein müssen, in ihren Folgen aber nur zu einer Verewigung der Not und des Elends des Versailler Vertragszustandes und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft führen würden.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgendeinem Rüstungswettlauf anderer Nationen teilzunehmen, sie fordern nur jenes Maß an Sicherheit, das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt, diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Verträge sicherzustellen.

Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage:

Billigt das deutsche Volk die ihm hier vorgelegte Politik seiner Reichsregierung und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlich zu ihr zu bekennen?

Berlin, den 14. Oktober 1933.

Die Reichsregierung

Billigst Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, diese Politik Deiner Reichsregierung, und bist Du bereit, sie als den Ausdruck Deiner eigenen Auffassung und Deines eigenen Willens zu erklären und Dich feierlich zu ihr zu bekennen?

ja nein

[33]) 1935 fiel im englischen Parlament das Wort: „Es ist geradezu peinlich zu sehen, wie die deutsche Regierung bemüht ist, das Wohlwollen des englischen Volkes zu gewinnen."

[34]) Folgende Beiträge zur Sudetenfrage verdienen Erwähnung:
Werner Bross in „Gespräche mit Göring in Nürnberg":

„Göring behandelt dann sein Ehrenwort an Mastny, den tschechischen Gesandten 1938 in Berlin: Ja, das war gewesen am 11. März 1938 bei einem Fliegerball im RIM, und der Reihe nach mußten nun die jungen Offiziere auf ihren Einberufungsbefehl hin vorzeitig aufbrechen. Es wurde immer leerer im Saal und der arme Mastny schlotterte zuletzt am ganzen Körper. Ich hatte Mitleid mit ihm und versuchte ihn zu beruhigen. Endlich gab ich ihm dann dies Ehrenwort. Es war absolut ehrlich gemeint, denn wir beabsichtigten keine militärische Erweiterung des Konflikts mit Österreich gegen die Tschechei. Das war zu diesem Zeitpunkt weder vorgesehen noch geplant. Und mein Ehrenwort war daher durchaus aufrichtig Ich habe keineswegs damit die Garantie geben wollen, daß wir niemals militärisch gegen die Tschechei vorgehen wollten."

*

Lord Rothermere in seinem Buch „Warnungen und Prophezeiungen":

„Viele Ausländer — Ungarn, Deutsche — werden seit 1918 in der Tschechei gefangen gehalten. Sie wurden den Tschechen nicht mit mehr Überlegung ausgeliefert als wenn sie Vieh wären. In diesem, wegen seiner kleinlichen Niederträchtigkeit berühmten Volk, sind sie kaltblütiger Enteignung und Unterdrückung unterworfen. Man hat kein Bemühen unterlassen ihre Sprache auszumerzen. Und die tschechische Polizei hat versucht, die Leute durch ständige Verfolgung seelisch zu brechen, denn beutebeladen, wie sie sind, haben die Tschechen ein böses Gewissen; unbekümmert um den Geist des Versailler Vertrags haben sie intensiv gerüstet. Aus Furcht vor drohender Vergeltung haben die Tschechen im vorigen Jahr mit Rußland einen Vertrag auf gegenseitigen Beistand abgeschlossen. Sofort kam eine große Abordnung roter Offiziere nach Prag und machte sich daran, die Verwendung der tschechischen Lufthäfen und Tankdepots für die bolschewistischen Kriegsflugzeuge zu organisieren."

*

3. Juni 1938 — Ciano in seinem Tagebuch:

„Der Prinz von Hessen erklärt noch einmal, daß der Führer nicht die Absicht habe, die Lage in der Tschechoslowakei zu forcieren. Jedoch wird er es tun, wenn von tschechischer Seite die Provokationen weitergehen."

Aus dem Bericht des tschechischen Gesandten in Paris, Osusky, 1. August 1938:

„Was Lord Runciman betrifft, so ist dies ein Mann, bei dem die britische Staatsraison entscheidet. Wenn er sich überzeugen wird, daß es im Interesse Englands ist die Tschechoslowakei zu opfern, wird er sie ohne Gewissensbisse opfern."

Aus dem Bericht des tschechischen Gesandten in London, Masaryk, 14. Sept. 1938:

„Bonnet hatte gestern abend ein sehr unheilvolles Gespräch mit Phipps. Bonnet hat erklärt, daß es notwendig sei den Frieden zu erhalten, auch um den Preis der tschecho-slowakischen Republik, und daß Frankreich nicht vorbereitet sei und unsertwegen keinen Krieg führen wolle."

[35]) Wie sich England einsetzen konnte wenn der Frieden für seine Interessen notwendig war, beweist folgender Eintrag in Cianos Tagebuch vom 28. Sept. 1938:

„Vier Stunden fehlen noch bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten, als Perth, der englische Botschafter, anruft und um Audienz bittet. Ich empfange ihn sofort. Er ist bewegt und sagt, daß Chamberlain an den Duce appelliert, er möge in diesen Stunden, die er als die letzten betrachte, um den Frieden und die Kultur zu retten, freundschaftlich intervenieren. Er wiederholt noch einmal die Garantie, die England

und Frankreich für die Abtretung des Sudetengebietes bereits angeboten haben. Ich frage Perth, ob seine Demarche als eine offizielle Einladung an den Duce zu betrachten sei, die Rolle eines Mittlers zu übernehmen. Ja. Nun gilt es keine Zeit zu verlieren: das Angebot verdient, in Betracht gezogen zu werden. Fahre zum Duce. Er stimmt sogleich mit mir überein, daß es unmöglich sei, der Bitte von Chamberlain ein fin den on recevoir entgegenzusetzen. Er telefonierte an Attolico: ‚Gehen Sie zum Führer und sagen Sie ihm, nachdem Sie vorausgeschickt haben, daß ich auf jeden Fall auf seiner Seite stehen werde, ich riete ihm, den Beginn der Feindseligkeiten um 24 Stunden hinauszuschieben. In der Zwischenzeit behalte ich mir vor, die Möglichkeit zur Lösung des Problems zu studieren.'

Ich informiere Perth dahin daß die Feindseligkeiten heute beginnen sollen, und unterstreiche, daß unser Platz an der Seite Deutschlands ist. Sein Gesicht zittert, und er hat rote Augen. Als ich hinzufüge, daß der Duce jedoch die Bitte Chamberlains angenommen und 24 Stunden Aufschub vorgeschlagen habe, bricht er in ein mit Schluchzen vermischtes Lachen aus und stürmt zu seiner Botschaft. Kurz darauf bittet er wieder um Audienz. Er hat eine Botschaft Chamberlains an den Duce und die Kopie einer anderen, die an Hitler gerichtet ist: ein konkreter Vorschlag zu einer Vierer-Konferenz mit der bindenden Verpflichtung, innerhalb von 7 Tagen zu einer radikalen Lösung des Sudetenproblems zu gelangen. Man kann nicht ablehnen: wenn Hitler das täte, würde er sich den Haß der Welt zuziehen und die ganze Verantwortung für den Krieg tragen. Der Duce beschließt, die englische Bitte zu unterstützen, um so mehr, als nunmehr der Führer, dem Wunsche Mussolinis nachgebend, bereits im Besitz der Instruktionen ist."

36) Folgende Äußerungen beweisen die Behauptung vom „Zeitgewinn":

„Am 16. März 1936 bestätigte Außenminister Flandin, daß ihm Herr Baldwin, als er die Engländer für die französische These erwärmen wollte, die Deutschen wieder aus dem Rheinland herauszuwerfen, wörtlich versichert habe: ‚Sie dürfen eins nicht vergessen: England ist noch nicht fertig. England muß rüsten, rüsten und noch einmal rüsten. — Dann erst kann es losschlagen, aber wenn es gerüstet ist, dann schlägt es auch los!' "

*

Im Mai 1938 sagte der englische Kapitän G.:

„Haltet bis zum Herbst 1938 aus. Dann kommt Churchill ans Ruder. — Deutschland wird dann entweder kampflos weichen oder es wird militärisch vernichtet werden."

*

Am 27. September 1938 seufzte Chamberlain:

„Wie schrecklich und phantastisch ist das. Es ist kaum zu glauben, daß wir Gräben ausheben und Gasmasken ausprobieren sollen, und das alles wegen eines Streites in einem fernen Land, von dem wir nichts wissen ... Wir können doch unter keinen Umständen das britische Reich wegen eines Landes in einen Krieg verwickeln. Um uns zum Kämpfen zu bewegen, muß es um eine größere Sache gehen."

*

Samuel Hoare sagt in seinem Buche „Gesandter":

„Und niemand kann leugnen, daß Chamberlain durch Zeitgewinn erheblich zur Stärkung der nationalen Verteidigung beitrug."

*

Der Franzose Alfred Fabre Luce schreibt in seinem Tagebuch:

„Seit 1938 treiben die Angelsachsen ein Opfer nach dem anderen zum Selbstmord, allein zu dem Zweck, ihnen einige Wochen Frist zu verschaffen, in denen sie Rückstand ihrer Kriegsvorbereitungen einholen wollen. Es ist als ob sie sagten: „Gleicht

unsere Versäumnisse durch euere Blutopfer wieder aus." Und vielleicht benutzen sie den Aufschub auch nur, um ihren alten Schlendrian fortsetzen zu können.

*

Am 22. August 1939 anwortet General Gamelin im Kriegsrat:

„Ich sehe keinen Grund, der uns nötigen könnte den Krieg hinauszuschieben und im Gegenteil — jeder Aufschub ist für die Deutschen ebenso vorteilhaft wie für uns. Den Aufschub, den wir brauchen und den England braucht, um uns seine Divisionen herüberzuschicken, gibt uns der polnische Widerstand."

Am 23. September 1939 erklärte der polnische Marschall Rydz-Smigly in Rumänien auf die Frage eines hohen geistlichen Würdenträgers, ob er denn nicht gewußt habe, daß die Polen den Deutschen nicht standhalten könnten, daß er schon am zweiten Tage gesagt habe, daß der Krieg verloren sei. An diesem zweiten Tage sei er fest entschlossen gewesen, Frieden zu machen. Die Engländer hätten ihm jedoch erklärt, dies dürfe er auf keinen Fall tun. Sie würden den Polen zu Lande, zu Wasser und in der Luft wirksam zu Hilfe kommen.

Am 5. Oktober 1940, gelegentlich Chamberlains Rücktritt, befaßte sich die Times mit seinen Verdiensten um England unter Bezugnahme auf München und schreibt: „Wenn die Geschichte dieser Zeiten einmal geschrieben wird, wird es nicht vergessen werden, daß Chamberlains Politik uns und Frankreich ein Jahr Frist gab, um uns auf Krieg vorzubereiten. Diese Frist hat England infolge seiner mangelhaften Rüstungsbereitschaft und Frankreich wegen dort herrschender sozialer, wirtschaftlicher und finanzieller Verwirrung nötig gehabt."

Gegen die Behauptung, daß England in München die Forderungen Hitlers in erster Linie bewilligt habe, um Zeit zur Verbesserung seiner Kriegsbereitschaft zu gewinnen, werden verschiedene Argumente vorgebracht.

So behauptet z. B. der englische Historiker Gathorne Hardy, „daß sich Großbritannien nach der Zusammenkunft in Godesberg zum Kampfe bereit gemacht hatte und sich unwiderruflich Frankreich gegenüber verpflichtete zu kämpfen, falls Hitler seine in jenem Stadium eingenommene Haltung nicht ändere". Churchill gar schreibt in seinen Memoiren: „Aus all diesen angeführten Gründen ließ die einjährige Atempause, die angeblich durch München gewonnen wurde, Großbritannien und Frankreich im Vergleich zu Hitlerdeutschland in einer wesentlich schlechteren Lage als zur Zeit der Münchener Krise ..."

Hierbei werden nicht weniger als sechs Tatsachen außer Acht gelassen:

1. Die sudetendeutsche Forderung Hitlers war so gerechtfertigt, daß man ihretwegen sowieso keinen Krieg anfangen konnte.
2. Die Verhandlungen Chamberlains mit Hitler kamen hauptsächlich auf Anregung Daladiers zustande, weil Frankreich „noch nicht so weit war" und England ohne dieses überhaupt nicht kämpfen konnte bzw. wollte.
3. In den wenigen Tagen von „Godesberg bis München" konnten sich weder England noch Frankreich „kampfbereit" machen.
4. Das „Fallenlassen" der Tschechoslowakei durch England und Frankreich war für diese Mächte — wie sie voraussahen — mit einem so großen Prestigeverlust verbunden, daß dieser nur durch die Rücksichtnahme auf weit höhere Interessen gerechtfertigt war — eben auf den Zeitgewinn.
5. Als „München" abgeschlossen wurde, wußte noch niemand in der Welt etwas von dem kommenden Machtzuwachs, den Deutschland durch die Schaffung des Protektorates erhalten würde. Die 40 Divisionen der Tschechei marschierten damals noch im Geiste auf Seiten der Alliierten mit.
6. Zahlreiche Telefongespräche alliierter und tschechischer Politiker in jenen Tagen kamen zur Kenntnis Hitlers und bewiesen eindeutig das Motiv des Zeitgewinns. Dieser brauchte übrigens nicht allein in einer Verstärkung der Rüstung zu bestehen, sondern auch in einer Erfüllung der Versprechungen der deutschen Verschwörer.

37) Am 15. September 1939 hatte er in Berlin dem tschechischen Geschäftsträger schon in Aussicht gestellt, „daß die Tschechei einmal — und zwar vielleicht in absehbarer Zeit — Entschädigung für das heutige Unrecht bekäme".

38) Nachfolgende Blütenlese zeigt hier die Hetze der Gegner von „München": Harold Nicolsen, der Abgeordnete des Unterhauses, sagte am 4. Oktober 1938:

„Nach der Kapitulation von München haben wir Herrn Hitler erlaubt, vor der ganzen Welt zu zeigen, daß die in Europa herrschende Macht nicht Großbritannien ist, sondern Berlin — oder vielmehr das Führerhaus in München.

Wir haben nicht nur auf die Sudetendeutschen verzichtet, wir haben nicht nur auf die Tschechoslowakei verzichtet, sondern wir haben auf den Schlüssel zur Herrschaft über Europa verzichtet. Seit 250 Jahren war es die unerschütterliche Grundlage unserer Außenpolitik, was man mit Recht ein Naturgesetz genannt hat, mit allen Mitteln zu verhindern, daß Europa von einer Macht oder von einer Gruppe von Mächten beherrscht wurde, und dieser Grundsatz hat notwendig zur Folge, daß wir immer den schwachen Mächten gegen die starken beistehen müssen."

Roosevelt ließ im Oktober 1938 keinen Zweifel daran, daß er die Vereinbarung von München mißbillige.

In England war Chamberlain von der Kriegspartei mit heftiger Opposition empfangen worden. Duff Cooper legte ostentativ sein Amt als Marineminister nieder. Churchill bezeichnete Chamberlain als gefährlichen Verräter, so daß sich letzterer gezwungen sah, kurz nach München ein Aufrüstungsprogramm anzukündigen, durch das der soeben erreichte Friedensschluß sofort wieder in Frage gestellt wurde. Die englische Kriegspartei wandte sich in Rundfunkreden an die USA, Churchill am 16. Oktober 1938 mit einem Aufruf an das amerikanische Volk, es solle zusammen mit England den Diktatoren Widerstand leisten.

Nach dem Münchner Abkommen sagte Sir Robert Boothby zu seiner Wählerschaft:

„Was das Münchner Abkommen betrifft, so müssen wir den Tatsachen ins Auge blicken, daß es eine der größten diplomatischen Niederlagen bedeutet, die dies Land erlitten hat."

*

Die „Jewish Chronicle" vom 7. Oktober 1938 schreibt:

„Jetzt müssen die Juden festlegen, welchen Schritt sie gemeinsam ergreifen wollen, um den Angriff in allen Teilen der Welt abzuschlagen ... Die Politik des Schnorrens um ein oder zwei Krumen bei diesem oder jenem auswärtigen Amt, um die Haltung von ‚Jaleuten' ohne eigenen Willen und Rückgrat hat keinen Platz mehr in der neuen Ära der Machtpolitik ... sie muß durch jüdische Initiative und jüdische Unabhängigkeit und den Geist des Selbstvertrauens ersetzt werden."

Am 14. Oktober verlangt die gleiche Zeitschrift, daß sich die Juden der britischen nationalen Verteidigung zur Verfügung stellen.

Am 28. Oktober verkündet sie, daß die jüdische Gemeinde in England die wichtigste und mächtigste in Europa sei.

Am 6. Januar 1939 meint sie, daß ohne ein starkes Britannien keinerlei Hoffnung und Zukunft für das nationale Heim der Juden bestände, welches ohne dieses Land keine Dauer haben werde.

Seit „München" wird die gesamte deutschfeindliche Presse in der Welt in ihrem Haßfeldzug vom englischen Rundfunk auf das kräftigste unterstützt. Sowohl über Deutschland wie über Italien werden durch englische Sender in den verschiedensten Sprachen ungeheure Lügen verbreitet. Im englischen Unterhaus erklärt Lord Winterton, daß die englische Regierung zur Unterstützung dieser Radiosendungen für das Jahr 1939 vorläufig einen Betrag von 110 000 Pfund zur Verfügung gestellt habe.

Am 21. Februar 1939 sagte Schatzkanzler Sir John Simon, die Rüstungsproduktion sei bereits in England zu einem noch nie dagewesenen Maß gesteigert worden. Zwei Tage später nahm das Unterhaus eine neue Rüstungsanleihe in Höhe von 800 Millionen Pfund an.

Churchill am 22. Februar 1939 in Blackburn:

„Während in den ersten fünf Jahren der nationalen Regierung, nämlich von 1931 bis 1935, der durchschnittliche Aufwand für die Verteidigung des Landes 114 Millionen Pfund betrug, beliefen sich die entsprechenden Ausgaben im Jahre 1936 auf 186 Millionen Pfund, 1937 auf 265 Millionen Pfund, und der Voranschlag für das nächste Finanzjahr, der auch die Ausgaben für die Zivilverteidigung umfaßt, ist bereits auf 580 Millionen Pfund hinaufgeschnellt . . . Zunächst können Sie sich selbst davon überzeugen, daß die Gründe für die Besorgnisse, die etwa früher wegen einer zu langsamen Herstellung von Rüstungsmaterial erhoben wurden, überwunden wurden. Schiffe, Kanonen, Flugzeuge und Munition fliegen jetzt aus allen Werften und Fabriken in einen Strom, der dauernd im Anschwellen begriffen ist."

[39]) Folgende Beiträge beweisen die Veränderungen der politischen Lage nach „München":

Der tschechische Oberst des Generalstabes E. Moravec:

„Als die Politik Dr. Beneschs versagte, als er mir persönlich am 2. Oktober 1938 zugestand, daß er den Verrat des Westens und die Schwäche der westlichen Politiker nicht erwartet habe, da schlug ich ihm als einfacher, aber durch den Schmerz erregter Ergebener vor, die Tschechei solle sich an Deutschland anschließen und alle Verträge mit dem Westen annullieren, so retten wir, Herr Präsident, die Slowakei für uns."

*

Der englische Botschafter Henderson:

„Der Umschwung der Stimmung im Ausland, besonders in den USA, wohin Dr. Benesch geflüchtet war, hatte zudem eine wichtige Folge. Sie ermutigte die antideutschen Kreise in der Tschechoslowakei, die von den Deutschen gern als Beneschisten bezeichnet wurden, ihr Haupt von neuem zu erheben, und die auf Versöhnung und freundliche Beziehungen zu Deutschland gerichteten Bemühungen Dr. Hachas und Chvalkowskys zu hemmen. Gerade die Feindseligkeit war es, die Hitler zum Beistand nahm, um ein paar Tage später den Rest der Kirsche zu schlucken, von der er in München nur die Hälfte abgebissen hatte."

Schon am 22. Februar verlangte der Pressechef Mach der slowakischen Regierung einen selbständigen slowakischen Staat unter Hinweis auf das Verhalten Prags.

*

Der englische Botschafter Henderson:

„Selbst heutzutage, nachdem das Ereignis eingetreten ist, wird es mir schwer, die Ansicht zu teilen, Hitler habe irgendeinen bestimmten Schritt für den März geplant. Ich glaube nicht, daß er um die Mitte des Februar für die Lösung der tschechischen Frage irgendeine zeitliche Begrenzung im Auge hatte. Alles hing noch davon ab, wie der Zwischenfall, der seinen Zwecken dienlich sein könnte, auf die Spitze getrieben werden könnte. Sicherlich bestand sein Ziel darin, Böhmen und Mähren in einer oder anderen Form wieder in das Deutsche Reich zurückzuführen, da sie schon einmal dem ersten Reich angehört hatten. Aber er war sich noch im Unklaren darüber, auf welche Weise dies Ziel zu erreichen sein würde. Es ist ebenfalls richtig, daß er über das Wiedererwachen der antideutschen Bewegung in der Tschechoslowakei höchst verärgert war, und daß seine Agenten die Slowaken in ihren Streitigkeiten mit den Tschechen ermutigten, um so die Letzteren zu schwächen. Aber sein anderer Plan hatte noch nicht Form angenommen, alles hing von der Entwicklung der Dinge ab."

„. . . Wie es mit Schuschniggs unglückseliger Volksabstimmung im März 1938 gewesen war, so war es im März 1939 mit der Intervention der tschechischen Regierung in Bratislawa. Doch wie aktiv auch immer Hitler in diesen Fällen gehandelt haben mag, um einen Zwischenfall hervorzurufen, so war doch keiner von ihnen

ein voraussehbares Ereignis. Wenn die Tschechen eine Kleinigkeit klüger gewesen wären, d. h. ehe die Tschechen die slowakische Regierung Pater Tisos stürzten, würde dieser März durchaus zahm verlaufen sein."

*

Aus der Unterredung Hitlers mit dem tschechischen Außenminister Chvalkowsky vom 21. Januar 1939:

„Von Anfang an hätte die Entwicklung in der Tschechoslowakei einer Katastrophe zugetrieben. Diese Katastrophe sei aufgehalten durch das Maßhalten Deutschlands. Wenn Deutschland nicht durch seine nationalsozialistischen Prinzipien davon zurückgehalten worden sei, fremdes Volkstum zu annektieren, so hätte das Schicksal einen ganz anderen Verlauf genommen. Das was heute übrig sei von der Tschechoslowakei, sei nicht von Herrn Benesch, sondern nur durch die nationalsozialistischen Tendenzen gerettet worden, doch vermute er, daß man noch nicht Konsequenzen aus dieser Lage gezogen habe. Wenn die Spannungen jemals den Anschein hätten, eine Gefahr zu bedeuten, würde der Führer in der ersten Sekunde zugreifen."

40) Hitler: „Böhmen und Mähren habe ich allerdings unter meinen Schutz gestellt. Ihren Einwohnern habe ich aber alle Freiheiten gelassen, und man soll sich hüten, ihnen auch nur ein Haar zu krümmen, das ist Ehrensache für das Reich."

41) Der tschechische Oberst Moravec:

„Die Tschechoslowakei war nicht allein das Mutterschiff für die verbündeten Flotten. Sie bildete auch inmitten des deutschen Lebensraumes eine gefährliche Festung, die das deutsche Volk mit den zwei mächtigsten und modernsten Waffen bedroht: 1. mit der Propaganda, 2. mit der Luftwaffe. Dahinter versteckten sich:
a) die liberale Gesellschaftsordnung der westlichen Plutokratie,
b) die lebensunfähigen politischen Parteien,
c) das Judentum."

42) Am 24. März äußerte sich Staatspräsident Dr.Hacha, daß es unrichtig sei, daß der deutsche Gesandte ihm am Nachmittag des 14. März für die tschechische Regierung eine Einladung nach Berlin überbracht habe. Die Prager Regierung habe diesmal von sich aus in Berlin angefragt, ob er und sein Außenminister nach Berlin kommen könnten, um über das künftige Verhältnis des Reichs zu Böhmen und Mähren zu verhandeln. Es sei in Berlin ihnen keineswegs ein fertiges Dokument vorgelegt worden, auch habe Hitler durchaus Verhandlungen geführt, die lange dauerten und in völlig freundschaftlicher Weise vor sich gingen. Selbst danach wurde der Wortlaut des bekannten Dokuments vereinbart, niedergeschrieben und von beiden Seiten unterzeichnet.
Der französische Botschafter Coulondre:

„Mein britischer Kollege und ich hatten zu einer sofortigen Reise Chvalkowskis nach Berlin geraten. Es war ein schwerer Fehler, Hacha selber herzuschicken."

43) Aus Besprechungen Hitlers mit Hacha am 15. März 1939:

„Im Herbst hätte er nicht die letzten Konsequenzen ziehen wollen, weil er geglaubt habe, daß ein Zusammenleben möglich sei, aber damals schon und später, auch bei seinen Unterhaltungen mit Chvalkowski habe er keinen Zweifel gelassen, daß, wenn die Tendenzen Benesch's nicht restlos verschwinden würden, er diesen Staat rücksichtslos zerschlagen würde. Chvalkowski habe dies damals verstanden und den Führer um Geduld gebeten. Der Führer habe dies eingesehen, aber die Monate seien dahingegangen, ohne daß eine Änderung eingetreten sei. Dem neuen Regime sei es nicht gelungen, das alte psychologisch verschwinden zu lassen, das sehe er an der Presse, an der Mundpropaganda, an den Entlassungen der Deutschen und an vielen Handlungen, die für ihn symbolisch für das Gesamtbild seien. Er

habe dieses zuerst nicht verstanden, als es ihm aber klar geworden sei, habe er endgültig seine Konsequenzen gezogen, da, wenn die Entwicklung so weiter gegangen wäre, in wenigen Jahren das Verhältnis genau so wieder gewesen wäre, wie es vor sechs Monaten gewesen war."

44) Aus der englischen Zeitung „Union" vom 21. November 1953:

„. . . Wir gelangen nun zur letzten Verherrlichung der Anmaßung der Fleet-street in der Kontrolle über die Außenpolitik der Nation, die in der Feststellung Jan Colvins im „Sunday Expreß" liegt, daß er der Mann war, der den Krieg von 1939 startete — einen für Großbritannien verheerenderen Krieg als jener, der uns die amerikanischen Kolonien (und manches andere) 1776 kostete, denn er kostete uns unsere asiatischen Dominions und machte uns zu einer drittrangigen Macht. Aber nicht nur das stellte er fest, sondern zitiert zur Bestätigung folgende delphische Feststellung Churchills, als sie sich kurz nach Beendigung des Kampfes begegneten: ‚So, Sie haben den Krieg überlebt? Und Sie waren es, der ihn mit dieser polnischen Garantie ins Rollen brachte?' Es scheint Colvin garnicht aufgefallen zu sein, daß man eine solche Bemerkung verschieden auslegen kann, besonders, da er festgestellt, ‚daß Churchills Gedanken stets auf neue Probleme gerichtet seien' — Probleme, die unheilvoller und schwieriger zu lösen war, als alles, dem sich unser Land 1939 gegenüber sah.

Prüfen wir die Nachricht, die dieser Journalist aus Berlin, wo er Korrespondent war, zurückbrachte und Halifax sowie Chamberlain in jenen kritischen Märztagen 1939 vorlegte, als die Würfel für den durch die Torheit der polnischen Garantie unvermeidlich gewordenen Krieg fielen. Warum war das Wort eines unverantwortlichen jungen Journalisten in solch lebenswichtigen Dingen wichtiger als das von Sir Neville Henderson, unseres dortigen Botschafters, den Colvin beschuldigt, Nachrichten zu unterdrücken?"

44a) Am besten hat der englische Marinehistoriker Captain Russell Grenfell in seinem neuesten Buche „Bedingungsloser Haß?" die Widersinnigkeit der englischen Garantie an Polen kritisiert, indem er schrieb:

„Der zweite Weltkrieg begann auf englischer Seite in einer noch weniger intelligenten Weise als der erste . . . Niemand kann aber behaupten, daß die Frage, die Englands Eintritt in den zweiten Weltkrieg bestimmte, überhaupt eine Gefahr für England in sich barg. Mit außerordentlicher Unklugheit hatte sich die englische Regierung in die deutsche Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei verwickeln lassen, mit der sie praktisch nichts zu tun hatte und bei der sie sich bös die Finger verbrannte. Die daraus folgende Kritik tat weh und aus diesem Schmerz heraus beging sie im folgenden Jahr den weiteren Fehler, sich durch das Geschrei von interessierter Seite zur Geste des „Stop Hitler" mit der Garantieerklärung an Polen gegen Deutschland drängen zu lassen. Kein noch so weit hergeholtes Argument kann zeigen, daß die englische Sicherheit auch nur im geringsten durch irgendwas berührt wurde, was Polen zustoßen mochte . . . Außerdem war eine englische Garantie Polens gegen Deutschland ungefähr ebenso einlösbar wie eine Garantie Mexikos gegen die Vereinigten Staaten. Hitler wußte dies natürlich und lehnte es deshalb ab, sich durch einen so handgreiflichen Bluff abschrecken zu lassen, und so war England gezwungen, den Krieg zu erklären. Daher begann der zweite Weltkrieg, als die englische Regierung dem polnischen Festhalten am Korridor ihre uneingeschränkte Unterstützung gab. Dieser Korridor war eine Erfindung der Versailler Friedensmacher gewesen, die in den folgenden zwanzig Jahren von allen intelligenten Menschen in England und überall in der Welt als eine politische Unmöglichkeit verdammt worden war: es schien undenkbar, daß die britische Nation je zu ihrer Verteidigung in Feindseligkeiten verwickelt werden könnte. Jetzt aber war das Unausdenkbare geschehen."

45) Hitler erklärte am 25. August Henderson, daß er kein Interesse daran habe, England an Polen wortbrüchig werden zu lassen. Es bedürfe nur einer Geste Großbritanniens, um mit Polen zu einem Abkommen zu gelangen.

„Ich würde in einer Regelung mit Polen nicht kleinlich sein; um mit ihm zu einem Abkommen zu gelangen, brauchte es nur eine Geste von Seiten Großbritanniens, die Polen zu verstehen gäbe, daß es sich vernünftig verhalten sollte."

46) Der frühere Botschafter in Rom von Hassell war am 31. August vom Staatssekretär Weizsäcker gebeten worden, nochmals auf Henderson und Göring im Sinne der Erhaltung des Friedens einzuwirken. Er schreibt über das Ergebnis seines Besuches bei Göring in seinem Tagebuch:

„Göring meinte, unsere Vorschläge seien doch wahrhaftig bescheiden, worauf ich erwiderte, sie seien aber doch als überholt bezeichnet worden. Göring wurde daraut sehr lebhaft und fragte, wie Henderson zu dieser Ansicht komme. Die Vorschläge seien doch nur dann überholt, wenn kein polnischer Unterhändler komme. Ich antwortete, das sei sehr wichtig. Ich würde es sofort Henderson sagen und ihn drängen, sich weiter in der Richtung anzustrengen.

Göring: ‚Ja, er muß aber sofort kommen.'

Ich: ‚Das wird doch technisch unmöglich sein. Es muß doch genügen, wenn die Polen erklären, sie würden ihn schicken.'

Göring: ‚Ja, gut, aber er muß sehr schnell kommen.' ...

Mein Eindruck war, daß Göring tatsächlich Frieden will ... Ich ging sofort wieder zu Henderson und sagte ihm, was Göring erklärt hatte. Er war höchst interessiert und schrieb sich das Wichtigste auf."

47) Es ist interessant, daß der englische Historiker Namier in seinem Buche eine ähnliche Falschangabe „richtigstellen" muß:

„In Bezug auf die deutsche Note vom 30. August, die Ribbentrop Henderson nicht hatte geben wollen, sagte Chamberlain: ‚Nie haben wir eine Abschrift dieser Vorschläge erhalten ... und in der vergangenen Nacht haben wir zum erstenmal durch das Radio von ihnen gehört.'

Diese Feststellung entsprach nicht ganz den Tatsachen: Am 31. August um 10.00 Uhr vormittags hatte Henderson den Text der Note durch Dahlerus und zwischen 5 und 7 Uhr nachmittags direkt von Göring erhalten. Andererseits aber war Dahlerus' Mitteilung weder offiziell noch autoritativ, während die Nachricht der Bestätigung durch Göring London kaum vor der Rundfunksendung um 9 Uhr nachmittags erreicht haben konnte. Jedenfalls hätte der Satz einer sorgfältigeren Fassung bedurft."

Namiers Angaben stimmen aber auch nicht, denn Henderson hatte die Vorschläge schon sofort nach der Besprechung mit Ribbentrop nach England depeschiert. Sie waren am frühen Vormittag des 31. August in London.

48) Der französische Außenminister Bonnet bestätigte vor einer Gruppe französischer Abgeordneten, die sich mit der Frage der Kriegsschuld beschäftigte, daß er am 1. September 1939 im Namen der französischen Regierung dem italienischen Vermittlungsvorschlag zur Beilegung des deutsch-polnischen Konfliktes zugestimmt und eingewilligt habe, daß in den folgenden Wochen die Konferenz stattfinde. Diese Konferenz sei aber durch die polnische und britische Regierung unmöglich gemacht worden, da sie ultimativ die ehrenrührige vorherige Räumung des von Deutschland bereits besetzten Gebietes verlangten.

48a) Auch aus dieser Äußerung geht hervor, daß die englische Regierung wegen der Zusagen der Verschwörer mit einer „kurzen" Kriegsdauer rechnete. Die Begründung mit dem Mangel an Rohstoffen sollte dieses Wissen nur verdecken.

49) Im Juni 1946 meinte allerdings Churchill im Unterhaus:

„Der letzte Krieg hätte drei oder vier Jahre vor seinem Ausbruch durch eine Geste und gerechte Aktion verhindert werden können ..." Er vergaß dazu zu sagen, daß sie sehr billig zu haben war, diese Geste.

Der holländische Kriegsminister des ersten Weltkrieges faßte einmal seine Erkenntnis in folgendem Ausdruck zusammen:

„Deutsches Unrecht tritt als ein unerwarteter, mit dem Zwang des Krieges begründeter Schlag auf. Englisches Unrecht schleicht auf Umwegen näher, bekleidet mit dem Mantel des Rechts."

Am 3. September hatte England auch den Mantel des Rechts um, als es mit der Kriegserklärung den zweiten Weltkrieg gegen Deutschland eröffnete. Dieses Mal half es ihm aber nichts, weil der Mantel denjenigen, der ihn für England trug — Mister Churchill —, viel zu klein war. In seinem ungestümen Drang erwischte er einen falschen, sodaß wir durch die vielen Lücken hindurch die wahre Schuld erkennen konnten. Inzwischen haben die vielen Platzregen, die seit 1944 aus dem Osten über das englische Weltreich niedergingen und die Sonne der Wahrheit das Weitere getan, um den Mantel zu einem Fetzen werden zu lassen, mit dem man nur noch denen etwas verdecken kann, die vor Dummheit sowieso nichts mehr sehen.

50) Daß der „Grundstein" für den zweiten Weltkrieg in Versailles gelegt wurde, beweist kurz folgender Satz, den Clemenceau 1919 zu den jungen Offiziersschülern von St. Cyr sagte:

„Meine jungen Freunde, Sie mögen unbesorgt bleiben im Hinblick auf Ihre militärischen Aussichten, denn der Friede, der eben von uns durchgesetzt wurde, liefert Euch Jahre voll Erwartungen auf Zusammenstöße in Mitteleuropa."

*

Schon am 31. Januar 1933 sagte ein führender australischer Jude zu einem deutschen Admiral:

„Herr Admiral, haben Sie gehört, daß Präsident Hindenburg auf Grund des Ausganges der letzten Reichstagswahl dem Nationalsozialisten Hitler das Reichskanzleramt übertragen hat? Ich gebe Ihnen mein Wort darauf, denken Sie später daran, daß wir Juden alles tun werden, um diese Tatsache wieder aus der Welt zu schaffen."

*

Am 24. März 1933 brachte die englische Zeitung „Daily Herald" ein Bild mit Adolf Hitler vor einem Gericht mit vier jüdischen Richtern. Die Titelseite der Ausgabe trug die Überschrift: „Juda erklärt Deutschland den Krieg."

*

Am 18. Mai 1933 erklärte laut „New York American" der Rabbi S. S. Wise:

„Ich bin für Krieg! Wir fühlen, daß dies wieder eine große Krise im jüdischen Leben ist."

*

Im Juli 1933 erklärte Samuel Untermayer, der Führer der jüdischen Boykottbewegung in Amsterdam auf der internationalen Konferenz der Juden:

„Ich verstehe, daß Ihre Begeisterung nicht meiner Person gilt, sondern dem Kriege, in den wir um der Menschheit willen jetzt eingetreten sind ... Es handelt sich um einen Krieg, der ohne Nachlaß geführt werden muß, bis das schwarze Gewölk der Muckerei, des Rassenhasses und des Fanatismus, das sich auf jenes Deutschland gesenkt hat, welches nunmehr zu einem mittelalterlichen Hitlerstaat wurde, weggefegt ist. Zum Schlusse gestatten Sie mir die Beteuerung, daß mit Ihrer Hilfe

und mit Millionen unserer nichtjüdischen Freunde in der Welt der letzte Nagel in den Sarg geschlagen werden wird, darin Muckertum und Fanatismus verschwinden sollen."

*

Der Jude Budzislawski forderte im April 1934 in der ‚Neuen Weltbühne' in Prag:
„Die Franzosen sollten marschieren!"

*

Der Herausgeber des ‚American Hebrew, New York', ein führender Jude, sagte am 24. Mai 1954 zu dem amerikanischen Schriftsteller Mr. R. E. Edmondson, Oregon:
„Wir sind dabei, einen Krieg über Deutschland zu bringen."

*

Im Juli 1934 erklärte der österreichische Jude und Sozialdemokrat Dr. Bauer:
„Um unsere verlorenen Positionen zurückzugewinnen, müssen die Arbeiter mitwirken an der Entfesselung eines neuen Krieges."

*

Am 13. November 1935 forderte in der Zeitung ‚Rempart' der Jude Paul Levy:
„Revolution gegen Hitler und Präventivkrieg gegen Deutschland."

*

Am 9. April 1936 schrieb die ‚New York Jewish Nationale':
„Die Juden von Amerika stellen eine große politische Macht dar. Sie benutzen sie, wie sie wollen; was wollt Ihr dagegen tun?"

*

Der Jude Bernard Lecache-Lifschitz schrieb am 18. Dezember 1936 in seiner Zeitung:
„Es ist unsere Sache, die moralische und kulturelle Blockade Deutschlands zu organisieren und zu vierteilen (Erfinder der vier Zonen?). Es ist unsere Sache, endlich einen Krieg ohne Gnade zu erwirken."

*

Am 16. April 1936 schrieb die jüdische Zeitung ‚The Youngstown Jewish Times' in Ohio:
„Nach dem nächsten Krieg wird es nicht mehr ein Deutschland geben. Auf ein von Paris gegebenes Signal werden Frankreich und Belgien, sowie die Völker der Tschechoslowakei sich in Bewegung setzen, um den deutschen Koloß in einen tödlichen Zangengriff zu nehmen. Sie werden Preußen und Bayern voneinander trennen und das Leben in diesen Staaten zerschlagen."

*

Am 30. April 1937 meinte ‚The American Hebrew':
„Die Völker werden zu der notwendigen Einsicht kommen, daß Nazideutschland verdient, aus der Völkerfamilie ausgerottet zu werden."

*

Hubert Herring, der Herausgeber von ‚Harpers Magazine', schreibt in seinem Buche ‚And so to war' im März 1938:
„Beider Weg (Roosevelts und seines Staatssekretärs) ist der Weg zum neuen Krieg."

*

Der Jude Emil Ludwig Cohn schrieb 1938 in seinem Buche ‚Die neue heilige Allianz':

„Denn obwohl Hitler vielleicht im letzten Augenblick den Krieg vermeiden will, der ihn verschlingen kann, wird er dennoch zum Krieg genötigt werden."

*

In seinem Buche ‚Epitre aux Juifs' schrieb 1938 der Jude Pierre Créange:

„Unser Kampf gegen Deutschland muß an die Grenzen des Möglichen gehen ... Dem erwachten Deutschland setzen wir ein erwachtes Israel entgegen. Und die Welt wird uns verteidigen."

*

Schon 1938 erklärte der Judenstaat Israel Deutschland den Krieg!

*

Im Januar 1934 erklärte der Zionistenführer Wladimir Jakotinsky der jüdischen Zeitung ‚Ratscha Retsch':

„Unsere jüdischen Interessen erfordern die endgültige Vernichtung Deutschlands; das deutsche Volk samt und sonders ist eine Gefahr für uns, deshalb ist es unmöglich, zuzulassen, daß Deutschland unter der gegenwärtigen Regierung mächtig wird."

*

Im Mai 1934 schrieb der jüdische Schriftsteller Emil Ludwig:

„Hitler will nicht den Krieg, aber er wird dazu gezwungen werden, und zwar bald. Das letzte Wort liegt wie 1914 bei England."

*

Aus dem Bericht des tschechischen Gesandten in London, Masaryk, vom 15. November 1934:

„Ich habe mit dem Luftfahrtminister Londonderry und mit Philip Sassoon gesprochen, die mir beide sagten, daß in der Luftfahrt fieberhaft aufgerüstet wird. Sassoon verriet mir sogar, daß Tag und Nacht gearbeitet wird, die Fabriken werden erweitert und es werden neue erbaut. Er deutete an, daß der Aufrüstung augenblicklich mindestens dreimal soviel gewidmet wird, als im Staatshaushalt ausgeworfen wurde, und daß England bis zum kommenden Frühjahr kriegsbereit sein wird."

Der amerikanische General Wood versicherte vor dem Untersuchungsausschuß des Senats, daß ihm Churchill schon im Jahre 1936 die Erklärung abgegeben habe, Deutschland wäre wieder zu mächtig geworden und müsse deshalb in einem neuen Krieg vernichtet werden.

*

Der englische General J. F. C. Fuller schrieb 1936:

„Deutschland führt ein vernünftiges Finanzsystem ein, in welchem kein Geld aufgekauft werden kann. Es platzt die Goldblase und die Grundlagen des Wert- und Aktienkapitals sind erschüttert und brechen zusammen, daher erblicken wir überall die fieberhaften Vorarbeiten zu Hitlers Vernichtung."

*

Aus dem Bericht des tschechischen Gesandten in Brüssel, Slavik, vom 26. März 1936:

„In diesen Tagen ist aus England ein hervorragender Kenner der englischen Industrie zurückgekehrt, der langjährige Beziehungen zu englischen Industriellen hat und England ganz und gar kennt, und von dem ich weiß, wie er von der Fieberhaftigkeit der Aufrüstung Englands überrascht war, mit der sich nur die Anstrengungen, die während des Krieges gemacht wurden, vergleichen lassen. Die Industriellen verhehlten nicht, daß England gegen Deutschland aufrüstet, und dies ist nach meiner Ansicht wichtiger als ihre Erklärungen, die meiner Ansicht nach haupt-

sächlich den Zweck haben, die öffentliche Meinung zu beruhigen, da diese fürchtet, daß ein naher kriegerischer Konflikt droht."

*

Der deutsche Militärattaché Freiherr Geyr von Schweppenburg:

„Der englische Kriegsminister Hoare Belisha, gab mir im Juli 1937 eine völlig ehrliche Antwort, als ich ihn fragte, warum Deutschland ‚öffentlicher Feind Nr. 1' für England geworden sei. ‚Italien kann einige englische Schiffe versenken. Mehr kann Italien nicht. Die einzige Macht, die England tödlich anschlagen kann, ist Deutschland'."

*

Aus dem Bericht des tschechischen Gesandten in Paris, Osusky, vom 20. August 1938:

„General Vuillemin erklärte, daß im Frühjahr des kommenden Jahres die französische Luftwaffe erneuert sein wird. Die Engländer rechnen damit, daß sie in sechs Monaten ihre Luftwaffe in Ordnung haben werden. Das bedeutet, daß bis zum kommenden Frühjahr die Engländer und Franzosen im Verhältnis zu Deutschland gewinnen."

*

Am 2. Januar 1939 forderte in der „News Chronicle" H. G. Wells, daß der von Churchill als großer Mann bezeichnete Hitler und seine Hauptfreunde jetzt unschädlich gemacht und sobald wie möglich entfernt werden müßten.

*

Am 3. März 1939 schrieb die jüdische Zeitung „Jewish Chronicle":

„Die jüdische Frage ist so, daß wir Juden der Welt keinen Frieden lassen, auch wenn die Staatsmänner und die Friedensengel sich noch so sehr bemühen, den Frieden zu erhalten."

*

Am 8. März 1939 regte der frühere Marineminister Duff Cooper die Bildung einer Fremdenlegion an mit der Begründung, daß die Emigranten vor Haß brennten und daher den Wunsch hätten, das schwerste Unrecht, das man ihnen angetan habe, zu rächen.

Am 9. März 1939 betonte die Times in ihrer Stellungnahme zum Wehrhaushalt, daß Großbritannien bald so stark sein würde, daß es die Bedingungen für ein allgemeines Abkommen formulieren könne.

Nach dem 15. März 1939 trafen in New York unausgesetzt englische Agitatoren, Pfarrer, Lehrer, Industrielle, Politiker und Literaten ein, deren Aufgabe es war, herumzureisen, um in einer von der Presse und Rundfunk bereits vergifteten Atmosphäre die Bevölkerung gegen Deutschland aufzuhetzen.

Bei seiner Ankunft in Amerika am 25. März 1939 erklärte der Generaldirektor der British Thompson Houston Corporation, Artur Young, London, daß der Krieg mit 80prozentiger Sicherheit käme und daß er hoffe, daß dieser Krieg innerhalb der nächsten sechs Monate ausbrechen würde.

Am 29. März 1939 kündigte Chamberlain „die größte Rekruteneinstellung seit dem Weltkrieg" an.

*

Am 31. März 1939 erklärte das Mitglied des Unterhauses, Vernon Bartlett:

„Uns wird nicht wohl sein, bis Francos Witwe Stalin ans Sterbebett die Mitteilung bringt, daß Hitler ermordet wurde anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für Mussolini."

Am 3. April 1939 sagte Churchill im Unterhaus, daß er sich nun hinter den endlich bekehrten Chamberlain stelle.

Loyd George meint: „Wenn morgen der Krieg erklärt wird, wird England nicht ein einziges Bataillon nach Polen schicken können."

*

Am 4. April 1939 erklärte die „Times":

„Die Einkreisung Deutschlands ist ein natürlicher und unvermeidlicher Prozeß. Sie beginnt volkstümlich zu werden."

*

Der „Daily Telegraph":

„Der Kern einer machtvollen Allianz gegen Deutschland ist geschaffen."

*

Am 6. April 1939 schrieb die jüdische Zeitung „Ken" in Chicago:

„Großbritannien und Frankreich werden noch vor Ende des Sommers in einen harten Krieg verwickelt werden. Wir wissen auch, daß A. Eden an der englischen Regierung teilnehmen wird, in dem Fall, daß es Chamberlain nicht gelingen wird, Mussolini von der Achse Berlin—Rom abzubringen. Im Kriegsfall wird Churchill auch in der Regierung Großbritanniens sitzen."

*

Im April 1939 erklärte das Oberhaupt der katholischen Kirche, Kardinal Hinzley:

„Ich wünschte, daß wir in diesen Wochen die englische Presse einfach verbieten könnten; wenn wir die aufgeregten Stimmen nur zwei Wochen oder einen Monat zum Schweigen bringen könnten, würde Hoffnung auf Erhaltung des Friedens bestehen."

*

Am 26. April 1939 berichtet der polnische Botschafter in London, Graf Eduard Raczynski, nach Warschau, daß sich die Opposition und ein gewisser Teil der konservativen Partei mit Churchill an der Spitze deutlich auf einen Krieg vorbereite.

*

Churchill am 4. Mai 1939:

„Es gibt kein Mittel, um eine Ostfront gegen den Nationalsozialismus zu unterhalten, ohne den aktiven Beistand Rußlands."

*

Am 8. Mai 1939 bezeichnet Lloyd George die drei Garantien an Polen, Rumänien und Griechenland als die unverantwortlichsten Verpflichtungen, die je ein Land auf sich genommen hat, da England sie nicht halten könne. Wenn der britische Generalstab der Regierung bestätigt hat, daß die Garantien eingehalten werden könnten und, daß auch nur die geringste Chance auf einen Sieg bestehe, so muß er sofort entlassen und in eine Irrenanstalt gebracht werden.

*

Am 30. Mai 1939 erklärte Bevin, der Führer des englischen Gewerkschaftsverbandes:

„Großbritannien, nicht aber Deutschland, ist der Hauptstörenfried in der Welt."

*

Am 13. Mai 1939 schreibt die Zeitung „The Circle" in England:

„Die Gefahr des Krieges kommt nicht von Deutschland und Italien, sondern von uns selbst; unsere Roten sind wütend, weil die Weltrevolution durch die verächt-

liche Bourgoisie gestoppt worden ist. Sie wird von den Juden unterstützt, die ihren nicht unbeträchtlichen Einfluß in der Presse und im Parlament entfesseln, um uns mit Deutschland in einen Konflikt zu verwickeln."

*

Am 14. Mai 1939 erklärte der Dekan W. R. Inger:

„Mir ist von einem prominenten Mitglied erzählt worden, daß von jüdischer Seite starker Druck auf Parlamentsmitglieder ausgeübt wird, sich jeder Politik der Versöhnung mit Deutschland zu widersetzen."

*

Am 13. Juni 1939 erklärte Duff Cooper im „Evening Standard", daß die Garantien realistisch betrachtet werden müßten, denn England würde die Grenzen eines Landes nicht aus Liebe für dessen Bewohner garantieren, sondern aus Rücksicht auf seine eigene Sicherheit.

Im Juli 1939 weisen mehrere norwegische und holländische Zeitungen darauf hin, daß England offenbar beabsichtige, den Fall zum „Casus Belli" zu machen.

Am 1. August 1939 betonte der südafrikanische Abgeordnete Dr. van Nierop, daß allein an der gespannten internationalen Lage der britische Imperialismus schuld sei, der die Völker in einen Krieg hetzen wolle, daß die englische Politik ihre Nase in die Angelegenheiten anderer Völker stecke, wo Großbritannien durchaus nichts zu sagen hätte. Trotzdem würden die andern Völker in den Augen der von britischen Lügenmeldungen beeinflußten Welt als angebliche Ruhestörer hingestellt.

*

Churchill am 2. August 1939 in einem Interview:

„Wenn es zum Krieg kommt, so wird er drei Jahre oder länger dauern. Es sind verschiedene Bemühungen im Gange, mich ins Kabinett zu locken. — Bisher habe ich jedoch nicht angenommen. Gewiß, neue Ereignisse könnten meine Entscheidung beeinflussen. Deutschlands Forderung auf Rückgabe seiner Kolonien wird niemals erfüllt werden, dafür lege ich schon jetzt meine Hand ins Feuer."

*

Am 8. August 1939 vermißt die „Daily Mail" Erklärungen des Premierministers, ob er die in Polen gegen Danzig und Deutschland gehaltenen Reden billige, die zwangsweise dem Krieg zutrieben. Wenn England die Dinge so weiter treiben ließe, wäre es mit schuld an der kommenden Explosion.

Am 15. August 1939 sausen vier mächtige Limousinen durch das Elsaß. Im vordersten Wagen sitzt Herr Winston Churchill; angeblich verbringt er seine Ferien im Süden — aber tatsächlich inspiziert er die Ostgrenze Frankreichs und vor allem die Maginotlinie. Seine Begleiter sind hohe französische Militärs, unter ihnen der General Georges, auf dessen Tüchtigkeit man soviel Hoffnungen setzt. Dann fahren sie weiter nach Straßburg an den Rhein.

Am 19. August 1939 erklärte Churchill in der Londoner „Picture Post", daß England binnen weniger Tage drei Viertel der gesamten Bevölkerung der Erde gegen Deutschland auf die Beine bringen könne.

Schon am 22. August 1939 erhält der Detektiv Thompson das Telegramm Churchills, in dem dieser ihn zu sich bestellt, damit er wieder sein altes Amt als Sicherheitsbeamter für ihn aufnehme.

Er erzählt, daß ihn Churchill im April 1939 unterrichtet habe, daß man sicherlich in den nächsten sechs Monaten Krieg haben würde und, daß man ihn bei Kriegsbeginn wahrscheinlich auffordern würde, eine Position im Kabinett zu bekleiden.

Churchill berichtet am 22. August 1939, daß er die französischen Verteidigungslinien inspiziert hätte, und daß der Krieg jeden Augenblick ausbrechen könne. Schon am 26. August sei der Bereitschaftszustand ausgerufen und Reservisten des Heeres, der Marine und der Luftwaffe zu ihren Einheiten befohlen worden.

Thompson berichtet ferner, daß Churchill eine Woche vor Kriegsausbruch eine lebhafte politische Tätigkeit zu allen Tages- und Nachtzeiten entfaltet habe.

*

Der englische General Fuller schrieb in seinem Buch „Der zweite Weltkrieg":
„So war es also nach Spaights (1. Gehilfe des englischen Luftministers) Zeugnis Winston Churchill, der die Zündschnur in Brand setzte, die einen Krieg der Zerstörung und des Terrors hochgehen ließ, für den es seit dem Einfall der Seldschuken kein Beispiel gibt."

50a) Die wahren Kriegsursachen:

Otto Neubert schreibt in „Tut endi Amun":
„England wollte im Konzert der Völker stets den Taktstock führen und maßte sich überall das Amt eines Vormundes an. Als die Ägypter ihren Suezkanal bauten, fanden sie Intrigen und den Anspruch Englands. Wollten sich auf dem Balkan einige Völker friedlich vereinigen, gab England Querschüsse ab. Seinem ‚Balance of Power' war eine Einigung auf dem Balkan nicht erwünscht. Hatten die Staaten an der Donau eine Konferenz, schaltete sich London ein, obwohl es an der Themse liegt. Hatten die Deutschen ihre Sudetenfrage, mußte erst Lord Runciman sichern. Richtete Argentinien auf einer herrenlosen Insel in der Antarktis eine Funkstation ein, protestierte England, obwohl es 19 000 Meilen entfernt liegt. Wollten die Ägypter in ihrem Sudan geordnete Verhältnisse schaffen, legte England sein Veto ein. Im Verlaufe seiner mehr als hundertjährigen Geschichte sind 1000 Fälle bekannt, in denen England seine Hand im Spiele hatte und sein Nein oder Ja zur Sache in die Waagschale legte."

*

Am 28. September 1939 erklärte Chamberlain im Unterhaus offen, daß „Polen zwar die direkte Gelegenheit zum Krieg gewesen sei, jedoch nicht die fundamentale Ursache dazu."

*

Generalmajor J. F. Fuller 1940 in der Zeitschrift „Aktion":
„Wenn Deutschland sich noch einmal mit dem goldenen Ring an die internationale Finanz schmieden und wie nach dem Weltkrieg ausländische Anleihen annehmen sollte, so würde wie von Zauberhand sogleich die Propaganda verschwinden, die jetzt täglich gegen es ausgestreut wird."

*

Churchill im März 1946 in Fulton in Anwesenheit von Präsident Truman:
„Der Krieg ging uns nicht allein um die Beseitigung des Faschismus in Deutschland sondern um die Erringung der deutschen Absatzmärkte ... Wir hätten, wenn wir gewollt hätten, den Krieg schon 1935 ohne einen Schuß verhindern können, aber wir wollten es nicht."

*

Ein englischer Lord meinte 1946: „Macht aus dem deutschen Volk lauter Bibelforscher, dann lebt es bescheiden, stellt keine Lebensansprüche und wir haben seine Konkurrenz nicht zu fürchten."

Margarete Higgins schrieb 1949 in der „New York Harald Tribune":

„Es ist wahr, daß die Lösung der Export- oder Bodenfrage für Deutschland wie für England gilt ... Wenn aber jemand auf der Strecke bleiben muß, dann Deutschland, das verlangen die Früchte des Sieges von 1945. England wird auf den Weltmärkten allen Vorrang fordern, um sich den Erfolg einer großen Schlacht um seine wirtschaftliche Existenz aus eigenen Kräften zu sichern."

*

1953 schlägt Außenminister Eden im Unterhaus vor:

„Deutschland beschleunigt wieder aufrüsten zu lassen, damit es nicht mehr seine gesamte industrielle Kapazität dem Zivilbedarf und dem Export zuwenden kann."

*

General J. F. Fuller:

„Nicht die politischen Lehren Hitlers haben uns in den Krieg gestürzt. Anlaß war diesmal der Erfolg seines Versuchs, eine neue Wirtschaft aufzubauen, die sich auf dem unmittelbaren Tauschhandel und die Unterstützung der Ausfuhr begründete und ihm die Möglichkeit gab, die Tarifwelle seiner Mitbewerber zu umgehen oder zu überspringen, ihre Handelsbeziehungen abzuschneiden — die Massen ihrer Arbeitslosen zu vermehren, im eigenen Land aber die Arbeitslosen zu beseitigen. Er hatte bemerkenswerte wirtschaftliche Erfolge, und doch haftet der Stellung Deutschlands, mit der aller andern Industriestaaten verglichen, etwas Künstliches an, denn das Gleichgewicht zwischen Nahrungsgrundlage und Bevölkerungszahl tanzte auf des Messers Schneide."

*

Der „Daily Telegraph" schreibt Ende August 1951:

„Die letzte Ausgabe des Bulletins der Wirtschaftskommission für Europa zeigt einen scharfen Gegensatz zwischen der Stockung des britischen und der überraschenden Ausweitung des westdeutschen Exports. Die Gefahr der deutschen Konkurrenz ist nicht weniger real als die japanische."

*

Der „Daily Expreß" schreibt Ende August 1951:

„Die Deutschen verdrängen die britischen Waren von den europäischen Märkten und bieten ihnen selbst im Empire Konkurrenz."

*

Churchill in der „New York Times" vom 20. Oktober 1951:

„Wir alle fürchteten die Macht des geeinten Deutschlands. Preußen hatte eine große Geschichte. Ich möchte, es würde möglich sein, einen harten aber ehrenhaften Frieden abzuschließen."

*

Der englische „Daily Expreß" vom 11. Januar 1954 schreibt:

„Setzen wir Deutschland nur in den Sattel, reiten wird es schon können." Diese unheilvollen Worte Bismarcks werden heute wieder wahr, wo die Außenminister in Berlin ankommen. Sie wollen Deutschland wieder in den Sattel heben. Und wenn sie Erfolg haben? Nun — dann werden sie sehen, daß es reiten kann. Das ist ihr Sieg.

Es scheint tatsächlich, als ob die Deutschen auch ohne Hilfe von Pferd und Sattel reiten könnten. Die Fähigkeiten dieses Volkes sind verblüffend und furchteinjagend. Innerhalb von 30 Jahren haben sie zwei Kriege geführt. Zwei Kriege, in denen sie gegen die ganze andere Welt angingen, in denen sie die schrecklichsten Verluste an Menschen erlebten und katastrophale Zerstörungen an Eigenbesitz erlitten.

Sie wurden mit Bomben und Sprengladungen zur Unterwerfung gebracht. Sie haben sich Haß und Abneigung aller zivilisierten Menschen zugezogen. Und nun sind heute ihr Wohlstand und ihre Stärke derart, daß s i e a l l e i h r e N a c h - b a r n ü b e r r a g e n.

Warum Deutschland helfen?

Es ist ein seltsam Ding, daß viele Leute in unserem Lande Deutschlands erstaunliches Wiedererstarken mit Begeisterung sehen. Das Größerwerden Deutschlands ist das größte Hindernis für eine Entspannung zwischen Rußland und dem Westen. Mehr als das. Es steht fest, daß es die ernstesten wirtschaftlichen Folgen für England hat, da die Deutschen dabei sind, uns mit ihrem Feldzug vom Exportmarkt zu verdrängen."

51) E i n s i c h t i g e S t i m m e n a u s E n g l a n d

Am Tage, als Chamberlain nach Godesberg fuhr, schrieb die „Times", daß die Grenzen der Tschechoslowakei nicht im geringsten heilig seien.

Zu dem Abkommen von München führte Lord Allen of Hurtwood in einem Artikel des „Manchester Garden" aus, daß England daran denken müsse, daß, wenn es heute den Frieden — wie manche behaupten mit Unehre — hätte kaufen müssen, so deswegen, weil England selbst vor 20 Jahren einen ehrlosen Frieden diktiert habe. Wenn das deutsche Volk unter dem Einfluß leidenschaftlicher Empfindungen stehe, so gehe das zum Teil auf das zurück, was die Alliierten in Versailles getan hätten, und mehr noch darauf, daß sie dies Unrecht in den folgenden Jahren nicht wieder gutgemacht hätten; so sei die gegenwärtige Verwicklung beinahe unvermeidlich gewesen.

Sir Samuel Hoare sagte in der ersten Unterhaus-Debatte nach München, daß Hitler das englisch-deutsche Flottenabkommen dem Buchstaben und dem Geiste nach eingehalten habe, das sei in der Tat eine konkrete Tatsache, die nicht bestritten werde könne, und die ihn berechtigt, die größte Bedeutung der Erklärung beizumessen, die Hitler und Chamberlain abgegeben haben.

Die Zeitung „Statesman and Nation" vom 3. Oktober 1939 gesteht offen, daß sie nicht als einzige Zeitung mit Zuschriften überschwemmt werde, daß das alte Polen doch nicht wieder hergestellt werden könnte, und für welche Ziele England und Frankreich dann eigentlich noch kämpften?

*

Am 3. Oktober 1939 erklärte der Abgeordnete Charles Cayzer im Unterhaus: „Ich glaube aber, daß Schrecken und Elend über alle Maßen uns betreffen werden, wenn dieser Krieg andauert. Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volk, und wir würden nur die Diktatur zerstören, um eine andere an ihre Stelle zu setzen. Aus diesem Krieg wird keine Gerechtigkeit entspringen. Ich appelliere an den Premierminister, er möge einen vernünftigen Frieden in Europa schaffen und keine Gelegenheit, diesen Frieden zu schließen, vorübergehen lassen. Nur durch einen solchen Frieden kann die gesamte europäische Zivilisation gerettet werden."

Wenige Tage nach dieser Rede wurde der Abgeordnete aus der englischen Armee ausgestoßen und fünf Monate später in seiner Wohnung erschossen aufgefunden. „Daily Expreß" schrieb, daß die Ermordung mit seiner politischen Haltung in Zusammenhang stehen könne.

*

Am 8. Oktober 1939 schrieb der Dichter Bernard Shaw in der Zeitung „Statesman and Nation":

„Der Krieg ist vorüber, jagt Churchill heraus und schließt Frieden mit Hitler. Jetzt heißt es auf einmal, Polen sei nur der Anlaß zu diesem Krieg gewesen, in dem es eigentlich darum gehe, Europa von den steten Krisen und Kriegsdrohungen zu befreien . . .

Unser Mittel dazu ist das Versprechen, den Krieg um drei Jahre zu verlängern, dann wollen wir den Nationalsozialismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet haben. Warum wollen wir nicht zunächst den Churchillismus ausrotten? Zumal dies leichter zu machen und weniger widersinnig wäre. Sollten wir diesen Krieg gewinnen, so würde dies nur ein Versailles bedeuten, aber ein viel schlimmeres, und zudem einen Krieg in weniger als 20 Jahren. Nein, das unsinnige Geschwätz von Demokratie und Freiheit und dem, was wir im Augenblick selbst bei uns abgeschafft haben, führt zu nichts . . . Als wir siegestrunken in Versailles waren, haben wir selbst das ganze Unheil angerichtet. Wir wollen indes die Geschicklichkeit anerkennen, mit der Hitler, dem Deutschland Dank schuldet, unser böses Werk vernichtet hat. Unsere Aufgabe ist es, Frieden mit ihm zu schließen, um nicht noch mehr Schaden zu stiften und unser Volk damit ins Verderben zu jagen."

*

Am 21. Oktober 1939 rief Lloyd George in einer Massenversammlung:

„Die Sache Englands kann entweder auf dem Schlachtfeld oder auf einer Konferenz vertreten werden. Warum soll der zweite Weg nicht vorgezogen oder doch versucht werden, solange es noch Zeit ist?"

*

Am 18. November 1939 schreibt Bernard Shaw in einem Brief an die „Picture Post":

„Wir konnten nichts tun, um den Polen zu helfen, aber unsere Imperialisten ergriffen die Gelegenheit als Entschuldigung, um den Waffenstillstand des Jahres 1918 zu beenden und um den Krieg zur Vernichtung Deutschlands unter Wiederholung von Versailles wieder aufzunehmen. Die Fortsetzung des Krieges wird für uns keine vernünftige Angelegenheit sein. Ich glaube, er ist eine ziemlich jämmerliche Angelegenheit unserer stupiden Imperialisten. Es ist klar, daß, wenn unser Weltreich auf solchen Kriegen beruht, es keine zehn Minuten mehr leben wird."

[53]) Das sogen. „Hoßbach-Protokoll" ist eine fünf Tage später von Oberst Hoßbach aus dem Gedächtnis niedergeschriebene Notiz über den Inhalt der Rede. Eine Abschrift von dieser Notiz ist stark gekürzt von der Anklagebehörde als Protokoll vorgelegt worden. Hoßbach nimmt dem „Protokoll" durch seine Ausführungen in seinem Buche „Zwischen Wehrmacht und Hitler" jeden Wert als belastendes Dokument, obwohl er als entlassener Adjutant ein gegenteiligen Interesse haben müßte.

*

Göring in Nürnberg (zu Werner Bross, dem Gehilfen seines Verteidigers):

„Dies Dokument ist für die Anklage darum so wirkungsvoll, weil durch einen politischen Zufall die späteren Ereignisse zu bestätigen scheinen, daß in der deutschen Politik von 1937 ab ein ursprünglich gefaßter Plan ausgeführt wurde. Auf mich machen dergleichen Äußerungen seit 1934 keinen Eindruck mehr, denn seit jener Zeit kannte ich den Führer persönlich besser und wußte, daß ihn häufig rein zweckmäßige Gesichtspunkte zu solchen Reden veranlaßten. Hätte der Führer etwa eine Stunde nach dieser Rede, die lediglich darauf abzielte, den Herren etwas Dampf zu machen, zu einem Außenpolitiker über die Richtlinien der Politik sprechen müssen, so wäre persönlich etwas ganz anderes herausgekommen. Übrigens hat Hoßbach diese Aufzeichnungen fünf Tage nach der Rede angefertigt, und überhaupt muß festgestellt werden, daß solche Niederschriften je nach der Person desjenigen, der sie

anfertigt, ganz verschieden ausfallen, da notwendiger Weise die subjektive Ansicht des abfassenden Herren mit in seine Niederschrift einfließt. Wenn dann, wie im Fall Hoßbach niemand wußte, daß er etwas aufschrieb, und seine Aufzeichnungen niemals zur Genehmigung oder Kontrolle vorgelegt wurden, so kann man ihren Inhalt auch nicht ohne weiteres dem Redner zur Last legen."

54) Raeders Verteidiger Dr. Siemer erklärte in Nürnberg:

„Im Falle Schmundts wissen wir nicht, ob das Protokoll einen oder fünf Tage oder vier Wochen später niedergeschrieben wurde. Raeder bestritt die Gültigkeit von Schmundts Protokollen durch den Hinweis auf die Gegensätze in den Feststellungen; Admiral Schulte-Moeting, von 1939 bis 1945 Großadmiral Raeders Stabschef, bekundete, daß Raeders „Eindrücke" von Hitlers Rede den sogenannten Protokollen widersprächen". Raeder stellte außerdem fest, daß in der Aufzeichnung die Hauptsache fehle, nämlich der eigentliche Zweck der Zusammenkunft. Er bestand darin, daß neben dem eigentlichen Generalstab ein kleiner Studienstab des OKW geschaffen werden sollte, um alle Details „möglicher" militärischer Komplikationen durchzurechnen.

55) Am 16. Mai 1946 erhob Dr. Siemers, der Verteidiger von Großadmiral Raeder, formellen Einspruch gegen die beiden Berichte über Hitlers Rede vom 22. August 1939.

„Dieses Dokument ist nichts als zwei Stücke Papier mit der Aufschrift ‚zweite Rede des Führers am 2. August 1939!' Das Original hat keine Aufschrift, keine Aktennummer und auch keinen Vermerk, daß es geheim ist, keine Unterschrift, kein Datum ... Es ist überschrieben ‚zweite Rede', obwohl feststeht, daß Hitler an diesem Tage nur eine Rede hielt, und es ist kaum eine halbe Seite lang. Dabei steht aber fest, daß Hitler zwei und eine halbe Stunde sprach. Ich glaube, daß allgemein bekannt ist, daß Hitler sehr schnell sprach."

Generaladmiral Hermann Böhm, der die richtige Fassung der Rede hatte, die aber nicht zur Grundlage genommen wurde, sagte zur falschen Wiedergabe der Rede:

„Weder der Satz hinsichtlich des Vermittlungsvorschlages, noch besonders hinsichtlich der Zerstörung der Vormachtstellung Englands ist gesprochen worden. Es sind glatte Erfindungen, ebenso wie das Wort Schweinehund."

Feldmarschall von Leeb wurde überraschend nach Berchtesgaden befohlen, wo Hitler in einer Ansprache den versammelten hohen Offizieren die politische Lage gegenüber Polen bekanntgab. Feldmarschall von Leeb entnahm der Rede Hitlers, daß es auch in diesem Falle, wie schon ein Jahr vorher im Falle der Tschechei nicht zu einem Kriege kommen werde. Hitler hatte erklärt, daß die Verhandlungen weiter gehen ... Generaloberst Halder hat bestätigt, daß der überwiegende Eindruck dahin ging, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden noch nicht gefallen sei.

56) Henderson in seinem Buche „Fehlschlag einer Mission":

„Hitlers ständige Wiederholung seines Wunsches nach guten Beziehungen zu Großbritannien war sicherlich nicht bewußte Heuchelei. Er verband, wie dies meiner Ansicht nach viele Deutsche tun, Bewunderung der britischen Rasse mit Neid über das von ihr Erreichte und mit Haß gegen ihren Widerstand hinsichtlich Deutschlands maßlosen Aspirationen. Man übertreibt nicht, wenn man sagt, daß er Großbritannien unermüdlich den Hof machte als dem Repräsentanten des Adels und erfolgreichstem Glied der nordischen Völkerfamilie sowie als demjenigen Staat, der das einzig ernsthafte und gefährliche Hindernis gegenüber seinem eigenen weitreichenden Plan der deutschen Vorherrschaft in Europa bildete. Dies geht aus „Mein Kampf" klar und deutlich hervor. Er ließ auch trotz der seiner Meinung nach ständigen Zurückweisungen, die er von englischer Seite erfuhr, in seinen Bemühungen bis zum letzten Augenblick nicht nach."

James Burnham, der Verfasser des Buches „Die Manager der Revolution" schrieb 1940:

„Die erste Expansionsserie ging auf friedlichem Wege von statten. Das Saargebiet, Österreich, die Tschechei und Memel wurden einverleibt. Zweifellos waren die Nazis froh, daß sie den Krieg vermeiden konnten. Sie hätten auch friedlich wieder weiter gemacht, denn solange sie ihre Ziele erreichten, zogen sie den Frieden oder nur kleinen Kampf vor."

*

Im Wilhelmstraßen-Prozeß sagte einer der führenden Deutschen aus:

„Außerdem darf ich sagen, daß es niemals die Absicht oder Planung gewesen ist, anzugreifen, und am wenigsten im Westen. Die Politik Hitlers ging ja in eine andere Richtung. Hitler wollte mit England ein starkes Bündnis und mit Frankreich eine Befriedung für ewige Zeiten herbeiführen. Hitlers Augen waren fast immer nach dem Osten gerichtet. Er sah die tödliche Gefahr aus Rußland kommen und wollte dafür einen möglichst weitgehenden Zusammenschluß zur Abwehr in Westeuropa schaffen. Das ist seine große Idee gewesen."

*

Rudolf Heß aus Spandau am 31. Juli 1949:

„Vielleicht entsinnt sie (Frau Winifred Wagner) sich noch, daß sie mich einmal in Berlin, wohl im Herbst 1940, besorgt frug, es bestände doch nach wie vor nicht die Absicht, England gegenüber bis zum Äußersten zu gehen, das Empire zu zerrütten, das Verständigungsversprechen würde doch aufrechterhalten?
Ich beruhigte sie und dachte mir: Wenn du wüßtest, daß ich dabei bin, einen kleinen diesbezüglichen Beitrag zu leisten."

*

Am 31. Januar 1939 sagt Chamberlain im Unterhaus:

„Ich glaube nicht, daß die Rede Hitlers die eines Mannes war, der darauf aus ist, Europa in einen neuen Krieg zu stürzen. Viele Sätze seiner Rede zeigen vielmehr die Notwendigkeit eines Friedens für Deutschland."

*

Adolf Hitler zum französischen Botschafter Coulondre:

„Bauwerke machen Zeitalter groß; sie bleiben bestehen anders als militärische Sieger, deren Werke allmählich verlöschen."

57) Der Stabschef des Generalfeldmarschalls von Rundstedt, General von Blumentritt, berichtete über die Ansprache Hitlers vom 24. Mai 1940:

„Hitler versetzte uns in Erstaunen durch die Bewunderung, mit der er vom britischen Empire sprach, von der Notwendigkeit seines Bestehens und von der Kultur, die England in die Welt gebracht habe. Die Rückgabe der deutschen Kolonien sei wünschenswert, aber nicht wesentlich, und er würde England sogar anbieten, es mit Truppen zu unterstützen, falls es irgendwie in der Welt in Schwierigkeiten gerate." Im übrigen ist die Geschichte des Anhaltebefehls sehr umstritten, sodaß dieses Rätsel noch seiner endgültig richtigen Auflösung bedarf.

58) In diesem Zusammenhang ist es interessant, wie im Frühjahr 1944 Dr. Goebbels über Englands Haltung urteilte:

„Glauben Sie mir, verantwortungsbewußte Männer in England würden heute viel daraum geben, wenn sie einfach zu Hitler sagen könnten: ‚Seien Sie uns nicht böse, wir haben uns geirrt, halten Sie Ihr Angebot von 1939 noch aufrecht?' Und sie wären heilfroh, wenn Hitler ihnen sagte: ‚Abgemacht!' (was er übrigens be-

stimmt sagen würde). Tatsächlich wäre dies die einzige Chance, die Existenz unserer beiden Völker und damit den Fortbestand des Abendlandes zu gewährleisten. Andernfalls verliert England mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes den europäischen Kontinent an Rußland, sein Imperium an Amerika, und seinen Wohlstand und die Blüte seiner Jugend auf den Schlachtfeldern dieses und des nächsten Krieges.

Warum nun wird dieser einzig rettende Schritt nicht getan? Einmal weil es eine allgemeine menschliche Schwäche ist, begangene Irrtümer nur sehr ungern einzusehen und noch viel weniger gern öffentlich einzugestehen. Zum anderen und vor allem aber liegt es an der Person Churchills. In seine Hand ist die Entscheidung über die Zukunft des englischen Imperiums gelegt. Die Geschichte wird es einst als Tragik verzeichnen, daß in diesem entscheidungsvollen Augenblick ein Mann an der Spitze Englands stand, der sich nicht von klarer Vernunft, sondern von persönlichen Haßgefühlen leiten ließ, und der vor allem blut- und gefühlsmäßig viel zu sehr Amerikaner war, um im wahren Interesse Englands handeln zu können.

Sollte die Sache für England schief gehen, das scheint Churchills politische Konzeption zu sein, nun, dann wird es als Liquidator des britischen Empire sich bemühen, aus der Konkursmasse möglichst viel für den amerikanischen Vetter herauszuholen. Mit Churchill, darüber müssen wir uns klar sein, ist eine im Sinne Englands und Deutschlands vernünftige Lösung ausgeschlossen. Soweit jedenfalls sind der Führer und ich uns völlig einig."

„Ist es nicht eine Perversität der Geschichte, daß sich zwei rassisch und kulturell so hochstehende Völker wie das deutsche und das englische, sich bemühen, einander das Lebenslicht auszublasen (und zwar mit bestem Erfolg), während zwei barbarische Emporkömmlingsnationen sich dabei die Hände reichen und als lachende Dritte aus dem Gemetzel hervorgehen? Ich bin überzeugt, daß die Wände des Kremls bei jeder Nachricht von einem neuen Vernichtungsangriff aus der Luft, gleichgültig ob er Berlin oder London trifft, vom Hohnlachen Stalins widerhallen. Das nimmt ihm die Arbeit seiner Steppenhorden ab, die früher oder später doch getan werden muß. Die Edelleute unter den Rassen bringen sich gegenseitig um, und der Prolet sieht lachend zu."

„Man überlege einmal: Hätten wir 1939 an England die gleichen Forderungen gestellt, die es heute Stalin gegenüber ohne Widerrede erfüllen muß, also etwa Alleinherrschaft über Osteuropa und den Balkan, Beteiligung an der Herrschaft im Mittelmeer und Vorderen Orient, was wäre geschehen? Ein Aufschrei der Empörung wäre durch das englische Volk gegangen. Man hätte uns, ohne auch nur einen Augenblick zu zögern, die Kriegserklärung entgegengeschleudert, vor der man später nicht zurückschreckte, als wir bloß wagten, die bisher verweigerte Rückkehr der deutschen Stadt Danzig ins Reich zu verlangen. Und warum nimmt man die viel schlimmeren Herausforderungen der Sowjets heute so gleichgültig hin? Keineswegs etwa, weil die Russen den Engländern so viel sympathischer wären als wir. Im Gegenteil, man ist sich darüber klar, daß der radikale Bolschewismus und die urgesunde slawische Rasse vereint viel gefährlicher und bedrohlicher sind als wir.

Nein, man nimmt das alles hin, weil man sich einmal auf einen falschen Weg begeben hat und glaubt, es gäbe nun kein Zurück mehr. Gewiß, auch in England sind viele, die das genau so klar sehen wie wir, und die diese Ansicht sogar öffentlich vertreten. Aber es ist sehr schwer, als verantwortlicher Staatsmann vor das Volk zu treten und zu sagen: Es tut mir leid, meine lieben Landsleute, wir haben auf das falsche Pferd gesetzt, alle bisherigen Leiden und Opfer sind umsonst gewesen. Wir müssen noch einmal ganz von vorne anfangen. Das ist außerordentlich schwer, so wichtig es auch wäre, um Europa und damit auch England vor einer ungeheuren Katastrophe zu bewahren.

Zu einem solchen Schritt wäre nur ein ganz großer Staatsmann fähig, nicht aber eine Spielernatur wie Churchill, der mit grausiger Lust am Bösen zusieht, wie ein Weltreich in Trümmer geht und sich ein Kontinent sinnlos zerfleischt. Wenn diese Entwicklung nicht durch irgend ein — ich kann nur sagen — Wunder aufgehalten

wird, dann wird man einst von unserer Zeit als den Hexensabbath der europäischen Geschichte sprechen, bei der sich die Völker Europas eines tragischen Irrtums wegen gegenseitig vernichteten und so den Weg freimachten für das Eindringen der raumfremden Asiaten in das Herz des Abendlandes."

59) Obwohl die Behauptung, die Nationalsozialisten hätten den Reichstag selbst angebrannt, eindeutig widerlegt ist, möchte ich hier anführen, was der spätere Gestapo-Chef Diels in seinem Buche: „Lucifer ante portas" darüber schreibt:

„Wenn aber die Nationalsozialisten selbst die Täter waren, so mußte sich mir die Frage erheben, warum sie es nicht in aller Offenheit vollbrachten und es als eine revolutionäre Tat gefeiert hatten. Sie verbrannten ja auch Bücher und Bilder vor allem Volk, zerstörten die Druckereien der roten Zeitungen, schlugen auf dem Kurfürstendamm den Juden am hellen Tag die Ladenfenster ein und nahmen am 2. Mai den Gewerkschaften ihre Häuser und ihre Kassen weg. Warum in aller Welt sollten sie 1933 nicht auch den Reichstag anstecken? Warum sich nicht laut zu dieser Tat der spontanen Volkswut bekennen? Jedermann wußte doch, daß sie die Schwatzbude haßten." Dieses natürliche Argument, weitere schlüssige Ausführungen des Prof. Friedrich Grimm zu diesem Thema und eindeutige Erklärungen des seinerzeitigen Hausinspektors des Reichstagsgebäudes, welche die „Nordwest-Zeitung" am 28. August 1954 veröffentlichte, können es leider trotzdem nicht verhindern, daß die sinnlose Behauptung, die Nazi hätten den Reichstag selbst in Brand gesteckt, von Interessierten immer wieder erhoben wird.

60) 31. Juli 1933:

„Deutschland steht und fällt mit dem Gelingen der Politik Adolf Hitlers. Das Herrscherwort Friedrichs des Großen vom „ersten Diener des Staates" ist heute wieder unter uns Fleisch geworden in unserem Führer und Volkskanzler Adolf Hitler. Ihm in diesem Geiste zu dienen, ist uns nicht bloß Beamtenpflicht, sondern ist uns innerstes Herzens- und Treuebedürfnis. Hinter Adolf Hitler die Reihen fest geschlossen, dazu ruft die Büste im Gebäude der Reichshauptbank auf. Die Reihen hinter Adolf Hitler fest geschlossen, das sei hier an dieser Stelle unser aller Gelöbnis."

*

24. Februar 1934:

„Wie stark wir die innere Verbundenheit mit ihnen empfinden müssen, dafür weiß ich kaum ein schöneres und schlichteres Vorbild als das, welches das Horst-Wessel-Lied über die Kämpfer der nationalen Revolution gibt: Die Kameraden, die ihr Leben für uns ließen, sind für uns nicht tot, sondern sie ‚marschieren im Geist in unseren Reihen mit'."

*

August 1934:

„Es ist für jeden denkenden Menschen heute ganz selbstverständlich, daß der Ausgang der Wahl des 19. August 1934 nur ein einziger sein kann und darf, daß das deutsche Volk sich in unerhörter Geschlossenheit hinter den Mann stellt, der es zum ersten Male verstanden hat, mit der Politik des Gehenlassens zu brechen und auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine Initiative zu ergreifen und das Gesetz des Handelns in die Hand zu nehmen."

*

Oktober 1934 in Weimar:

„Glauben Sie mir, auch der Führer gibt sich keinen Illusionen hin. Ich habe noch keine Rede des Führers gehört, in der er dem Volke irgendwelche Illusionen vorgemacht hätte."

Oktober 1934:

„Die deutsche Wirtschaft ist eine organische Einheit von tausendfältiger Gestalt. Ihr die dem dritten Reich entsprechende Form zu geben, diese Form mit dem Gedanken des Nationalsozialismus zu erfüllen, alle ihre Glieder leben und wirken zu lassen nach dem Grundsatz: ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz' ist die Aufgabe der kommenden Jahre."

*

4. März 1935 auf der Leipziger Messe:

„Meine sogenannten ausländischen Freunde leisten weder mir noch der Sache, aber auch sich selbst gar keinen Dienst, wenn sie mich zu dem angeblich unmöglichen nationalsozialistischen Wirtschaftstheorien in einen Gegensatz zu bringen suchen und mich gewissermaßen als den Hüter wirtschaftlicher Vernunft hinstellen. Ich kann ihnen versichern, daß alles, was ich sage und tue, die absolute Billigung des Führers hat, und daß ich nichts tun und sagen würde, was seine Billigung nicht hat. Also Hüter der wirtschaftlichen Vernunft bin nicht ich, sondern ist der Führer. Die Stärke des nationalsozialistischen Regimes liegt eben in der einheitlichen Willenslenkung durch den Führer und in der begeisterten und bedingungslosen Hingabe seiner Mitarbeiter und des Volkes an ihn."

*

Sommer 1935:

„Wir kennen nur einen Ehrgeiz: Das Deutschland einer besseren Zukunft möge uns das Zeugnis ausstellen, daß wir in Wahrheit das gewesen sind, was wir sein wollen: Nationalsozialisten der Tat" ...

„Wir wollen uns gegenseitig achten, weil wir mit allen Volksgenossen zusammen aufbauen wollen ein glückliches Deutschland unter der Führung Adolf Hitlers."

*

Auf dem Parteitag 1935:

„Für dieses dritte Reich, das uns unser Führer Adolf Hitler geschenkt hat, wollen wir gemeinsam wirken, solange unsere Brust atmet."

Königsberger Rede vom 18. August 1935:

„Wir sitzen alle in einem Boot und es wird niemanden Gelegenheit gegeben, auszusteigen. Es gibt nur eins: Vertrauen in die Seetüchtigkeit dieses Bootes und in die Führung des Kapitäns, der dem deutschen Reichsschiff befiehlt."

*

30. November 1935:

„Es ist, formal gesehen, durchaus richtig, daß der große Führer unseres Deutschen Reiches einmal vom Reichspräsidenten ernannt wurde, aber ebenso richtig ist, daß seine Ernennung nicht von den Ernennenden, sondern von dem Ernannten herbeigeführt, ja erzwungen wurde. An diesem Führer, der entstanden und gewachsen war, konnte niemand mehr vorbeigehen. Und daher hat dieser Führer die beispiellose Autorität, die er genießt. Führer kann nur sein, wer Führereigenschaften hat."

*

14. Februar 1936 auf der Schaffermahlzeit in Bremen:

„Wir haben in den vergangenen Jahren den Umbruch erlebt, wir sind vom Dulden zur Tat geschritten. Wenn ich damals das Wort sprach:

‚Mir gilt der Mann, der es versteht,
Das Schicksalsrad herumzureißen,
Der selbst bestimmt, wohin es geht,
Nur den Mann will ich Helden heißen.

so haben wir diesen Helden heute gefunden, und wir wollen dankbar seiner heute gedenken."

*

4. September 1935:

„Das, was im Systemreich das ganze Wirken der Wirtschaft ungeheuer belastet hat, ist doch letzten Endes die absolute Trennung gewesen, die sich schließlich zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern herausbildete. Das ungeheuere Große, was uns Adolf Hitler und seine Bewegung gebracht hat, ist, daß dieser Gegensatz aus der Welt geschafft wird."

*

28. Mai 1936:

„Der marxistische Verbandsfunktionär mußte daher Feindschaft zwischen den Menschen im Betriebe säen, sie gegeneinander aufhetzen, um dann als Anwalt vermeintlich bedrohter Interessen seine eigene Macht stabilisieren zu können. Diese entscheidenden Wurzeln des Klassenkampfes hat der Nationalsozialismus erkannt und daher die alten Verbände beseitigt und mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit die Voraussetzung für eine wahre Betriebsgemeinschaft geschaffen."

*

Am 29. November 1938 vor der Akademie des deutschen Rechts:

„Es ist möglich, daß keine Notenbank in Friedenszeiten eine derartige kräftige Politik durchgeführt hat, wie die Reichsbank seit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten. Mit Hilfe dieser Kreditpolitik hat sich Deutschland eine Rüstung geschaffen, die der keines anderen Staates nachsteht, und diese Rüstung wieder hat die Erfolge für uns möglich gemacht . . . An Stelle einer weichen und zögernde Regierung herrscht heute eine einzige kräftige Persönlichkeit. Das ist das große Wunder, das sich in Deutschland ereignet hat, und das auf allen Gebieten des Lebens sich ausgewirkt hat, und nicht nur auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Finanzen. Es gibt kein deutsches Finanzwunder, es gibt nur das Wunder der Erweckung des neuen deutschen Nationalbewußtseins, und das danken wir unserem Führer Adolf Hitler."

61) Bei allen Äußerungen, welche Schacht Hitler gegenüber gemacht haben will oder welche er Hitler in den Mund legt, muß man sich die Frage vorlegen, ob sie überhaupt bzw. in der wiedergegebenen Form gemacht wurden.

62) Ein „Ritter" des Widerstandes drückte dies treffend so aus:

„Man mußte die Maske der Loyalität vorbinden und Hitler der unwandelbaren Treue versichern."

63) Sehr schön definiert E. v. Salomon diesen Begriff in seinem „Fragebogen", indem er sagt: „Beseitigt, das hieß natürlich schlichtweg getötet."

63a) Roosevelts Pressechef Early äußerte im Juli 1940 Journalisten gegenüber, daß Roosevelts Appell an den italienischen König, nicht in den Krieg einzutreten, hauptsächlich den Zweck gehabt habe, ein weiteres Dokument für das spätere Weißbuch über Roosevelts Friedensliebe zur Verfügung zu haben.

64) v. Hassel berichtet:

„Äußerer Verlauf einwandfrei, es hat alles geklappt und er ist höflich aufgenommen worden, also anders wie Weizsäcker annahm. Unterredung mit Ribbentrop ziemlich zurückhaltend verlaufen. Ribbentrop hat das psychologisch verfehlte

Bild gebraucht, Deutschland wolle für sich und seinen nach Osten und Südosten angrenzenden Bereich — europäisch wie amerikanisch — eine Monroedoktrin aufstellen. Hitler scheint geschickter operiert zu haben. Er hat Deutschland so hingestellt, daß es gar keine Kriegsziele hat, Kriegsziele hätten nur die andern. Wir wollten nur Herr im eigenen Haus sein. Hitler nimmt nach allen Narchichten an, daß der Besuch von Sumner Welles nur den Zweck hatte, eine Offensive zu verhindern. Mit Göring hat Sumner Welles 3 Stunden und 20 Minuten gesprochen. Göring hat dem Gast vor allem die deutsche Kraft und die deutschen Möglichkeiten demonstriert. Interessant, daß Sumner Welles immerhin gebeten hat, mit Göring in unmittelbarer Verbindung zu bleiben.

65) „Vor seiner Abfahrt hat sich Sumner Welles zu Blasco d'Aieta, einem Verwandten von ihm, geäußert: Selbst ohne Offensive wird Deutschland innerhalb Jahresfrist am Ende sein. Er ist der Meinung, daß der Krieg von Frankreich und England bereits gewonnen ist, und daß die Vereinigten Staaten mit dem ganzen Gewicht ihrer Macht da sind, um diesen Sieg zu garantieren. Er hat seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß Italien, für das er eine tiefe Sympathie empfindet, weiter darin fortfährt, sich Deutschland gegenüber immer mehr zu verpflichten, das einer schrecklichen Niederlage entgegengeht."

65a) Churchill wiederum rief beim endlichen Kriegseintritt Amerikas aus: „Das ist das Ziel, von dem ich geträumt, das ich ersehnt und auf das ich hingearbeitet habe; jetzt ist es Wirklichkeit geworden."

66) In dem Buch „Wehrkraft im Zwiespalt", das jeder Deutsche lesen müßte, heißt es hierzu treffend:

„Nun gibt es eine begründete stolze, aber auch despektierliche, höhnische, eine rechte und eine dünkelhafte Kritik. Wo sie heimlich weiter geflüstert wird, führt sie unter günstigen äußeren Umständen zur Verschwörung. Das erste aber, was sie beseitigt, ist die Achtung, und damit untergräbt sie auch das Vertrauen. An die Stelle der Achtung tritt die Herabsetzung und Verneinung, an die Stelle des Vertrauens der passive Widerstand oder in schlimmen Fällen die aktive Zersetzung."

66a) Als Schacht in Berlin abfuhr, soll ein Bekannter unter Hinweis auf den kommenden Putsch versucht haben, ihn zum Bleiben zu bewegen, worauf er sinngemäß gesagt habe: „Macht Ihr Euren Putsch, und wenn es so weit ist, telefoniert Ihr mir. Ich komme dann."

66b) Wie gering der sichtbare d. h. beweisbare Widerstand Schachts gewesen sein muß, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß Himmler in seiner Rede vom 3. August 1944, welche er vor den Gauleitern in Posen über den 20. Juli hielt, Schacht überhaupt nicht erwähnte und daß man bis zum Zusammenbruch noch nicht genug Material gefunden hatte, um das Verfahren vor dem Volksgerichtshof eröffnen zu können.

Die Fäden, welche 1938 und 1939 nach England gezogen wurden, waren so dünn, daß sie bei den Untersuchungen 1944, welche sich ja mehr auf das eigentliche Attentat erstreckten, nicht erkannt wurden. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß ja Schacht sogar während des Krieges ungehindert mit Montagu Norman in Basel verhandeln konnte, weil die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich während des ganzen Krieges ihre Tätigkeit aufrechterhielt.

67) Es ließen sich aus der gesamten Literatur, besonders aus den Enthüllungen über den Zusammenbruch Frankreichs, aus den angsterfüllten Auslassungen über die bevorstehende Invasion nach England, zahlreiche Beweise anführen, daß Hitler mit seiner Auffassung von der militärischen Lage durchaus recht hatte.

Auch der bekannte englische Militärschriftsteller Liddell Hart betonte im Sommer 1939 in seinem Aufsehen erregenden Buch „Die Verteidigung Englands", daß es unmöglich sei, die Achsenmächte in einem Offensivkrieg militärisch zu besiegen, selbst wenn die denkbar günstigsten Bündnisse zu den jetzigen noch hinzukämen.

68) Bezeichnend für Schacht ist es auch, wie er sich verschiedentlich in seinen Büchern über die Mitangeklagten in Nürnberg äußert. Ich will hier nur auf einen Fall eingehen, mit dessen Behandlung zugleich alle übrigen erledigt sein sollen.
Er schreibt, daß es bei Ribbentrop auch bei wohlwollendster Beurteilung nur eine Entschuldigung gegeben habe, das sei seine ungewöhnliche Dummheit.
Nun sind erst von wenigen Mitangeklagten in Nürnberg Bücher erschienen, darunter dasjenige von Ribbentrop „Zwischen London und Moskau". Jedem objektiven Leser, der dieses Buch und die Bücher von Schacht gelesen hat, wird aufgefallen sein: bei Ribbentrop die außerordentliche Bescheidenheit, mit der er die Dinge schildert, und die unbedingte Treue, die er seinem Staatsführer bis zuletzt entgegenbrachte, wenn ihm dies auch noch so schwer gemacht war — im Gegensatz zu der anmaßenden Überheblichkeit, die aus den Büchern Schachts dem Leser entgegentritt, der überhaupt nicht zu übertreffenden Treulosigkeit und den Mangel an Charakter. Was nun die Frage der Dummheit anbelangt, so wird der Leser bei Ribbentrop nach Beweisen solcher Dummheit lange suchen müssen, während die Dummheit, die aus Schachts Büchern spricht, überhaupt nicht zu übertreffen ist. Diese Dummheit ist durchaus verständlich, denn sie entspringt dem Motiv des Hasses, und der Haß macht nach Schopenhauer bekanntlich dumm und gemein.

69) „Als Stauffenberg Anfang 1944 im Blickfeld der Verschwörer auftauchte, stand es für alle Eingeweihten fest, daß ein planmäßiger militärischer Umsturz nicht mehr zu erreichen war.
Die Verschwörung als Gemeinschaft mußte dem opfervollen Untergang eines einzigen Attentäters Platz machen. Eine eigentliche Führung, wie sie bis dahin noch in Becks Händen gelegen hatte, wenigstens theoretisch, gab es nun nicht mehr. In dieser Wendung liegt der ganze tragische oder soll man besser sagen traurige Ablauf des 20. Juli 1944 beschlossen. Wer die Schilderung der Vorgänge dieses Tages bei dem Augenzeugen Gisevius nachliest, der kommt von dem Eindruck der völligen Hilf- und Ratlosigkeit nicht los, die die Akteure und Helfer an den Tag legten.
Beck hatte vorher die Fühlung mit Gördeler nicht aufgegeben, er mußte den befreundeten Militärs gegenüber die Aussicht aufrecht erhalten, daß nach gelungener Aktion eine Reichsregierung bereitstehen würde, um die politischen Aufgaben gegenüber dem In- und Ausland in die Hand zu nehmen. Dabei mußte er sehr bald erleben, daß Stauffenberg seine eigenen politischen Ansichten hatte, die weder sachlich noch personell mit Gördelers Konzeption übereinstimmten. Auseinandersetzungen hierüber ging Beck gezwungenermaßen aus dem Weg. Stauffenberg erbot sich zur Tat und setzte damit von vornherein jeden Diskussionsgegner außer Gefecht. Beck war nicht mehr Führer, sondern geführt. Die Tat war das Entscheidende, Widerstand gegen den Täter hätte womöglich die Tat verhindert. Auch den zeitlichen Ablauf hatte Beck nicht mehr in der Hand ... Das machte auch die notwendigsten Vorbereitungen für Berlin unsicher. Tatsächlich haben die militärischen Maßnahmen am Attentatstage in Berlin sichtlich nicht geklappt. Als nun gegenüber den Erfolgen des Attentats die Nachrichten sich als ungewiß und schließlich als falsch erweisen, bricht das Ganze zusammen. Die Militärs haben fraglos schlecht gearbeitet, sie sind an Putsche nicht gewöhnt. Während des ganzen Tages ist kein Eingreifen der zivilen Verschwörer zu spüren. Sie sind nicht genau im Bild und nicht zu irgendwelchen Arbeiten oder Maßnahmen einzusetzen. Es ist eine Aktion Stauffenberg, nichts anderes. Der einzige Zivilist, der als Zuschauer auftaucht, ist Gisevius ... Es gelingt ihm nicht mehr, die Systematik in die Aktion zu tragen. Enttäuscht und verbittert verläßt er den Schauplatz der Unzulänglichkeiten."

69a) Inzwischen ist der Fall eines Mannes über die Bühne der Weltgeschichte gegangen, der wohl als „Prachtexemplar" bezeichnet werden kann, nämlich Herr Otto John, weil ausgerechnet er ausersehen war, unser Volk zu „beschützen" vor „Staatsfeinden". Ich will und brauche keine Einzelheiten mehr zu diesem Falle zu bringen, weil dies die Presse schon ausreichend besorgte. Es ist aber nötig, einige grundsätzliche Feststellungen zu bringen.

Herr John wurde auf Wunsch der Engländer (womit allein schon alles gesagt sein könnte) von der Bundesregierung in sein hohes Amt berufen:

weil er nachweisen konnte, daß er schon frühzeitig dem „Widerstand" angehörte. Diese Zugehörigkeit soll schon bis zur Machtergreifung Hitlers zurückdatieren;

weil er schon vor dem Krieg mit englischen Kreisen hinter dem Rücken seiner Regierung in Verbindung stand, wodurch er nicht nur vom Planen und Wirken der Verschwörer berichten konnte, sondern auch zahlreiche militärische Nachrichten übermittelt hatte;

weil er nachweisen konnte, daß er diese Verbindung auch während des Krieges fortgesetzt hatte;

weil er sich brüstete, daß er die Geheimnisse um die V-Waffenproduktion in Peenemünde verraten habe;

weil er nach dem 20. Juli 1944 nach England emigrierte und dort für den Feind gegen Deutschland tätig war;

weil er nach dem Kriege im englischen Dienste kriegsgefangene deutsche Offiziere aushorchte, um belastendes Material gegen andere Offiziere zu erhalten;

weil er sich in englischer Uniform als Helfer der englischen Anklagebehörde in den Prozessen gegen die Feldmarschälle v. Manstein und v. Rundstedt betätigte, um deren besonders harte Bestrafung zu erreichen;

weil seine Vergangenheit versprach, daß er seinen Koller gegen das nationale Deutschland austoben werde.

Herr John wurde in seinem Amte belassen:

obwohl der Bundesregierung fortgesetzt Material und Beschwerden über seine Vergangenheit, seinen Lebenswandel und über seine ungesetzlichen Methoden in der Verfolgung und Beschnüffelung „angeblicher" Staatsfeinde zugingen;

obwohl es der Bundesregierung hätte ein Leichtes sein müssen, sich über seine tatsächliche Vergangenheit, sein wirkliches Treiben und seine engen Verbindungen zu östlichen Stellen Klarheit zu verschaffen.

Die Regierung handelte also bei der Anstellung nicht in Unkenntnis obiger Tatsachen, sondern in Wahrung der Grundsätze, nach denen seit 1945 hohe Staatsämter in Deutschland mit Männern besetzt werden, welche gleiche und ähnliche Verdienste und Empfehlungen nachweisen können. Da dies auch für Männer der „Opposition" gilt, war es ein großer Irrtum anzunehmen, daß bei der Bundestagsdebatte etwas anderes herauskäme als die Bestätigung der Tatsache, daß wir seit 1945 nach der Staatsmoral des „Widerstandes" regiert werden. Schlußfolgerungen möge der Leser selbst ziehen.

70) **Hitler-Deutschland**

Churchill am 31. Oktober 1935 im ‚Strand-Magazin':

„Adolf Hitler ist geboren aus der Wut und dem Schmerz eines Landes, das eine vernichtende Niederlage erlitten hat."

*

Churchill 1936:

„Wir werden Hitler den Krieg aufzwingen, ob er will oder nicht."

Hitler am 6. November 1938:

„Herr Churchill hat offen erklärt, er sei der Meinung, daß man das heutige Regime in Deutschland beseitigen müsse unter Zuhilfenahme innerdeutscher Kräfte, die ihm dankbar dafür zur Verfügung stehen würden. Wenn Herr Churchill weniger mit ausgehaltenen, das heißt vom Ausland bezahlten Landesverrätern verkehren würde, sondern mit Deutschland, dann würde er die Dummheit seines Geredes einsehen."

*

Am 18. Dezember 1938 meinte der Jude Lecache:

„Es ist unsere jüdische Sache, diese Nation zu vierteilen."

*

Am 20. Februar 1939 schrieb die „News Chronicle", daß es bei Fortsetzung dieser Hetzsendungen möglich sei, einen Keil zwischen das deutsche Volk und seine Herrscher, die es in Dunkel zu halten suchen, zu treiben.

*

In der großen Zeitschrift „The Nineteensch Century" schrieb W. Duns Wochen vor Kriegsausbruch:

„Nicht das Werk Hitlers muß vernichtet werden, sondern das Werk Bismarcks und Friedrichs des Großen."

*

Am 3. September 1939 schrieb die englische Zeitung „People":

„Der tolle Hund Europas, das deutsche Volk, ist wieder ausgebrochen. Er muß vernichtet werden."

*

Churchill am 3. September 1939 im Unterhaus:

„Dieser Krieg ist Englands Krieg. Sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands ... Vorwärts, Soldaten Christi!"

*

Churchill in seinen Memoiren:

„Er (Hitler) war sich auch nicht im geringsten darüber klar, daß Chamberlain und das ganze übrige Weltreich jetzt darauf aus waren, ihn blutig zu vernichten, auch wenn sie selbst dabei zugrunde gehen."

*

Neville Henderson in seinem Buche:

„Seit dem Beginn des Krieges hat man viel über das Vorhandensein oder das Nichtvorhandensein zweier Deutschland reden hören, das eine freundlich und fleißig und friedliebend, das andere grausam, militaristisch und aggressiv. In Kriegszeiten kann es nur ein Deutschland geben, das bekämpft und geschlagen werden muß. Der Unschuldige und der Schuldige müssen gleicherweise leiden, denn es besteht kein Zweifel, daß Deutschland in etwa den letzten siebzig Jahren fünf Kriege entfesselt hat."

*

Churchill im Rundfunk 1939:

„Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands."

*

Am 4. Dezember 1939 schreibt der englische Jude Augur (Poljakow) in der Zeitung „Metropole", daß die zu Anfang des Krieges aufgestellte Propagandaformel, wonach England nur den Hitlerismus, nicht aber das deutsche Volk bekämpfe, heute

nicht die geringste Gültigkeit mehr habe. Das deutsche Volk und Hitler seien jetzt nach Ansicht der Engländer ein einziger Block. Wenn Hitler auch besiegt wäre, würden die Bedingungen, die man Deutschland auferlegen müsse, deswegen nicht weniger hart sein.

*

Am 7. Dezember 1939 erklärte Feldmarschall Millner im Oberhaus, daß die Tatsache nicht hinwegzuleugnen sei, daß Deutschland hinter dem Führer stehe. Krieg sei Krieg, und könne nicht gegen diese oder jene Gruppe in einem Land geführt werden. Er forderte einen harten, rücksichtslosen und einen absolut mitleidlosen Krieg gegen Deutschland. Nur die Niederschlagung Deutschlands und seine endgültige Unschädlichmachung könne das Ziel dieses Krieges sein.

*

Am 11. Dezember 1939 erklärte der frühere französische Ministerpräsident Millerand, daß nicht Adolf Hitler, sondern Deutschland vernichtet werden müsse.

*

Ende Dezember 1939 schrieb die englische Arbeiter-Zeitung „Daily Herald“:

„Hört endlich auf, von Friedensbedingungen zu sprechen, schlagt Deutschland in Stücke, macht den Rhein zur Westgrenze und die Oder zur Ostgrenze, gebt Sachsen der Tschechoslowakei und Holstein an Dänemark, nehmt den Hunnen alle Chancen.“

*

„Sunday Dispatsch“, die englische Sonntagszeitung, schrieb 1939, Deutschland müsse auch als Nation und nicht nur als Partei geschlagen und auf die Knie gezwungen werden.

*

Am 7. Februar 1940 schrieb der „Temps“:

„Es gibt nur ein Deutschland, dasjenige, das wir vor uns haben, das einzige, mit dem wir zu rechnen haben und dem wir eine Lektion erteilen müssen mit allen Maßnahmen, die erforderlich sind, — das es nicht um Gnade fleht, sondern in einem so tiefen Loch verschwindet, aus dem es niemals hervorsteigen kann.“

*

Churchill 1940: „Ich führe keinen Krieg mit Hitler, sondern ich führe einen Krieg mit Deutschland.“

*

James Burnham 1940:

„Endlich 1939 begriffen das kapitalistische Frankreich und England, daß es sich um eine fortschreitende Entwicklung handelte, die ungehemmt zu ihrem Tode führen würde. Die Nazis wären gewiß bereit gewesen, ohne Krieg zu gewinnen oder nur den Polenkrieg zu führen. Sie glaubten zweifellos, daß die Bekanntgabe des Sowjetpaktes den Krieg abwenden könnte. Nach der Eroberung Polens versuchte Hitler nochmals zu verhandeln, aber für England und Frankreich ging es jetzt unverkennbar auf Leben und Tod als Nation und Volk, und darum wagten sie den Sprung. Nun mußte Deutschland den Kampf aufnehmen.“

*

Lord Vansittart 1942:

„Die einzigen guten Deutschen sind die toten Deutschen, darum herunter mit den Bomben. Weshalb an den Adel seiner Seele appellieren?“

Peter Kleist:

„Die Kundschafter der Verschwörer kommen ohne Ergebnis heim von ihren Reisen. Einem von ihnen hat man draußen gesagt: ‚Sie müssen sich klar darüber sein, daß dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt'."

*

Churchill:

„Die Deutschen sind ein Vieh, das man in Ketten legen muß."

70a) Captain Russell Grenfell sagt in seinem Buche „Bedingungsloser Haß?":

„Was blieb also für Churchill als Kriegsziel übrig? Unsere alten Bekannten: die Ausrottung der Nazityrannei und des preußischen Militarismus. Befassen wir uns zunächst mit dem ersten Punkt. Was kann Churchill so begierig gemacht haben, die Nazityrannei zu zerstören? Diese Tyrannei als solche unterdrückte das englische Volk nicht. Was also ging es die Engländer an, ob die Deutschen unter einer tyrannischen Regierungsform leben wollten oder nicht? Hatte nicht die Atlantik-Charta erklärt, die Engländer ‚respektierten das Recht aller Völker, die Regierungsform, unter der sie leben wollen, selbst zu wählen'?

Wenn sich also die Deutschen nicht selbst dafür entschieden, ihre Tyrannei abzuschütteln, warum sollten dann viele, viele Engländer sterben, um die Deutschen davon zu befreien? Angenommen aber, daß die zwangsweise Unterdrückung von Tyrannei in fremden Ländern eine Pflicht der Engländer sei, wieso wurde dann eine andere Tyrannei zu einem Partner der Engländer bei diesem Vorgehen gemacht? Die kommunistische Tyrannei in Rußland war schlimmer als die Nazityrannei."

71) Kein Geringerer als der Schwiegersohn Winston Churchills, Mr. Duncan Sandys, brachte 1936 in einem Aufsatz in der „Europäischen Revue" unter dem Titel: „Warum mißversteht England den Nationalsozialismus?" diesen Fragen das größte Verständnis entgegen, indem er schrieb: „Deutschland hat deshalb meines Erachtens allen Grund, diese ungebetene Kritik und ungerechtfertigte Einmischung des Auslands in Dinge, die es mit Recht als seine ureigenen Angelegenheiten betrachtet, übel aufzunehmen ...

... Das ist auch nicht verwunderlich, wenn man die ungeheure Zahl der Juden fremder, insbesondere polnischer Herkunft in Betracht zieht, die erst in jüngster Vergangenheit nach Deutschland gekommen waren, um dort ihr Heim aufzuschlagen. Unter gewöhnlichen Umständen hätte dieser starke Zuzug möglicherweise allmählich vom nationalen Leben aufgesogen werden können, sodaß eine Judenfrage überhaupt nicht entstanden wäre. Da diese Entwicklung jedoch in den Jahren nach dem Kriege in Deutschland nun einmal von dem jähen Machtgewinn des Sozialismus mit seinen internationalen Verzweigungen und seinen stark jüdischen Neigungen begleitet war, so erhielt diese Frage plötzlich nicht nur rasssische, sondern äußerste politische Bedeutung.

... Andererseits erregte es sehr bald allgemeine Entrüstung, als im Zeichen des Sozialismus den Juden nicht nur etwa gleiche Möglichkeiten zugestanden wurden, sondern ihnen in vielen Fällen gegenüber den Christen eine Vorzugsstellung eingeräumt wurde. Das deutsche Volk beobachtete mit wachsender Unruhe, wie eine Schlüsselstellung nach der anderen unter die Kontrolle von Juden kam. Macht und Einfluß auf jedem Gebiet gerieten in steigendem Maße in ihre Hände, ob im Wirtschaftsleben, im Handel, in der Industrie oder im Bankwesen, ob im politischen Leben, in der städtischen, provinzialen oder in der Reichsverwaltung. Dies allein hätte genügt, um das deutsche Volk argwöhnisch zu machen und zu beunruhigen. Was aber die Lage doppelt unerträglich für ein sich selbst achtendes Volk machen

mußte, war erstens die Art von Juden, die an die Spitze gelangte, und zweitens deren politische und soziale Anschauungen. Der jüdische Kriegsgewinnler und der jüdische sozialistische Abenteurer erlangten unter ihnen die Kontrolle über den Lebensstrom der Nation. Schritt um Schritt wurden sie zu einer herrschenden Klasse. Obwohl sie einige der höchsten Stellen auf allen Gebieten des nationalen Lebens einnahmen, fühlten sie sich unzweifelhaft erst einmal als Juden und nur in zweiter Linie als Deutsche und trugen, was noch schlimmer war, dieses Bewußtsein offen zur Schau. Diese Entwicklung war weiterhin begleitet von einer Korruption großen Stils, der Ausbeutung der Unsittlichkeit in den Großstädten und zügelloser Verschwendung — dies zu einem Zeitpunkt, da das deutsche Volk schlimmste Not litt. Im Laufe der Jahre stieg die öffentliche Empörung ständig, und es überrascht nicht, daß sie dann keinen Unterschied machte zwischen dem Juden, der ein guter Staatsbürger gewesen war, und dem Juden, der es nicht war. Für die Sünden derer, die ihre Macht, ihren Reichtum und ihre Stellung auf Kosten des Volkes mißbraucht hatten, hatte in dem ersten triumphierenden Aufwallen der öffentlichen Empörung die deutsche Judenschaft in ihrer Gesamtheit zu büßen. Gesichtspunkte dieser Art sind im großen und ganzen in England völlig unbekannt."

72) Siehe die kleine Auslese in Anmerkung 50).

73) Zu diesem Thema veröffentlicht die argentinische Zeitschrift ‚Der Weg' (Dürer-Verlag, Buenos Aires) unter dem Titel: „Auf den Straßen der Wahrheit" den Brief eines bekannten Nordamerikaners, von dem ich folgende Stellen zitiere:

„Mein Interesse bei den mehrfachen Reisen in die europäischen Länder seit 1946 richtete sich vornehmlich darauf, ob es in Deutschland tatsächlich zu irgendeiner Zeit eine Genocid-Planung (Völkermord) gegeben hatte, welche Institution damit beauftragt war, welche sie ausführte und mit welchen Mitteln sie die Ausführung vollzog. Ich bin im Besitz fast sämtlicher in dieser Richtung veröffentlichten Behauptungen und habe mir die kostspielige Mühe gemacht, sie einzeln zu überprüfen. Die Akten der Nürnberger Prozesse gaben einen ersten Hinweis auf ihre Zweifelhaftigkeit. Keiner der Angeklagten in all diesen Prozessen gestand ein Wissen oder eine Teilnahme an den behaupteten Massenmorden. Die Überprüfung der Zeugen und ihrer Aussagen ergibt eine ungeheuerliche Anzahl von falschen Zeugnissen und Meineiden, ja von Anstiftung zu Meineid durch die Anklagebehörde selbst, die jedes Mißtrauen berechtigt erscheinen lassen. Allein auf diese falschen Aussagen gründeten sich die Urteile und die Veröffentlichungen in der Presse. Da war z. B. die Rede von Spezialfahrzeugen zur Vergasung von Menschen, mit denen Hunderttausende, wenn nicht Millionen getötet worden sein sollen. Nicht ein einziges Fahrzeug dieser Art konnte in Nürnberg vorgeführt werden, welche überzeugende Demonstration sich keine Anklagebehörde der Welt hätte entgehen lassen. Trotz der vollständigen Besetzung Deutschlands gelang es nicht, dies Massenvernichtungsinstrument, das man so genau beschrieb, öffentlich auffahren zu lassen, aus einem einfachen Grunde: es war einfach nicht vorhanden . . .

Da war auch der als Beweismaterial den Hauptkriegsverbrechern vorgeführte Dokumentarfilm ‚Todesmühlen', der die Angeklagten tief erschütterte und sie glauben machte, daß ohne ihr Wissen tatsächlich eine bis ins kleinste organisierte Mordmaschine bestand. Aber dieser Glaube war falsch, wenngleich die Angeklagten bis zu ihrem Tode nicht mehr erfuhren, daß er falsch war, denn erst fünf Monate später stellte sich die Fälschung heraus . . .

Während meines zweimaligen Aufenthaltes besuchte ich alle Lager. In keiner dieser angeblichen furchtbaren Mordstätten fand ich Gaskammern oder andere Einrichtungen, die eine Massenhinrichtung von Menschen gestattet hätten, obwohl mir in Dachau z. B. von dem Führer eine Reihe solcher Plätze gezeigt wurden, die sich aber bei näherer Betrachtung als nach dem Kriege montierte Einrichtungen erwiesen, die nicht einmal echt, sondern bloße Attrappen waren. Ich sprach zwei deutsche

Angestellte unserer Armee, die bei diesen Arbeiten zur Täuschung der Besucher beteiligt waren. Nacheinander sprach ich vierzehn Juden, die längere Zeit im Lager Maidanek interniert waren, und die zum Teil in Prozessen und auch der Presse gegenüber von den dortigen Gaskammern berichtet hatten. Unter vier Augen und weil sie mich für einen der ihren hielten, erklärten sie mir, daß sie weder dort, noch in anderen Lagern, wo sie gewesen waren, Gaskammern gesehen noch Massenhinrichtungen erlebt hätten. Ob wahr oder unwahr, erklärte mir ein Pharmazeut, sei jetzt nicht entscheidend, sondern daß man die Deutschen kleinkriege. Die Intellektuellen unter ihnen sagten mir, daß dies ihre persönliche Rache sei, denn sie könnten schließlich nicht selbst ein paar Deutsche erschlagen. Tatsächlich konnten auch die Besucher der Lager Maidanek und Auschwitz — nur wenige, fast nur jüdische Journalisten jwaren zugelassen — die angeblichen Vernichtungsstätten nicht unmittelbar oder gar von innen besichtigen, sondern sie wurden nur an einigen Gebäuden vorbeigeführt, von denen man ihnen sagte, daß es die besagten Vergasungsstätten seien. Nach kurzer Zeit hörten die Besichtigungen ganz auf, weil die Lager abgebrochen werden sollten ... Warum hat das Judentum diese Stättten seines angeblichen Opferganges nicht unter Denkmalsschutz gestellt und der ungehinderten öffentlichen Besichtigung freigegeben? ..."

Der Verfasser schildert dann noch umfangreiche Feststellungen, welche alle gegen eine Vernichtung von Juden sprechen und kommt dann zu dem sensationellen „Beweis", den das Affidavit des Dr. Höttl in den Augen der Anklagebehörde darstellen sollte. Er schreibt:

„Später stieß ich beim Studium der Nürnberger Prozesse erneut auf den Namen ‚Eichmann', und zwar in einem ähnlichen Zusammenhang. Er fand Erwähnung in der eidesstattlichen Aussage eines deutschen Oberregierungsrates des Sicherheitsdienstes Dr. Höttl, die dieser in Nürnberg abgegeben hatte und die dann zur einzigen Unterlage für die Behauptung der 6 Millionen ermordeter Juden wurde. In ihr gibt Höttl an, daß ihm Eichmann gesagt habe, nach den Statistiken, die durch seine Hände gegangen wären, seien insgesamt 6 Millionen Juden getötet worden. Interessant ist daran die Geschichte der eidesstattlichen Erklärung dieses Dr. Höttl, der sofort nach seiner Verhaftung im Jahre 1945 unserem CIC seine Dienste anbot und zuänchst im Lager Glasenbach in Österreich zur Überwachung der Inhaftierten eingesetzt wurde. Bei dieser Tätigkeit kam er mit einigen jüdischen Offizieren in Berührung, denen er seine Erklärung gegen Freilassung und eine hohe Geldsumme anbot. Nach Rückfrage bei der Anklagebehörde in Nürnberg kam dieses Geschäft zustande. Höttl wurde nach Nürnberg überführt und lebte mit Sonderverpflegung im Zeugenflügel. Hier nahm er auch Verbindung mit den Sowjetrussen auf, die er nach seiner Entlassung — weiter im Dienste des CIC bleibend — ausbaute. Er organisierte einen über Westdeutschland, Österreich und den Südosten ausgedehnte Nachrichtendienst, der nach beiden Seiten arbeitete bis zu dem Tage, da einige CIC-Offiziere jüdischer Herkunft zusammen mit Dr. Höttl verhaftet wurden, weil sie Nachrichtenmaterial an die Sowjets lieferten. Nur Höttl kam sofort wieder frei, als er drohte, alles im Ausland hinterlegte Material über Vorgänge im CIC wie auch das Zustandekommen der eidesstattlichen Erklärung zu veröffentlichen ...

Das Ergebnis aller meiner Untersuchungen erbrachte nicht den geringsten Anhalt für die Absicht der Deutschen, die Juden oder andere Völker durch Genocid auszulöschen. Vielmehr wurde mir klar, daß diese Absicht nur aus zum Teil erfundenen oder aus dem Zusammenhang gerissenen Einzelakten demonstriert werden sollte ... So werden sie denn, genau genommen, nur zur Beschwichtigung eines schlechten Gewissens verwendet und zur Rechtfertigung dessen, was wir während des Krieges und nach dem Kriege taten ...

Gerade an der Zeit, als man begann, die Riesentafel für die 6 Millionen aufzustellen, kamen auch die ersten offiziellen Zahlen über die jüdische Bevölkerung in der Welt nach dem Kriege heraus. Wir sahen, daß sich das jüdische Volk von 1933

bis 1950 um mehr als 3 Millionen Menschen, also um ein Fünftel vermehrt hatte. Das ist ein Geburtenzuwachs, der erheblich über dem Durchschnitt der Welt liegt."

Als der Briefschreiber einen ihm befreundeten jüdischen Nordamerikaner auf diesen Widerspruch hinwies und fragte, ob er denn im Ernst glaube, daß die Nazi 6 Millionen Juden umgebracht hätten, erwiderte dieser:

„Natürlich nicht. Dazu hatten sie weder Zeit noch Mittel ... Wir haben eine historische Tatsache daraus gemacht, die von jetzt ab in den Geschichtsbüchern der Schulen steht wie die Jahreszahl irgendeiner Schlacht."

74) In den Ländern, die 1933 bis 1945 von Deutschland besetzt waren, lebten insgesamt 5 100 000 Juden.

Davon wanderten 1933 bis 1945 aus:		
nach kriegführenden europäischen Ländern . . .	120 000	
nach neutralen europäischen Ländern	90 000	
nach Palästina	300 000	
nach Übersee	930 000	
Insgesamt		1 440 000
Davon kamen durch die Annektionen Ostpolens, der baltischen Länder, Bessarabiens usw. an die Sowjetunion		1 300 000
Im deutschen Machtbereicht verblieben		2 350 000
	Sa.	5 100 000
Von den 2 350 000 im deutschen Machtbereich verbliebenen Juden starben eines natürlichen Todes, bzw. kamen bei Luftangriffen oder Unfällen um . . .	286 000	
Bei Kampfhandlungen des regulären Krieges, bei Partisanenkämpfen und den Aufständen in Warschau und Lemberg kamen um	61 000	
Bei Pogromen der einheimischen gegen die jüdische Bevölkerung kamen ums Leben	8 000	
Wegen Spionage, Sabotage usw. wurden verurteilt und hingerichtet	10 000	
Die Gesamtzahl der restlichen Überlebenden betrug demnach	1 985 000	2 345 000
Nun waren nach Angaben des Reichssicherheitshauptamtes Ende 1944 innerhalb des deutschen Machtbereiches noch		2 400 000
Hiervon sind allein durch amerikanische Angaben bestätigt . . .		2 100 000

*

In Deutschland selbst waren 1933 vorhanden		540 000
Hiervon wanderten aus	317 000	
Es starben aus verschiedenen Ursachen	65 000	
Ende 1944 waren noch vorhanden	154 000	
Differenz	4 000	540 000

*

Im Großdeutschen Reiche (einschl. Protektorat) lebten		1 160 000
Hiervon wanderten aus bis Kriegsende . . .	865 000	
Es starben aus verschiedenen Ursachen	90 000	
Es mußten also noch da sein	205 000	1 160 000

Es waren nach alliierten Angaben über 200 000 vorhanden.

1933	gab es in der Welt	14 200 000
1939	waren es	15 600 000
1948	waren es nach der „New York Times" über	17 000 000

Juden.

Wegen dieser unglaublichen Haltung ist nur zu bedauern, daß es nicht tatsächlich möglich ist, jedem Deutschen seinen Riesenanteil aus diesen Verlusten und Dauerlasten in Form einer Hypothek aufzuerlegen, die ihn so drücken würde, daß er sich wirklich und schleunigst Mühe gäbe, diese von seinen Feinden und deren deutschen Helfserhelfern erschlichene Hypothek zu beseitigen.

75) Ich möchte doch mal erleben, wie jeder Deutsche aus dem Häuschen geriete und um seine Unschuld kämpfen würde, wenn er von irgendeiner Dorfpolizei eine Strafverfügung bekäme, daß er in ihrem Dorfe nach der Bekundung des Bürgers Konrad ein prima Leghuhn überfahren habe und zur Strafe zwanzig Jahre lang jede Woche nur drei Eier liefern müßte — obwohl er garnicht durch das Dorf fuhr.

Dem Vaterland aber kann man erdichtete „Strafverfügungen" mit beliebigen Strafen zuschicken — das kümmert unseren Michel nicht. Er zieht die Zipfelmütze übers Ohr und zahlt geduldig diese Strafen in allen Formen, die je ein raffiniertes Gehirn nur ersinnen konnte, angefangen von den Besatzungskosten bis zu den Kosten und Nachteilen einer sinnlos übersteigerten Bürokratie und bis zu den Substanzverlusten auf allen Gebieten des nationalen Lebens, wozu der rapide Geburtenrückgang genau so gehört, wie die enorme Steigerung der Jugendkriminalität.

INHALT